

Vorblatt

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Assoziierungsabkommen vom 29. Juli 1969
zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
und den mit dieser Gemeinschaft assoziierten Staaten
und Madagaskar
sowie zu den mit diesem Abkommen
in Zusammenhang stehenden Abkommen
(Gesetzentwurf der Bundesregierung)**

A. Problem

1957 wurden bestimmte im EG-Vertrag festgelegte außer-europäische Länder und Hoheitsgebiete kraft Vertrags für die Dauer von fünf Jahren mit der Gemeinschaft assoziiert. Nachdem die meisten afrikanischen Länder und Hoheitsgebiete in der Zwischenzeit souveräne Staaten geworden sind, wird die Erneuerung der Assoziation — wiederum jeweils um fünf Jahre — nicht mehr voll durch die Vertragsschließungskompetenz der Gemeinschaft gedeckt.

B. Lösung

Aus diesem Grunde erbittet die Bundesregierung die Ratifikation des von den Vertragsbeteiligten in Jaunde unterzeichneten Assoziierungsabkommens.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Der Anteil der Bundesrepublik Deutschland an den Verwaltungskosten der Organe der Assoziation beträgt jährlich etwa 400 000 DM.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

Bonn, den 6. März 1970

III/1 — 68018 — As 2/70

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Assoziierungsabkommen vom 29. Juli 1969 zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den mit dieser Gemeinschaft assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskar sowie zu den mit diesem Abkommen in Zusammenhang stehenden Abkommen

mit Begründung. Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der deutsche, französische, italienische und niederländische Wortlaut der Abkommen sowie eine Denkschrift zu den Abkommen sind beigelegt.

Der Gesetzentwurf ist von den Bundesministern des Auswärtigen und für Wirtschaft gemeinsam erstellt worden.

Die Vorlage ist dem Herrn Präsidenten des Bundesrates am 13. Februar 1970 als besonders eilbedürftig zugeleitet worden.

Die Stellungnahme des Bundesrates wird unverzüglich nachgereicht werden.

Das vorangegangene Assoziierungsabkommen ist bereits am 31. Mai 1969 außer Kraft getreten und der Beschluß des Assoziationsrates betreffend Übergangsmaßnahmen wird am 30. Juni 1970 seine Gültigkeit verlieren.

Brandt

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Assoziierungsabkommen vom 29. Juli 1969
zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
und den mit dieser Gemeinschaft assoziierten afrikanischen Staaten
und Madagaskar
sowie zu den mit diesem Abkommen in Zusammenhang stehenden Abkommen**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Jaunde am 29. Juli 1969 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten

- Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den mit dieser Gemeinschaft assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskar sowie den in der Schlußakte aufgeführten Zusatzdokumenten,
- Abkommen über die Erzeugnisse, die unter die Zuständigkeit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl fallen,
- Internen Abkommen über die zur Durchführung des Abkommens über die Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den mit dieser Gemeinschaft assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskar zu treffenden Maßnahmen und die dabei anzuwendenden Verfahren,
- Internen Abkommen über die Finanzierung und Verwaltung der Hilfe der Gemeinschaft

wird zugestimmt. Die Abkommen und die Schlußakte zu dem Assoziierungsabkommen werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem

- das Assoziierungsabkommen nach seinem Artikel 59 und die in der Schlußakte aufgeführten Zusatzdokumente,
- das Abkommen über die Erzeugnisse, die unter die Zuständigkeit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl fallen, nach seinem Artikel 5,
- das Interne Durchführungsabkommen nach seinem Artikel 9,
- das Interne Finanzabkommen nach seinem Artikel 20

für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung

Zu Artikel 1

Das Assoziierungsabkommen wird sowohl von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft als auch von den Mitgliedstaaten dieser Gemeinschaft abgeschlossen, weil die in dem Abkommen geregelten Materien nicht in vollem Umfange durch die der Gemeinschaft nach dem EWG-Vertrag zustehende Vertragsschließungskompetenz gedeckt sind. Hinsichtlich dieser durch die Gemeinschaftskompetenz nicht erfaßten Materien bedarf das Abkommen nach Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes der Zustimmung der für die Bundesgesetzgebung zuständigen Körperschaften in Form eines Bundesgesetzes, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die übrigen in Artikel 1 genannten Abkommen, die nur von bzw. zwischen den Mitgliedstaaten abgeschlossen wurden, bedürfen aus dem gleichen Grunde der Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften in Form eines Bundesgesetzes. Die Rechtslage ist die gleiche wie hinsichtlich des ersten, am 20. Juli 1963 in Jaunde unterzeichneten Assoziierungsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den mit dieser Gemeinschaft assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskar (Bundesgesetzbl. 1964 II, S. 289).

Die zur zollrechtlichen Durchführung der Abkommen erforderlichen Änderungen und Ergänzungen des Zollgesetzes vom 14. Juni 1961 (Bundesgesetzblatt I S. 737) in seiner gegenwärtigen Fassung werden in einem besonderen Änderungsgesetz zum Zollgesetz geregelt.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Absatz 3 des Grundgesetzes erforderlich, da die in dem Protokoll Nr. 9 über die Vorrechte und Befreiungen enthaltenen steuerrechtlichen Vorschriften sich auch auf Steuern beziehen, die ganz oder zum Teil den Ländern oder den Gemeinden zufließen.

Zu Artikel 2

Die Abkommen sollen auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Absatz 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem die Abkommen für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Die Abkommen führen zu folgenden Belastungen des Bundeshaushalts:

1. Der Anteil der Bundesrepublik Deutschland an der von den EWG-Mitgliedstaaten gemäß Ar-

tikel 1 Absatz 2 des Internen Finanzabkommens im Rahmen des Assoziierungsabkommens aufzubringenden Finanzhilfe von 900 Millionen Rechnungseinheiten (Rechnungseinheit — RE = 0,88867088 Gramm Feingold = gegenwärtiger Feingoldgehalt des US-Dollars) beträgt rd. 1 093 Millionen DM. Davon entfallen rd. 983 Millionen DM auf verlorene Zuschüsse, der Rest auf Darlehen zu günstigen Bedingungen und Beiträge zur Bildung von haftendem Kapital (Artikel 1 Absatz 3 des Internen Finanzabkommens).

2. Die EWG-Mitgliedstaaten haben sich im Rahmen des Assoziierungsabkommens ferner verpflichtet, im Verhältnis ihrer Anteile am gezeichneten Kapital der Europäischen Investitionsbank dieser gegenüber die selbstschuldnerische Bürgschaft für die Darlehensverpflichtungen zu übernehmen, die aus Darlehensgewährungen über einen Kapitalbetrag von 70 Millionen RE hinaus bis zum Höchstbetrag von 100 Millionen RE erwachsen; der Anteil der Bundesrepublik Deutschland am Bürgschaftsrisiko beläuft sich auf 30 v.H. (Artikel 6 des Internen Finanzabkommens).
3. Die im Internen Finanzabkommen geregelte Finanzhilfe bezieht sich nicht nur auf die assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskar, sondern auch auf die überseeischen Länder und Gebiete, die besondere Beziehungen zu Frankreich und den Niederlanden unterhalten, sowie auf die französischen überseeischen Departements.
4. Erzeugnisse mit Ursprung in den assoziierten Staaten werden wie schon bisher unter der Geltung des ersten Assoziierungsabkommens weitgehend frei von Zöllen und Abgaben mit gleicher Wirkung an die Gemeinschaft eingeführt, so daß zusätzliche Einnahmeausfälle an Zöllen und anteiliger Einfuhrumsatzsteuer gegenüber dem vorangegangenen Abkommen nicht eintreten.

Die Einnahmeverluste gegenüber dem Zustand vor Inkrafttreten des ersten Assoziierungsabkommens lassen sich auch nicht annähernd genau schätzen, da der Handelsverkehr insgesamt gerade wegen dieser Zollbegünstigungen eine kräftige Zunahme erfahren hat und da vor allem nicht abgesehen werden kann, wie sich der Handel zwischen den assoziierten Staaten und den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft entwickelt hätte, wenn die Assoziierungsabkommen nicht abgeschlossen wären.

5. Der Anteil der Bundesrepublik Deutschland an den Verwaltungskosten der Organe der Assoziation (Protokoll Nr. 10 zu dem Assoziierungsabkommen) beträgt jährlich etwa 400 000 DM.

Assoziierungsabkommen
zwischen der
Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
und den
mit dieser Gemeinschaft assoziierten
afrikanischen Staaten und Madagaskar

Convention d'Association
entre la
Communauté Économique Européenne
et les
États africains et malgache associés
à cette Communauté

Convenzione di Associazione
tra la
Comunità Economica Europea
e gli
Stati africani e malgascio associati
a tale Comunità

Associatieovereenkomst
tussen de
Europese Economische Gemeenschap
en de
met deze Gemeenschap geassocieerde
Afrikaanse Staten en Madagaskar

Inhaltsverzeichnis

Sommaire

**Abkommen über die Assoziation
zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
und den mit dieser Gemeinschaft
assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskar**

Titel I	Warenverkehr
Titel II	Finanzielle und technische Zusammen- arbeit
Titel III	Niederlassungsrecht, Dienstleistungen, Zahlungs- und Kapitalverkehr
Titel IV	Die Organe der Assoziation
Titel V	Allgemeine und Schlußbestimmungen

**Convention d'Association
entre la Communauté Economique Européenne
et les Etats africains et malgache
associés à cette Communauté**

Titre I	Les échanges commerciaux
Titre II	Coopération financière et technique
Titre III	Droit d'établissement, services, paie- ments et capitaux
Titre IV	Les Institutions de l'Association
Titre V	Dispositions générales et finales

Protokolle

Protokoll 1	über die Anwendung des Artikels 2 Absatz 2 des Assoziierungsabkommens
Protokoll 2	über die Anwendung des Artikels 3 des Assoziierungsabkommens
Protokoll 3	über die Anwendung des Artikels 7 des Assoziierungsabkommens
Protokoll 4	über die Anwendung des Assoziie- rungsabkommens und die Verwirk- lichung internationaler Übereinkünfte zur Gewährung allgemeiner Präferen- zen
Protokoll 5	über die Maßnahmen der Hohen Ver- tragsparteien betreffend die Berück- sichtigung ihrer gegenseitigen Inter- essen, insbesondere hinsichtlich der tropischen Erzeugnisse
Protokoll 6	über die Verwaltung der Hilfe der Gemeinschaft
Protokoll 7	über den Wert der Rechnungseinheit
Protokoll 8	über die Satzung des Schiedsgerichts der Assoziation
Protokoll 9	über die Vorrechte und Befreiungen
Protokoll 10	über die Verwaltungskosten der Or- gane der Assoziation

Protocoles

Protocole 1	relatif à l'application de l'article 2 paragraphe 2 de la Convention d'As- sociation
Protocole 2	relatif à l'application de l'article 3 de la Convention d'Association
Protocole 3	relatif à l'application de l'article 7 de la Convention d'Association
Protocole 4	relatif à l'application de la Convention d'Association et à la réalisation d'ac- cords internationaux concernant l'oc- troi de préférences générales
Protocole 5	relatif à l'action des Hautes Parties Contractantes concernant leurs inté- rêts réciproques notamment à l'égard des produits tropicaux
Protocole 6	relatif à la gestion des aides de la Communauté
Protocole 7	relatif à la valeur de l'unité de compte
Protocole 8	relatif au Statut de la Cour arbitrale de l'Association
Protocole 9	sur les privilèges et immunités
Protocole 10	relatif aux frais de fonctionnement des Institutions de l'Association

Abkommen

über die Erzeugnisse, die unter die Zuständigkeit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl fallen

Accord

relatif aux produits de la Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier

Schlußakte

Erklärung der Vertragsparteien zu Artikel 10 des Assoziierungsabkommens (Anhang I)

Erklärung der Vertragsparteien zu den Erdölzerzeugnissen (Anhang II)

Erklärung der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten und der Vertreter der Regierungen der assoziierten Staaten zur Steuer- und Zollregelung für die von der Gemeinschaft finanzierten Aufträge (Anhang III)

Erklärung der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten und der Vertreter der Regierungen der assoziierten Staaten zur Bestätigung der Entschlüsse des Assoziationsrates über die finanzielle und technische Zusammenarbeit (Anhang IV)

Acte final

Déclaration des Parties Contractantes relative à l'article 10 de la Convention d'Association (Annexe I)

Déclaration des Parties Contractantes relative aux produits pétroliers (Annexe II)

Déclaration des Représentants des Gouvernements des Etats membres et des Représentants des Gouvernements des Etats associés relative au régime fiscal et douanier des marchés financés par la Communauté (Annexe III)

Déclaration des Représentants des Gouvernements des Etats membres et des Représentants des Gouvernements des Etats associés confirmant les résolutions du Conseil d'Association relatives à la coopération financière et technique (Annexe IV)

Sommario

Inhoudsopgave

**Convenzione di Associazione
tra la Comunità Economica Europea
e gli Stati africani e malgascio
associati a tale Comunità**

**Associatieovereenkomst
tussen de Europese Economische Gemeenschap
en de met deze Gemeenschap
geassocieerde Afrikaanse Staten en Madagaskar**

Titolo I	Scambi commerciali	Titel I	Handelsverkeer
Titolo II	Cooperazione finanziaria e tecnica	Titel II	Financiële en technische samenwerking
Titolo III	Diritto di stabilimento, servizi, pagamenti e capitali	Titel III	Recht van vestiging, diensten, betalingen en kapitaal
Titolo IV	Le Istituzioni dell'Associazione	Titel IV	De Instellingen van den Associatie
Titolo V	Disposizioni generali e finali	Titel V	Algemene en slotbepalingen

Protocolli

Protocollen

Protocollo 1	relativo all'applicazione dell'articolo 2, paragrafo 2, della Convenzione di Associazione	Protocol 1	betreffende de toepassing van artikel 2, lid 2, van de Associatieovereenkomst
Protocollo 2	relativo all'applicazione dell'articolo 3 della Convenzione di Associazione	Protocol 2	betreffende de toepassing van artikel 3 van de Associatieovereenkomst
Protocollo 3	relativo all'applicazione dell'articolo 7 della Convenzione di Associazione	Protocol 3	betreffende de toepassing van artikel 7 van de Associatieovereenkomst
Protocollo 4	relativo all'applicazione della Convenzione di Associazione e all'attuazione di accordi internazionali per la concessione di preferenze generali	Protocol 4	betreffende de toepassing van de Associatieovereenkomst en de totstandbrenging van internationale overeenkomsten inzake de toekenning van algemene preferenties
Protocollo 5	relativo all'azione delle Alte Parti Contraenti per quanto riguarda i reciproci interessi per i prodotti tropicali in particolare	Protocol 5	betreffende de maatregelen van de Hoge Overeenkomstsluitende Partijen inzake hun wederzijdse belangen, met name op het gebied van tropische produkten
Protocollo 6	relativo alla gestione degli aiuti della Comunità	Protocol 6	betreffende het beheer van de steun van de Gemeenschap
Protocollo 7	relativo al valore dell'unità di conto	Protocol 7	betreffende de waarde van de reken-eenheid
Protocollo 8	relativo allo Statuto della Corte arbitrale dell'Associazione	Protocol 8	betreffende het Statuut van het Arbitragehof van de Associatie
Protocollo 9	sui privilegi e sulle immunità	Protocol 9	betreffende de voorrechten en immuniteiten
Protocollo 10	relativo alle spese di funzionamento delle Istituzioni dell'Associazione	Protocol 10	betreffende de huishoudelijke kosten van de Instellingen der Associatie

Accordo

Akkoord

relativo ai prodotti di competenza della Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio

betreffende de produkten die onder de bevoegdheid vallen van de Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal

Atto finale

Slotakte

Dichiarazione delle Parti Contraenti relativa all'articolo 10 della Convenzione di Associazione (Allegato I)

Verklaring van de Overeenkomstsluitende Partijen betreffende artikel 10 van de Associatieovereenkomst (Bijlage I)

Dichiarazione delle Parti Contraenti relativa ai prodotti petroliferi (Allegato II)

Verklaring van de Overeenkomstsluitende Partijen betreffende aardolieprodukten (Bijlage II)

Dichiarazione dei Rappresentanti dei Governi degli Stati membri e dei Rappresentanti dei Governi degli Stati associati relativa al regime fiscale e doganale degli appalti finanziati dalla Comunità (Allegato III)

Verklaring van de Vertegenwoordigers van de Regeringen der Lid-Staten en van de Vertegenwoordigers van de Regeringen der geassocieerde Staten inzake de fiscale regeling en de douaneregeling voor de door de Gemeenschap gefinancierde contracten (Bijlage III)

Dichiarazione dei Rappresentanti dei Governi degli Stati membri e dei Rappresentanti dei Governi degli Stati associati che conferma le risoluzioni del Consiglio di Associazione relative alla cooperazione finanziaria e tecnica (Allegato IV)

Verklaring van de Vertegenwoordigers van de Regeringen der Lid-Staten en van de Vertegenwoordigers van de Regeringen der geassocieerde Staten ter bevestiging van de resoluties van de Associatieraad betreffende de financiële en technische samenwerking (Bijlage IV)

Erklärung der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten und der Vertreter der Regierungen der assoziierten Staaten zur Liberalisierung des Zahlungsverkehrs (Anhang V)

Erklärung der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten und der Vertreter der Regierungen der assoziierten Staaten zur Gleichbehandlung der Mitgliedstaaten hinsichtlich der Investitionen (Anhang VI)

Erklärungen der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten und der Vertreter der Regierungen der assoziierten Staaten zu Artikel 1 des Protokolls Nr. 9 über die Vorrechte und Befreiungen (Anhang VII)

Erklärung der Vertragsparteien zu einem Vermittlungsverfahren (Anhang VIII)

Erklärung der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten und der Vertreter der Regierungen der assoziierten Staaten zur Satzung des Schiedsgerichts der Assoziation (Anhang IX)

Erklärung der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zu den Kernerzeugnissen (Anhang X)

Erklärung der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zum Zollkontingent für die Einfuhr von Bananen (Anhang XI)

Erklärung der Gemeinschaft zu Artikel 25 des Assoziierungsabkommens und Artikel 9 des Protokolls Nr. 6 über die Verwaltung der Hilfe der Gemeinschaft (Anhang XII)

Erklärung des Vertreters der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die Bestimmung des Begriffs „Deutscher Staatsangehöriger“ (Anhang XIII)

Erklärung des Vertreters der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zur Geltung des Assoziierungsabkommens für Berlin (Anhang XIV)

Déclaration des Représentants des Gouvernements des Etats membres et des Représentants des Gouvernements des Etats associés relative à la libération des paiements (Annexe V)

Déclaration des Représentants des Gouvernements des Etats membres et des Représentants des Gouvernements des Etats associés relative à la non-discrimination entre Etats membres en matière d'investissements (Annexe VI)

Déclarations des Représentants des Gouvernements des Etats membres et des Gouvernements des Etats associés relatives à l'article 1 du Protocole n° 9 sur les privilèges et immunités (Annexe VII)

Déclaration des Parties Contractantes relative à une procédure de bons offices (Annexe VIII)

Déclaration des Représentants des Gouvernements des Etats membres et des Représentants des Gouvernements des Etats associés relative au Statut de la Cour arbitrale de l'Association (Annexe IX)

Déclaration des Représentants des Gouvernements des Etats membres relative aux produits nucléaires (Annexe X)

Déclaration des Représentants des Gouvernements des Etats membres relative au contingent tarifaire pour les importations de bananes (Annexe XI)

Déclaration de la Communauté relative à l'article 25 de la Convention d'Association et à l'article 9 du Protocole n° 6 relatif à la gestion des aides de la Communauté (Annexe XII)

Déclaration du Représentant du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne relative à la définition des ressortissants allemands (Annexe XIII)

Déclaration du Représentant du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne concernant l'application de la Convention d'Association à Berlin (Annexe XIV)

Internes Abkommen

über die zur Durchführung des Abkommens über die Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der mit dieser Gemeinschaft assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskar zu treffenden Maßnahmen und die dabei anzuwendenden Verfahren

Accord interne

relatif aux mesures à prendre et aux procédures à suivre pour l'application de la Convention d'Association entre la Communauté Economique Européenne et les Etats Africains et Malgache Associés à cette Communauté.

Internes Abkommen

über die Finanzierung und die Verwaltung der Hilfe der Gemeinschaft

Accord interne

relatif au financement et à la gestion des aides de la Communauté.

Dichiarazione dei Rappresentanti dei Governi degli Stati membri e dei Rappresentanti dei Governi degli Stati associati relativa alla liberalizzazione dei pagamenti (Allegato V)

Dichiarazione dei Rappresentanti dei Governi degli Stati membri e dei Rappresentanti dei Governi degli Stati associati relativa alla non discriminazione tra Stati membri in materia di investimenti (Allegato VI)

Dichiarazioni dei Rappresentanti dei Governi degli Stati membri e dei Rappresentanti dei Governi degli Stati associati relative all'articolo 1 del Protocollo n°9 sui privilegi e sulle immunità (Allegato VII)

Dichiarazione delle Parti Contraenti relativa a una procedura di buoni uffici (Allegato VIII)

Dichiarazione dei Rappresentanti dei Governi degli Stati membri e dei Rappresentanti dei Governi degli Stati associati relativa allo Statuto della Corte arbitrale dell'Associazione (Allegato IX)

Dichiarazione dei Rappresentanti dei Governi degli Stati membri relativa ai prodotti nucleari (Allegato X)

Dichiarazione dei Rappresentanti dei Governi degli Stati membri relativa al contingente tariffario per le importazioni di banane (Allegato XI)

Dichiarazione della Comunità relativa all'articolo 25 della Convenzione di Associazione e all'articolo 9 del Protocollo n°6 relativo alla gestione degli aiuti della Comunità (Allegato XII)

Dichiarazione del Rappresentante del Governo della Repubblica federale di Germania relativa alla definizione dei cittadini tedeschi (Allegato XIII)

Dichiarazione del Rappresentante del Governo della Repubblica federale di Germania concernente l'applicazione della Convenzione di Associazione a Berlino (Allegato XIV)

Verklaring van de Vertegenwoordigers van de Regeringen der Lid-Staten en van de Vertegenwoordigers van de Regeringen der geassocieerde Staten betreffende de vrijmaking van de betalingen (Bijlage V)

Verklaring van de Vertegenwoordigers van de Regeringen der Lid-Staten en van de Vertegenwoordigers van de Regeringen der geassocieerde Staten betreffende de non-discriminatie tussen Lid-Staten ter zake van investeringen (Bijlage VI)

Verklaringen van de Vertegenwoordigers van de Regeringen der Lid-Staten en van de Vertegenwoordigers van de Regeringen der geassocieerde Staten inzake artikel 1 van Protocol No.9 betreffende de voorrechten en immuniteiten (Bijlage VII)

Verklaring van de Overeenkomstsluitende Partijen betreffende een procedure van goede diensten (Bijlage VIII)

Verklaring van de Vertegenwoordigers van de Regeringen der Lid-Staten en van de Vertegenwoordigers van de Regeringen der geassocieerde Staten betreffende het Statuut van het Arbitragehof van de Associatie (Bijlage IX)

Verklaring van de Vertegenwoordigers van de Regeringen der Lid-Staten betreffende de produkten op het gebied van de kernenergie (Bijlage X)

Verklaring van de Vertegenwoordigers van de Regeringen der Lid-Staten betreffende het tariefcontingent voor de invoer van bananen (Bijlage XI)

Verklaring van de Gemeenschap inzake artikel 25 van de Associatieovereenkomst en artikel 9 van Protocol No.6 betreffende het beheer van de steun van de Gemeenschap (Bijlage XII)

Verklaring van de Vertegenwoordiger van de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland betreffende de omschrijving van het begrip „Duits onderdaan“ (Bijlage XIII)

Verklaring van de Vertegenwoordiger van de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland betreffende de toepassing van de Associatieovereenkomst op Berlijn (Bijlage XIV)

Accordo interno

relativo ai provvedimenti da prendere e alle procedure da seguire per l'applicazione della Convenzione di Associazione tra la Comunità Economica Europea e gli Stati africani e malgascio associati a tale Comunità

Intern Akkoord

inzake maatregelen en procedures nodig ter toepassing van de Associatieovereenkomst tussen de Europese Economische Gemeenschap en de met deze Gemeenschap geassocieerde Afrikaanse Staten en Madagaskar

Accordo interno

relativo al finanziamento e alla gestione degli aiuti della Comunità

Intern Akkoord

betreffende de financiering en het beheer van de steun van de Gemeenschap

Abkommen über die Assoziation
zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
und den mit dieser Gemeinschaft
assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskar

Convention d'Association
entre la Communauté Economique Européenne
et les Etats africains et malgache associés a cette Communauté

Präambel

SEINE MAJESTÄT DER KONIG DER BELGIER,
DER PRÄSIDENT
DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND,
DER PRÄSIDENT DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK,
DER PRÄSIDENT DER ITALIENISCHEN REPUBLIK,
SEINE KÖNIGLICHE HOHEIT
DER GROSSHERZOG VON LUXEMBURG,
IHRE MAJESTÄT DIE KÖNIGIN DER NIEDERLANDE,

Vertragsparteien des am 25. März 1957 in Rom unterzeichneten Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, nachstehend „der Vertrag“ genannt, deren Staaten im folgenden als „Mitgliedstaaten“ bezeichnet werden,

und DER RAT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

einerseits und

DER PRÄSIDENT DER REPUBLIK BURUNDI,
DER PRÄSIDENT DER REPUBLIK DAHOME,
DER PRÄSIDENT DER REPUBLIK ELFENBEINKÜSTE,
DER PRÄSIDENT DER REPUBLIK GABUN,
DER PRÄSIDENT DER BUNDESREPUBLIK KAMERUN,
DER PRÄSIDENT
DER DEMOKRATISCHEN REPUBLIK KONGO,
DER PRÄSIDENT
DER REPUBLIK KONGO-BRAZZAVILLE,
STAATSCHEF,
DER PRÄSIDENT DER REPUBLIK MADAGASKAR,
DER STAATSCHEF DER REPUBLIK MALI,
DER PRÄSIDENT
DER ISLAMITISCHEN REPUBLIK MAURETANIEN,
DER PRÄSIDENT DER REPUBLIK NIGER,
DER PRÄSIDENT DER REPUBLIK OBERVOLTA,
DER PRÄSIDENT DER REPUBLIK RWANDA,
DER PRÄSIDENT DER REPUBLIK SENEGAL,
DER PRÄSIDENT DER REPUBLIK SOMALIA,
DER PRÄSIDENT DER REPUBLIK TOGO,

Préambule

SA MAJESTÉ LE ROI DES BELGES,
LE PRÉSIDENT
DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE,
LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE FRANÇAISE,
LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE ITALIENNE,
SON ALTESSE ROYALE
LE GRAND-DUC DE LUXEMBOURG,
SA MAJESTÉ LA REINE DES PAYS-BAS,

Parties Contractantes au Traité instituant la Communauté Economique Européenne signé à Rome le 25 mars 1957, ci-après dénommé le Traité et dont les Etats sont ci-après dénommés Etats membres,

et LE CONSEIL DES COMMUNAUTÉS EUROPÉENNES,

d'une part, et

LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE DU BURUNDI,
LE PRÉSIDENT
DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE DU CAMEROUN,
LE PRÉSIDENT
DE LA RÉPUBLIQUE CENTRAFRICAINE,
LE PRÉSIDENT
DE LA RÉPUBLIQUE DÉMOCRATIQUE DU CONGO,
LE PRÉSIDENT
DE LA RÉPUBLIQUE DU CONGO-BRAZZAVILLE,
CHEF DE L'ÉTAT,
LE PRÉSIDENT
DE LA RÉPUBLIQUE DE CÔTE-D'IVOIRE,
LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE DU DAHOMEY,
LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE GABONAISE,
LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE DE HAUTE-VOLTA,
LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE MALGACHE,
LE CHEF DE L'ÉTAT DE LA RÉPUBLIQUE DU MALI,
LE PRÉSIDENT
DE LA RÉPUBLIQUE ISLAMIQUE DE MAURITANIE,
LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE DU NIGER,
LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE RWANDAISE,
LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE DU SÉNÉGAL,
LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE DE SOMALIE,

Convenzione di Associazione
tra la Comunità Economica Europea
e gli africani e malgascio associati a tale Comunità

Associatieovereenkomst
tussen de Europese Economische Gemeenschap
en de met deze Gemeenschap geassocieerde Afrikaanse Staten en Madagaskar

Preambolo

SUA MAESTÀ IL RE DEI BELGI,
IL PRESIDENTE
DELLA REPUBBLICA FEDERALE DI GERMANIA,
IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA FRANCESE,
IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA ITALIANA,
SUA ALTEZZA REALE IL GRANDUCA
DEL LUSSEMBURGO,
SUA MAESTÀ LA REGINA DEI PAESI BASSI,

Parti Contraenti del Trattato che istituisce la Comunità Economica Europea, firmato a Roma il 25 marzo 1957, in appresso denominato il Trattato, ed i cui Stati sono in appresso denominati Stati membri,

e IL CONSIGLIO DELLE COMUNITÀ EUROPEE,

da una parte, e

IL PRESIDENTE
DELLA REPUBBLICA DELL'ALTO VOLTA,
IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA DEL BURUNDI,

IL PRESIDENTE
DELLA REPUBBLICA FEDERALE DEL CAMERUN,
IL PRESIDENTE
DELLA REPUBBLICA CENTROAFRICANA,
IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA DEL CIAD,

IL PRESIDENTE
DELLA REPUBBLICA DEL CONGO-BRAZZAVILLE,
CAPO DI STATO,
IL PRESIDENTE
DELLA REPUBBLICA DEMOCRATICA DEL CONGO,

IL PRESIDENTE
DELLA REPUBBLICA DELLA COSTA D'AVORIO,
IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA DEL DAHOMEY,

IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA DEL GABON,

IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA MALGASCIA,
IL CAPO DI STATO DELLA REPUBBLICA DEL MALI,

IL PRESIDENTE
DELLA REPUBBLICA ISLAMITICA DI MAURITANIA,
IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA DEL NIGER,
IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA DEL RUANDA,
IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA DEL SENEGAL,

Preambule

ZIJNE MAJESTEIT DE KONING DER BELGEN,
DE PRESIDENT
VAN DE BONDSREPUBLIEK DUITSLAND,
DE PRESIDENT VAN DE FRANSE REPUBLIEK,
DE PRESIDENT VAN DE ITALIAANSE REPUBLIEK,
ZIJNE KONINKLIJKE HOOGHEID
DE GROOTHERTOOG VAN LUXEMBURG,
HARE MAJESTEIT DE KONINGIN DER NEDERLANDEN,

Partijen bij het op 25 maart 1957 te Rome ondertekende Verdrag tot oprichting van de Europese Economische Gemeenschap, hierna te noemen het Verdrag, en wier Staten hierna Lid-Staten worden genoemd,

en de RAAD VAN DE EUROPESE GEMEENSCHAPPEN

enerzijds, en

DE PRESIDENT VAN DE REPUBLIEK BOEROENDI,
DE PRESIDENT VAN DE REPUBLIEK BOVEN-VOLTA,

DE PRESIDENT
VAN DE CENTRAALAFRIKAANSE REPUBLIEK,
DE PRESIDENT VAN DE REPUBLIEK DAHOMEY,
DE PRESIDENT VAN DE REPUBLIEK GABOEN,

DE PRESIDENT VAN DE REPUBLIEK IVOORKUST,
DE PRESIDENT
VAN DE FEDERALE REPUBLIEK KAMEROEN,

DE PRESIDENT
VAN DE DEMOCRATISCHE REPUBLIEK KONGO,
DE PRESIDENT
VAN DE REPUBLIEK KONGO-BRAZZAVILLE,
STAATSHOOFD,
DE PRESIDENT VAN DE REPUBLIEK MADAGASKAR,

HET STAATSHOOFD VAN DE REPUBLIEK MALI,
DE PRESIDENT
VAN DE ISLAMITISCHE REPUBLIEK MAURETANIE,
DE PRESIDENT VAN DE REPUBLIEK NIGER,

DE PRESIDENT VAN DE REPUBLIEK RWANDA,
DE PRESIDENT VAN DE REPUBLIEK SENEGAL,
DE PRESIDENT VAN DE REPUBLIEK SOMALIA,

DER PRÄSIDENT DER REPUBLIK TSCHAD,
DER PRÄSIDENT
DER ZENTRALAFRIKANISCHEN REPUBLIK,

deren Staaten im folgenden als „assozierte Staaten“
bezeichnet werden,

andererseits,

GESTÜTZT auf den Vertrag zur Gründung der Euro-
päischen Wirtschaftsgemeinschaft,

DAHER UNTER ERNEUTER BEKRÄFTIGUNG ihres
Willens, ihre Assoziation aufrechtzuerhalten,

IN DEM WUNSCH, ihren gemeinsamen Willen zur
Zusammenarbeit auf der Grundlage völliger Gleich-
berechtigung und freundschaftlicher Beziehungen unter
Wahrung der Grundsätze der Satzung der Vereinten
Nationen zum Ausdruck zu bringen,

ENTSCHLOSSEN, die Wirtschaftsbeziehungen zwischen
den assoziierten Staaten und der Gemeinschaft zu ent-
wickeln,

IN DEM FESTEN WILLEN, gemeinsam ihre Bemühun-
gen um den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen
Fortschritt ihrer Länder fortzusetzen,

IN DEM BESTREBEN, die Diversifizierung der Wirt-
schaft der assoziierten Staaten zu erleichtern und die
Industrialisierung dieser Staaten zu fördern, um ihr wirt-
schaftliches Gleichgewicht und ihre wirtschaftliche Unab-
hängigkeit zu festigen,

IN DEM BEWUSSTSEIN, daß der Ausbau der Zusam-
menarbeit und des Handels zwischen den afrikanischen
Staaten sowie der internationalen Wirtschaftsbeziehun-
gen von großer Bedeutung ist,

STELLEN FEST, daß die Geltungsdauer des am 20. Juli
1963 in Yaounde unterzeichneten Assoziierungsabkommens
abgelaufen ist,

HABEN BESCHLOSSEN, ein neues Assoziierungsab-
kommen zwischen der Gemeinschaft und den assoziierten
Staaten zu schließen,

und haben hierfür als Bevollmächtigte ernannt:

Seine Majestät der König der Belgier

Herr Charles Hanin,
Minister für Mittelstandsfragen;

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland

Herr Gerhard Jahn,
Parlamentarischer Staatssekretär des Auswärtigen Amtes;

Der Präsident der Französischen Republik

Herr Yvon Bourges,
Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten;

Der Präsident der Italienischen Republik

Herr Mario Pedini,
Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten;

Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Luxemburg

Herr Albert Borschette,
außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter;

Ihre Majestät die Königin der Niederlande

Herr Joseph M. A. H. Luns,
Minister für Auswärtige Angelegenheiten;

LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE DU TCHAD,
LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE TOGOLAISE,

dont les Etats sont ci-après dénommés Etats associés,

d'autre part,

VU le Traité instituant la Communauté Economique
Européenne,

RÉAFFIRMANT en conséquence leur volonté de main-
tenir leur Association,

DÉSIRANT manifester leur volonté mutuelle de coopé-
ration sur la base d'une complète égalité et de relations
amicales dans le respect des principes de la Charte des
Nations Unies,

DÉCIDÉS à développer les relations économiques entre
les Etats associés et la Communauté,

RÉSOLUS à poursuivre en commun leurs efforts en vue
du progrès économique, social et culturel de leurs pays,

SOUCIEUX de faciliter la diversification de l'économie
et de promouvoir l'industrialisation des Etats associés en
vue de leur permettre de renforcer leur équilibre et leur
indépendance économiques,

CONSCIENTS de l'importance que revêt le développe-
ment de la coopération et des échanges interafricains
ainsi que des relations économiques internationales,

CONSTATANT que la Convention d'Association signée
à Yaoundé le 20 juillet 1963 est venue à expiration,

ONT DÉCIDÉ de conclure une nouvelle Convention
d'Association entre la Communauté et les Etats associés

et ont désigné à cet effet comme plénipotentiaires:

Sa Majesté le Roi des Belges

M. Charles Hanin,
Ministre des Classes Moyennes;

Le Président de la République Fédérale d'Allemagne

M. Gerhard Jahn,
Secrétaire d'Etat Parlementaire,
Ministère des Affaires Etrangères;

Le Président de la République Française

M. Yvon Bourges,
Secrétaire d'Etat aux Affaires Etrangères;

Le Président de la République Italienne

M. Mario Pedini,
Sous-Secrétaire d'Etat aux Affaires Etrangères;

Son Altesse Royale le Grand-Duc de Luxembourg

M. Albert Borschette,
Ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire;

Sa Majesté la Reine des Pays-Bas

M. Joseph M. A. H. Luns,
Ministre des Affaires Etrangères;

IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA SOMALA,
IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA DEL TOGO,

DE PRESIDENT VAN DE REPUBLIEK TOGO,
DE PRESIDENT VAN DE REPUBLIEK TSJAAD,

i cui Stati sono in appresso denominati Stati associati,
dall'altra parte,

wier Staten hierna geassocieerde Staten worden
genoemd, anderzijds,

VISTO il Trattato che istituisce la Comunità Economica
Europea,

GELET op het Verdrag tot oprichting van de Europese
Economische Gemeenschap,

RIAFFERMANDO quindi la volontà di mantenere la
loro Associazione,

DERHALVE hun wil bevestigende hun Associatie te
handhaven,

DESIDERANDO manifestare la reciproca volontà di
cooperare su un piano di completa eguaglianza e di rela-
zioni amichevoli nel rispetto dei principi della Carta delle
Nazioni Unite,

WENSENDE uitdrukking te geven aan hun wederzijdse
wil tot samenwerking op basis van volledige gelijkheid
en vriendschappelijke betrekkingen, met eerbiediging van
de beginselen van het Handvest der Verenigde Naties,

DECISI a sviluppare le relazioni economiche tra gli
Stati associati e la Comunità,

BESLOTEN hebbende de economische betrekkingen
tussen de geassocieerde Staten en de Gemeenschap te
ontwikkelen,

RISOLUTI a proseguire in comune gli sforzi volti al
progresso economico, sociale e culturale dei loro paesi,

VASTBESLOTEN hun streven naar de economische,
sociale en culturele ontwikkeling van hun landen ge-
zamenlijk voort te zetten,

SOLLECITI di agevolare la diversificazione dell'econo-
mia e di promuovere l'industrializzazione degli Stati
associati onde permettere loro di rafforzare l'equilibrio
e l'indipendenza delle loro economie,

VERLANGENDE de diversificatie van de economie van
de geassocieerde Staten te vergemakkelijken en hun
industrialisatie te bevorderen, ten einde hen in staat te
stellen hun economisch evenwicht en hun economische
onafhankelijkheid te versterken,

CONSAPEVOLI dell'importanza dello sviluppo della
cooperazione e degli scambi interafricani nonché delle
relazioni economiche internazionali,

ZICH BEWUST van het belang van de ontwikkeling
der interafrikaanse samenwerking en handel en der inter-
nationale economische betrekkingen,

COSTATANDO che la Convenzione di Associazione
firmata a Yaoundé il 20 luglio 1963 è giunta a scadenza,

CONSTATERENDE dat de op 20 juli 1963 te Jaoende
ondertekende Associatieovereenkomst verstreken is,

HANNO DECISO di concludere una nuova Conven-
zione di Associazione tra la Comunità e gli Stati asso-
ciati,

HEBBEN BESLOTEN een nieuwe Associatieovereen-
komst tussen de Gemeenschap en de geassocieerde Staten
aan te gaan,

e a questo effetto hanno designato come plenipoten-
ziari:

en hebben te dien einde als hun gevolmachtigden aan-
gewezen:

Sua Maestà il Re dei Belgi
Sig. Charles Hanin,
Ministro del Ceto Medio;

Zijne Majesteit de Koning der Belgen
De heer Charles Hanin,
Minister van Middenstand;

Il Presidente Della Repubblica federale di Germania
Sig. Gerhard Jahn,
Sottosegretario di Stato Parlamentare presso il Ministero
degli Affari Esteri;

De President van de Bondsrepubliek Duitsland
De heer Gerhard Jahn,
Parlementaire Staatssecretaris,
Ministerie van Buitenlandse Zaken;

Il Presidente della Repubblica Francese
Sig. Yvon Bourges,
Segretario di Stato al Ministro degli Affari Esteri;

De President van de Franse Republiek
De heer Yvon Bourges,
Staatssecretaris van Buitenlandse Zaken;

Il Presidente della Repubblica Italiana
Sig. Mario Pedini,
Sottosegretario agli Affari Esteri;

De President van de Italiaanse Republiek
De heer Mario Pedini,
Staatssecretaris van Buitenlandse Zaken;

Sua Altezza Reale il Granduca del Lussemburgo
Sig. Albert Borschette,
Ambasciatore Straordinario e plenipotenziario;

Zijne Koninklijke Hoogheid
de Groothertog van Luxemburg
De heer Albert Borschette,
buitengewoon en gevolmachtigd Ambassadeur;

Sua Maestà la Regina dei Paesi Bassi
Sig. Joseph M. A. H. Luns,
Ministro degli Affari Esteri;

Haare Majesteit de Koningin der Nederlanden
De heer Joseph M. A. H. Luns,
Minister van Buitenlandse Zaken;

Der Rat der Europäischen Gemeinschaften Herr Joseph M. A. H. Luns, Amtierender Präsident des Rates der Europäischen Gemeinschaften; Herr Jean Rey, Präsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaften;	Le Conseil des Communautés Européennes M. Joseph M. A. H. Luns, Président en exercice du Conseil des Communautés Européennes; M. Jean Rey, Président de la Commission des Communautés Européennes;
Der Präsident der Republik Burundi Herr Lazare Ntawurishira, Minister für Auswärtige Angelegenheiten und Zusammenarbeit;	Le Président de la République du Burundi M. Lazare Ntawurishira, Ministre des Affaires Etrangères et de la Coopération;
Der Präsident der Republik Dahome Herr Daouda Badarou, Minister für Auswärtige Angelegenheiten;	Le Président de la République Fédérale du Cameroun M. Vincent Efon, Ministre du Plan et du Développement;
Der Präsident der Republik Elfenbeinküste Herr Konan Bedie, Minister für Wirtschaft und Finanzen;	Le Président de la République Centrafricaine M. Louis Alazoula, Ministre de l'Industrie, des Mines et de la Géologie;
Der Präsident der Republik Gabun Herr Emile Kassa Mapsi, Staatsminister, zuständig für die Wahrnehmung der Geschäfte der Botschaft Gabuns bei den Benelux-Staaten und den Europäischen Gemeinschaften;	Le Président de la République Démocratique du Congo M. Crispin Kasasa, Vice-Ministre des Affaires Etrangères, chargé du Commerce Extérieur;
Der Präsident der Bundesrepublik Kamerun Herr Vincent Efon, Minister für Planungsfragen und Entwicklung;	Le Président de la République du Congo-Brazzaville, Chef de l'Etat M. Charles Sianard, Ministre des Finances et de l'Economie;
Der Präsident der Demokratischen Republik Kongo Herr Crispin Kasasa, Stellvertretender Minister für Auswärtige Angelegenheiten, zuständig für den Außenhandel;	Le Président de la République de Côte-d'Ivoire M. Konan Bedie, Ministre des Affaires Economiques et Financières;
Der Präsident der Republik Kongo-Brazzaville, Staatschef Herr Charles Sianard, Minister für Finanzen und Wirtschaft;	Le Président de la République du Dahomey M. Daouda Badarou, Ministre des Affaires Etrangères;
Der Präsident der Republik Madagaskar Herr Jacques Rabemananjara, Staatsminister für Auswärtige Angelegenheiten;	Le Président de la République Gabonaise M. Emile Kassa Mapsi, Ministre d'Etat chargé de l'Ambassade du Gabon auprès du Benelux et des Communautés Européennes;
Der Staatschef der Republik Mali Herr Jean-Marie Kone, Staatsminister für Auswärtige Angelegenheiten und Zusammenarbeit;	Le Président de la République de Haute-Volta M. Pierre-Claver Damiba, Ministre du Plan et des Travaux Publics;
Der Präsident der Islamitischen Republik Mauretanien Herr Mokhtar Ould Haïba, Minister für Planungsfragen;	Le Président de la République Malgache M. Jacques Rabemananjara, Ministre d'Etat aux Affaires Etrangères;
Der Präsident der Republik Niger Herr Alidou Barkire, Minister für Wirtschaft, Handel und Industrie;	Le Chef de l'Etat de la République du Mali M. Jean-Marie Kone, Ministre d'Etat chargé des Affaires Etrangères et de la Coopération;
Der Präsident der Republik Obervolta Herr Pierre-Claver Damiba, Minister für Planungsfragen und öffentliche Arbeiten;	Le Président de la République Islamique de Mauritanie M. Mokhtar Ould Haïba, Ministre de la Planification;
Der Präsident der Republik Rwanda Herr Sylvestre Nsanzimana, Minister für Handel, Bergbau und Industrie;	Le Président de la République du Niger M. Alidou Barkire, Ministre des Affaires Economiques, du Commerce et de l'Industrie;

Il Consiglio delle Comunità Europee
Sig. Joseph M. A. H. Luns,
Presidente in carica del Consiglio delle Comunità Europee;

Sig. Jean Rey,
Presidente della Commissione delle Comunità Europee;

Il Presidente della Repubblica dell'Alto Volta
Sig. Pierre-Claver Damiba,
Ministro del Piano e dei Lavori Pubblici;

Il Presidente della Repubblica del Burundi
Sig. Lazare Ntawurishira,
Ministro degli Affari Esteri e della Cooperazione;

Il Presidente della Repubblica federale del Camerun
Sig. Vincent Efon,
Ministro del Piano e dello Sviluppo;

Il Presidente della Repubblica Centrafricana
Sig. Louis Alazoula,
Ministro dell'Industria, delle Miniere e della Geologia;

Il Presidente della Repubblica del Ciad
Sig. Abdoulaye Lamana,
Ministro dell'Economia, delle Finanze e dei Trasporti;

Il Presidente della Repubblica del Congo-Brazzaville,
Capo di Stato
Sig. Charles Sianard,
Ministro degli Affari Finanziari ed Economici;

Il Presidente della Repubblica Democratica del Congo
Sig. Crispin Kasasa,
Viceministro degli Affari Esteri incaricato
del Commercio Estero;

Il Presidente della Repubblica della Costa d'Avorio
Sig. Konan Bedie,
Ministro degli Affari Economici e Finanziari;

Il Presidente della Repubblica del Dahomey
Sig. Daouda Badarou,
Ministro degli Affari Esteri;

Il Presidente della Repubblica del Gabon
Sig. Emile Kassa Mapsi,
Ministro di Stato incaricato dell'Ambasciata del Gabon
presso il Benelux e le Comunità Europee;

Il Presidente della Repubblica Malgascia
Sig. Jacques Rabemananjara,
Ministro di Stato agli Affari Esteri;

Il Capo di Stato della Repubblica del Mali
Sig. Jean-Marie Kone,
Ministro di Stato incaricato degli Affari Esteri
e della Cooperazione;

Il Presidente della Repubblica Islamitica di Mauritania
Sig. Mokhtar Ould Haiba,
Ministro della Pianificazione;

De Raad van de Europese Gemeenschappen
De heer Joseph M. A. H. Luns,
fungerend Voorzitter
van de Raad der Europese Gemeenschappen;
De heer Jean Rey,
Voorzitter van de Commissie
der Europese Gemeenschappen;

De President von de Republik Boeroendi
De heer Lazare Ntawurischira,
Minister van Buitenlandse Zaken
en van Samenwerking;

De President van de Republiek Boven-Volta
De heer Pierre-Claver Damiba,
Minister van het Plan en van Openbare Werken;

De President van de Centraalafrikaanse Republiek
De heer Louis Alazoula,
Minister van Industrie,
van Mijnbouw en van Geologie;

De President van de Republiek Dahomey
De heer Daouda Badarou,
Minister van Buitenlandse Zaken;

De President van de Republiek Gaboen
De heer Emile Kassa Mapsi,
Minister van Staat, belast met de aangelegenheden
van de Ambassade Gaboen bij de Benelux-landen
en de Europese Gemeenschappen;

De President van de Republiek Ivoorkust
De heer Konan Bedie,
Minister van Economische Zaken en Financiën;

De President van de Federale Republiek Kameroen
De heer Vincent Efon,
Minister van het Plan en voor Ontwikkeling;

De President van de Democratische Republiek Kongo
De heer Crispin Kasasa,
Vice-Minister van Buitenlandse Zaken,
belast met de Buitenlandse Handel;

De President van de Republiek Kongo-Brazzaville,
Staatshoofd
De heer Charles Sianard,
Minister van Financiën en Economische Zaken;

De President van de Republiek Madagaskar
De heer Jacques Rabemananjara,
Staatsminister voor Buitenlandse Zaken;

Het Staatshoofd van de Republiek Mali
De heer Jean-Marie Kone,
Minister van Staat,
belast met Buitenlandse Zaken en Samenwerking;

De President van de Islamitische Republiek Mauretanië
De heer Mokhtar Ould Haiba,
Minister van het Plan;

De President van de Republiek Niger
De heer Alidou Barkire,
Minister van Economische Zaken, Handel en Industrie;

Der Präsident der Republik Senegal
Herr Jean Collin,
Minister für Finanzen;

Der Präsident der Republik Somalia
Herr Elmi Ahmed Duale,
Staatsminister für Auswärtige Angelegenheiten;

Der Präsident der Republik Togo
Herr Paulin Ekloou,
Minister für Handel, Industrie, Fremdenverkehr
und Planungsfragen;

Der Präsident der Republik Tschad
Herr Abdoulaye Lamana,
Minister für Wirtschaft, Finanzen und Verkehr;

Der Präsident der Zentralafrikanischen Republik
Herr Louis Alazoula,
Minister für Industrie, Bergbau und Geologie;

DIESE SIND nach Austausch ihrer als gut und gehörig
befundenen Vollmachten

WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

Artikel 1

Mit diesem Abkommen soll die Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien in dem Bestreben gefördert werden, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der assoziierten Staaten durch Erweiterung des Handelsverkehrs sowie durch finanzielle Maßnahmen und technische Zusammenarbeit zu begünstigen.

Mit diesem Abkommen wollen die Vertragsparteien ihre wirtschaftlichen Beziehungen entwickeln, die Wirtschaftsstruktur und die wirtschaftliche Unabhängigkeit der assoziierten Staaten verstärken, die Industrialisierung dieser Staaten fördern, die regionale Zusammenarbeit in Afrika begünstigen und zur weiteren Entwicklung des Welthandels beitragen.

TITEL I

Warenverkehr

Kapitel I

Zölle und mengenmäßige Beschränkungen

Artikel 2

(1) Erzeugnisse mit Ursprung in den assoziierten Staaten werden frei von Zöllen und Abgaben mit gleicher Wirkung in die Gemeinschaft eingeführt; diese Erzeugnisse dürfen aber nicht günstiger als im Warenverkehr zwischen den Mitgliedstaaten behandelt werden.

(2) Absatz 1 greift jedoch nicht der Einfuhrregelung für folgende Erzeugnisse vor:

- in der Liste des Anhangs II des Vertrags aufgeführte Erzeugnisse, sobald sie einer gemeinsamen Marktorganisation nach Artikel 40 des Vertrags unterliegen;
- Erzeugnisse, die bei der Einfuhr in die Gemeinschaft wegen der Durchführung der gemeinsamen Agrarpolitik einer Sonderregelung unterliegen.

Le Président de la République Rwandaise
M. Sylvestre Nsanzimana,
Ministre du Commerce,
des Mines et de l'Industrie;

Le Président de la République du Senegal
M. Jean Collin,
Ministre des Finances;

Le Président de la République de Somalie
M. Elmi Ahmed Duale,
Ministre d'Etat aux Affaires Etrangères;

Le Président de la République du Tchad
M. Abdoulaye Lamana,
Ministre de l'Economie,
des Finances et des Transports;

Le Président de la République Togolaise
M. Paulin Ekloou,
Ministre du Commerce,
de l'Industrie, du Tourisme et du Plan;

LESQUELS, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs, reconnus en bonne et due forme,

SONT CONVENUS DES DISPOSITIONS QUI SUIVENT:

Article 1

Les dispositions de la présente Convention ont pour objet de promouvoir la coopération entre les Parties Contractantes, en vue de favoriser le développement économique et social des Etats associés par l'accroissement de leurs échanges commerciaux et la mise en oeuvre d'interventions financières et de coopération technique.

Par ces dispositions, les Parties Contractantes entendent développer leurs relations économiques, renforcer la structure et l'indépendance économiques et promouvoir l'industrialisation des Etats associés, favoriser la coopération régionale africaine et contribuer au progrès du commerce international.

TITRE I

Les échanges commerciaux

Chapitre I

Droits de douane et restrictions quantitatives

Article 2

1. Les produits originaires des Etats associés sont admis à l'importation dans la Communauté en exemption des droits de douane et taxes d'effet équivalent sans que le traitement réservé à ces produits puisse être plus favorable que celui que les Etats membres s'accordent entre eux.

2. Toutefois, des dispositions du paragraphe 1 ne préjugent pas le régime d'importation réservé aux produits:

- énumérés à la liste de l'annexe II du Traité dès lors qu'ils font l'objet d'une organisation commune des marchés au sens de l'article 40 du Traité;
- soumis à l'importation dans la Communauté à une réglementation spécifique comme conséquence de la mise en oeuvre de la politique agricole commune.

Il Presidente della Repubblica del Niger
Sig. Alidou Barkire,
Ministro degli Affari Economici,
del Commercio e dell'Industria;

Il Presidente della Repubblica del Ruanda
Sig. Sylvestre Nsanzimana,
Ministro del Commercio, delle Miniere e dell'Industria;

Il Presidente della Repubblica del Senegal
Sig. Jean Collin,
Ministro delle Finanze;

Il Presidente della Repubblica Somala
Sig. Elmi Ahmed Duale,
Ministro di Stato agli Affari Esteri;

Il Presidente della Repubblica del Togo
Sig. Paulin Ekloou,
Ministro per il Commercio, l'Industria,
il Turismo e il Piano;

I QUALI, dopo aver scambiato i loro pieni poteri, riconosciuti in buona e debita forma,

HANNO CONVENUTO LE DISPOSIZIONI CHE SEGUONO:

Articolo 1

Le disposizioni della presente Convenzione hanno lo scopo di promuovere la cooperazione tra le Parti Contraenti, al fine di favorire lo sviluppo economico e sociale degli Stati associati mediante l'incremento dei loro scambi commerciali e l'attuazione di interventi finanziari e di cooperazione tecnica.

Con tali disposizioni le Parti Contraenti intendono sviluppare le loro relazioni economiche, rafforzare la struttura e l'indipendenza economica e promuovere l'industrializzazione degli Stati associati, favorire la cooperazione regionale africana e contribuire al progresso del commercio internazionale.

TITOLO I

Scambi commerciali

Capitolo I

Dazi doganali e restrizioni quantitative

Articolo 2

1. I prodotti originari degli Stati associati sono ammessi all'importazione nella Comunità in esenzione da dazi doganali e tasse di effetto equivalente, ed il trattamento loro riservato non può essere più favorevole di quello che gli Stati membri si concedono tra loro.

2. Tuttavia, le disposizioni del precedente paragrafo non pregiudicano il regime per le importazioni dei prodotti:

- ripresi nell'elenco dell'Allegato II del Trattato, quando sono oggetto di un'organizzazione comune dei mercati ai sensi dell'articolo 40 del Trattato;
- soggetti, all'importazione nella Comunità, ad una regolamentazione specifica come conseguenza dell'attuazione della politica agricola comune.

De President van de Republiek Rwanda
De heer Sylvestre Nsanzimana,
Minister van Handel, Mijnbouw en Nijverheid;

De President van de Republiek Senegal
De heer Jean Collin,
Minister van Financiën;

De President van de Republiek Somalia
De heer Elmi Ahmed Duale,
Staatsminister van Buitenlandse Zaken;

De President van de Republiek Togo
De heer Paulin Ekloou,
Minister van Handel, Industrie,
Toerisme en voor het Plan;

De President van de Republiek Tsjaad
De heer Abdoulage Lamana,
Minister van Economische Zaken,
Financiën en Verkeer;

DIE, na overlegging van hun in goede en behoorlijke vorm bevonden volmachten,

OVEREENSTEMMING HEBBEN BEREIKT OMTRENT DE VOLGENDE BEPALINGEN:

Artikel 1

Deze Overeenkomst heeft ten doel de samenwerking tussen de Overeenkomstsluitende Partijen te bevorderen, ten einde de economische en sociale ontwikkeling van de geassocieerde Staten te stimuleren door uitbreiding van het onderlinge handelsverkeer alsmede door financiële interventies en technische samenwerking.

Door deze Overeenkomst willen de Overeenkomstsluitende Partijen hun economische betrekkingen ontwikkelen, de economische structuur en onafhankelijkheid van de geassocieerde Staten verstevigen en hun industrialisatie bevorderen, de regionale Afrikaanse samenwerking aanmoedigen en tot de vooruitgang van de internationale handel bijdragen.

TITEL I

Handelsverkeer

Hoofdstuk I

Douanerechten en kwantitatieve beperkingen

Artikel 2

1. Produkten van oorsprong uit de geassocieerde Staten mogen met vrijdom van douanerechten en heffingen van gelijke werking in de Gemeenschap worden ingevoerd, doch de regeling voor deze produkten mag niet gunstiger zijn dan die welke de Lid-Staten onderling toepassen.

2. Het vorige lid laat evenwel onverlet de invoerregeling voor de produkten:

- welke zijn genoemd in de lijst van bijlage II van het Verdrag, voor zover deze aan een gemeenschappelijke marktordening in de zin van artikel 40 van het Verdrag zijn onderworpen;
- welke bij invoer in de Gemeenschap zijn onderworpen aan een bijzondere regeling tengevolge van de uitvoering van het gemeenschappelijk landbouwbeleid.

Das Protokoll Nr. 1 im Anhang bestimmt, unter welchen Bedingungen die Gemeinschaft in Abweichung von der gegenüber Drittländern geltenden allgemeinen Regelung die auf die obigen Erzeugnisse mit Ursprung in den assoziierten Staaten anwendbare Regelung festlegt.

(3) Im Assoziationsrat können Konsultationen über die Anwendung dieses Artikels stattfinden.

Artikel 3

(1) Erzeugnisse mit Ursprung in der Gemeinschaft werden frei von Zöllen und Abgaben gleicher Wirkung in jeden assoziierten Staat eingeführt.

(2) Jeder assoziierte Staat kann jedoch nach Maßgabe des Protokolls Nr. 2 im Anhang Zölle und Abgaben gleicher Wirkung beibehalten oder einführen, die den Erfordernissen seiner Entwicklung entsprechen oder der Finanzierung seines Haushalts dienen.

(3) Jeder assoziierte Staat gewährt den Ursprungs-erzeugnissen eines jeden Mitgliedstaates die gleiche Behandlung.

(4) Auf Antrag der Gemeinschaft finden im Assoziationsrat Konsultationen über die Anwendung dieses Artikels statt.

Artikel 4

(1) Erhebt ein assoziierter Staat auf seine für die Mitgliedstaaten bestimmten Erzeugnisse Ausfuhrzölle, so dürfen diese Zölle weder rechtlich noch tatsächlich unmittelbar oder mittelbar zu einer unterschiedlichen Behandlung der Mitgliedstaaten führen.

(2) Unbeschadet der Anwendung des Artikels 16 Absatz 2 finden im Assoziationsrat Konsultationen statt, wenn die Erhebung derartiger Zölle zu einer ernsthaften Störung der Wettbewerbsbedingungen führt.

Artikel 5

Unbeschadet der besonderen Bestimmungen dieses Abkommens nimmt jede Vertragspartei von allen Maßnahmen oder Praktiken interner steuerlicher Art Abstand, die unmittelbar oder mittelbar eine unterschiedliche Behandlung ihrer Erzeugnisse und gleichartiger Ursprungs-erzeugnisse der anderen Vertragsparteien bewirken.

Artikel 6

(1) Bei der Einfuhr von Erzeugnissen mit Ursprung in den assoziierten Staaten wendet die Gemeinschaft keine anderen mengenmäßigen Beschränkungen oder Maßnahmen gleicher Wirkung an als jene, die die Mitgliedstaaten untereinander anwenden.

(2) Absatz 1 greift jedoch nicht der Einfuhrregelung für die unter Artikel 2 Absatz 2 erster Gedankenstrich fallenden Erzeugnisse vor.

(3) Auf Antrag eines assoziierten Staates finden im Assoziationsrat Konsultationen über die Anwendung dieses Artikels statt.

Artikel 7

(1) Soweit in diesem Artikel nichts anderes bestimmt wird, wenden die assoziierten Staaten bei der Einfuhr von Erzeugnissen mit Ursprung in den Mitgliedstaaten weder mengenmäßige Beschränkungen noch Maßnahmen gleicher Wirkung an.

Les dispositions du Protocole n° 1 annexé à la présente Convention précisent les conditions dans lesquelles la Communauté détermine, par dérogation au régime général en vigueur à l'égard des pays tiers, le régime applicable au bénéfice des produits ci-dessus, originaires des Etats associés.

3. Des consultations peuvent avoir lieu au sein du Conseil d'Association sur les conditions d'application du présent article.

Article 3

1. Les produits originaires de la Communauté sont admis à l'importation dans chaque Etat associé en exemption des droits de douane et taxes d'effet équivalent.

2. Toutefois, chaque Etat associé peut maintenir ou établir, dans les conditions fixées au Protocole n° 2 annexé à la présente Convention, des droits de douane et taxes d'effet équivalent qui répondent aux nécessités de son développement ou qui ont pour but d'alimenter son budget.

3. Chaque Etat associé accorde le même traitement aux produits originaires de chacun des Etats membres.

4. A la demande de la Communauté, des consultations ont lieu au sein du Conseil d'Association sur les conditions d'application du présent article.

Article 4

1. Dans la mesure où un Etat associé perçoit des droits à l'exportation sur ses produits à destination des Etats membres, ces droits ne peuvent donner lieu, en droit ou en fait, à une discrimination directe ou indirecte entre les Etats membres.

2. Sans préjudice de l'application de l'article 16 paragraphe 2, des consultations ont lieu au sein du Conseil d'Association au cas où l'application de tels droits entraînerait de sérieuses perturbations dans les conditions de concurrence.

Article 5

Sans préjudice des dispositions particulières prévues dans la présente Convention, chaque Partie s'interdit toute mesure ou pratique de nature fiscale interne établissant directement ou indirectement une discrimination entre ses produits et les produits similaires originaires des autres Parties Contractantes.

Article 6

1. La Communauté n'applique pas à l'importation des produits originaires des Etats associés de restrictions quantitatives ni de mesures d'effet équivalent autres que celles que les Etats membres appliquent entre eux.

2. Toutefois, les dispositions du paragraphe 1 ne préjugent pas le régime d'importation réservé aux produits visés à l'article 2 paragraphe 2 premier tiret.

3. A la demande d'un Etat associé, des consultations ont lieu au sein du Conseil d'Association sur les conditions d'application du présent article.

Article 7

1. Sous réserve des dispositions du présent article, les Etats associés n'appliquent pas de restrictions quantitatives ni de mesures d'effet équivalent à l'importation des produits originaires des Etats membres.

Le disposizioni del Protocollo n° 1 allegato alla presente Convenzione precisano le condizioni alle quali la Comunità determina, in deroga al regime generale in vigore nei confronti dei paesi terzi, il regime applicabile ai precedenti prodotti originari degli Stati associati.

3. Sulle modalità di applicazione del presente articolo possono aver luogo consultazioni in seno al Consiglio di Associazione.

Articolo 3

1. I prodotti originari della Comunità sono ammessi all'importazione in ciascuno degli Stati associati in esenzione da dazi doganali e tasse di effetto equivalente.

2. Tuttavia, ciascuno Stato associato può mantenere o istituire, alle condizioni stabilite nel Protocollo n° 2 allegato alla presente Convenzione dazi doganali e tasse di effetto equivalente che rispondano alle necessità del suo sviluppo o abbiano lo scopo di alimentare il suo bilancio.

3. Ciascuno Stato associato accorda lo stesso trattamento ai prodotti originari di ciascuno degli Stati membri.

4. A richiesta della Comunità, hanno luogo consultazioni in seno al Consiglio di Associazione sulle modalità di applicazione del presente articolo.

Articolo 4

1. Qualora uno Stato associato riscuota dazi all'esportazione sui propri prodotti destinati agli Stati membri, tali dazi non devono provocare, de jure o de facto, una discriminazione diretta o indiretta tra gli Stati membri.

2. Fatta salva l'applicazione dell'articolo 16, paragrafo 2, hanno luogo consultazioni in seno al Consiglio di Associazione qualora l'applicazione di tali dazi turbi seriamente le condizioni di concorrenza.

Articolo 5

Fatte salve le disposizioni particolari previste nella presente Convenzione, ciascuna Parte Contraente si astiene dall'adottare misure o dall'introdurre pratiche fiscali interne atte a provocare direttamente o indirettamente una discriminazione tra i propri prodotti e i prodotti similari originari delle altre Parti Contraenti.

Articolo 6

1. La Comunità non applica all'importazione dei prodotti originari degli Stati associati restrizioni quantitative o misure di effetto equivalente oltre a quelle che gli Stati membri applicano tra loro.

2. Tuttavia, le disposizioni del paragrafo precedente non pregiudicano il regime d'importazione riservato ai prodotti di cui all'articolo 2, paragrafo 2, primo trattino.

3. A richiesta di uno Stato associato, hanno luogo consultazioni in seno al Consiglio di Associazione sulle modalità di applicazione del presente articolo.

Articolo 7

1. Fatte salve le disposizioni del presente articolo, gli Stati associati non applicano restrizioni quantitative o misure di effetto equivalente all'importazione dei prodotti originari degli Stati membri.

In Protocol No. 1 bij deze Overeenkomst zijn de voorwaarden neergelegd waaronder de Gemeenschap, in afwijking van de algemene regeling die ten aanzien van derde landen geldt, de regeling vaststelt, die wordt toegepast ten gunste van vorengenoemde produkten, van oorsprong uit de geassocieerde Staten.

3. In de Associatieraad kan overleg worden gepleegd over de wijze waarop dit artikel wordt toegepast.

Artikel 3

1. Produkten van oorsprong uit de Gemeenschap mogen in elke geassocieerde Staat vrij van douanerechten en heffingen van gelijke werking worden ingevoerd.

2. Onder de in Protocol No. 2 bij deze Overeenkomst vastgestelde voorwaarden kan iedere geassocieerde Staat echter douanerechten en heffingen van gelijke werking die in overeenstemming zijn met de eisen van zijn ontwikkeling of die ten doel hebben in zijn begrotingsmiddelen te voorzien handhaven of instellen.

3. Elke geassocieerde Staat behandelt de produkten van oorsprong uit elk der Lid-Staten op gelijke wijze.

4. Op verzoek van de Gemeenschap wordt in de Associatieraad overleg gepleegd over de wijze waarop dit artikel wordt toegepast.

Artikel 4

1. Voor zover een geassocieerde Staat uitvoerrechten heft bij de uitvoer van zijn produkten naar de Lid-Staten, mogen deze rechten in rechte noch in feite aanleiding geven tot een rechtstreekse of zijdelingse discriminatie tussen de Lid-Staten.

2. Onverminderd de toepassing van artikel 16, lid 2, wordt in de Associatieraad overleg gepleegd indien de toepassing van deze rechten de mededingingsvoorwaarden ernstig verstoort.

Artikel 5

Onverminderd de bijzondere bepalingen waarin deze Overeenkomst voorziet, onthoudt elke Partij zich van iedere maatregel of handelwijze van intern fiscale aard, die rechtstreeks dan wel zijdelings tot discriminatie tussen haar produkten en gelijksoortige produkten van oorsprong uit de overige Partijen bij de Overeenkomst voert.

Artikel 6

1. De Gemeenschap past bij invoer van produkten van oorsprong uit de geassocieerde Staten geen andere kwantitatieve beperkingen of maatregelen van gelijke werking toe dan die welke de Lid-Staten onderling toepassen.

2. Het vorige lid laat echter onverlet de invoerregeling voor de in artikel 2, lid 2 eerste streepje, bedoelde produkten.

3. Op verzoek van een geassocieerde Staat wordt in de Associatieraad overleg gepleegd over de wijze waarop dit artikel wordt toegepast.

Artikel 7

1. Behoudens de bepalingen van dit artikel, passen de geassocieerde Staten geen kwantitatieve beperkingen of maatregelen van gelijke werking toe op de invoer van produkten van oorsprong uit de Lid-Staten.

(2) Im Hinblick auf die Erfordernisse ihrer Entwicklung oder bei Auftreten von Zahlungsbilanzschwierigkeiten können die assoziierten Staaten nach Maßgabe des Protokolls Nr. 3 im Anhang für Erzeugnisse mit Ursprung in den Mitgliedstaaten mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen oder Maßnahmen gleicher Wirkung beibehalten oder einführen.

Mengenmäßige Beschränkungen und Maßnahmen gleicher Wirkung können gegebenenfalls gleichzeitig mit den Zollmaßnahmen nach Artikel 3 Absatz 2 angewandt werden.

(3) Die Anwendung von mengenmäßigen Beschränkungen und Maßnahmen gleicher Wirkung im Sinne von Absatz 2 darf weder rechtlich noch tatsächlich zu einer unterschiedlichen Behandlung der Mitgliedstaaten führen.

(4) Die assoziierten Staaten, in denen die Einfuhr unter die Zuständigkeit eines staatlichen Handelsmonopols oder einer öffentlichen Stelle fällt, durch die die Einfuhr rechtlich oder tatsächlich unmittelbar oder mittelbar begrenzt wird, ergreifen alle Maßnahmen, die zur Erreichung der Ziele dieses Titels, insbesondere der Gleichbehandlung der Mitgliedstaaten, erforderlich sind.

(5) Auf Antrag der Gemeinschaft finden im Assoziationsrat Konsultationen über die Anwendung dieses Artikels statt.

Artikel 8

Die Artikel 6 und 7 greifen nicht der Regelung vor, welche die Vertragsparteien in Anwendung der von ihnen unterzeichneten weltweiten Übereinkommen für gewisse Erzeugnisse treffen.

Artikel 9

Die Artikel 6, 7 und 8 stehen Einfuhr-, Ausfuhr- und Durchfuhrverboten oder -beschränkungen nicht entgegen, die aus Gründen der öffentlichen Sittlichkeit, Ordnung und Sicherheit, zum Schutz der Gesundheit und des Lebens von Menschen, Tieren oder Pflanzen, des nationalen Kulturguts von künstlerischem, geschichtlichem oder archäologischem Wert oder des gewerblichen und kommerziellen Eigentums gerechtfertigt sind.

Diese Verbote oder Beschränkungen dürfen jedoch weder ein Mittel zur willkürlichen Diskriminierung noch eine verschleierte Beschränkung des Handels darstellen.

Artikel 10

(1) Die Begriffsbestimmung für „Erzeugnisse mit Ursprung in ...“ oder „Ursprungserzeugnisse“ zur Durchführung der Vorschriften dieses Titels sowie die entsprechenden Verfahren für die verwaltungsmäßige Zusammenarbeit, die gemäß dem am 20. Juli 1963 in Yaounde unterzeichneten Abkommen festgelegt worden sind, bleiben anwendbar.

(2) Der Assoziationsrat kann zu den unter Absatz 1 fallenden Texten Änderungen erlassen.

(3) Soweit der Begriff „Erzeugnisse mit Ursprung in ...“ oder „Ursprungserzeugnisse“ für ein bestimmtes Erzeugnis noch nicht in Durchführung von Absatz 1 oder Absatz 2 bestimmt ist, wendet jede Vertragspartei weiterhin ihre eigene Regelung an.

2. Les Etats associés peuvent maintenir ou établir, dans les conditions et selon les modalités prévues au Protocole n° 3 annexé à la présente Convention, des restrictions quantitatives ou des mesures d'effet équivalent, à l'importation des produits originaires des Etats membres, pour faire face aux nécessités de leur développement ou en cas de difficultés dans leur balance des paiements.

Le recours à des restrictions quantitatives et à des mesures d'effet équivalent peut intervenir, le cas échéant, simultanément avec les mesures tarifaires visées à l'article 3 paragraphe 2.

3. L'application des restrictions quantitatives et des mesures d'effet équivalent prévues au paragraphe 2 ne peut donner lieu, en droit ou en fait, à une discrimination entre les Etats membres.

4. Les Etats associés dans lesquels les importations relèvent de la compétence d'un monopole d'Etat à caractère commercial ou d'un organisme public par lequel les importations sont limitées, en droit ou en fait, d'une manière directe ou indirecte, prennent toutes dispositions nécessaires pour atteindre les objectifs définis par le présent Titre et notamment la non-discrimination entre Etats membres.

5. A la demande de la Communauté, des consultations ont lieu au sein du Conseil d'Association sur les conditions d'application du présent article.

Article 8

Les dispositions des articles 6 et 7 ne préjugent pas le régime que les Parties Contractantes signataires d'accords mondiaux réservent à certains produits en application de ces accords.

Article 9

Les dispositions des articles 6, 7 et 8 ne font pas obstacle aux interdictions ou restrictions d'importation, d'exportation ou de transit justifiées par des raisons de moralité publique, d'ordre public, de sécurité publique, de protection de la santé et de la vie des personnes et des animaux ou de préservation des végétaux, de protection des trésors nationaux ayant une valeur artistique, historique ou archéologique ou de protection de la propriété industrielle et commerciale.

Toutefois, ces interdictions ou restrictions ne doivent constituer ni un moyen de discrimination arbitraire, ni une restriction déguisée au commerce.

Article 10

1. La notion de « produits originaires » aux fins de l'application du présent Titre et les méthodes de coopération administrative y relatives définies en application de la Convention d'Association signée à Yaoundé le 20 juillet 1963 restent applicables.

2. Le Conseil d'Association peut arrêter toutes modifications aux textes visés au paragraphe 1.

3. Dans la mesure où pour un produit donné la notion de « produits originaires » n'est pas encore définie en application de l'un des paragraphes précédents, chaque Partie Contractante continue à appliquer sa propre réglementation.

2. Gli Stati associati possono mantenere o istituire, alle condizioni e secondo le modalità previste dal Protocollo n° 3 allegato alla presente Convenzione, restrizioni quantitative o misure di effetto equivalente all'importazione dei prodotti originari degli Stati membri per far fronte alle necessità del loro sviluppo o in caso di difficoltà della bilancia dei pagamenti.

Il ricorso a restrizioni quantitative e a misure di effetto equivalente può intervenire, se del caso, simultaneamente con le misure tariffarie di cui all'articolo 3, paragrafo 2.

3. L'applicazione delle restrizioni quantitative e delle misure di effetto equivalente di cui al precedente paragrafo non deve causare, de jure o de facto, una discriminazione tra gli Stati membri.

4. Gli Stati associati nei quali le importazioni sono di competenza di un monopolio di Stato a carattere commerciale o di un organismo pubblico da cui esse vengono, de jure o de facto, direttamente o indirettamente limitate, prendono tutte le disposizioni necessarie per conseguire gli obiettivi definiti dal presente Titolo e particolarmente la non discriminazione tra Stati membri.

5. A richiesta della Comunità, hanno luogo consultazioni in seno al Consiglio di Associazione sulle modalità di applicazione del presente articolo.

Articolo 8

Le disposizioni di cui agli articoli 6 e 7 non pregiudicano il regime che le Parti Contraenti aderenti ad accordi mondiali riservano a taluni prodotti in applicazione di tali accordi.

Articolo 9

Le disposizioni di cui agli articoli 6, 7 e 8 non pregiudicano i divieti o restrizioni all'importazione, all'esportazione e al transito giustificati da motivi di moralità pubblica, di ordine pubblico, di pubblica sicurezza, di tutela della salute e della vita delle persone e degli animali o di preservazione dei vegetali, di protezione del patrimonio artistico, storico o archeologico nazionale, o di tutela della proprietà industriale e commerciale.

Tuttavia, tali divieti o restrizioni non devono costituire un mezzo di discriminazione arbitraria, né una restrizione dissimulata al commercio.

Articolo 10

1. La nozione di «prodotti originari» ai fini dell'applicazione del presente Titolo ed i relativi metodi di cooperazione amministrativa definiti in applicazione della Convenzione di Associazione firmata a Yaoundé il 20 luglio 1963 rimangono applicabili.

2. Il Consiglio di Associazione può decidere ogni modificazione ai testi di cui al paragrafo precedente.

3. Qualora per un prodotto determinato non sia ancora stata definita la nozione di «prodotti originari» in applicazione di uno dei paragrafi precedenti, ciascuna Parte Contraente continua ad applicare la propria regolamentazione.

2. In de omstandigheden en op de wijze, omschreven in Protocol No.3 bij deze Overeenkomst kunnen de geassocieerde Staten, ten einde aan de eisen van hun ontwikkeling te voldoen of in geval van moeilijkheden betreffende hun betalingsbalans, kwantitatieve beperkingen of maatregelen van gelijke werking handhaven of instellen ten aanzien van de invoer van produkten van oorsprong uit de Lid-Staten.

Toepassing van kwantitatieve beperkingen en van maatregelen van gelijke werking kan in voorkomend geval gelijktijdig met de in artikel 3, lid 2, bedoelde tariefmaatregelen plaatsvinden.

3. Toepassing van kwantitatieve beperkingen en maatregelen van gelijke werking als bedoeld in het vorige lid mag in rechte noch in feite aanleiding geven tot discriminatie tussen de Lid-Staten.

4. De geassocieerde Staten wier invoer valt onder een Staatsmonopolie van commerciële aard of onder de bevoegdheid van een overheidsorgaan dat de invoer in rechte of in feite rechtstreeks of zijdelings beperkt, treffen de nodige maatregelen om de in deze titel omschreven doelstellingen en met name de non-discriminatie tussen Lid-Staten te verwezenlijken.

5. Op verzoek van de Gemeenschap wordt in de Associatieraad overleg gepleegd over de wijze waarop dit artikel wordt toegepast.

Artikel 8

De bepalingen van de artikelen 6 en 7 laten onverlet de regeling welke de Partijen bij de Overeenkomst op bepaalde produkten toepassen ter uitvoering van door hen ondertekende wereldakkoorden.

Artikel 9

De bepalingen van de artikelen 6, 7 en 8 vormen geen beletsel voor verboden of beperkingen van invoer, uitvoer of doorvoer, welke gerechtvaardigd zijn uit hoofde van bescherming van de openbare zedelijkheid, de openbare orde, de openbare veiligheid, de gezondheid en het leven van personen, dieren of planten, het nationaal artistiek, historisch en archeologisch bezit of uit hoofde van bescherming van de industriële en commerciële eigendom.

Deze verboden of beperkingen mogen echter geen middel tot willekeurige discriminatie noch een verkapte beperking van de handel vormen.

Artikel 10

1. Het begrip „produkten van oorsprong” voor de toepassing van deze Titel en de hierop betrekking hebbende methoden van administratieve samenwerking die ter uitvoering van de op 20 juli 1963 te Jaounde ondertekende Associatieovereenkomst zijn vastgesteld, blijven van toepassing.

2. De Associatieraad kan wijzigingen in de in het vorige lid bedoelde teksten vaststellen.

3. Wanneer het begrip „produkten van oorsprong” voor een bepaald produkt nog niet met toepassing van een der vorige leden is omschreven, blijft elke Partij bij de Overeenkomst haar eigen voorschriften toepassen.

Kapitel II

Handelspolitische Bestimmungen

Artikel 11

Vorbehaltlich der Bestimmungen für den kleinen Grenzverkehr und unbeschadet der Artikel 12 und 13

- darf die Regelung, welche die assoziierten Staaten auf Grund dieses Titels auf die Erzeugnisse mit Ursprung in der Gemeinschaft anwenden, nicht ungünstiger sein als die Regelung für die Erzeugnisse mit Ursprung in dem meistbegünstigten dritten Staat;
- darf die Regelung, welche die assoziierten Staaten auf Grund dieses Titels auf ihre für die Gemeinschaft bestimmten Erzeugnisse anwenden, nicht ungünstiger sein als die Regelung für die Erzeugnisse, die für den meistbegünstigten dritten Staat bestimmt sind.

Artikel 12

Die assoziierten Staaten können untereinander Zollunionen und Freihandelszonen beibehalten oder gründen oder untereinander Abkommen über die wirtschaftliche Zusammenarbeit schließen.

Der Assoziationsrat wird von den betreffenden assoziierten Staaten laufend darüber unterrichtet.

Artikel 13

(1) Jeder assoziierte Staat kann mit einem oder mehreren afrikanischen dritten Ländern von vergleichbarem Entwicklungsstand Zollunionen oder Freihandelszonen beibehalten oder gründen oder Abkommen über die wirtschaftliche Zusammenarbeit schließen, soweit dadurch die die Anwendung dieses Abkommens betreffenden Bestimmungen über den Ursprung nicht berührt werden.

Der Assoziationsrat wird von dem oder den betreffenden assoziierten Staaten laufend darüber unterrichtet.

(2) Auf Antrag der Gemeinschaft finden im Assoziationsrat Konsultationen statt.

(3) Ergibt sich aus diesen Konsultationen, daß die Verpflichtungen der assoziierten Staaten nach Absatz 1 mit den Grundsätzen und den Bestimmungen dieses Abkommens unvereinbar sind, so trifft der Assoziationsrat gegebenenfalls die für das reibungslose Funktionieren der Assoziation erforderlichen Maßnahmen. Er kann auch zweckdienliche Empfehlungen aussprechen.

Artikel 14

Jeder assoziierte Staat kann ferner mit einem oder mehreren anderen dritten Ländern Zollunionen oder Freihandelszonen beibehalten oder gründen oder Übereinkünfte über die wirtschaftliche Zusammenarbeit aufrechterhalten oder schließen, soweit solche Zollunionen, Freihandelszonen oder Übereinkünfte mit den Bestimmungen dieses Abkommens, insbesondere mit Artikel 11, sowie mit den Durchführungsbestimmungen zu Artikel 10 vereinbar sind.

Der Assoziationsrat wird von dem oder den betreffenden assoziierten Staaten laufend darüber unterrichtet.

Auf Antrag der Gemeinschaft finden im Assoziationsrat Konsultationen statt.

Artikel 15

(1) Die Vertragsparteien unterrichten sich gegenseitig über die handelspolitischen Maßnahmen, die sie gegen-

Chapitre II

Dispositions relatives à la politique commerciale

Article 11

Sous réserve des dispositions particulières propres au commerce frontalier, et sans préjudice des articles 12 et 13:

- le régime que les Etats associés appliquent en vertu du présent Titre aux produits originaires de la Communauté ne peut pas être moins favorable que celui appliqué aux produits originaires de l'Etat tiers le plus favorisé;
- le régime que les Etats associés appliquent en vertu du présent Titre à leurs produits à destination de la Communauté ne peut pas être moins favorable que celui appliqué aux produits destinés à l'Etat tiers le plus favorisé.

Article 12

Les Etats associés peuvent maintenir ou établir entre eux des unions douanières, des zones de libre-échange ou conclure entre eux des accords de coopération économique.

Le Conseil d'Association est tenu informé par les Etats associés intéressés.

Article 13

1. Chaque Etat associé peut maintenir ou établir des unions douanières ou des zones de libre-échange ou conclure des accords de coopération économique avec un ou plusieurs pays tiers africains à niveau de développement comparable, pourvu que ceci n'ait pas pour effet de modifier les dispositions concernant l'origine relatives à l'application de la présente Convention.

Le Conseil d'Association est tenu informé par le ou les Etats associés intéressés.

2. A la demande de la Communauté, des consultations ont lieu au sein du Conseil d'Association.

3. Si ces consultations révèlent des incompatibilités entre les engagements des Etats associés visés au paragraphe 1 et les principes et dispositions de la présente Convention, le Conseil d'Association prend, le cas échéant, les mesures nécessaires au bon fonctionnement de l'Association. Il peut également formuler toute recommandation utile.

Article 14

Chaque Etat associé peut également maintenir ou établir des unions douanières, des zones de libre-échange ou des accords de coopération économique avec un ou plusieurs autres pays tiers, dans la mesure où ceux-ci sont ou demeurent compatibles avec les dispositions de la présente Convention et notamment son article 11 ainsi qu'avec les dispositions prises pour l'application de l'article 10.

Le Conseil d'Association est tenu informé par le ou les Etats associés intéressés.

A la demande de la Communauté, des consultations ont lieu au sein du Conseil d'Association.

Article 15

1. Les Parties Contractantes s'informent mutuellement des mesures qu'elles envisagent en matière de politique

Capitolo II

Disposizioni relative alla politica commerciale

Articolo 11

Fatte salve le disposizioni particolari proprie del commercio frontaliero e senza pregiudizio degli articoli 12 e 13:

- il regime che gli Stati associati applicano, in virtù del presente Titolo, ai prodotti originari della Comunità non può essere meno favorevole di quello applicato ai prodotti originari dello Stato terzo più favorito;
- il regime che gli Stati associati applicano, in virtù del presente Titolo, ai prodotti destinati alla Comunità non può essere meno favorevole di quello applicato ai prodotti destinati allo Stato terzo più favorito.

Articolo 12

Gli Stati associati possono mantenere o creare tra loro unioni doganali, zone di libero scambio o concludere accordi di cooperazione economica.

Il Consiglio di Associazione è tenuto informato dagli Stati associati interessati.

Articolo 13

1. Ciascuno Stato associato può mantenere o creare unioni doganali o zone di libero scambio, o concludere accordi di cooperazione economica con uno o più paesi terzi africani a livello di sviluppo comparabile, purché ciò non abbia l'effetto di modificare le disposizioni concernenti l'origine relative all'applicazione della presente Convenzione.

Il Consiglio di Associazione è tenuto informato dallo Stato o dagli Stati associati interessati.

2. A richiesta della Comunità, hanno luogo consultazioni in seno al Consiglio di Associazione.

3. Se tali consultazioni rivelano incompatibilità tra gli impegni degli Stati associati di cui al paragrafo 1 ed i principi e le disposizioni della presente Convenzione, il Consiglio di Associazione adotta, ove occorra, le misure necessarie al buon funzionamento dell'Associazione. Esso può del pari formulare ogni utile raccomandazione.

Articolo 14

Ciascuno Stato associato può altresì mantenere o creare unioni doganali, zone di libero scambio o accordi di cooperazione economica con uno o più altri paesi terzi, purché questi siano compatibili con le disposizioni della presente Convenzione e in particolare con l'articolo 11, nonché con le disposizioni prese ai fini dell'applicazione dell'articolo 10.

Il Consiglio di Associazione è tenuto informato dallo Stato o dagli Stati associati interessati.

A richiesta della Comunità, hanno luogo consultazioni in seno al Consiglio di Associazione.

Articolo 15

1. Le Parti Contraenti si informano reciprocamente in merito alle misure che esse intendono adottare in materia

Hoofdstuk II

Bepalingen betreffende de handelspolitiek

Artikel 11

Behoudens de bijzondere bepalingen voor de grenshandel en onverminderd de artikelen 12 en 13:

- mag de regeling die de geassocieerde Staten krachtens deze Titel op produkten van oorsprong uit de Gemeenschap toepassen niet minder gunstig zijn dan die welke wordt toegepast op produkten van oorsprong uit het meest begunstigde derde land;
- mag de regeling die de geassocieerde Staten krachtens deze Titel op hun voor de Gemeenschap bestemde produkten toepassen niet minder gunstig zijn dan die welke wordt toegepast op produkten bestemd voor het meest begunstigde derde land.

Artikel 12

De geassocieerde Staten kunnen onderling douane-unies en vrijhandelszones handhaven of tot stand brengen, alsmede akkoorden voor economische samenwerking met elkander sluiten.

De Associatieraad wordt door de betrokken geassocieerde Staten van een en ander op de hoogte gehouden.

Artikel 13

1. Elke geassocieerde Staat kan douane-unies en vrijhandelszones handhaven of tot stand brengen dan wel akkoorden voor economische samenwerking sluiten met een of meer derde Afrikaanse landen van vergelijkbaar ontwikkelingsniveau, mits hierdoor geen wijziging wordt gebracht in de bepalingen inzake de oorsprong welke betrekking hebben op de toepassing van deze Overeenkomst.

De Associatieraad wordt door de betrokken geassocieerde Staat of Staten van een en ander op de hoogte gehouden.

2. Op verzoek van de Gemeenschap wordt in de Associatieraad overleg gepleegd.

3. Indien uit dit overleg blijkt dat de in het eerste lid bedoelde verbintenissen der geassocieerde Staten onverenigbaar zijn met de beginselen en bepalingen van deze Overeenkomst, treft de Associatieraad in voorkomend geval de maatregelen die voor de goede werking van de Associatie nodig zijn. Ook kan hij elke dienstige aanbeveling doen.

Artikel 14

Elke geassocieerde Staat kan tevens douane-unies, vrijhandelszones of akkoorden voor economische samenwerking met een of meer andere derde landen handhaven of tot stand brengen, voor zover deze verenigbaar zijn of blijven met de bepalingen van deze Overeenkomst, inzonderheid met Artikel 11 en met de uitvoeringsbepalingen van artikel 10.

De Associatieraad wordt door de betrokken geassocieerde Staat of Staten van een en ander op de hoogte gehouden.

Op verzoek van de Gemeenschap wordt in de Associatieraad overleg gepleegd.

Artikel 15

1. De Partijen bij de Overeenkomst lichten elkander wederzijds in over de maatregelen die zij inzake de

über dritten Ländern ergreifen wollen, wenn diese Maßnahmen die Interessen einer oder mehrerer Vertragsparteien beeinträchtigen können.

(2) Auf Antrag der Gemeinschaft oder eines assoziierten Staates finden im Assoziationsrat Konsultationen statt.

(3) Der Assoziationsrat legt das Unterrichts- und Konsultationsverfahren für die Durchführung dieses Kapitels fest.

Kapitel III Schutzklauseln

Artikel 16

(1) Treten in einem Wirtschaftsbereich eines oder mehrerer assoziierter Staaten ernste Störungen auf oder wird die äußere finanzielle Stabilität dieser Staaten durch ernste Störungen beeinträchtigt oder tauchen Schwierigkeiten auf, welche die wirtschaftliche Lage eines Gebietes eines oder mehrerer assoziierter Staaten verschlechtern, so können der betreffende Staat oder die betreffenden Staaten die erforderlichen Schutzmaßnahmen treffen.

Diese Maßnahmen sowie die Einzelheiten ihrer Durchführung werden unverzüglich dem Assoziationsrat bekanntgegeben.

(2) Treten in einem Wirtschaftsbereich der Gemeinschaft oder eines oder mehrerer Mitgliedstaaten ernste Störungen auf oder wird ihre äußere finanzielle Stabilität durch ernste Störungen beeinträchtigt oder tauchen Schwierigkeiten auf, welche die wirtschaftliche Lage eines Gebiets der Gemeinschaft verschlechtern, so kann die Gemeinschaft die erforderlichen Schutzmaßnahmen treffen oder den oder die betreffenden Mitgliedstaaten zu derartigen Maßnahmen ermächtigen.

Diese Maßnahmen sowie die Einzelheiten ihrer Durchführung werden unverzüglich dem Assoziationsrat bekanntgegeben.

(3) Bei der Durchführung der Absätze 1 und 2 sind vorzugsweise Maßnahmen zu wählen, die das Funktionieren der Assoziation so wenig wie möglich stören. Diese Maßnahmen dürfen nicht über das zur Behebung der aufgetretenen Schwierigkeiten unbedingt erforderliche Maß hinausgehen.

(4) Über die gemäß den Absätzen 1 und 2 getroffenen Maßnahmen können im Assoziationsrat Konsultationen stattfinden.

TITEL II Finanzielle und technische Zusammenarbeit

Artikel 17

Die Gemeinschaft beteiligt sich nach Maßgabe dieses Titels und des Protokolls Nr. 6 im Anhang an geeigneten Maßnahmen zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der assoziierten Staaten, mit denen die eigenen Bemühungen dieser Staaten ergänzt werden.

Artikel 18

Für die in Artikel 17 genannten Zwecke wird während der Laufzeit dieses Abkommens zur Deckung der Kosten

commerciale vis-à-vis des pays tiers lorsque celles-ci sont susceptibles de porter atteinte aux intérêts d'une ou plusieurs Parties Contractantes.

2. A la demande de la Communauté ou d'un Etat associé, des consultations ont lieu au sein du Conseil d'Association.

3. Le Conseil d'Association définit la procédure d'information et de consultation relative à l'application du présent Chapitre.

Chapitre III Clauses de sauvegarde

Article 16

1. Si des perturbations sérieuses se produisent dans un secteur de l'activité économique d'un ou de plusieurs Etats associés, ou compromettent leur stabilité financière extérieure, ou si des difficultés surgissent, se traduisant par l'altération d'une situation économique d'une région d'un ou de plusieurs Etats associés, celui-ci ou ceux-ci peuvent prendre les mesures de sauvegarde nécessaires.

Ces mesures ainsi que leurs modalités d'application sont notifiées, sans délai, au Conseil d'Association.

2. Si des perturbations sérieuses se produisent dans un secteur de l'activité économique de la Communauté ou d'un ou plusieurs Etats membres, ou compromettent leur stabilité financière extérieure, ou si des difficultés surgissent, se traduisant par l'altération d'une situation économique d'une région de la Communauté, celle-ci peut prendre ou autoriser le ou les Etats membres intéressés à prendre les mesures de sauvegarde nécessaires.

Ces mesures ainsi que leurs modalités d'application sont notifiées, sans délai, au Conseil d'Association.

3. Pour l'application des paragraphes 1 et 2, doivent être choisies par priorité les mesures qui apportent le minimum de perturbations dans le fonctionnement de l'Association. Ces mesures ne doivent pas excéder la portée strictement indispensable pour remédier aux difficultés qui se sont manifestées.

4. Des consultations peuvent avoir lieu au sein du Conseil d'Association sur les mesures prises en application des paragraphes 1 et 2.

TITRE II Coopération financière et technique

Article 17

La Communauté participe, dans les conditions indiquées au présent Titre et au Protocole n° 6 annexé à la présente Convention, aux mesures propres à promouvoir le développement économique et social des Etats associés, par un effort complémentaire de ceux accomplis par ces Etats.

Article 18

Aux fins précisées à l'article 17, et pour la durée de la présente Convention, un montant global de 918 millions

di politica commerciale nei confronti dei paesi terzi quando queste potrebbero pregiudicare gli interessi di una o più Parti Contraenti.

2. A richiesta della Comunità o di uno Stato associato, hanno luogo consultazioni in seno al Consiglio di Associazione.

3. Il Consiglio di Associazione definisce la procedura d'informazione e di consultazione relativa all'applicazione del presente Capitolo.

Capitolo III Clauseole di salvaguardia

Articolo 16

1. Qualora gravi perturbazioni si manifestino in un settore economico di uno o più Stati associati o ne compromettano la stabilità finanziaria con l'estero, o qualora sorgano difficoltà tali da alterare la situazione economica di una regione di uno o più Stati associati, gli Stati interessati possono prendere le necessarie misure di salvaguardia.

Tali misure e le relative modalità di applicazione sono notificate immediatamente al Consiglio di Associazione.

2. Qualora gravi perturbazioni si manifestino in un settore economico della Comunità o di uno o più Stati membri o ne compromettano la stabilità finanziaria con l'estero, o qualora sorgano difficoltà tali da alterare la situazione economica di una regione della Comunità, quest'ultima può prendere o autorizzare lo Stato o gli Stati membri interessati a prendere le necessarie misure di salvaguardia.

Tali misure e le relative modalità di applicazione sono notificate immediatamente al Consiglio di Associazione.

3. Nell'applicazione dei paragrafi 1 e 2 si deve dare la precedenza alle misure che turbino il meno possibile il funzionamento dell'Associazione. Tali misure non devono eccedere la portata strettamente indispensabile per porre rimedio alle difficoltà manifestatesi.

4. Sulle misure prese in applicazione dei paragrafi 1 e 2 possono aver luogo consultazioni in seno al Consiglio di Associazione.

TITOLO II Cooperazione finanziaria e tecnica

Articolo 17

La Comunità partecipa, alle condizioni indicate nel presente Titolo e nel Protocollo n° 6 allegato alla presente Convenzione, alle misure atte a promuovere lo sviluppo economico e sociale degli Stati associati mediante uno sforzo complementare a quelli compiuti da tali Stati.

Articolo 18

Ai fini di cui all'articolo 17 e per la durata della presente Convenzione, un importo globale di 918 milioni di

handelspolitiek ten aanzien van derde landen overwegen, wanneer deze maatregelen de belangen van een of meer Partijen kunnen schaden.

2. Op verzoek van de Gemeenschap of van een geassocieerde Staat wordt in de Associatieraad overleg gepleegd.

3. De Associatieraad stelt de procedure inzake uitwisseling van inlichtingen en inzake overleg vast betreffende de toepassing van dit hoofdstuk.

Hoofdstuk III Vrijwaringsclausules

Artikel 16

1. Indien ernstige verstoringen in een bepaalde sector van het economische leven van een of meer geassocieerde Staten optreden of hun externe financiële stabiliteit in gevaar brengen, of indien zich moeilijkheden voordoen waardoor de economische toestand van een gebied van een of meer geassocieerde Staten verslechtert, kan of kunnen deze de nodige vrijwaringsmaatregelen treffen.

Deze maatregelen en de wijze waarop zij worden toegepast worden onverwijld ter kennis gebracht van de Associatieraad.

2. Indien ernstige verstoringen in een bepaalde sector van het economische leven van de Gemeenschap of van een of meer Lid-Staten optreden of hun externe financiële stabiliteit in gevaar brengen, of indien zich moeilijkheden voordoen waardoor de economische toestand van een gebied van de Gemeenschap verslechtert, kan de Gemeenschap die nodige vrijwaringsmaatregelen treffen of de betrokken Lid-Staat of Lid-Staten daartoe machtigen.

Deze maatregelen en de wijze waarop zij worden toegepast worden onverwijld ter kennis gebracht van de Associatieraad.

3. Voor de toepassing van de leden 1 en 2 moeten bij voorrang die maatregelen worden gekozen, die de werking van de Associatie het minst verstoren. Deze maatregelen mogen niet verder reiken dan strikt noodzakelijk is om de opgetreden moeilijkheden te overwinnen.

4. In de Associatieraad kan overleg worden gepleegd over de maatregelen die ingevolge de leden 1 en 2 worden getroffen.

TITEL II Financiële en technische samenwerking

Artikel 17

De Gemeenschap neemt op de wijze, vermeld in deze Titel en in Protocol No. 6 bij deze Overeenkomst, deel aan de maatregelen ter bevordering van de economische en sociale ontwikkeling van de geassocieerde Staten, in aanvulling op hetgeen door deze Staten zelf wordt verricht.

Artikel 18

Voor de in artikel 17 vermelde doeleinden en voor de duur van deze Overeenkomst wordt een totaalbedrag

der gesamten Hilfe der Gemeinschaft ein Gesamtbetrag von 918 Millionen Rechnungseinheiten zur Verfügung gestellt, und zwar:

- a) 828 Millionen Rechnungseinheiten von den Mitgliedstaaten. Dieser Betrag wird in den Europäischen Entwicklungsfonds, im folgenden „der Fonds“ genannt, eingebracht;
davon werden verwendet:
- 748 Millionen Rechnungseinheiten in Form nicht-rückzahlbarer Zuschüsse,
 - 80 Millionen Rechnungseinheiten in Form von Darlehen zu Sonderbedingungen und Beiträgen zur Bildung von haftendem Kapital, insbesondere in Form von Beteiligungen;
- b) bis zu 90 Millionen Rechnungseinheiten von der Europäischen Investitionsbank, im folgenden „die Bank“ genannt, in Form von Darlehen, die sie nach Maßgabe des Protokolls Nr. 6 im Anhang und der Satzung der Bank gewährt. Für diese Darlehen können Zinsvergütungen gewährt werden. Der Gesamtbetrag der Zinsvergütungen für Darlehen, die den assoziierten Staaten von der Bank nach dem 1. Juni 1964 gewährt worden sind, wird auf den Betrag der nicht-rückzahlbaren Zuschüsse angerechnet.

d'unités de compte est fourni en vue de couvrir l'ensemble des aides de la Communauté:

- a) pour 828 millions d'unités de compte, par les Etats membres. Ce montant est versé au Fonds Européen de Développement, ci-après dénommé le « Fonds »:
- 748 millions d'unités de compte sont utilisés sous forme d'aides non remboursables,
 - 80 millions d'unités de compte sont utilisés sous forme de prêts à des conditions spéciales et de contributions à la formation de capitaux à risques, notamment sous forme de prises de participation;
- b) à concurrence de 90 millions d'unités de compte, par la Banque européenne d'investissement, ci-après dénommée la « Banque », sous forme de prêts accordés suivant les conditions prévues par le Protocole n° 6 annexé à la présente Convention, et par les Statuts de la Banque. Ces prêts peuvent être assortis de bonifications d'intérêts. La charge globale des bonifications d'intérêts afférentes à des prêts de la Banque accordés aux Etats associés postérieurement au 1^{er} juin 1964, est imputée sur le montant des aides non remboursables.

Artikel 19

(1) Der in Artikel 18 festgesetzte Betrag wird unbeschadet der Artikel 20 und 21 für die Finanzierung von Vorhaben und Programmen verwendet, die nach Möglichkeit im Rahmen eines Entwicklungsprogramms oder -plans vorgesehen werden und sich beziehen auf:

- Investitionen auf den Gebieten der Erzeugung und der wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur, vor allem zur Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur der assoziierten Staaten und insbesondere zur Förderung ihrer Industrialisierung und der Entwicklung ihrer Landwirtschaft;
- Maßnahmen auf dem Gebiet der technischen Zusammenarbeit im allgemeinen oder im Zusammenhang mit Investitionen;
- Maßnahmen, durch welche die Vermarktung und die Förderung des Verkaufs der von den assoziierten Staaten ausgeführten Erzeugnisse erleichtert werden.

(2) Bei der Beschlußfassung über die verschiedenen in Absatz 1 vorgesehenen Maßnahmen werden berücksichtigt:

- die Zweckmäßigkeit, integrierte Vorhaben durch eine aufeinander abgestimmte Anwendung dieser Maßnahmen zu verwirklichen;
- die naturbedingten Entwicklungsschwierigkeiten der einzelnen assoziierten Staaten;
- die Zweckmäßigkeit, die regionale Zusammenarbeit zwischen assoziierten Staaten und gegebenenfalls zwischen diesen Staaten und einem oder mehreren Nachbarstaaten zu fördern.

Artikel 20

(1) Zur Unterstützung der assoziierten Staaten bei der Überwindung besonderer und außergewöhnlicher Schwierigkeiten, die zu einer Ausnahmesituation führen, schwerwiegende Auswirkungen auf ihr Wirtschaftspotential haben und auf einen Sturz der Weltmarktpreise oder auf Ereignisse wie Hungersnot oder Überschwemmungen zu-

Article 19

1. Le montant fixé à l'article 18 est, sans préjudice des dispositions des articles 20 et 21, utilisé pour le financement des projets et programmes établis autant que possible dans le cadre d'un programme ou d'un plan de développement et portant sur:

- des investissements dans les domaines de la production et de l'infrastructure économique et sociale, notamment en vue de diversifier la structure économique des Etats associés et, en particulier, de favoriser leur industrialisation et leur développement agricole;
- des actions de coopération technique générale ou de coopération technique liée aux investissements;
- des actions favorisant la commercialisation et la promotion des ventes des produits exportés par les Etats associés.

2. Dans les décisions sur les différentes interventions prévues au paragraphe 1, il sera tenu compte:

- de l'intérêt de la réalisation de projets intégrés, par une utilisation convergente de ces interventions;
- des difficultés de développement de chaque Etat associé eu égard à ses conditions naturelles;
- de l'intérêt de promouvoir la coopération régionale entre Etats associés et éventuellement entre ceux-ci et un ou plusieurs Etats voisins.

Article 20

1. Par ailleurs, en vue d'aider les Etats associés à faire face aux difficultés particulières et extraordinaires créant une situation exceptionnelle, ayant une répercussion grave sur leur potentiel économique et dues soit à une chute des prix mondiaux, soit à des calamités telles que famines, inondations, il est institué un fonds de réserve

unità di conto è fornito onde coprire l'insieme degli interventi della Comunità:

- a) per 828 milioni di unità di conto, dagli Stati membri. Questo importo è versato al Fondo europeo di sviluppo, in appresso denominato il "Fondo":

- 748 milioni di unità di conto sono impiegati sotto forma di aiuti non rimborsabili,
- 80 milioni di unità di conto sono impiegati sotto forma di prestiti a condizioni speciali e di contributi alla formazione di capitali a rischio, in particolare sotto forma di partecipazioni;

- b) fino a concorrenza di 90 milioni di unità di conto, dalla Banca Europea per gli Investimenti, in appresso denominata la « Banca », sotto forma di prestiti concessi alle condizioni previste dal Protocollo n° 6 allegato alla presente Convenzione e dallo Statuto della Banca. Tali prestiti possono essere accompagnati da abbuoni di interessi. L'onere globale degli abbuoni di interessi relativi a prestiti della Banca concessi agli Stati associati dopo il 1° giugno 1964 è imputato all'importo degli aiuti non rimborsabili.

Articolo 19

1. Fatte salve le disposizioni di cui agli articoli 20 e 21, l'importo fissato all'articolo 18 è impiegato per il finanziamento dei progetti e dei programmi, definiti, per quanto possibile, nel quadro di un programma o di un piano di sviluppo concernenti:

- investimenti nei settori della produzione e dell'infrastruttura economica e sociale, segnatamente al fine di diversificare la struttura economica degli Stati associati e, in particolare, onde favorire la loro industrializzazione e lo sviluppo agricolo;
- azioni di cooperazione tecnica generale o di cooperazione tecnica connessa con gli investimenti;
- azioni che favoriscano la commercializzazione e la promozione delle vendite dei prodotti esportati dagli Stati associati.

2. Nelle decisioni relative ai vari interventi di cui al paragrafo precedente, si terrà conto:

- dell'interesse che riveste la realizzazione di progetti integrati, mediante impiego convergente di tali interventi;
- delle difficoltà di sviluppo di ciascuno degli Stati associati, tenuto conto delle sue condizioni naturali;
- dell'interesse a promuovere la cooperazione regionale tra Stati associati ed eventualmente tra questi e uno o più Stati vicini.

Articolo 20

1. Al fine di aiutare gli Stati associati a far fronte a difficoltà particolari e straordinarie, che creano una situazione eccezionale, aventi ripercussioni gravi sul loro potenziale economico e dovute ad un crollo dei prezzi mondiali oppure a calamità quali carestia, inondazioni, è istituito inoltre un fondo di riserva, costituito con pre-

van 918 miljoen rekeneenheden ter beschikking gesteld, ter dekking van alle steunmaatregelen van de Gemeenschap:

- a) voor een bedrag van 828 miljoen rekeneenheden door de Lid-Staten. Dit bedrag wordt gestort in het Europees Ontwikkelingsfonds, hierna te noemen „het Fonds“:

- 748 miljoen rekeneenheden worden aangewend in de vorm van giften,
- 80 miljoen rekeneenheden worden aangewend in de vorm van leningen tegen speciale voorwaarden en van bijdragen voor de vorming van risicodragend kapitaal, met name in de vorm van deelnemingen;

- b) tot een bedrag van 90 miljoen rekeneenheden door de Europese Investeringsbank, hierna te noemen „de Bank“, in de vorm van leningen die worden toegekend overeenkomstig de voorwaarden van Protocol No. 6 bij deze Overeenkomst en van de Statuten van de Bank. Aan deze leningen kunnen rentesubsidies worden verbonden. De totale lasten van de rentesubsidies die zijn verbonden aan de door de Bank na 1 juni 1964 aan de geassocieerde Staten toegekende leningen worden afgeboekt op de voor de giften bestemde middelen.

Artikel 19

1. Het in artikel 18 vastgestelde bedrag wordt, onverminderd het bepaalde in de artikelen 20 en 21, aangewend voor de financiering van projecten en programma's die voor zover mogelijk worden vastgesteld in het kader van een ontwikkelingsplan of -programma en betrekking hebben op:

- investeringen op het gebied van de produktie en de economische en sociale infrastructuur, met name voor de diversificatie van de economische structuur van de geassocieerde Staten en in het bijzonder tot bevordering van hun industrialisatie en hun agrarische ontwikkeling;
- maatregelen tot algemene technische samenwerking of tot technische samenwerking gekoppeld aan de investeringen;
- maatregelen tot begunstiging van het in de handel brengen en de bevordering van de verkoop van door de geassocieerde Staten uitgevoerde produkten.

2. Bij het nemen van besluiten inzake de verschillende in het vorige lid genoemde interventies zal rekening worden gehouden met:

- het belang van de verwezenlijking van geïntegreerde projecten door een convergente aanwending van deze interventiemiddelen;
- de ontwikkelingsmoeilijkheden van elke geassocieerde Staat, gelet op de natuurlijke omstandigheden waarin deze verkeert;
- het belang van bevordering van de regionale samenwerking tussen geassocieerde Staten en eventueel tussen deze Staten en een of meer nabuurstaten.

Artikel 20

1. Ten einde voorts de geassocieerde Staten te helpen om het hoofd te bieden aan bijzondere en buitengewone moeilijkheden die een uitzonderlijke situatie scheppen, een ernstige terugslag hebben op hun economisch potentieel en te wijten zijn aan een sterke daling van de wereldmarktprijzen dan wel aan rampen zoals hongers-

rückzuführen sind, wird ferner ein Reservefonds geschaffen, der aus der in Artikel 18 vorgesehenen Hilfe in Form nichtrückzahlbarer Zuschüsse gespeist wird.

Die Gemeinschaft kann bei Eintreten einer solchen Ausnahmesituation eine Hilfe gewähren. Die Hilfe wird von Fall zu Fall geleistet. Sie wird entweder in Geld oder, wenn die Umstände es erfordern, in einer anderen Form gewährt.

(2) Der Fonds nach Absatz 1 wird mit einem Anfangsbetrag von 20 Millionen Rechnungseinheiten ausgestattet.

Zu Beginn des zweiten, dritten, vierten und fünften Jahres der Anwendung des Abkommens werden die im vorhergehenden Jahr nicht verwendeten Beträge automatisch so ergänzt, daß der Anfangsbetrag wieder erreicht wird.

Die Summe der eingezahlten Ergänzungsbeträge darf höchstens 45 Millionen Rechnungseinheiten betragen, wobei der Anfangsbetrag außer Betracht bleibt.

Erweisen sich jedoch die vorgesehenen Beträge am Ende des dritten Jahres infolge des Umfangs der in Absatz 1 aufgeführten Schwierigkeiten als offensichtlich unzureichend, so kann der Assoziationsrat beschließen, von den nichtrückzahlbaren Hilfen nach Artikel 18 einen Betrag von höchstens 15 Millionen Rechnungseinheiten für die in Absatz 1 vorgesehenen Hilfe zu verwenden.

Artikel 21

Die Gemeinschaft kann als Beitrag zum Ausgleich der Folgen vorübergehender Schwankungen der Weltmarktpreise aus den verfügbaren Kassenbeständen des Fonds Vorschüsse bis zu einem Höchstbetrag von 50 Millionen Rechnungseinheiten gewähren.

Artikel 22

(1) Die assoziierten Staaten unterrichten die Kommission nach Möglichkeit bei Inkrafttreten dieses Abkommens über ihre Entwicklungspläne und -programme sowie über die Maßnahmen, für die sie eine finanzielle Unterstützung der Gemeinschaft beantragen wollen.

Sie teilen alle späteren Änderungen mit.

(2) Für jedes Vorhaben oder Programm, für das nach Artikel 19 eine Finanzierung beantragt wird, sowie für jeden Antrag auf Vorschuß nach Artikel 21 werden der Gemeinschaft Unterlagen vorgelegt, und zwar entweder von dem betreffenden assoziierten Staat bzw. von der betreffenden Gruppe assoziierter Staaten, oder, mit Zustimmung dieses Staates bzw. dieser Gruppe von Staaten, von dem betreffenden Unternehmen bzw. der betreffenden regionalen oder zwischenstaatlichen Einrichtung.

Die Gemeinschaft kann jedoch Vorhaben oder Programme der technischen Zusammenarbeit vorschlagen. Sie holt vorher die Zustimmung des betreffenden assoziierten Staates oder der betreffenden Gruppe von assoziierten Staaten zu den Grundgedanken dieser Vorhaben oder Programme ein.

Artikel 23

Die Gemeinschaft prüft die ihr auf Grund von Artikel 22 vorgelegten Finanzierungsanträge. Sie hält die nötigen Kontakte mit den assoziierten Staaten aufrecht, um über die ihr unterbreiteten Vorhaben oder Programme in voller Kenntnis der Sachlage zu beschließen und zu einer harmonischen und ausgewogenen Entwicklung aller assoziierten Staaten beizutragen. Bei Prüfung der Anträge berücksichtigt sie die besonderen Probleme der am stärksten benachteiligten Länder, um diesen eine angemessene

constitué par des prélèvements sur la part des aides non remboursables prévues à l'article 18.

Dans le cas où une telle situation exceptionnelle se produit, la Communauté peut attribuer une aide. Cette aide est attribuée cas par cas. Elle prend soit la forme d'un versement en espèces, soit, en fonction des circonstances, toute autre forme.

2. Le fonds prévu au paragraphe 1 reçoit une dotation initiale de 20 millions d'unités de compte.

Au début de chacune des deuxième, troisième, quatrième et cinquième année d'application de la Convention, les sommes non utilisées au cours de l'année précédente sont automatiquement complétées pour rétablir la dotation à son montant initial.

Les sommes versées en complément ne peuvent, en dehors de la dotation initiale, être supérieures à 45 millions d'unités de compte.

Toutefois, si à la fin de la troisième année et en raison de l'ampleur des difficultés dont il est fait état au paragraphe 1, les sommes prévues sont manifestement insuffisantes, le Conseil d'Association peut décider de prélever sur les aides non remboursables prévues à l'article 18 une somme d'un maximum de 15 millions d'unités de compte et l'affecter aux aides prévues au présent article.

Article 21

La Communauté peut accorder sur les disponibilités de trésorerie du Fonds des avances dans la limite d'un plafond de 50 millions d'unités de compte, en vue de contribuer à pallier les conséquences des fluctuations temporaires des prix mondiaux.

Article 22

1. Les Etats associés informent la Commission, autant que possible dès l'entrée en vigueur de la présente Convention, de leurs plans et programmes de développement ainsi que des interventions pour lesquelles ils comptent solliciter un concours financier de la Communauté.

Ils communiqueront toutes les modifications intervenant ultérieurement.

2. Pour chaque projet ou programme pour lequel est demandé un financement au titre de l'article 19 et pour chaque demande d'avance au titre de l'article 21, un dossier est présenté à la Communauté, selon le cas, soit par l'Etat associé ou le groupe d'Etats associés intéressés, soit, avec l'accord de celui-ci, par l'entreprise ou l'organisme régional ou interétatique intéressé.

Toutefois, la Communauté peut proposer des projets ou programmes de coopération technique. Elle recueille au préalable l'accord de l'Etat associé ou du groupe d'Etats associés intéressés sur les grandes lignes de ces projets ou programmes.

Article 23

La Communauté instruit les demandes de financement qui lui sont présentées en vertu des dispositions de l'article 22. Elle maintient avec les Etats associés les contacts nécessaires afin de statuer en pleine connaissance de cause sur les projets et programmes qui lui sont soumis et en vue de contribuer à promouvoir un développement harmonieux et équilibré de l'ensemble des Etats associés. Dans l'instruction de ces demandes, la Communauté tient compte des problèmes spécifiques

lievi effettuati sulla parte degli aiuti non rimborsabili di cui all'articolo 18.

Qualora si produca tale situazione eccezionale, la Comunità può concedere un aiuto. Tale aiuto è concesso caso per caso. Esso assume la forma di un versamento in contanti o, secondo le circostanze, qualsiasi altra forma.

2. Il fondo previsto al paragrafo 1 riceve una dotazione iniziale di 20 milioni di unità di conto.

All'inizio del secondo, terzo, quarto e quinto anno di applicazione della Convenzione, le somme non utilizzate durante l'anno precedente vengono automaticamente completate per ricostituire l'importo della dotazione iniziale.

Le somme versate a complemento non possono superare 45 milioni di unità di conto, esclusa la dotazione iniziale.

Tuttavia, se al termine del terzo anno ed a causa dell'entità delle difficoltà di cui al paragrafo 1, le somme previste sono manifestamente insufficienti, il Consiglio di Associazione può decidere di prelevare dagli aiuti non rimborsabili di cui all'articolo 18 una somma di 15 milioni di unità di conto al massimo e destinarla agli aiuti di cui al presente articolo.

Articolo 21

La Comunità può concedere sulle disponibilità di tesoreria del Fondo anticipazioni per un importo massimo di 50 milioni di unità di conto allo scopo di contribuire ad attenuare le conseguenze delle fluttuazioni temporanee dei prezzi mondiali.

Articolo 22

1. Gli Stati associati informano la Commissione, possibilmente fin dall'entrata in vigore della presente Convenzione, dei loro progetti e programmi di sviluppo nonché degli interventi per i quali intendono sollecitare un concorso finanziario della Comunità.

Essi comunicheranno tutte le modificazioni successivamente intervenute.

2. Per ciascun progetto o programma per il quale è chiesto un finanziamento ai sensi dell'articolo 19 e per le domande di anticipazioni ai sensi dell'articolo 21, è sottoposto alla Comunità un fascicolo da parte dello Stato associato o dal gruppo di Stati associati interessati, ovvero, con l'accordo di quest'ultimo, da parte della impresa o organismo regionale o interstatale interessato.

Tuttavia, la Comunità può proporre progetti o programmi di cooperazione tecnica. Essa chiede l'accordo preliminare dello Stato associato o del gruppo di Stati associati interessati sulle grandi linee di tali progetti o programmi.

Articolo 23

La Comunità istruisce le domande di finanziamento che le sono presentate in virtù delle disposizioni dell'articolo 22. Essa mantiene con gli Stati associati i contatti necessari onde deliberare con piena cognizione di causa sui progetti e programmi che le sono sottoposti e per contribuire a promuovere uno sviluppo armonioso ed equilibrato di tutti gli Stati associati. Nell'istruire tali domande, la Comunità tiene conto dei problemi specifici che si pongono per i paesi più svantaggiati in modo da assi-

nood, overstroming, wordt een reservefonds ingesteld waarvoor de middelen worden geput uit het aandeel voor de giften bedoeld in artikel 18.

Indien zich een dergelijke uitzonderlijke situatie voordoet kan de Gemeenschap steun verlenen. Deze steun wordt voor elk geval afzonderlijk verleend, hetzij in de vorm van een betaling in geld, hetzij in enige andere vorm, naargelang van de omstandigheden.

2. Het in lid 1 bedoelde fonds krijgt een aanvangstoeiwijzing van 20 miljoen rekeneenheden.

Aan het begin van het tweede, derde, vierde en vijfde toepassingsjaar van de Overeenkomst worden de tijdens het voorafgaande jaar niet gebruikte bedragen automatisch aangevuld, zodat de toewijzing weer op haar oorspronkelijk bedrag gebracht wordt.

De ter aanvulling gestorte sommen mogen in totaal niet meer bedragen dan 45 miljoen rekeneenheden, waarbij de aanvangstoeiwijzing buiten beschouwing blijft.

Indien echter aan het einde van het derde jaar tengevolge van de omvang van de in lid 1 vermelde moeilijkheden de vastgestelde bedragen kennelijk ontoereikend zijn, kan de Associatieraad besluiten, van de in artikel 18 bedoelde giften een bedrag van ten hoogste 15 miljoen rekeneenheden af te nemen en dit te bestemmen voor de in het onderhavige artikel bedoelde steun.

Artikel 21

De Gemeenschap kan uit de beschikbare kasmiddelen van het Fonds voorschotten verlenen tot een maximum van 50 miljoen rekeneenheden, ten einde ertoe bij te dragen de gevolgen van tijdelijke schommelingen van de wereldmarktprijzen te ondervangen.

Artikel 22

1. De geassocieerde Staten brengen de Commissie, voor zover mogelijk bij de inwerkingtreding van deze Overeenkomst, op de hoogte van hun ontwikkelingsplannen en -programma's alsmede van de activiteiten waarvoor zij voornemens zijn, de Gemeenschap om financiële bijstand te verzoeken.

Zij delen alle latere wijzigingen mede.

2. Voor ieder project of programma waarvoor uit hoofde van artikel 19 om financiering wordt verzocht en voor iedere voorschootaanvraag uit hoofde van artikel 21 wordt bij de Gemeenschap een dossier ingediend, al naar het geval door de betrokken geassocieerde Staat of groep van geassocieerde Staten dan wel, met instemming daarvan, door de betrokken onderneming of regionale of tussenstaatse organisatie.

De Gemeenschap kan evenwel projecten of programma's voor technische samenwerking voorstellen. Zij dient van tevoren de goedkeuring van de betrokken geassocieerde Staat of groep van geassocieerde Staten ten aanzien van de hoofdlijnen van deze projecten of programma's te verkrijgen.

Artikel 23

De Gemeenschap neemt de verzoeken om financiering die krachtens artikel 22 bij haar worden ingediend in behandeling. Zij onderhoudt met de geassocieerde Staten de nodige contacten, ten einde met volledige kennis van zaken te beslissen over de projecten en programma's die haar worden voorgelegd en ten einde een bijdrage te leveren tot bevordering van de harmonische en evenwichtige ontwikkeling van alle geassocieerde Staten. Bij de behandeling van deze verzoeken houdt de Ge-

finanzielle und technische Hilfe zuteil werden zu lassen. Der betreffende assoziierte Staat oder die betreffende Gruppe assoziierter Staaten wird davon unterrichtet, in welcher Weise der vorgelegte Antrag weiterbehandelt wird.

Artikel 24

Der Beitrag der Gemeinschaft zur Verwirklichung bestimmter Vorhaben oder Programme kann im Einvernehmen mit dem betreffenden assoziierten Staat oder der betreffenden Gruppe assoziierter Staaten in Form einer Mitfinanzierung erfolgen, an der sich insbesondere Kredit- und Entwicklungsstellen und -institute der assoziierten Staaten oder der Mitgliedstaaten, dritte Staaten oder internationale Finanzorgane beteiligen können.

Artikel 25

(1) Die verschiedenen, in Artikel 19 vorgesehenen Formen der Hilfe der Gemeinschaft können nach Maßgabe der Artikel 22 und 24 folgenden Empfängern zugute kommen: den assoziierten Staaten; den juristischen Personen der Mitgliedstaaten oder der assoziierten Staaten, die nicht in erster Linie einen Erwerbszweck verfolgen, von allgemeinem Interesse sind und in diesen Staaten der Aufsicht der öffentlichen Hand unterliegen; von der Gemeinschaft und den assoziierten Staaten anerkannten Erzeugerverbänden oder gleichartigen Einrichtungen sowie, falls derartige Verbände und Einrichtungen nicht bestehen, ausnahmsweise auch den Erzeugern selbst; regionalen oder zwischenstaatlichen Einrichtungen, denen assoziierte Staaten angehören.

Als Empfänger kommen außerdem in Betracht:

- a) für nichtrückzahlbare Zuschüsse bei Maßnahmen im Rahmen der allgemeinen technischen Zusammenarbeit: die Fachinstitute oder Facheinrichtungen oder ausnahmsweise die Unternehmen, die für Dritte Fachkräfte ausbilden, sowie die Stipendiaten, Praktikanten oder Teilnehmer an Ausbildungslehrgängen;
- b) für Darlehen der Bank und für damit verbundene Zinsvergütungen, für Darlehen zu Sonderbedingungen oder für Beteiligungen an der Bildung von haftendem Kapital sowie gegebenenfalls für nichtrückzahlbare Zuschüsse bei Maßnahmen auf dem Gebiet der technischen Zusammenarbeit, die mit den Investitionen zusammenhängen: die nach industriellen und kaufmännischen Methoden geführten Unternehmen, die als Gesellschaft eines assoziierten Staates im Sinne des Artikels 35 Absatz 2 gegründet worden sind.

(2) Die Empfänger der in Artikel 20 genannten Hilfe sind die assoziierten Staaten. Die Einzelheiten der Gewährung dieser Hilfe werden im gegenseitigen Einvernehmen zwischen der Gemeinschaft und dem oder den begünstigten assoziierten Staaten festgelegt.

Artikel 26

(1) Die Teilnahme an Ausschreibungen, Aufträgen und Verträgen für Maßnahmen, die von der Gemeinschaft finanziert werden, steht zu gleichen Bedingungen allen natürlichen und juristischen Personen der Mitgliedstaaten oder der assoziierten Staaten offen.

(2) Absatz 1 steht den Maßnahmen nicht entgegen, mit denen die Beteiligung von Bauunternehmen, Industrieunternehmen oder handwerklichen Betrieben des betreffenden assoziierten Staates oder eines anderen assozier-

qui se posent pour les pays les plus désavantagés de manière à leur assurer une assistance financière et technique appropriée. L'Etat associé ou le groupe d'Etats associés intéressés est informé de la suite réservée à sa demande.

Article 24

Le concours apporté par la Communauté pour la réalisation de certains projets ou programmes peut, avec l'accord de l'Etat associé ou du groupe d'Etats associés intéressés, prendre la forme d'un co-financement auquel participeraient notamment des organes et instituts de crédit et de développement des Etats associés ou des Etats membres, des Etats tiers ou des organismes financiers internationaux.

Article 25

1. Dans les conditions prévues aux articles 22 et 24, les bénéficiaires des différentes formes d'aides de la Communauté prévues à l'article 19 peuvent être, selon le cas, les Etats associés, des personnes morales des Etats membres ou des Etats associés qui ne poursuivent pas à titre principal un but lucratif, qui présentent un caractère d'intérêt général et qui sont soumises dans ces Etats au contrôle de la puissance publique; des groupements de producteurs ou organismes similaires agréés par la Communauté et par les Etats associés, ou, à défaut de tels groupements et organismes, et à titre exceptionnel, les producteurs eux-mêmes; des organismes régionaux ou interétatiques dont font partie des Etats associés.

Peuvent en outre être bénéficiaires:

- a) des aides non remboursables consacrées à des actions de coopération technique générale: les instituts ou organismes spécialisés ou, à titre exceptionnel, les entreprises formant des spécialistes pour le compte d'autrui, ainsi que les boursiers, stagiaires ou participants aux sessions de formation;
- b) des prêts de la Banque et des bonifications d'intérêts y afférentes, des prêts à des conditions spéciales ou des contributions à la formation des capitaux à risques, ainsi qu'éventuellement des aides non remboursables destinées à des actions de coopération technique liées aux investissements: les entreprises exerçant leur activité selon les méthodes de gestion industrielle et commerciale et constituées en sociétés d'un Etat associé au sens de l'article 35 deuxième alinéa.

2. Les bénéficiaires des aides visées à l'article 20 sont les Etats associés. Les modalités d'attribution de ces aides sont arrêtées d'un commun accord entre la Communauté et l'Etat ou les Etats associés bénéficiaires.

Article 26

1. Pour les interventions dont le financement est assuré par la Communauté, la participation aux adjudications, appels d'offres, marchés et contrats est ouverte, à égalité de conditions, à toutes les personnes physiques et morales des Etats membres et des Etats associés.

2. Les dispositions du paragraphe 1 ne font pas obstacle aux mesures propres à favoriser la participation d'entreprises de travaux ou de production industrielle ou artisanale de l'Etat associé intéressé ou d'un autre Etat

curare loro un'assistenza finanziaria e tecnica appropriata. Lo Stato associato o il gruppo di Stati associati interessati è informato del seguito dato alla sua domanda.

Articolo 24

Il concorso della Comunità alla realizzazione di taluni progetti o programmi può assumere, previo accordo dello Stato associato o del gruppo di Stati associati interessati, la forma di cofinanziamento al quale parteciperebbero in particolare organismi ed istituti di credito e di sviluppo degli Stati associati o degli Stati membri, degli Stati terzi o degli organismi finanziari internazionali.

Articolo 25

1. Alle condizioni di cui agli articoli 22 e 24, i beneficiari delle varie forme di aiuti della Comunità di cui all'articolo 19 possono essere, a seconda dei casi: gli Stati associati; le persone giuridiche degli Stati membri o degli Stati associati che non perseguano principalmente scopi lucrativi, che presentino un carattere di interesse generale e siano sottoposte in questi Stati a controllo pubblico; le associazioni di produttori o organismi similari riconosciuti dalla Comunità e dagli Stati associati o, in mancanza di tali associazioni e organismi, e a titolo eccezionale, i produttori stessi; gli organismi regionali o interstatali di cui facciano parte Stati associati.

Possano essere, inoltre, beneficiari:

- a) degli aiuti non rimborsabili destinati ad azioni di cooperazione tecnica generale: gli istituti od organismi specializzati oppure, a titolo eccezionale, le imprese che formano specialisti per conto di terzi, nonché i borsisti, tirocinanti o partecipanti alle sessioni di formazione;
- b) dei prestiti della Banca e degli abbuoni di interessi ad essi relativi, dei prestiti a condizioni speciali o dei contributi per la formazione dei capitali a rischio, nonché eventualmente degli aiuti non rimborsabili destinati ad azioni di cooperazione tecnica connessa con gli investimenti: le imprese che esercitano la loro attività secondo i metodi di gestione industriale e commerciale e costituite in società di uno Stato associato ai sensi dell'articolo 35, secondo comma.

2. I beneficiari degli aiuti di cui all'articolo 20 sono gli Stati associati. Le modalità di attribuzione di tali aiuti sono stabilite di comune accordo tra la Comunità e lo Stato o gli Stati associati beneficiari.

Articolo 26

1. Per gli interventi il cui finanziamento è assicurato dalla Comunità, alle aggiudicazioni, alle gare di appalto, ai contratti possono partecipare, a parità di condizioni, tutte le persone fisiche e giuridiche degli Stati membri e degli Stati associati.

2. Le disposizioni di cui al paragrafo 1 non ostano alle misure atte a favorire la partecipazione di imprese di lavori o di produzione industriale o artigianale dello Stato associato interessato o d'un altro Stato associato della

meenschap rekening met de bijzondere problemen waarmee de minst begunstigde landen te kampen hebben, ten einde deze landen een passende financiële en technische bijstand te verzekeren. De betrokken geassocieerde Staat of groep van geassocieerde Staten wordt ervan op de hoogte gesteld, in hoeverre aan zijn verzoek gevolg wordt gegeven.

Artikel 24

De bijstand die door de Gemeenschap voor de tenuitvoerlegging van bepaalde projecten of programma's wordt verleend, kan, met instemming van de betrokken geassocieerde Staten of groep van geassocieerde Staten, de vorm aannemen van medefinanciering, waaraan met name organismen en instellingen op het gebied van kredietverlening en ontwikkeling van de geassocieerde Staten of de Lid-Staten, derde landen dan wel internationale financiële instellingen deelnemen.

Artikel 25

1. Onder de in de artikelen 22 en 24 genoemde voorwaarden kunnen voor de in artikel 19 genoemde verschillende vormen van steun van de Gemeenschap in aanmerking komen al naargelang van het geval: de geassocieerde Staten; rechtspersonen van de Lid-Staten of van de geassocieerde Staten die niet ten principale een winstgevend doel nastreven, die een algemeen belang vertegenwoordigen en die in deze Staten aan het toezicht van de overheid zijn onderworpen; door de Gemeenschap en door de geassocieerde Staten erkende groeperingen van producenten of soortgelijke organisaties dan wel, bij gebreke van dergelijke groeperingen en organisaties en bij wijze van uitzondering, de producenten zelf; regionale of tussenstaatse organisaties waarvan geassocieerde Staten deel uitmaken.

Voorts kunnen begunstigden zijn:

- a) van giften, bestemd voor maatregelen tot algemene technische samenwerking: gespecialiseerde instellingen of lichamen dan wel, bij wijze van uitzondering, ondernemingen die voor rekening van derden specialisten opleiden, alsmede bursalen, stagiairs of deelnemers aan opleidingscursussen;
- b) van leningen van de Bank en daaraan verbonden rentesubsidies, van leningen tegen speciale voorwaarden of van bijdragen tot de vorming van risicodragend kapitaal alsmede eventueel van giften, bestemd voor maatregelen tot technische samenwerking die aan de investeringen zijn gekoppeld: ondernemingen die worden geleid volgens methoden van industriële en commerciële bedrijfsvoering en die zijn opgericht als vennootschappen van een geassocieerde Staat in de zin van artikel 35, tweede alinea.

2. Voor de in artikel 20 genoemde steun komen de geassocieerde Staten in aanmerking. De wijze van toekenning van deze steun wordt in onderling overleg tussen de Gemeenschap en de begunstigde geassocieerde Staat of Staten vastgesteld.

Artikel 26

1. In de gevallen waarin de Gemeenschap de middelen verschaft, staat de deelneming aan aanbestedingen, inschrijvingen, koop- en aannemingscontracten en andere overeenkomsten onder gelijke voorwaarden open voor alle onderdanen en rechtspersonen van de Lid-Staten en de geassocieerde Staten.

2. Het bepaalde in lid 1 vormt geen beletsel voor maatregelen tot bevordering van de deelneming van ondernemingen voor de uitvoering van werken of voor industriële of ambachtelijke produktie van de betrokken

ten Staates des gleichen Gebietes an der Ausführung von Bauaufträgen begrenzten Umfangs oder von Lieferaufträgen für Erzeugnisse, bei denen es eine einheimische Produktion gibt, begünstigt werden soll.

Artikel 27

Die in den assoziierten Staaten anwendbaren Steuer- und Zollregelung für die von der Gemeinschaft finanzierten Aufträge wird durch Beschluß des Assoziationsrates auf dessen erster Tagung nach Inkrafttreten des Abkommens festgelegt.

Artikel 28

(1) Die nach Maßgabe dieses Titels für die Finanzierung von Vorhaben oder Programmen zugewiesenen Beträge müssen entsprechend der getroffenen Zweckbindung und unter den günstigsten wirtschaftlichen Bedingungen verwendet werden.

(2) Die Verwaltung und die Unterhaltung der mit Hilfe der Gemeinschaft geschaffenen wirtschaftlichen und sozialen Infrastrukturanlagen und Produktionseinrichtungen obliegt den Begünstigten.

Artikel 29

Der Assoziationsrat legt die allgemeine Ausrichtung der finanziellen und technischen Zusammenarbeit im Rahmen der Assoziation insbesondere auf Grund eines Jahresberichts der Kommission über die Verwaltung der finanziellen und technischen Hilfe der Gemeinschaft fest. In diesem Bericht werden die gesammelten Erfahrungen sowie die in Artikel 23 vorgesehenen Kontakte mit den assoziierten Staaten berücksichtigt. Der Bericht wird, soweit es sie betrifft, in Zusammenarbeit mit der Bank erstellt und gibt insbesondere den Stand der Zusagen, der Durchführung und der Verwendung der Hilfe nach Finanzierungsarten und nach Empfängerstaaten wieder; er zeigt etwaige Ungleichheiten und sonstige Unzulänglichkeiten auf, die vor allem im Hinblick auf die in Artikel 19 Absatz 2 genannten Grundsätze festgestellt worden sind.

Artikel 30

Hat ein assoziierter Staat dieses Abkommen nach Maßgabe des Artikels 59 nicht ratifiziert oder ist das Abkommen gemäß Artikel 64 gekündigt worden, so ergibt sich daraus für die Vertragsparteien die Verpflichtung, die Beträge der in diesem Abkommen vorgesehenen Finanzhilfe anzupassen.

TITEL III

Niederlassungsrecht, Dienstleistungen, Zahlungs- und Kapitalverkehr

Artikel 31

Die Regelung, welche die einzelnen assoziierten Staaten hinsichtlich des Niederlassungsrechts oder der Dienstleistungen anwenden, darf weder rechtlich noch tatsächlich unmittelbar oder mittelbar zu einer unterschiedlichen Behandlung der Staatsangehörigen oder der Gesellschaften der einzelnen Mitgliedstaaten führen.

Für Staatsangehörige und Gesellschaften eines Mitgliedstaates kann für eine bestimmte Tätigkeit in einem assoziierten Staat Absatz 1 jedoch nur insoweit in An-

assoziié de la même région, à l'exécution de marchés de travaux d'importance limitée ou de marchés de fournitures pour lesquelles il existe une production locale.

Article 27

Le régime fiscal et douanier applicable dans les Etats associés aux marchés financés par la Communauté est arrêté par décision du Conseil d'Association lors de sa première session après la date d'entrée en vigueur de la Convention.

Article 28

1. L'utilisation des montants attribués pour le financement des projets ou des programmes en application des dispositions du présent Titre doit être conforme aux affectations décidées et se réaliser dans les meilleures conditions économiques.

2. La gestion et l'entretien de l'infrastructure économique et sociale et des équipements de production établis au moyen d'aides communautaires incombent aux bénéficiaires.

Article 29

Le Conseil d'Association définit l'orientation générale de la coopération financière et technique dans le cadre de l'Association sur la base notamment d'un rapport annuel qui lui est soumis par la Commission concernant la gestion de l'aide financière et technique de la Communauté. Ce rapport tient compte de l'expérience acquise et des contacts avec les Etats associés prévus à l'article 23. Il est établi en collaboration avec la Banque pour les parties qui la concernent et indique notamment la situation de l'engagement, de l'exécution et de l'utilisation de l'aide, par nature de financement et par Etat bénéficiaire; il fait apparaître d'éventuelles disparités et d'autres imperfections constatées au regard en particulier des principes énoncés à l'article 19 paragraphe 2.

Article 30

La non-ratification de la présente Convention par un Etat associé dans les conditions prévues à l'article 59 ou la dénonciation de la Convention conformément à l'article 64 entraîne pour les Parties Contractantes l'obligation d'ajuster les montants des aides financières prévues dans la présente Convention.

TITRE III

Droit d'établissement, services, paiements et capitaux

Article 31

Le régime que chaque Etat associé accorde en matière de droit d'établissement ou de prestation de services ne peut, en droit ou en fait, comporter directement ou indirectement des discriminations entre les ressortissants ou les sociétés de chacun des Etats membres.

Cependant, les ressortissants et sociétés d'un Etat membre ne peuvent bénéficier, pour une activité déterminée, dans un Etat associé des dispositions du premier alinéa

stessa regione, all'esecuzione di contratti di lavori di importanza limitata o di contratti di forniture per le quali esista una produzione locale.

Articolo 27

Il regime fiscale e doganale applicabile negli Stati associati agli appalti finanziati dalla Comunità è definito con decisione del Consiglio di Associazione nella prima sessione dopo l'entrata in vigore della Convenzione.

Articolo 28

1. Le somme destinate al finanziamento dei progetti o dei programmi in applicazione delle disposizioni del presente Titolo devono essere utilizzate conformemente alle assegnazioni e nelle migliori condizioni economiche.

2. La gestione e la manutenzione dell'infrastruttura economica e sociale e delle attrezzature di produzione realizzate mediante aiuti comunitari incombono ai beneficiari.

Articolo 29

Il Consiglio di Associazione definisce l'orientamento generale della cooperazione finanziaria e tecnica nell'ambito dell'Associazione, sulla base, tra l'altro, di una relazione annua sottopostagli dalla Commissione in merito alla gestione dell'aiuto finanziario e tecnico della Comunità. Questa relazione tiene conto dell'esperienza acquisita e dei contatti con gli Stati associati previsti all'articolo 23. Essa è elaborata di concerto con la Banca per le parti che riguardano quest'ultima ed espone in particolare la situazione dell'impegno, dell'esecuzione e dell'utilizzazione dell'aiuto per natura del finanziamento e per Stati beneficiari. La relazione mette infine in evidenza eventuali disparità ed altre imperfezioni constatate, tenuto conto in particolare dei principi di cui all'articolo 19, paragrafo 2.

Articolo 30

La mancata ratifica della presente Convenzione da parte di uno Stato associato, alle condizioni di cui all'articolo 59, o la denuncia della Convenzione, in conformità dell'articolo 64, implica per le Parti Contraenti l'obbligo di adeguare l'importo degli aiuti finanziari previsti nella presente Convenzione.

TITOLO III

Diritto di stabilimento, servizi, pagamenti e capitali

Articolo 31

Il regime accordato da ciascuno Stato associato in materia di diritto di stabilimento o di prestazione di servizi non può implicare, de jure o de facto, direttamente o indirettamente, discriminazioni fra i cittadini o le società di ciascuno degli Stati membri.

Tuttavia, i cittadini e le società di uno Stato membro possono, in uno Stato associato, beneficiare per una determinata attività delle disposizioni di cui al primo

geassocieerde Staat of van een andere geassocieerde Staat uit hetzelfde gebied, aan de uitvoering van opdrachten voor werken van beperkte omvang of voor leveringen waarvoor een plaatselijke produktie bestaat.

Artikel 27

De fiscale regeling en de douaneregeling welke in de geassocieerde Staten dienen te worden toegepast op de door de Gemeenschap gefinancierde contracten worden bij besluit van de Associatieraad vastgesteld tijdens zijn eerste zitting na de datum van inwerkingtreding van de Overeenkomst.

Artikel 28

1. Bedragen die met toepassing van de bepalingen van deze Titel zijn toegekend voor de financiering van projecten of programma's, moeten worden aangewend overeenkomstig het doel waarvoor zij waren bestemd en dienen op de meest gunstige economische voorwaarden te worden besteed.

2. Het beheer en het onderhoud van de economische en sociale infrastructuur en van de produktieuitrusting die door middel van communautaire steun tot stand zijn gebracht, komen ten laste van de begunstigten.

Artikel 29

De Associatieraad bepaalt de algemene strekking van de financiële en technische samenwerking in het kader van de associatie, met name op grond van een jaarverslag betreffende het beheer van de financiële en technische steun van de Gemeenschap, dat hem door de Commissie wordt voorgelegd. Dit verslag houdt rekening met de opgedane ervaring en met de in artikel 23 voorgeschreven contacten met de geassocieerde Staten. Het wordt opgesteld in samenwerking met de Bank voor wat betreft de gedeelten die haar aangaan en vermeldt met name de stand van zaken met betrekking tot de verbintenis, de uitvoering en het gebruik van de steun naar het type financiering en per begunstigde Staat; in dit verslag moet melding worden gemaakt van eventuele ongelijkheden en andere onvolkomenheden, die worden geconstateerd in het bijzonder in het licht van de in artikel 19, lid 2, neergelegde beginselen.

Artikel 30

Het niet bekrachtigen van deze Overeenkomst door een geassocieerde Staat overeenkomstig artikel 59 of het opzeggen van de Overeenkomst overeenkomstig artikel 64 brengt voor de Partijen de verplichting mede, de bedragen van de financiële steun waarin deze Overeenkomst voorziet aan te passen.

TITEL III

Recht van vestiging, diensten, betalingen en kapitaal

Artikel 31

De regeling die elke geassocieerde Staat inzake vestigingsrecht of dienstverlening toepast, mag in rechte noch in feite, rechtstreeks noch zijdelings, discriminerend werken tussen onderdanen of vennootschappen van elk der Lid-Staten.

Ten behoeve van de onderdanen en vennootschappen van een Lid-Staat kunnen echter in een geassocieerde Staat voor een bepaalde activiteit de bepalingen van de

spruch genommen werden, als der Staat, dem sie angehören, den Staatsangehörigen und Gesellschaften des betreffenden assoziierten Staates für dieselbe Tätigkeit gleichartige Vergünstigungen gewährt.

Artikel 32

Gewährt ein assoziierter Staat den Staatsangehörigen oder Gesellschaften eines Staates, der weder Mitgliedstaat noch assoziierter Staat im Sinne dieses Abkommens ist, eine günstigere Behandlung als diejenige, welche sich für die Staatsangehörigen oder Gesellschaften der Mitgliedstaaten aus der Anwendung dieses Titels ergibt, so werden die Staatsangehörigen oder Gesellschaften der Mitgliedstaaten in derselben Weise behandelt, sofern die günstigere Behandlung sich nicht aus regionalen Abkommen ergibt.

Artikel 33

Das Niederlassungsrecht im Sinne dieses Abkommens umfaßt vorbehaltlich der Bestimmungen über den Kapitalverkehr die Aufnahme und Ausübung selbständiger Erwerbstätigkeiten, die Gründung und Leitung von Unternehmen, insbesondere von Gesellschaften, sowie die Gründung von Agenturen, Zweigniederlassungen oder Tochtergesellschaften.

Artikel 34

Dienstleistungen im Sinne dieses Abkommens sind Leistungen, die in der Regel gegen Entgelt erbracht werden, soweit sie nicht den Bestimmungen über den Warenverkehr, das Niederlassungsrecht und den Kapitalverkehr unterliegen. Als Dienstleistungen gelten insbesondere gewerbliche, kaufmännische, handwerkliche und freiberufliche Tätigkeiten, jedoch keine unselbständigen Tätigkeiten.

Artikel 35

Als Gesellschaften im Sinne dieses Abkommens gelten die Gesellschaften des bürgerlichen und des Handelsrechts einschließlich der Genossenschaften und die sonstigen juristischen Personen des öffentlichen und privaten Rechts mit Ausnahme derjenigen, die keinen Erwerbszweck verfolgen.

Gesellschaften eines Mitgliedstaates oder eines assoziierten Staates sind die nach den Rechtsvorschriften eines Mitgliedstaates oder eines assoziierten Staates gegründeten Gesellschaften, die ihren satzungsmäßigen Sitz, ihre Hauptverwaltung oder ihre Hauptniederlassung in einem Mitgliedstaat oder in einem assoziierten Staat haben; sollten sie indessen nur ihren satzungsmäßigen Sitz in einem Mitgliedstaat oder in einem assoziierten Staat haben, so muß ihre Tätigkeit in tatsächlicher und dauerhafter Verbindung mit der Wirtschaft dieses Mitgliedstaates oder dieses assoziierten Staates stehen.

Artikel 36

Der Assoziationsrat prüft auf Antrag der Gemeinschaft oder der assoziierten Staaten die Fragen, die sich aus der Anwendung der Artikel 31 bis 35 ergeben. Er erläßt ferner alle Beschlüsse oder Empfehlungen, die zur Anwendung dieser Artikel erforderlich sind.

Artikel 37

Jeder Unterzeichnerstaat verpflichtet sich, im Rahmen seiner sachlichen Zuständigkeit Zahlungen für den Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr und für Arbeitsentgelte sowie den Transfer dieser Zahlungen in

que dans la mesure où l'Etat dont ils relèvent accorde pour cette même activité des avantages de même nature aux ressortissants et sociétés de l'Etat associé en cause.

Article 32

Dans le cas où un Etat associé accorderait aux ressortissants ou sociétés d'un Etat qui n'est ni Etat membre, ni Etat associé au sens de la présente Convention, un traitement plus favorable que celui résultant, pour les ressortissants ou sociétés des Etats membres, de l'application des dispositions du présent Titre, ce traitement est étendu aux ressortissants ou sociétés des Etats membres, sauf lorsqu'il résulte d'accords régionaux.

Article 33

Le droit d'établissement au sens de la présente Convention comporte, sous réserve des dispositions relatives aux mouvements de capitaux, l'accès aux activités non salariées et leur exercice, la constitution et la gestion d'entreprises et notamment de sociétés, ainsi que la création d'agences, de succursales ou de filiales.

Article 34

Au sens de la présente Convention, sont considérées comme services les prestations fournies normalement contre rémunération dans la mesure où elles ne sont pas régies par les dispositions relatives aux échanges commerciaux, au droit d'établissement et aux mouvements de capitaux. Les services comprennent notamment des activités de caractère industriel, des activités de caractère commercial, des activités artisanales et les activités des professions libérales, à l'exclusion des activités salariées.

Article 35

Par sociétés on entend, au sens de la présente Convention, les sociétés de droit civil ou commercial, y compris les sociétés coopératives et les autres personnes morales relevant du droit public ou privé, à l'exception des sociétés qui ne poursuivent pas de but lucratif.

Les sociétés d'un Etat membre ou d'un Etat associé sont les sociétés constituées en conformité de la législation d'un Etat membre ou d'un Etat associé et ayant leur siège statutaire, leur administration centrale ou leur établissement principal dans un Etat membre ou un Etat associé; toutefois, dans le cas où elles n'ont dans un Etat membre ou dans un Etat associé que leur siège statutaire, leur activité doit présenter un lien effectif et continu avec l'économie de cet Etat membre ou de cet Etat associé.

Article 36

A la demande de la Communauté ou des Etats associés, le Conseil d'Association procède à l'examen des problèmes posés par l'application des articles 31 à 35. Il arrête en outre toutes décisions ou recommandations nécessaires à cette application.

Article 37

Chaque Etat signataire s'engage, dans la limite de sa compétence en la matière, à autoriser les paiements afférents aux échanges de marchandises, de services et de capitaux et aux salaires, ainsi que le transfert de ces paie-

comma soltanto se lo Stato al quale appartengono accorda per la medesima attività vantaggi della stessa natura ai cittadini e alle società dello Stato associato in questione.

Articolo 32

Se uno Stato associato accorda ai cittadini o alle società di uno Stato, che non sia nè Stato membro nè Stato associato ai sensi della presente Convenzione, un trattamento più favorevole di quello derivante per i cittadini o le società degli Stati membri dall'applicazione delle disposizioni del presente Titolo, detto trattamento viene esteso ai cittadini o alle società degli Stati membri, tranne che esso sia previsto da accordi regionali.

Articolo 33

Il diritto di stabilimento ai sensi della presente Convenzione comporta, fatte salve le disposizioni sui movimenti di capitali, l'accesso alle attività non salariate e il loro esercizio, nonchè la costituzione e la gestione di imprese, in particolare di società, e la creazione di agenzie, succursali o filiali.

Articolo 34

Ai sensi della presente Convenzione, sono considerate servizi le prestazioni fornite normalmente dietro retribuzione, in quanto non siano regolate dalle disposizioni relative agli scambi commerciali, al diritto di stabilimento e ai movimenti di capitali. I servizi comprendono, in particolare, attività a carattere industriale, attività a carattere commerciale, attività artigiane e le attività delle libere professioni, escluse le attività salariate.

Articolo 35

Ai sensi della presente Convenzione, per società si intendono le società di diritto civile o di diritto commerciale, ivi comprese le società cooperative e le altre persone giuridiche di diritto pubblico o privato, ad eccezione delle società che non si prefiggono scopi di lucro.

Le società di uno Stato membro o di uno Stato associato sono le società costituite conformemente alla legislazione di uno Stato membro o di uno Stato associato che abbiano la sede sociale, l'amministrazione centrale o il centro di attività principale in uno Stato membro o in uno Stato associato; tuttavia, qualora dette società abbiano in uno Stato membro od associato soltanto la sede sociale, la loro attività deve essere connessa in modo effettivo e continuo con l'economia di detto Stato membro o di detto Stato associato.

Articolo 36

A richiesta della Comunità o degli Stati associati, il Consiglio di Associazione procede all'esame dei problemi inerenti all'applicazione degli articoli 31—35. Esso adotta inoltre le decisioni o raccomandazioni necessarie a tale applicazione.

Articolo 37

Ogni Stato firmatario si impegna ad autorizzare, entro i limiti della propria competenza in materia, i pagamenti relativi agli scambi di merci, di servizi e di capitali e ai salari, nonchè il trasferimento di questi pagamenti nello

eerste alinea slechts worden toegepast voor zover de Staat waartoe zij behoren voor die zelfde activiteit aan de onderdanen en vennootschappen van de betrokken geassocieerde Staat soortgelijke voorrechten toekent.

Artikel 32

Ingeval een geassocieerde Staat de onderdanen of vennootschappen van een Staat die geen Lid-Staat noch een geassocieerde Staat in de zin van deze Overeenkomst is, een gunstiger behandeling toekent dan die welke voor de onderdanen of vennootschappen van de Lid-Staten voortvloeit uit de toepassing van de bepalingen van deze Titel, wordt deze behandeling tot de onderdanen of vennootschappen der Lid-Staten uitgebreid, behalve wanneer die behandeling voortvloeit uit regionale overeenkomsten.

Artikel 33

Het recht van vestiging in de zin van deze Overeenkomst omvat, behoudens de bepalingen betreffende het kapitaalverkeer, de toegang tot werkzaamheden anders dan in loondienst en de uitoefening daarvan, de oprichting en het beheer van ondernemingen en met name van vennootschappen, alsmede de oprichting van agent-schappen, filialen of dochterondernemingen.

Artikel 34

In de zin van deze Overeenkomst worden als diensten beschouwd de dienstverrichtingen welke gewoonlijk tegen vergoeding geschieden, voor zover de bepalingen betreffende het handelsverkeer, het recht van vestiging en het kapitaalverkeer op deze dienstverrichtingen niet van toepassing zijn. De diensten omvatten met name werkzaamheden van industriële en van commerciële aard, werkzaamheden van het ambacht, en werkzaamheden van de vrije beroepen, met uitzondering van werkzaamheden in loondienst.

Artikel 35

Onder vennootschappen in de zin van deze Overeenkomst worden verstaan maatschappen naar burgerlijk recht of handelsrecht, de coöperatieve verenigingen of vennootschappen daaronder begrepen, en de overige rechtspersonen naar publiek- of privaatrecht, met uitzondering van vennootschappen welke geen winst beogen.

De vennootschappen van een Lid-Staat of van een geassocieerde Staat zijn de vennootschappen welke in overeenstemming met de wetgeving van een Lid-Staat of van een geassocieerde Staat zijn opgericht en welke hun statutaire zetel, hun hoofdbestuur of hun hoofdvestiging in een Lid-Staat of in een geassocieerde Staat hebben; ingeval zij slechts hun statutaire zetel in een Lid-Staat of in een geassocieerde Staat hebben, dienen hun werkzaamheden een daadwerkelijke en voortdurende band te vertonen met de economie van deze Lid-Staat of van deze geassocieerde Staat.

Artikel 36

Op verzoek van de Gemeenschap of van de geassocieerde Staten bestudeert de Associatierraad de in verband met de toepassing van de artikelen 31 tot en met 35 gerezen problemen. Voorts stelt hij de besluiten en aanbevelingen vast die voor deze toepassing nodig zijn.

Artikel 37

Elke ondertekenende Staat verbindt zich om, binnen de grenzen van zijn bevoegdheid ter zake, de betalingen die betrekking hebben op het goederen-, diensten- en kapitaalverkeer en op de lonen, alsmede de overmaking

den Mitgliedstaat oder in den assoziierten Staat, in dem der Gläubiger oder der Begünstigte ansässig ist, zu genehmigen, soweit der Waren-, Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehr nach diesem Abkommen liberalisiert ist.

Artikel 38

Während der gesamten Laufzeit der Darlehen, der Vorschüsse oder der Beteiligungen im Sinne der Artikel 6, 7, 8, 9 und 11 des Protokolls Nr. 6 im Anhang verpflichten sich die assoziierten Staaten,

- den Schuldner die Devisen zur Verfügung zu stellen, die für Zins-, Provisions- und Tilgungszahlungen für die zur Verwirklichung von Vorhaben in ihrem Hoheitsgebiet gewährten Darlehen und für die Rückzahlung der Vorschüsse erforderlich sind, die an die Einrichtungen geleistet wurden, deren Aufgabe es ist, die Folgen von Schwankungen der Notierungen für Erzeugnisse auszugleichen;
- der Bank die Devisen zur Verfügung zu stellen, die für den Transfer der Einkünfte und der Erlöse aus den Transaktionen erforderlich sind, die zur Bildung von haltendem Kapital der Unternehmen beitragen.

Artikel 39

(1) Die assoziierten Staaten bemühen sich, für die Investitionen und die laufenden Zahlungen im Zusammenhang mit dem sich daraus ergebenden Kapitalverkehr eine liberale Devisenregelung anzuwenden, wenn sie von in den Mitgliedstaaten ansässigen Personen vorgenommen werden.

(2) Die assoziierten Staaten behandeln die Staatsangehörigen und Gesellschaften der Mitgliedstaaten hinsichtlich ihrer Investitionen sowie hinsichtlich des sich daraus ergebenden Kapitalverkehrs auf der Grundlage der Gleichberechtigung.

Artikel 40

Der Assoziationsrat richtet an die Vertragsparteien zweckdienliche Empfehlungen zur Durchführung der Artikel 37, 38 und 39.

TITEL IV

Die Organe der Assoziation

Artikel 41

Die Organe der Assoziation sind:

- der Assoziationsrat, der vom Assoziationsausschuß unterstützt wird,
- die Parlamentarische Konferenz der Assoziation und
- das Schiedsgericht der Assoziation.

Artikel 42

Der Assoziationsrat besteht aus den Mitgliedern des Rates der Europäischen Gemeinschaften und Mitgliedern der Kommission der Europäischen Gemeinschaften einerseits und je einem Mitglied der Regierungen der assoziierten Staaten andererseits.

Jedes Mitglied des Assoziationsrates kann sich bei Verhinderung vertreten lassen. Der Vertreter übt sämtliche Rechte des Mitglieds aus.

Der Assoziationsrat ist nur dann beschlußfähig, wenn die Hälfte der Mitglieder des Rates der Europäischen

ments vers l'Etat membre ou l'Etat associé dans lequel réside le créancier ou le bénéficiaire, dans la mesure où la circulation des marchandises, des services, des capitaux et des personnes est libérée en application de la présente Convention.

Article 38

Pendant toute la durée des prêts, des avances ou des participations visés aux articles 6, 7, 8, 9 et 11 du Protocole n° 6 annexé à la présente Convention, les Etats associés s'engagent:

- à mettre à la disposition des débiteurs les devises nécessaires au service des intérêts, des commissions et de l'amortissement des prêts accordés pour les projets à réaliser sur leur territoire et au remboursement des avances consenties aux organismes ayant pour tâche de pallier les conséquences des fluctuations des cours des produits;
- à mettre à la disposition de la Banque les devises nécessaires au transfert de toutes les sommes représentant les revenus et produits des opérations contribuant à la formation de capitaux à risques des entreprises.

Article 39

1. Les Etats associés s'efforcent d'appliquer un régime libéral de change en ce qui concerne les investissements et les paiements courants afférents aux mouvements de capitaux en résultant, lorsqu'ils sont effectués par des personnes résidant dans les Etats membres.

2. Les Etats associés traitent sur un pied d'égalité les ressortissants et les sociétés des Etats membres en ce qui concerne leurs investissements ainsi que les mouvements de capitaux en résultant.

Article 40

Le Conseil d'Association formule toutes recommandations utiles aux Parties Contractantes au sujet de l'application des articles 37, 38 et 39.

TITRE IV

Les Institutions de l'Association

Article 41

Les Institutions de l'Association sont:

- le Conseil d'Association assisté du Comité d'Association,
- la Conférence parlementaire de l'Association,
- la Cour arbitrale de l'Association.

Article 42

Le Conseil d'Association est composé, d'un part, des membres du Conseil des Communautés Européennes et de membres de la Commission des Communautés Européennes et, d'autre part, d'un membre du Gouvernement de chaque Etat associé.

Tout membre du Conseil d'Association empêché peut se faire représenter. Le représentant exerce tous les droits du membre titulaire.

Le Conseil d'Association ne peut valablement délibérer qu'avec la participation de la moitié des membres du Con-

Stato membro o nello Stato associato in cui risiede il creditore o il beneficiario nella misura in cui la circolazione delle merci, dei servizi, dei capitali e delle persone sia liberalizzata in applicazione della presente Convenzione.

Articolo 38

Per tutta la durata dei prestiti, delle anticipazioni o delle partecipazioni di cui agli articoli 6, 7, 8, 9 e 11 del Protocollo n° 6 allegato alla presente Convenzione, gli Stati associati si impegnano a:

- mettere a disposizione dei debitori le divise necessarie al pagamento degli interessi, delle commissioni e dell'ammortamento dei prestiti concessi per i progetti da realizzare sul loro territorio nonchè al rimborso delle anticipazioni concesse agli organismi che si propongono di rimediare alle conseguenze derivanti dalle fluttuazioni dei corsi dei prodotti,
- mettere a disposizione della Banca le divise necessarie al trasferimento di tutte le somme corrispondenti ai proventi e prodotti delle operazioni che contribuiscono alla formazione di capitali a rischio delle imprese.

Articolo 39

1. Gli Stati associati provvedono ad applicare un regime liberale di cambio per quanto riguarda gli investimenti ed i pagamenti correnti relativi ai movimenti di capitali che ne risultano, quando essi sono effettuati da persone residenti negli Stati membri.

2. Gli Stati associati trattano su un piano di parità i cittadini e le società degli Stati membri per quanto riguarda i loro investimenti nonchè i movimenti di capitali che ne risultano.

Articolo 40

Il Consiglio di Associazione formula ogni utile raccomandazione alle Parti Contraenti riguardo all'applicazione degli articoli 37, 38 e 39.

TITOLO IV

Le Istituzioni dell'Associazione

Articolo 41

Le Istituzioni dell'Associazione sono:

- il Consiglio di Associazione assistito dal Comitato di Associazione,
- la Conferenza parlamentare dell'Associazione,
- la Corte arbitrale dell'Associazione.

Articolo 42

Il Consiglio di Associazione è composto dei membri del Consiglio delle Comunità Europee e di membri della Commissione delle Comunità Europee, da una parte, e di un membro del Governo di ciascuno Stato associato, dall'altra.

Ogni membro del Consiglio di Associazione può farsi rappresentare in caso d'impedimento. Il rappresentante esercita tutti i diritti del membro titolare.

Il Consiglio di Associazione può deliberare validamente ove sia presente la metà dei membri del Consiglio

van deze betalingen naar de Lid-Staat of de geassocieerde Staat waarin de schuldeiser of de begunstigde verblijf houdt, toe te staan, voor zover het goederen-, diensten-, kapitaal- en personenverkeer met toepassing van deze Overeenkomst is vrijgemaakt.

Artikel 38

Tijdens de gehele duur van de leningen, voorschotten of deelnemingen, bedoeld in de artikelen 6, 7, 8, 9 en 11 van Protocol No. 6 bij de Overeenkomst, verbinden de geassocieerde Staten zich om:

- aan de debiteuren de beschikking te geven over de nodige deviezen voor de commissies en de aflossing in hoofdsom en interest van de leningen, toegekend voor de op hun grondgebied uit te voeren projecten, en voor de terugbetaling van de voorschotten, verstrekt aan de organen die tot taak hebben de gevolgen van de schommelingen in de prijzen van de produkten te ondervangen;
- aan de Bank de beschikking te geven over de nodige deviezen voor het overmaken van alle bedragen die de inkomsten uit en de opbrengst van de transacties vertegenwoordigen welke bijdragen tot de vorming van risicodragend kapitaal van de ondernemingen.

Artikel 39

1. De geassocieerde Staten streven ernaar een liberale deviezenregeling toe te passen ten aanzien van de investeringen en de lopende betalingen met betrekking tot het daaruit voortvloeiende kapitaalverkeer, wanneer deze worden verricht door personen die in de Lid-Staten verblijf houden.

2. De geassocieerde Staten behandelen de onderdanen en vennootschappen van de Lid-Staten op voet van gelijkheid ten aanzien van de door hen verrichte investeringen en het daaruit voortvloeiende kapitaalverkeer.

Artikel 40

De Associatieraad brengt aan de Partijen bij de Overeenkomst alle dienstige aanbevelingen uit betreffende de toepassing van de artikelen 37, 38 en 39.

TITEL IV

De Instellingen van de Associatie

Artikel 41

De Instellingen van de Associatie zijn:

- de Associatieraad, bijgestaan door het Associatiecomité,
- de Parlementaire Conferentie van de Associatie,
- het Arbitragehof van de Associatie.

Artikel 42

De Associatieraad bestaat enerzijds uit de leden van de Raad van de Europese Gemeenschappen en leden van de Commissie van de Europese Gemeenschappen en anderzijds uit een lid van de Regering van elke geassocieerde Staat.

Ieder lid van de Associatieraad kan zich bij verhindering doen vertegenwoordigen. Het plaatsvervangende lid oefent alle rechten van het gewone lid uit.

De besluiten van de Associatieraad zijn slechts geldig, indien de helft van de leden van de Raad der Europese

Gemeinschaften, ein Mitglied der Kommission und die Hälfte der die Regierungen der assoziierten Staaten vertretenden Mitglieder anwesend sind.

Artikel 43

Der Vorsitz im Assoziationsrat wird abwechselnd von einem Mitglied des Rates der Europäischen Gemeinschaften und einem Mitglied der Regierung eines assoziierten Staates wahrgenommen.

Artikel 44

Der Assoziationsrat tritt einmal jährlich auf Veranlassung seines Präsidenten zusammen.

Er tritt ferner nach Maßgabe seiner Geschäftsordnung zusammen, sooft dies erforderlich ist.

Artikel 45

Der Assoziationsrat äußert sich im gegenseitigen Einvernehmen der Gemeinschaft einerseits und der assoziierten Staaten andererseits.

Die Gemeinschaft einerseits und die assoziierten Staaten andererseits bestimmen je in einem internen Protokoll, wie ihre jeweilige Haltung zustande kommt.

Artikel 46

In den in diesem Abkommen vorgesehenen Fällen ist der Assoziationsrat befugt, Beschlüsse zu fassen, die für die Vertragsparteien verbindlich sind; diese müssen die erforderlichen Durchführungsmaßnahmen treffen.

Der Assoziationsrat kann ferner Entschliefungen fassen, Empfehlungen aussprechen oder Stellungnahmen abgeben, die er im Hinblick auf die Verwirklichung der gemeinsamen Ziele und auf das einwandfreie Funktionieren der Assoziation als zweckmäßig erachtet.

Der Assoziationsrat prüft in regelmäßigen Zeitabständen die Ergebnisse der Assoziation unter Berücksichtigung ihrer Ziele.

Der Assoziationsrat gibt sich eine Geschäftsordnung.

Artikel 47

Der Assoziationsrat wird bei der Erfüllung seiner Aufgaben von einem Assoziationsausschuß unterstützt, der aus einem Vertreter jedes Mitgliedstaates und einem Vertreter der Kommission einerseits und einem Vertreter jedes assoziierten Staates andererseits besteht.

Artikel 48

Der Vorsitz im Assoziationsausschuß wird von dem Staat wahrgenommen, der den Vorsitz im Assoziationsrat innehat.

Der Assoziationsausschuß gibt sich eine Geschäftsordnung, die dem Assoziationsrat zur Genehmigung vorgelegt wird.

Artikel 49

(1) Der Assoziationsrat legt in seiner Geschäftsordnung Aufgaben und Zuständigkeit des Assoziationsausschusses fest, um insbesondere die für ein einwandfreies Funktionieren der Assoziation erforderliche stetige Zusammenarbeit zu gewährleisten.

seil des Communautés Européennes, d'un membre de la Commission et de la moitié des membres titulaires représentant les Gouvernements des Etats associés.

Article 43

La présidence du Conseil d'Association est exercée à tour de rôle par un membre du Conseil des Communautés Européennes et un membre du Gouvernement d'un Etat associé.

Article 44

Le Conseil d'Association se réunit une fois par an à l'initiative de son Président.

Il se réunit en outre chaque fois que la nécessité le requiert, dans les conditions fixées par son règlement intérieur.

Article 45

Le Conseil d'Association se prononce du commun accord de la Communauté d'une part, et des Etats associés d'autre part.

La Communauté, d'une part, et les Etats associés, d'autre part, déterminent, chacun par un protocole interne, le mode de formation de leurs positions respectives.

Article 46

Dans les cas prévus par la présente Convention, le Conseil d'Association dispose du pouvoir de prendre des décisions; ces décisions sont obligatoires pour les Parties Contractantes qui sont tenues de prendre les mesures que comporte leur exécution.

Le Conseil d'Association peut également formuler les résolutions, recommandations ou avis qu'il juge opportuns pour la réalisation des objectifs communs et le bon fonctionnement du régime d'Association.

Le Conseil d'Association procède périodiquement à l'examen des résultats du régime d'Association, compte tenu des objectifs de celle-ci.

Le Conseil d'Association arrête son règlement intérieur.

Article 47

Le Conseil d'Association est assisté dans l'accomplissement de sa tâche par un Comité d'Association composé, d'une part, d'un représentant de chaque Etat membre et d'un représentant de la Commission et, d'autre part, d'un représentant de chaque Etat associé.

Article 48

La présidence du Comité d'Association est assurée par l'Etat assumant la présidence du Conseil d'Association.

Le Comité d'Association arrête son règlement intérieur qui est soumis au Conseil d'Association pour approbation.

Article 49

1. Le Conseil d'Association détermine dans son règlement intérieur la mission et la compétence du Comité d'Association en vue notamment d'assurer la continuité de la coopération nécessaire au bon fonctionnement de l'Association.

delle Comunità Europee, un membro della Commissione e la metà dei membri titolari in rappresentanza dei Governi degli Stati associati.

Articolo 43

La presidenza del Consiglio di Associazione è esercitata a turno da un membro del Consiglio delle Comunità Europee e da un membro del Governo di uno Stato associato.

Articolo 44

Il Consiglio di Associazione si riunisce una volta all'anno su iniziativa del Presidente.

Esso si riunisce inoltre ogniqualvolta sia necessario, alle condizioni stabilite dal regolamento interno.

Articolo 45

Il Consiglio di Associazione si pronuncia di comune accordo tra la Comunità, da un lato, e gli Stati associati, dall'altro.

La Comunità e gli Stati associati determinano, ciascuno con un Protocollo interno, le modalità di formazione delle rispettive posizioni.

Articolo 46

Nei casi previsti dalla presente Convenzione, il Consiglio di Associazione dispone del potere di decisione; queste decisioni sono obbligatorie per le Parti Contraenti che devono adottare le misure necessarie per la loro esecuzione.

Il Consiglio di Associazione può inoltre formulare ogni risoluzione, raccomandazione o parere che ritenga opportuni per realizzare gli obiettivi comuni e per il buon funzionamento del regime di Associazione.

Il Consiglio di Associazione esamina periodicamente, alla luce degli obiettivi dell'Associazione, i risultati del regime di Associazione.

Il Consiglio di Associazione adotta il proprio regolamento interno.

Articolo 47

Il Consiglio di Associazione è assistito nell'adempimento delle sue funzioni da un Comitato di Associazione composto di un rappresentante di ogni Stato membro e di un rappresentante della Commissione, da una parte, e di un rappresentante di ogni Stato associato, dall'altra.

Articolo 48

La presidenza del Comitato di Associazione è assicurata dallo Stato che assume la presidenza del Consiglio di Associazione.

Il Comitato di Associazione adotta il proprio regolamento interno che è sottoposto al Consiglio di Associazione per l'approvazione.

Articolo 49

1. Il Consiglio di Associazione definisce nel proprio regolamento interno i compiti e le competenze del Comitato di Associazione per garantire soprattutto la continuità della cooperazione necessaria al buon funzionamento dell'Associazione.

Gemeenschappen, een lid van de Commissie en de helft van de gewone leden die de Regeringen van de geassocieerde Staten vertegenwoordigen, aan de besluitvorming hebben deelgenomen.

Artikel 43

Het voorzitterschap van de Associatieraad wordt bij toerbeurt uitgeoefend door een lid van de Raad van de Europese Gemeenschappen en door een lid van de Regering van een geassocieerde Staat.

Artikel 44

De Associatieraad komt eenmaal per jaar op initiatief van de Voorzitter bijeen.

De Associatieraad komt bovendien bijeen zo vaak de omstandigheden zulks vereisen, en wel op de wijze bepaald in zijn Reglement van Orde.

Artikel 45

De Associatieraad spreekt zich uit in onderlinge overeenstemming tussen de Gemeenschap enerzijds en de geassocieerde Staten anderzijds.

De Gemeenschap enerzijds en de geassocieerde Staten anderzijds bepalen, elk door middel van een intern Protocol, de wijze waarop zij hun onderscheiden standpunt zullen bepalen.

Artikel 46

In de in deze Overeenkomst genoemde gevallen is de Associatieraad bevoegd tot het nemen van besluiten; deze besluiten zijn verbindend voor de Partijen, die verplicht zijn tot het treffen van de noodzakelijke maatregelen voor de uitvoering daarvan.

De Associatieraad kan voorts alle resoluties, aanbevelingen of adviezen uitbrengen, die hij wenselijk acht voor de verwezenlijking van de gemeenschappelijke doelstellingen en de goede werking van de associatieregeling.

Met inachtneming van de doelstellingen van de Associatie onderwerpt de Associatieraad op gezette tijden de resultaten van de associatieregeling aan een onderzoek.

De Associatieraad stelt zijn Reglement van Orde vast.

Artikel 47

De Associatieraad wordt bij de vervulling van zijn taak bijgestaan door een Associatiecomité, bestaande uit een vertegenwoordiger van iedere Lid-Staat en een vertegenwoordiger van de Commissie enerzijds, en een vertegenwoordiger van iedere geassocieerde Staat, anderzijds.

Artikel 48

Het voorzitterschap van het Associatiecomité wordt bekleed door de Staat die het voorzitterschap van de Associatieraad uitoefent.

Het Associatiecomité stelt zijn Reglement van Orde vast, dat aan de Associatieraad ter goedkeuring wordt voorgelegd.

Artikel 49

1. De Associatieraad stelt in zijn Reglement van Orde de taak en de bevoegdheid van het Associatiecomité vast, met name ten einde de continuïteit van de samenwerking, die voor de goede werking van de Associatie noodzakelijk is, te verzekeren.

(2) Der Assoziationsrat kann dem Assoziationsausschuß, wenn dies erforderlich ist, unter den von ihm festgelegten Bedingungen und innerhalb der von ihm festgesetzten Grenzen die Ausübung der Befugnisse übertragen, die ihm auf Grund dieses Abkommens zustehen.

Der Assoziationsausschuß äußert sich in diesem Fall nach Maßgabe des Artikels 45.

Artikel 50

Der Assoziationsausschuß berichtet dem Assoziationsrat über seine Tätigkeit, insbesondere auf den Gebieten, für die ihm Befugnisse übertragen worden sind.

Er unterbreitet dem Assoziationsrat ferner zweckdienliche Vorschläge.

Artikel 51

Die Sekretariatsgeschäfte des Assoziationsrates und des Assoziationsausschusses werden auf paritätischer Grundlage nach Maßgabe der Geschäftsordnung des Assoziationsrates wahrgenommen.

Artikel 52

Die Parlamentarische Konferenz der Assoziation tritt einmal jährlich zusammen. Sie setzt sich paritätisch aus Mitgliedern des Europäischen Parlaments und Mitgliedern der Parlamente der assoziierten Staaten zusammen.

Der Assoziationsrat legt der Parlamentarischen Konferenz jedes Jahr einen Tätigkeitsbericht vor.

Die Parlamentarische Konferenz kann auf den Gebieten, die die Assoziation betreffen, Entschließungen verabschieden. Sie bestellt ihren Präsidenten und ihr Präsidium und gibt sich eine Geschäftsordnung.

Die Parlamentarische Konferenz wird von einem paritätischen Ausschuß vorbereitet.

Artikel 53

(1) Streitfälle, die sich bei der Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens zwischen einem Mitgliedstaat, mehreren Mitgliedstaaten oder der Gemeinschaft einerseits und einem oder mehreren assoziierten Staaten andererseits ergeben, werden von einer der am Streit beteiligten Parteien dem Assoziationsrat unterbreitet, der sich auf seiner nächsten Tagung um eine gütliche Beilegung bemüht. Gelingt ihm dies nicht und können die Parteien sich nicht darüber einigen, wie eine geeignete Regelung gefunden werden kann, so wird der Streitfall auf Antrag der betreibenden Partei beim Schiedsgericht der Assoziation anhängig gemacht.

(2) Das Schiedsgericht besteht aus fünf Mitgliedern, nämlich einem Präsidenten, welcher vom Assoziationsrat ernannt wird, und vier Richtern, welche aus dem Kreise solcher Persönlichkeiten auszuwählen sind, die jede Gewähr für Unabhängigkeit und Befähigung bieten. Die Richter werden binnen drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens für dessen Laufzeit vom Assoziationsrat bestellt. Zwei dieser Richter werden auf Vorschlag des Rates der Europäischen Gemeinschaften, die beiden anderen auf Vorschlag der assoziierten Staaten ernannt. Der Assoziationsrat ernennt nach demselben Verfahren für jeden Richter einen Stellvertreter, der bei Verhinderung eines Richters an dessen Stelle tritt.

(3) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit.

2. Le Conseil d'Association peut, lorsque la nécessité le requiert, déléguer au Comité d'Association, dans les conditions et les limites qu'il arrête, l'exercice des pouvoirs qui lui sont dévolus par la présente Convention.

Dans ce cas, le Comité d'Association se prononce dans les conditions prévues à l'article 45.

Article 50

Le Comité d'Association rend compte au Conseil d'Association de ses activités, notamment dans les domaines ayant fait l'objet d'une délégation de compétences.

Il présente également au Conseil d'Association toute proposition utile.

Article 51

Le secrétariat du Conseil d'Association et du Comité d'Association est assuré sur une base paritaire dans les conditions prévues par le règlement intérieur du Conseil d'Association.

Article 52

La Conférence parlementaire de l'Association se réunit une fois par an. Elle est composée, sur une base paritaire, de membres de l'Assemblée et de membres des Parlements des Etats associés.

Le Conseil d'Association présente chaque année un rapport d'activité à la Conférence parlementaire.

La Conférence parlementaire peut voter des résolutions dans les matières concernant l'Association. Elle désigne son président et son bureau et arrête son règlement intérieur.

La Conférence parlementaire est préparée par une Commission paritaire.

Article 53

1. Les différends relatifs à l'interprétation ou à l'application de la présente Convention nés entre un Etat membre, plusieurs Etats membres ou la Communauté d'une part, et un ou plusieurs Etats associés d'autre part, sont soumis par l'une des parties au différend au Conseil d'Association qui en recherche, au cours de sa plus proche session, le règlement amiable. S'il ne peut y parvenir et faute pour les parties d'être convenues d'un mode de règlement approprié, le différend est porté à la requête de la partie la plus diligente devant la Cour arbitrale de l'Association.

2. La Cour arbitrale est composée de cinq membres: un Président qui est nommé par le Conseil d'Association et quatre juges choisis parmi des personnalités offrant toute garantie d'indépendance et de compétence. Les juges sont désignés dans les trois mois de l'entrée en vigueur de la Convention et pour la durée de celle-ci par le Conseil d'Association. Deux d'entre eux sont nommés sur présentation du Conseil des Communautés Européennes, les deux autres sur présentation des Etats associés. Le Conseil d'Association nomme, suivant la même procédure, pour chaque juge un suppléant qui siège en cas d'empêchement du juge titulaire.

3. La Cour arbitrale statue à la majorité.

2. Ove occorra, il Consiglio di Associazione può delegare al Comitato di Associazione, alle condizioni e nei limiti da esso stabiliti, l'esercizio dei poteri che gli competono a norma della presente Convenzione.

In tal caso, il Comitato di Associazione si pronuncia alle condizioni di cui all'articolo 45.

Articolo 50

Il Comitato di Associazione riferisce al Consiglio di Associazione sulle attività svolte, in particolare nei settori che sono stati oggetto di una delega di competenza.

Esso presenterà altresì al Consiglio di Associazione ogni utile proposta.

Articolo 51

Il segretariato del Consiglio di Associazione e del Comitato di Associazione è assicurato su base paritetica alle condizioni previste dal regolamento interno del Consiglio di Associazione.

Articolo 52

La Conferenza parlamentare dell'Associazione si riunisce una volta all'anno. Essa è composta, su base paritetica, di membri del Parlamento Europeo e di membri dei Parlamenti degli Stati associati.

Il Consiglio di Associazione presenta ogni anno alla Conferenza parlamentare una relazione sull'attività svolta.

La Conferenza parlamentare può votare risoluzioni sulle materie concernenti l'Associazione, designa il presidente e l'ufficio di presidenza e adotta il proprio regolamento interno.

La Conferenza parlamentare è preparata da una Commissione paritetica.

Articolo 53

1. Le controversie sull'interpretazione o sull'applicazione della presente Convenzione tra uno Stato membro, più Stati membri o la Comunità, da una parte, ed uno o più Stati associati, dall'altra, sono deferite da una delle parti in causa al Consiglio di Associazione che, nella sessione più prossima, cercherà una soluzione in via amichevole. Se il risultato è negativo e le parti non raggiungono di comune accordo una soluzione appropriata, la controversia è deferita, su richiesta della parte più diligente, alla Corte arbitrale dell'Associazione.

2. La Corte arbitrale è composta di cinque membri: un Presidente nominato dal Consiglio di Associazione e quattro giudici scelti tra personalità che offrano ogni garanzia d'indipendenza e di competenza. I giudici sono designati entro tre mesi dall'entrata in vigore della Convenzione e per la durata di essa dal Consiglio di Associazione. Due giudici sono nominati su proposta del Consiglio delle Comunità Europee, gli altri due su proposta degli Stati associati. Il Consiglio di Associazione nomina con la stessa procedura per ogni giudice un supplente che partecipa alle sedute qualora il giudice titolare non possa farlo.

3. La Corte arbitrale delibera a maggioranza.

2. Wanneer zulks noodzakelijk blijkt, kan de Associatieraad de uitoefening van de hem bij deze Overeenkomst toegekende bevoegdheden delegeren aan het Associatiecomité onder de voorwaarden en binnen de grenzen die hij vaststelt.

In dit geval spreekt het Associatiecomité zich uit op de wijze bepaald in artikel 45.

Artikel 50

Het Associatiecomité brengt aan de Associatieraad verslag uit over zijn werkzaamheden, met name op die gebieden waar een overdracht van bevoegdheden heeft plaatsgevonden.

Het Associatiecomité doet de Associatieraad voorts elk voorstel dat het nuttig acht.

Artikel 51

Het secretariaat van de Associatieraad en het Associatiecomité wordt op paritaire basis gevoerd overeenkomstig het Reglement van Orde van de Associatieraad.

Artikel 52

De Parlementaire Conferentie van de Associatie komt eenmaal per jaar bijeen. Zij is op paritaire basis samengesteld uit leden van het Europese Parlement en leden van de Parlementen der geassocieerde Staten.

De Associatieraad dient elk jaar een verslag van de werkzaamheden bij de Parlementaire Conferentie in.

De Parlementaire Conferentie kan resoluties aannemen inzake aangelegenheden die betrekking hebben op de Associatie. Zij kiest haar voorzitter en haar bureau en stelt haar Reglement van Orde vast.

De Parlementaire Conferentie wordt door een Paritaire Commissie voorbereid.

Artikel 53

1. Geschillen betreffende de uitlegging of toepassing van deze Overeenkomst, die tussen een Lid-Staat, meerdere Lid-Staten of de Gemeenschap, enerzijds, en een of meer geassocieerde Staten, anderzijds, rijzen, worden door een der bij het geschil betrokken partijen voorgelegd aan de Associatieraad, die deze tijdens zijn eerstvolgende zitting in der minne tracht te schikken. Indien hij hierin niet slaagt en de partijen geen overeenstemming bereiken omtrent een passende regeling, wordt het geschil op verzoek van de meest gerede partij voor het Arbitragehof van de Associatie gebracht.

2. Het Arbitragehof bestaat uit vijf leden: een President, die door de Associatieraad wordt benoemd, en vier rechters, gekozen uit personen die alle waarborgen voor onafhankelijkheid en bekwaamheid bieden. De rechters worden binnen drie maanden na de inwerkingtreding van de Overeenkomst en voor de duur daarvan door de Associatieraad benoemd. Twee van hen worden benoemd op voordracht van de Raad van de Europese Gemeenschappen, de beide andere op voordracht van de geassocieerde Staten. De Associatieraad benoemt, volgens dezelfde procedure, voor iedere rechter een plaatsvervanger, die zitting heeft bij verhindering van de gewone rechter.

3. Het Arbitragehof beslist met meerderheid van stemmen.

(4) Die Schiedssprüche des Schiedsgerichts sind für die am Streit beteiligten Parteien verbindlich; diese müssen die erforderlichen Durchführungsmaßnahmen treffen.

(5) Die Satzung des Schiedsgerichts ist Gegenstand des Protokolls Nr. 8 im Anhang. Der Assoziationsrat kann diese Satzung auf Vorschlag des Schiedsgerichts ändern.

(6) Das Schiedsgericht legt in seiner ersten Sitzung seine Verfahrensordnung fest.

Artikel 54

Der Assoziationsrat kann zweckdienliche Empfehlungen aussprechen, um Fühlungen zwischen der Gemeinschaft und den Vertretern der Berufsinteressen der assoziierten Staaten zu erleichtern.

Artikel 55

Die Mittel für die Verwaltungskosten der Assoziationsorgane werden nach Maßgabe des Protokolls Nr. 10 im Anhang aufgebracht.

TITEL V

Allgemeine und Schlußbestimmungen

Artikel 56

Verträge, Übereinkommen, Abkommen oder Vereinbarungen jeder Form oder Art zwischen einem oder mehreren Mitgliedstaaten und einem oder mehreren assoziierten Staaten dürfen der Anwendung dieses Abkommens nicht entgegenstehen.

Artikel 57

Dieses Abkommen gilt für die europäischen Hoheitsgebiete der Mitgliedstaaten einerseits und für die Hoheitsgebiete der assoziierten Staaten andererseits.

Titel I dieses Abkommens gilt auch für die Beziehungen zwischen den französischen überseeischen Departements und den assoziierten Staaten.

Artikel 58

Dieses Abkommen wird für die Gemeinschaft durch einen Beschluß des Rates der Europäischen Gemeinschaften rechtsgültig geschlossen, der gemäß dem Vertrag gefaßt und den Parteien des Abkommens notifiziert wird. Es bedarf der Ratifikation durch die Unterzeichnerstaaten gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften.

Die Ratifikationsurkunden und die Akte zur Notifizierung des Abschlusses des Abkommens werden beim Sekretariat des Rates der Europäischen Gemeinschaften hinterlegt, das die Unterzeichnerstaaten hiervon unterrichtet.

Artikel 59

(1) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf den Tag folgt, an dem die Ratifikationsurkunden der Mitgliedstaaten und die Ratifikationsurkunden von mindestens fünfzehn assoziierten Staaten sowie die Akte zur Notifizierung des Abschlusses des Abkommens durch die Gemeinschaft hinterlegt worden sind.

(2) Ein assoziierter Staat, der das Abkommen bis zum Tage seines Inkrafttretens gemäß Absatz 1 nicht ratifiziert hat, kann die Ratifikation nur binnen zwölf Monaten

4. Les décisions de la Cour arbitrale sont obligatoires pour les parties aux différends qui sont tenues de prendre les mesures que comporte leur exécution.

5. Le Statut de la Cour arbitrale fait l'objet du Protocole n° 8 annexé à la présente Convention. Le Conseil d'Association peut, sur proposition de la Cour arbitrale, apporter toutes modifications à ce Statut.

6. A l'occasion de sa première réunion, la Cour arbitrale arrête son règlement de procédure.

Article 54

Le Conseil d'Association peut faire toute recommandation utile pour faciliter les contacts entre la Communauté et les représentants des intérêts professionnels des Etats associés.

Article 55

Les frais de fonctionnement des Institutions de l'Association sont pris en charge dans les conditions déterminées par le Protocole n° 10 annexé à la présente Convention.

TITRE V

Dispositions générales et finales

Article 56

Les traités, conventions, accords ou arrangements entre un ou plusieurs Etats membres et un ou plusieurs Etats associés, quelle qu'en soit la forme ou la nature, ne doivent pas faire obstacle à l'application des dispositions de la présente Convention.

Article 57

La présente Convention s'applique au territoire européen des Etats membres, d'une part, et au territoire des Etats associés, d'autre part.

Le Titre I de la présente Convention s'applique également aux relations entre les départements français d'outre-mer et les Etats associés.

Article 58

La présente Convention sera, en ce qui concerne la Communauté, valablement conclue par une décision du Conseil des Communautés Européennes prise en conformité des dispositions du Traité et notifiée aux Parties. Elle sera ratifiée par les Etats signataires en conformité de leurs règles constitutionnelles respectives.

Les instruments de ratification et l'acte de notification de la conclusion de la Convention sont déposés au Secrétariat du Conseil des Communautés Européennes qui en informera les Etats signataires.

Article 59

1. La présente Convention entre en vigueur le premier jour du mois suivant la date à laquelle ont été déposés les instruments de ratification des Etats membres et de quinze au moins des Etats associés, ainsi que l'acte de notification de la conclusion de la Convention par la Communauté.

2. L'Etat associé qui n'a pas ratifié au jour de l'entrée en vigueur de la Convention telle que prévue au paragraphe 1, ne peut y procéder que dans les douze mois

4. Le decisioni della Corte arbitrale sono obbligatorie per le parti in causa che devono adottare le misure necessarie per l'esecuzione della sentenza.

5. Lo Statuto della Corte arbitrale forma oggetto del Protocollo n° 8 allegato alla presente Convenzione. Il Consiglio di Associazione può, su proposta della Corte arbitrale, apportare ogni modificazione a detto Statuto.

6. In occasione della prima riunione la Corte arbitrale adotta il proprio regolamento di procedura.

Articolo 54

Il Consiglio di Associazione può formulare ogni utile raccomandazione per facilitare i contatti fra la Comunità e i rappresentanti degli interessi professionali degli Stati associati.

Articolo 55

Le spese di funzionamento delle Istituzioni dell'Associazione sono ripartite conformemente a quanto stabilito dal Protocollo n° 10 allegato alla presente Convenzione.

TITOLO V

Disposizioni generali e finali

Articolo 56

I Trattati, le convenzioni, gli accordi o le intese di qualsiasi forma o natura fra uno o più Stati membri e fra uno o più Stati associati non devono essere d'ostacolo all'applicazione delle disposizioni della presente Convenzione.

Articolo 57

La presente Convenzione si applica al territorio europeo degli Stati membri, da una parte, e al territorio degli Stati associati, dall'altra.

Il Titolo I della presente Convenzione si applica ugualmente nelle relazioni fra i dipartimenti francesi d'oltremare e gli Stati associati.

Articolo 58

Per quanto riguarda la Comunità, la presente Convenzione sarà validamente conclusa con decisione del Consiglio delle Comunità Europee adottata conformemente alle disposizioni del Trattato e notificata alle Parti Contraenti. Essa sarà ratificata dagli Stati firmatari secondo le rispettive norme costituzionali.

Gli strumenti di ratifica e l'atto di notifica della conclusione della Convenzione sono depositati presso il Segretariato del Consiglio delle Comunità Europee, che ne informerà gli Stati firmatari.

Articolo 59

1. La presente Convenzione entra in vigore il primo giorno del mese successivo alla data di deposito degli strumenti di ratifica da parte degli Stati membri e di almeno quindici Stati associati, nonchè dell'atto di notifica della conclusione della Convenzione da parte della Comunità.

2. Lo Stato associato che non ha ratificato la Convenzione il giorno dell'entrata in vigore prevista nel paragrafo precedente può procedere alla ratifica soltanto en-

4. De besluiten van het Arbitragehof zijn verbindend voor de partijen bij de geschillen, die verplicht zijn tot het treffen van de noodzakelijke maatregelen voor de uitvoering daarvan.

5. Het Statuut van het Arbitragehof is neergelegd in Protocol No. 8 bij deze Overeenkomst. De Associatieraad kan, op voorstel van het Arbitragehof, wijzigingen in dit Statuut aanbrengen.

6. In zijn eerste vergadering stelt het Arbitragehof zijn Reglement voor de procesvoering vast.

Artikel 54

De Associatieraad kan iedere dienstige aanbeveling doen om de contacten tussen de Gemeenschap en de vertegenwoordigers van het beroeps- en bedrijfsleven der geassocieerde Staten te vergemakkelijken.

Artikel 55

De huishoudelijke kosten van de Instellingen der Associatie worden gedragen overeenkomstig Protocol No. 10 bij deze Overeenkomst.

TITEL V

Algemene en slotbepalingen

Artikel 56

Verdragen, overeenkomsten, akkoorden of regelingen van ongeacht welke vorm of aard tussen een of meer Lid-Staten en een of meer geassocieerde Staten, mogen geen beletsel vormen voor de toepassing van deze Overeenkomst.

Artikel 57

Deze Overeenkomst is van toepassing op het Europees grondgebied van de Lid-Staten, enerzijds, en op het grondgebied van de geassocieerde Staten, anderzijds.

Titel I van deze Overeenkomst is eveneens van toepassing op de betrekkingen tussen de Franse overzeese departementen en de geassocieerde Staten.

Artikel 58

Deze Overeenkomst wordt, wat de Gemeenschap betreft, rechtsgeldig gesloten bij een besluit van de Raad van de Europese Gemeenschappen, dat overeenkomstig de bepalingen van het Verdrag is genomen en dat ter kennis is gebracht van de Partijen. Zij wordt door de ondertekenende Staten bekrachtigd overeenkomstig hun onderscheiden grondwettelijke bepalingen.

De akten van bekrachtiging en de akte van kennisgeving van bovenbedoelde sluiting van de Overeenkomst worden nedergelegd bij het Secretariaat van de Raad van de Europese Gemeenschappen, dat de ondertekenende Staten hiervan in kennis stelt.

Artikel 59

1. Deze Overeenkomst treedt in werking op de eerste dag van de maand volgende op de datum waarop de akten van bekrachtiging van de Lid-Staten en van ten minste vijftien der geassocieerde Staten, alsmede de akte van kennisgeving van het sluiten van de Overeenkomst door de Gemeenschap, zijn nedergelegd.

2. De geassocieerde Staat die de Overeenkomst niet vóór de datum van haar inwerkingtreding, zoals deze in het vorige lid is vastgesteld, heeft bekrachtigd, kan

nach Inkrafttreten des Abkommens vornehmen, es sei denn, er teilt dem Assoziationsrat vor Ablauf dieser Frist mit, daß er das Abkommen spätestens innerhalb der auf diese Frist folgenden sechs Monate ratifizieren will, und hinterlegt seine Ratifikationsurkunden vor Ablauf der letztgenannten Frist.

(3) Auf Staaten, die das Abkommen bis zum Tage seines Inkrafttretens gemäß Absatz 1 nicht ratifiziert haben, findet es vom ersten Tag des auf die Hinterlegung ihrer Ratifikationsurkunden folgenden Monats an Anwendung.

Die Unterzeichnerstaaten, die das Abkommen nach Maßgabe des Absatzes 2 ratifizieren, erkennen die Gültigkeit aller Maßnahmen zur Durchführung des Abkommens an, die zwischen dem Inkrafttreten des Abkommens und dem Zeitpunkt, von dem an das Abkommen auf sie Anwendung findet, getroffen werden. Sie erfüllen unbeschadet einer Frist, die ihnen der Assoziationsrat gegebenenfalls gewährt, spätestens sechs Monate nach Hinterlegung ihrer Ratifikationsurkunden alle Verpflichtungen, die sie auf Grund des Abkommens oder auf Grund von Durchführungsbeschlüssen des Assoziationsrates zu übernehmen haben.

(4) Die Geschäftsordnung der Assoziationsorgane bestimmt, ob und unter welchen Bedingungen die Vertreter der Unterzeichnerstaaten, die das Abkommen zum Zeitpunkt seines Inkrafttretens noch nicht ratifiziert haben, als Beobachter an den Sitzungen der Assoziationsorgane teilnehmen. Die in der Geschäftsordnung getroffene Regelung ist nur bis zu dem Zeitpunkt wirksam, von dem an das Abkommen auf die genannten Staaten Anwendung findet; sie wird auf jeden Fall unwirksam, sobald der betreffende Staat nach Maßgabe des Absatzes 2 das Abkommen nicht mehr ratifizieren kann.

Artikel 60

(1) Der Assoziationsrat wird über jeden Antrag eines Staates auf Beitritt zur Gemeinschaft oder Assoziierung mit ihr unterrichtet.

(2) Stellt ein Staat, dessen Wirtschaftsstruktur und Produktion mit denen der assoziierten Staaten vergleichbar sind, einen Antrag auf Assoziierung mit der Gemeinschaft und wird dieser Antrag nach Prüfung durch die Gemeinschaft dem Assoziationsrat vorgelegt, so finden hierüber im Assoziationsrat Konsultationen statt.

(3) Das Abkommen über eine Assoziation zwischen der Gemeinschaft und einem in Absatz 2 bezeichneten Staat kann den Beitritt dieses Staates zum Assoziierungsabkommen vorsehen. Dieser Staat hat dann die gleichen Rechte und Pflichten wie die assoziierten Staaten. In dem Abkommen über seine Assoziierung mit der Gemeinschaft kann jedoch der Termin festgesetzt werden, zu dem einzelne dieser Rechte und Pflichten auf ihn Anwendung finden.

Durch einen solchen Beitritt dürfen die Vorteile, die sich für die assoziierten Unterzeichnerstaaten dieses Abkommens aus den Bestimmungen über die finanzielle und technische Zusammenarbeit ergeben, nicht beeinträchtigt werden.

Artikel 61

Dieses Abkommen wird für die Dauer von fünf Jahren vom Zeitpunkt seines Inkrafttretens an geschlossen; seine Geltungsdauer läuft spätestens am 31. Januar 1975 ab.

suivant cette entrée en vigueur sauf si, avant l'expiration de ce terme, il porte à la connaissance du Conseil d'Association son intention de ratifier la Convention au plus tard dans les six mois suivant ce terme et à condition qu'il dépose, dans ce même délai, ses instruments de ratification.

3. Pour les Etats n'ayant pas ratifié au jour de l'entrée en vigueur de la Convention telle que prévue au paragraphe 1, les dispositions de la Convention deviennent applicables le premier jour du mois suivant le dépôt de leurs instruments de ratification respectifs.

Les Etats signataires qui ratifient la Convention dans les conditions énoncées au paragraphe 2 reconnaissent la validité de toute mesure d'application de la Convention prise entre la date d'entrée en vigueur de la Convention et la date où ses dispositions leur sont devenues applicables. Sans préjudice d'un délai qui pourrait leur être accordé par le Conseil d'Association, ils exécutent six mois au plus tard après le dépôt de leurs instruments de ratification, toutes les obligations qui sont à leur charge au terme de la Convention ou de décisions d'application prises par le Conseil d'Association.

4. Le règlement intérieur des organes de l'Association fixe si et dans quelles conditions les représentants des Etats signataires qui, à la date d'entrée en vigueur de la Convention, ne l'ont pas encore ratifiée, siègent en qualité d'observateurs aux organes de l'Association. Les dispositions ainsi arrêtées ne peuvent produire effet que jusqu'à la date à laquelle la Convention devient applicable à l'égard de ces Etats; elles cessent en tout état de cause d'être applicables à la date à laquelle, selon les modalités du paragraphe 2, l'Etat en cause ne pourra plus procéder à la ratification de la Convention.

Article 60

1. Le Conseil d'Association est informé de toute demande d'adhésion ou d'association d'un Etat à la Communauté.

2. Toute demande d'association à la Communauté d'un Etat dont la structure économique et la production sont comparables à celles des Etats associés qui, après examen par la Communauté, a été portée par celle-ci devant le Conseil d'Association, y fait l'objet de consultations.

3. L'accord d'association entre la Communauté et un Etat visé au paragraphe 2 peut prévoir l'accession de cet Etat à la présente Convention. Cet Etat jouit alors des mêmes droits et est soumis aux mêmes obligations que les Etats associés. Toutefois, l'accord qui l'associe à la Communauté peut fixer la date à laquelle certains de ces droits et obligations lui deviennent applicables.

Cette accession ne peut porter atteinte aux avantages résultant pour les Etats associés signataires de la présente Convention des dispositions relatives à la coopération financière et technique.

Article 61

La présente Convention est conclue pour une durée de cinq années à compter de son entrée en vigueur et vient à expiration au plus tard le 31 janvier 1975.

tro i dodici mesi successivi a detta entrata in vigore, a meno che prima della scadenza di questo termine lo Stato in questione porti a conoscenza del Consiglio di Associazione l'intenzione di ratificare la Convenzione al più tardi nei sei mesi dopo tale termine e purché depositi, entro questo stesso termine, gli strumenti di ratifica.

3. Per gli Stati che non hanno ratificato la Convenzione il giorno dell'entrata in vigore prevista nel paragrafo 1, le disposizioni della Convenzione diventano applicabili il primo giorno del mese successivo al deposito dei rispettivi strumenti di ratifica.

Gli Stati firmatari che ratificano la Convenzione alle condizioni di cui al paragrafo 2 riconoscono la validità delle misure di applicazione della Convenzione adottate tra la data di entrata in vigore della Convenzione stessa e la data in cui le sue disposizioni sono divenute ad essi applicabili. Senza pregiudizio di un termine che potrebbe essere loro accordato dal Consiglio di Associazione, essi assolvono al più tardi sei mesi dopo il deposito degli strumenti di ratifica tutti gli obblighi loro incombenti ai sensi della Convenzione o in base a decisioni di applicazione prese dal Consiglio di Associazione.

4. Il regolamento interno degli organi dell'Associazione stabilisce se ed a quali condizioni i rappresentanti degli Stati firmatari, che alla data dell'entrata in vigore della Convenzione non l'hanno ancora ratificata, partecipano in veste di osservatori alle sedute degli organi dell'Associazione. Tali disposizioni restano in vigore solo fino al momento in cui la Convenzione è applicabile a detti Stati e perderanno comunque ogni efficacia alla data in cui, in base alle modalità di cui al paragrafo 2, lo Stato in questione non potrà più procedere alla ratifica della Convenzione.

Articolo 60

1. Il Consiglio di Associazione viene informato di qualsiasi domanda di adesione o di associazione di uno Stato alla Comunità.

2. La domanda di associazione alla Comunità di uno Stato la cui struttura economica e la cui produzione siano paragonabili a quelle degli Stati associati la quale, in seguito ad esame da parte della Comunità sia stata sottoposta da quest'ultima al Consiglio di Associazione, forma oggetto di consultazioni in seno al Consiglio stesso.

3. L'accordo di associazione tra la Comunità e uno Stato di cui al paragrafo precedente può prevedere l'accessione di questo Stato alla presente Convenzione. Lo Stato in questione gode quindi degli stessi diritti ed è sottoposto agli stessi obblighi degli Stati associati. Tuttavia, l'accordo che l'associa alla Comunità può fissare la data in cui alcuni di questi diritti ed obblighi diventano ad esso applicabili.

L'accessione non può pregiudicare i vantaggi derivanti agli Stati associati firmatari della presente Convenzione dalle disposizioni relative alla cooperazione finanziaria e tecnica.

Articolo 61

La presente Convenzione è conclusa per una durata di cinque anni a decorrere dalla sua entrata in vigore e scadrà al più tardi il 31 gennaio 1975.

hiertoe slechts overgaan binnen twaalf maanden na de inwerkingtreding, tenzij hij, vóór het verstrijken van die termijn, de Associatieraad in kennis stelt van zijn voornemen de Overeenkomst uiterlijk binnen zes maanden na het verstrijken van die termijn te bekrachtigen en mits hij binnen die zes maanden zijn akte van bekrachtiging nederlegt.

3. Ten aanzien van de Staten die de Overeenkomst niet op de datum van haar inwerkingtreding, zoals deze in lid 1 is vastgesteld, hebben bekrachtigd, wordt de Overeenkomst van toepassing op de eerste dag van de maand volgende op de nederlegging van hun onderscheiden akten van bekrachtiging.

De ondertekenende Staten die de Overeenkomst bekrachtigen op de in lid 2 omschreven wijze, erkennen de geldigheid van elke uitvoeringsmaatregel van de Overeenkomst, die is getroffen tussen de datum van inwerkingtreding van de Overeenkomst en de datum waarop zij op hen van toepassing is geworden. Onverminderd een mogelijk door de Associatieraad toe te kennen uitstel, komen zij uiterlijk zes maanden na nederlegging van hun akten van bekrachtiging alle verplichtingen na, die krachtens de Overeenkomst of krachtens uitvoeringsbesluiten van de Associatieraad op hen rusten.

4. Het Reglement van Orde van de organen van de Associatie bepaalt of en onder welke voorwaarden de vertegenwoordigers van de ondertekenende Staten die de Overeenkomst op de datum van haar inwerkingtreding nog niet hebben bekrachtigd, als waarnemer in die organen zitting kunnen hebben. De aldus vastgestelde bepalingen gelden slechts tot de datum waarop de Overeenkomst ten aanzien van deze Staten van toepassing wordt; zij houden in elk geval op van toepassing te zijn op de datum waarop de desbetreffende Staat ingevolge lid 2 de Overeenkomst niet meer kan bekrachtigen.

Artikel 60

1. De Associatieraad wordt in kennis gesteld van ieder verzoek van een Staat om toetreding tot of associatie met de Gemeenschap.

2. Over elk verzoek om associatie met de Gemeenschap, afkomstig van een Staat waarvan de economische structuur en de produktie vergelijkbaar zijn met die van de geassocieerde Staten, dat de Gemeenschap, na het te hebben bestudeerd, aan de Associatieraad voorlegt, wordt aldaar overleg gepleegd.

3. Het associatieakkoord tussen de Gemeenschap en een in lid 2 bedoelde Staat kan bepalen dat die Staat tot deze Overeenkomst toetreedt. Deze Staat heeft dan dezelfde rechten en verplichtingen als de geassocieerde Staten. In het akkoord waarbij deze Staat met de Gemeenschap wordt geassocieerd, kan echter worden bepaald op welke datum sommige van deze rechten en verplichtingen op hem van toepassing worden.

Deze toetreding mag niet de voordelen aantasten, die voor de geassocieerde Staten welke deze Overeenkomst hebben ondertekend, voortvloeien uit de bepalingen inzake financiële en technische samenwerking.

Artikel 61

Deze Overeenkomst wordt gesloten voor een tijdsduur van vijf jaar ingaande op de datum van haar inwerkingtreding en verstrijkt uiterlijk op 31 januari 1975.

Artikel 62

Achtzehn Monate vor Ablauf der Geltungsdauer dieses Abkommens prüfen die Vertragsparteien die Bestimmungen, die für einen weiteren Zeitraum vorgesehen werden könnten.

Der Assoziationsrat trifft gegebenenfalls die bis zum Inkrafttreten des neuen Abkommens erforderlichen Übergangsmaßnahmen.

Artikel 63

Die Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten übernehmen die in den Artikeln 2 und 6 vorgesehenen Verpflichtungen gegenüber denjenigen assoziierten Staaten, die sich auf Grund internationaler Verpflichtungen, welche bei Inkrafttreten des Vertrags galten und diese Staaten einer besonderen Zollregelung unterwarfen, nicht in der Lage glauben, die in Artikel 3 Absatz 1 vorgesehene Gegenseitigkeit zugunsten der Gemeinschaft sogleich zu verwirklichen.

Die betreffenden Vertragsparteien überprüfen die Lage spätestens drei Jahre nach Inkrafttreten des Abkommens.

Artikel 64

Dieses Abkommen kann von der Gemeinschaft gegenüber jedem assoziierten Staat und von jedem assoziierten Staat gegenüber der Gemeinschaft unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten gekündigt werden.

Artikel 65

Die diesem Abkommen beigefügten Protokolle sind Bestandteil des Abkommens.

Artikel 66

Dieses Abkommen ist in einer Urschrift in deutscher, französischer, italienischer und niederländischer Sprache abgefaßt, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist; es wird im Archiv des Sekretariats des Rates der Europäischen Gemeinschaften hinterlegt; dieses übermittelt der Regierung jedes Unterzeichnerstaates eine beglaubigte Abschrift.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten Bevollmächtigten ihre Unterschriften unter dieses Abkommen gesetzt.

GESCHEHEN zu Jaunde, am neunundzwanzigsten Juli neunzehnhundertneunundsechzig

Article 62

Dix-huit mois avant l'expiration de la présente Convention, les Parties Contractantes examinent les dispositions qui pourraient être prévues pour une nouvelle période.

Le Conseil d'Association prend éventuellement les mesures transitoires nécessaires jusqu'à l'entrée en vigueur de la nouvelle Convention.

Article 63

La Communauté et les Etats membres assument les engagements prévus aux articles 2 et 6 à l'égard des Etats associés qui, sur la base d'obligations internationales applicables lors de l'entrée en vigueur du Traité et les soumettant à l'application d'un régime douanier particulier, estimeraient ne pouvoir dès à présent assurer au profit de la Communauté la réciprocité prévue par l'article 3 paragraphe 1.

Les Parties Contractantes intéressées réexaminent la situation au plus tard trois ans après l'entrée en vigueur de la Convention.

Article 64

La présente Convention peut être dénoncée par la Communauté à l'égard de chaque Etat associé et par chaque Etat associé à l'égard de la Communauté moyennant un préavis de six mois.

Article 65

Les Protocoles qui sont annexés à la présente Convention en font partie intégrante.

Article 66

La présente Convention rédigée en un exemplaire unique en langues allemande, française, italienne et néerlandaise, chacun de ces textes faisant également foi, sera déposée dans les archives du Secrétariat du Conseil des Communautés Européennes qui en remettra une copie certifiée conforme au Gouvernement de chacun des Etats signataires.

EN FOI DE QUOI, les plénipotentiaires soussignés ont apposé leurs signatures au bas de la présente Convention.

FAIT à Yaoundé, le vingt-neuf juillet mil neuf cent soixante-neuf

Pour sa Majesté le Roi des Belges:
Voor Zijne Majesteit de Koning der Belgen:
Charles Hanin

Für den Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland:
Gerhard Jahn

Pour le Président de la République Française:
Yvon Bourges

Per il Presidente della Repubblica Italiana:
Mario Pedini

Pour Son Altesse Royale le Grand-Duc de Luxembourg:
Albert Borschette

Voor Hare Majesteit de Koningin der Nederlanden:
Joseph M. A. H. Luns

Articolo 62

Diciotto mesi prima della scadenza della presente Convenzione, le Parti Contraenti esaminano le disposizioni che potrebbero essere previste per un nuovo periodo.

Il Consiglio di Associazione adotta eventualmente le misure transitorie necessarie sino all'entrata in vigore della nuova Convenzione.

Articolo 63

La Comunità e gli Stati membri assumono gli impegni di cui agli articoli 2 e 6 nei confronti degli Stati associati che, in base ad obblighi internazionali sussistenti al momento dell'entrata in vigore del Trattato e che prevedevano l'applicazione di un regime doganale particolare, ritengano di non poter garantire immediatamente in favore della Comunità la reciprocità di cui all'articolo 3, paragrafo 1.

Le Parti Contraenti interessate riesaminano la situazione al più tardi tre anni dopo l'entrata in vigore della Convenzione.

Articolo 64

La presente Convenzione può essere denunciata dalla Comunità nei confronti di ciascuno Stato associato e da ciascuno Stato associato nei confronti della Comunità con un preavviso di sei mesi.

Articolo 65

I Protocolli allegati alla presente Convenzione ne costituiscono parte integrante.

Articolo 66

La presente Convenzione redatta in unico esemplare in lingua tedesca, francese, italiana e olandese, i quattro testi facenti tutti ugualmente fede, sarà depositata negli archivi del Segretariato del Consiglio delle Comunità Europee che provvederà a rimetterne copia certificata conforme a ciascuno dei Governi degli Stati firmatari.

IN FEDE DI CUIE, i plenipotenziari sottoscritti hanno apposto le loro firme in calce alla presente Convenzione.

FATTO a Yaoundé, il ventinove luglio millenovecentosessantatré

Im Namen des Rates der Europäischen Gemeinschaften:

Pour le Conseil des Communautés Européennes:

Per il Consiglio delle Comunità Europee:

Voor de Raad der Europese Gemeenschappen:

Joseph M. A. H. Luns

Jean Rey

Mit dem Vorbehalt, daß für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft erst dann endgültig eine Verpflichtung besteht, wenn sie den anderen Vertragsparteien notifiziert hat, daß die durch den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vorgeschriebenen Verfahren stattgefunden haben.

Sous réserve que la Communauté Economique Européenne ne sera définitivement engagée qu'après notification aux autres Parties Contractantes de l'accomplissement des procédures requises par le Traité instituant la Communauté Economique Européenne.

Artikel 62

Achttien maanden vóór het verstrijken van deze Overeenkomst gaan de Partijen na, welke bepalingen voor een nieuw tijdvak zouden kunnen worden vastgesteld.

De Associatieraad neemt eventueel de nodige overgangsmaatregelen, die zullen gelden tot de inwerkingtreding van de nieuwe Overeenkomst.

Artikel 63

De Gemeenschap en de Lid-Staten gaan de in de artikelen 2 en 6 bedoelde verbintenissen aan ten opzichte van die geassocieerde Staten, welke, op grond van internationale verplichtingen die bij de inwerkingtreding van het Verdrag van toepassing waren en als gevolg waarvan zij aan een bijzondere douaneregeling zijn onderworpen, menen de in artikel 3, lid 1, bedoelde wederkerigheid ten gunste van de Gemeenschap niet terstond te kunnen verzekeren.

Uiterlijk drie jaar na de inwerkingtreding van de Overeenkomst onderwerpen de betrokken Partijen de situatie aan een nieuw onderzoek.

Artikel 64

Deze Overeenkomst kan door de Gemeenschap ten aanzien van elke geassocieerde Staat en door elke geassocieerde Staat ten aanzien van de Gemeenschap worden opgezegd, met inachtneming van een opzeggingstermijn van zes maanden.

Artikel 65

De protocollen die aan deze Overeenkomst zijn gehecht, maken een integrerend deel daarvan uit.

Artikel 66

Deze Overeenkomst, opgesteld in één exemplaar in de Duitse, de Franse, de Italiaanse en de Nederlandse taal, zijnde de vier teksten gelijkelijk authentiek, zal worden nedergelegd in het archief van het Secretariaat van de Raad der Europese Gemeenschappen, dat een voor eensluidend gewaarmerkt afschrift daarvan toezendt aan de Regeringen van de ondertekenende Staten.

TEN BLIJKE WAARVAN de ondergetekende gevolmachtigden hun handtekening onder deze Overeenkomst hebben gesteld.

GEDAAN te Yaoundé, de negenentwintigste juli negentienhonderd negenenzestig

Pour le Président de la République du Burundi:

Lazare Ntawurishira

Pour le Président
de la République Fédérale du Cameroun:

Vincent Efon

Pour le Président de la République Centrafricaine:

Louis Alazoula

Pour le Président
de la République Démocratique du Congo:

Crispin Kasasa

Pour le Président
de la République du Congo-Brazzaville,
Chef de l'Etat:

Charles Sianard

Pour le Président de la République de Côte d'Ivoire:

Konan Bedie

Pour le Président de la République du Dahomey:

Daouda Badarou

Pour le Président de la République Gabonaise:

Emile Kassa Mapi

Pour le Président de la République de Haute-Volta:

Pierre-Claver Damiba

Pour le Président de la République Malgache:
Jacques Rabemamananjara

Pour le Chef de l'Etat de la République du Mali:
Jean-Marie Kone

Pour le Président de la République Islamique
de Mauritanie:
Mokhtar Ould Haiba

Pour le Président de la République du Niger:
Alidou Barkire

Pour le Président de la République Rwandaise:
Sylvestre Nsanzimana

Pour le Président de la République du Sénégal:
Jean Collin

Per il Presidente della Repubblica Somalia:
Ahmed Duale

Pour le Président de la République Tchad:
Abdoulaye Lamana

Pour le Président de la République Togolaise:
Paulin Eklo

Protokoll Nr. 1
über die Anwendung des Artikels 2 Absatz 2 des Assoziierungsabkommens
Protocole N° 1
relatif à l'application de l'article 2 paragraphe 2 de la Convention d'Association

DIE HOHEN VERTRAGSPARTEIEN

SIND über folgende Bestimmungen ÜBEREINGEKOMMEN, die dem Abkommen als Anhang beigefügt sind:

Artikel 1

(1) Die Gemeinschaft legt nach Konsultation im Assoziationsrat fallweise die Einfuhrregelung für alle von Artikel 2 Absatz 2 des Abkommens erfaßten Erzeugnisse oder Gruppen von Erzeugnissen fest, wenn es sich um Ursprungserzeugnisse der assoziierten Staaten handelt und wenn diese Staaten ein wirtschaftliches Interesse an der Ausfuhr dieser Erzeugnisse haben.

Die Regelung der Gemeinschaft für diese Erzeugnisse ist günstiger als die allgemeine Regelung für gleiche Erzeugnisse mit Ursprung in dritten Ländern.

(2) Die Gemeinschaft kann jedoch ausnahmsweise von einer Sonderregelung für ein bestimmtes Erzeugnis der assoziierten Staaten absehen, wenn bei diesem Erzeugnis die wirtschaftliche Lage in der Gemeinschaft dies rechtfertigt.

Artikel 2

Sind die von Artikel 2 Absatz 2 erster Gedankenstrich des Abkommens erfaßten Erzeugnisse bei der Einfuhr in die Gemeinschaft zollpflichtig und ist im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik für diese Erzeugnisse keine Bestimmung über den Handel mit dritten Ländern vorgesehen, so gilt abweichend von Artikel 1 für ihre Einfuhr in die Gemeinschaft, soweit sie ihren Ursprung in den assoziierten Staaten haben, Artikel 2 Absatz 1 des Abkommens.

Artikel 3

(1) Die für die einzelnen Erzeugnisse auf der Grundlage dieses Protokolls festgelegte Regelung gilt bis zum Ablauf der Geltungsdauer des Abkommens.

(2) Für den Fall einer Änderung der gemeinschaftlichen Organisation der Märkte behält sich die Gemeinschaft jedoch vor, nach Konsultation im Assoziationsrat die festgelegte Regelung zu ändern.

Die Gemeinschaft verpflichtet sich, in diesem Fall den assoziierten Staaten im Rahmen der neuen Regelung einen Vorteil zu erhalten, der dem vergleichbar ist, der vorher zugunsten dieser Staaten bestand.

LES HAUTES PARTIES CONTRACTANTES

SONT CONVENUES des dispositions suivantes, qui sont annexées à la Convention:

Article 1

1. Après consultation au sein du Conseil d'Association, la Communauté fixe, cas par cas, le régime d'importation pour tous les produits ou groupes de produits visés à l'article 2 paragraphe 2 de la Convention et originaires des Etats associés, lorsque ces derniers ont un intérêt économique à l'exportation desdits produits.

Le régime que la Communauté réserve à ces produits est plus favorable que le régime général applicable aux mêmes produits lorsqu'ils sont originaires des pays tiers.

2. Toutefois, si, pour un produit déterminé, la situation économique de la Communauté le justifie, la Communauté peut, exceptionnellement, s'abstenir d'établir un régime spécial pour ce produit des Etats associés.

Article 2

Si les produits visés à l'article 2 paragraphe 2 premier tiret de la Convention sont soumis à des droits de douane au moment de leur importation dans la Communauté et si aucune disposition concernant leurs échanges avec les pays tiers n'est prévue dans le cadre de la politique agricole commune, leur importation dans la Communauté relève, par dérogation aux dispositions de l'article 1, pour autant que ces produits soient originaires des Etats associés, des dispositions de l'article 2 paragraphe 1 de la Convention.

Article 3

1. Le régime déterminé pour les différents produits sur la base du présent Protocole est applicable jusqu'à l'expiration de la Convention.

2. Toutefois, en cas de modification de l'organisation communautaire des marchés, la Communauté se réserve, après consultation au sein du Conseil d'Association, de modifier le régime fixé.

Dans ce cas, la Communauté s'engage à maintenir au profit des Etats associés, et dans le cadre du nouveau régime, un avantage comparable à celui dont ils jouissaient précédemment.

Protocollo N° 1
relativo all'applicazione dell'articolo 2, paragrafo 2, della Convenzione di Associazione

Protocol No. 1
betreffende de toepassing van artikel 2, lid 2, van de Associatieovereenkomst

LE ALTE PARTI CONTRAENTI

HANNO CONVENUTO le seguenti disposizioni che sono allegate alla Convenzione:

Articolo 1

1. La Comunità fissa, caso per caso, previa consultazione in seno al Consiglio di Associazione, il regime d'importazione per i prodotti o gruppi di prodotti previsti all'articolo 2, paragrafo 2, della Convenzione, originari degli Stati associati, quando gli Stati associati hanno un interesse economico all'esportazione di tali prodotti.

Il regime che la Comunità riserva a tali prodotti è più favorevole del regime generale applicabile agli stessi prodotti originari dei paesi terzi.

2. Tuttavia, se per un determinato prodotto la situazione economica della Comunità lo giustifica, la Comunità può eccezionalmente astenersi dall'istituire un regime speciale per tale prodotto degli Stati associati.

Articolo 2

Se i prodotti di cui all'articolo 2, paragrafo 2, primo trattino della Convenzione sono soggetti a dazi doganali all'importazione nella Comunità e se nessuna disposizione sui relativi scambi con i paesi terzi è prevista nell'ambito della politica agricola comune, in deroga alle disposizioni dell'articolo 1, la loro importazione nella Comunità, se originari degli Stati associati, è disciplinata dalle disposizioni dell'articolo 2, paragrafo 1, della Convenzione.

Articolo 3

1. Il regime stabilito per i vari prodotti in base al presente Protocollo è applicabile sino alla scadenza della Convenzione.

2. Tuttavia, in caso di modificazione dell'organizzazione comunitaria dei mercati, la Comunità si riserva di modificare il regime stabilito, previa consultazione in seno al Consiglio di Associazione.

In tal caso la Comunità s'impegna a mantenere, nell'ambito del nuovo regime, un beneficio per gli Stati associati comparabile a quello loro accordato precedentemente.

DE HOGE OVEREENKOSTSLUITENDE PARTIJEN

HEBBEN OVEREENSTEMMING BEREIKT omtrent de volgende bepalingen, die aan de Overeenkomst zijn gehecht:

Artikel 1

1. Na overleg in de Associatieraad, stelt de Gemeenschap, van geval tot geval, de invoerregeling vast voor alle in artikel 2, lid 2, van de Overeenkomst bedoelde produkten of groepen produkten van oorsprong uit de geassocieerde Staten, wanneer de geassocieerde Staten bij de uitvoer van deze produkten in economisch opzicht belang hebben.

De regeling van de Gemeenschap voor deze produkten, dient gunstiger te zijn dan de algemene regeling die voor dezelfde produkten geldt wanneer zij van oorsprong uit derde landen zijn.

2. Indien de economische toestand in de Gemeenschap zulks voor een bepaald produkt rechtvaardigt, kan de Gemeenschap zich er evenwel bij uitzondering van onthouden voor dit produkt uit de geassocieerde Staten een speciale regeling in te voeren.

Artikel 2

In afwijking van het bepaalde in artikel 1 is de invoer van de in artikel 2, lid 2 eerste streepje, van de Overeenkomst bedoelde produkten onderworpen aan het bepaalde in artikel 2, lid 1, van de Overeenkomst, wanneer deze produkten bij invoer in de Gemeenschap aan douanerechten zijn onderworpen, zij van oorsprong uit de geassocieerde Staten zijn, en wanneer er in het kader van het gemeenschappelijk landbouwbeleid geen bepaling bestaat inzake de handel in deze produkten met derde landen.

Artikel 3

1. De krachtens dit Protocol voor de verschillende produkten vastgestelde regeling is van toepassing tot de datum waarop de Overeenkomst verstrijkt.

2. Wanneer evenwel wijzigingen worden aangebracht in de communautaire ordening van de markten, behoudt de Gemeenschap zich het recht voor om, na overleg in de Associatieraad, de vastgestelde regeling te wijzigen.

De Gemeenschap verbindt zich ertoe, ervoor zorg te dragen dat de geassocieerde Staten in dat geval onder de nieuwe regeling een voordeel behouden dat vergelijkbaar is met het voordeel dat zij voordien genoten.

Protokoll Nr. 2
über die Anwendung des Artikels 3 des Assoziierungsabkommens

Protocole N° 2
relatif à l'application de l'article 3 de la Convention d'Association

DIE HOHEN VERTRAGSPARTEIEN

SIND über folgende Bestimmungen ÜBEREINGEKOMMEN, die dem Abkommen als Anhang beigefügt sind:

Artikel 1

Die Erfordernisse der Entwicklung der assoziierten Staaten im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 des Abkommens ergeben sich aus

- der Durchführung der auf die Anhebung des allgemeinen Lebensstandards ihrer Länder ausgerichteten Programme zur wirtschaftlichen Entwicklung;
- den Erfordernissen ihrer wirtschaftlichen Entwicklung, insbesondere hinsichtlich der Schaffung von Produktionszweigen, die zur Anhebung des allgemeinen Lebensstandards ihrer Länder gefördert werden sollte;
- der Notwendigkeit, ihre Zahlungsbilanz auszugleichen, die Schwierigkeiten zu beheben, die hauptsächlich auf die Anstrengungen zur Ausweitung ihres Binnenmarktes zurückzuführen sind sowie die Unbeständigkeit ihrer Austauschrelationen (terms of trade) zu beseitigen;
- dem Erfordernis, die schnelle und anhaltende Zunahme der Ausfuhrerlöse ihrer Länder zu gewährleisten.

Artikel 2

(1) Jeder assoziierte Staat teilt dem Assoziationsrat binnen drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens seinen Zolltarif oder die vollständige Liste der Zölle und Abgaben mit gleicher Wirkung wie diese Zölle mit, die er bei der Einfuhr von Erzeugnissen mit Ursprung in der Gemeinschaft und in dritten Ländern erhebt.

In dieser Mitteilung führt jeder assoziierte Staat auf, welche Zölle und Abgaben gleicher Wirkung auf Grund von Artikel 3 Absatz 2 des Abkommens weiterhin auf Erzeugnisse mit Ursprung in der Gemeinschaft Anwendung finden.

(2) Auf Antrag der Gemeinschaft finden im Assoziationsrat Konsultationen über die in Absatz 1 genannten Zolltarife oder Listen statt.

Artikel 3

(1) Jeder assoziierte Staat unterrichtet den Assoziationsrat rechtzeitig über die Einführung oder Erhöhung von Zöllen oder Abgaben gleicher Wirkung, die er auf Grund von Artikel 3 Absatz 2 des Abkommens vornehmen will.

Diese Unterrichtung umfaßt die wirtschaftlichen und finanziellen Angaben, die es ermöglichen, die Notwendigkeit der Einführung oder der Beibehaltung dieser Maßnahmen zu beurteilen.

(2) Auf Antrag der Gemeinschaft finden über die Maßnahmen im Sinne von Absatz 1 vor deren Inkrafttreten Konsultationen im Assoziationsrat statt. Sofern die Konsultationen nicht binnen zwei Monaten vom Zeitpunkt der Mitteilung an stattfinden, kann der assoziierte Staat die geplanten Maßnahmen in Kraft setzen.

LES HAUTES PARTIES CONTRACTANTES

SONT CONVENUES des dispositions suivantes, qui sont annexées à la Convention:

Article 1

Les nécessités de développement des Etats associés visées à l'article 3 paragraphe 2 de la Convention sont celles qui résultent:

- de l'exécution des programmes de développement économique orienté vers le relèvement du niveau de vie général de leur pays;
- des besoins de leur développement économique, notamment pour favoriser la création de branches de production à l'effet de relever le niveau de vie général de leur pays;
- des besoins d'équilibrer leur balance des paiements et pour pallier les difficultés qui proviennent principalement de leurs efforts pour élargir leur marché intérieur ainsi que l'instabilité des termes de leurs échanges;
- de la nécessité d'assurer une augmentation rapide et soutenue des recettes d'exportation de leur pays.

Article 2

1. Chaque Etat associé communique au Conseil d'Association dans un délai de trois mois, à compter de l'entrée en vigueur de la Convention, son tarif douanier ou la liste complète des droits de douane et des taxes d'effet équivalent à de tels droits qu'il perçoit à l'importation des produits originaires de la Communauté et des pays tiers.

Dans cette communication, chaque Etat associé spécifie les droits et taxes d'effet équivalent qui restent applicables aux produits originaires de la Communauté en vertu des dispositions de l'article 3 paragraphe 2 de la Convention.

2. A la demande de la Communauté, des consultations sur les tarifs douaniers ou sur les listes visés au paragraphe 1 ont lieu au sein du Conseil d'Association.

Article 3

1. Chaque Etat associé informe, en temps utile, le Conseil d'Association de l'établissement ou du relèvement des droits de douane ou des taxes d'effet équivalent auxquels il envisage de procéder en vertu des dispositions de l'article 3 paragraphe 2 de la Convention.

Cette communication est accompagnée d'informations de nature économique et financière permettant d'apprécier la nécessité d'établir ou de maintenir ces mesures.

2. A la demande de la Communauté, des consultations sur les mesures visées au paragraphe 1 ont lieu au sein du Conseil d'Association avant leur entrée en vigueur. Si les consultations n'ont pas lieu dans un délai de deux mois à compter de la date de la communication, l'Etat associé peut mettre en vigueur les mesures envisagées.

Protocollo N° 2
relativo all'applicazione dell'articolo 3 della Convenzione di Associazione

Protocol No. 2
betreffende de toepassing van artikel 3 van de Associatieovereenkomst

LE ALTE PARTI CONTRAENTI

HANNO CONVENUTO le seguenti disposizioni che sono allegate alla Convenzione:

Articolo 1

Le necessità di sviluppo degli Stati associati previste al paragrafo 2 dell'articolo 3 della Convenzione sono quelle risultanti:

- dall'esecuzione dei programmi di sviluppo economico orientato verso il miglioramento del tenore di vita generale dei loro paesi,
- dalle esigenze del loro sviluppo economico, in particolare per favorire la creazione di rami di produzione onde elevare il tenore di vita generale dei loro paesi,
- dalle esigenze di equilibrare la loro bilancia dei pagamenti e per ovviare alle difficoltà derivanti soprattutto dai loro sforzi per ampliare il mercato interno, nonché dall'instabilità delle condizioni dei loro scambi,
- dalla necessità di garantire un rapido e sostenuto aumento del gettito delle esportazioni dei loro paesi.

Articolo 2

1. Ciascuno Stato associato comunica al Consiglio di Associazione, entro tre mesi a decorrere dall'entrata in vigore della Convenzione, la sua tariffa doganale oppure l'elenco completo dei dazi doganali e delle tasse di effetto equivalente a tali dazi riscossi all'importazione dei prodotti originari della Comunità e dei paesi terzi.

In detta comunicazione, ciascuno Stato associato specifica i dazi e le tasse di effetto equivalente che rimangono applicabili ai prodotti originari della Comunità in virtù delle disposizioni dell'articolo 3, paragrafo 2, della Convenzione.

2. A richiesta della Comunità, hanno luogo consultazioni in seno al Consiglio di Associazione sulle tariffe doganali o sugli elenchi di cui al paragrafo 1.

Articolo 3

1. Ciascuno Stato associato informa in tempo il Consiglio di Associazione dell'istituzione o dell'aumento dei dazi doganali o delle tasse di effetto equivalente a cui esso intende procedere a norma delle disposizioni dell'articolo 3, paragrafo 2, della Convenzione.

Tale comunicazione è corredata d'informazioni di natura economica e finanziaria che permettano di valutare la necessità di istituire o di mantenere tali misure.

2. A richiesta della Comunità, hanno luogo consultazioni in seno al Consiglio di Associazione sulle misure di cui al paragrafo 1, prima della loro entrata in vigore. Se le consultazioni non hanno luogo entro due mesi a decorrere dalla data della comunicazione, lo Stato associato può applicare le misure previste.

DE HOGE OVEREENKOMSTSLUITENDE PARTIJEN

HEBBEN OVEREENSTEMMING BEREIKT onttrent de volgende bepalingen, die aan de Overeenkomst zijn gehecht:

Artikel 1

De in artikel 3, lid 2, van de Overeenkomst bedoelde eisen van de ontwikkeling der geassocieerde Staten, zijn die welke voortvloeien uit:

- de uitvoering van programma's voor economische ontwikkeling, gericht op de verhoging van de algemene levensstandaard hunner landen,
- de behoeften van hun economische ontwikkeling, inzonderheid ten einde de totstandkoming van bepaalde bedrijfstakken te stimuleren met het oog op verhoging van de algemene levensstandaard hunner landen,
- de vereisten in verband met het in evenwicht brengen van hun betalingsbalans en met het ondervangen van de moeilijkheden die hoofdzakelijk het gevolg zijn van hun pogingen om hun binnenlandse markt te verruimen, alsmede van het gebrek aan stabiliteit van hun ruilvoet,
- de noodzaak een snelle en gestadige stijging te bewerkstelligen van de exportontvangsten hunner landen.

Artikel 2

1. Elke geassocieerde Staat doet de Associatieraad binnen een termijn van drie maanden na de inwerking-treding van de Overeenkomst mededeling van zijn douanetarief of van de volledige lijst van douanerechten en heffingen van gelijke werking als dergelijke rechten die hij bij invoer van produkten van oorsprong uit de Gemeenschap en uit derde landen toepast.

In deze mededeling vermeldt elke geassocieerde Staat welke rechten en heffingen van gelijke werking krachtens artikel 3, lid 2, van de Overeenkomst van toepassing blijven op produkten van oorsprong uit de Gemeenschap.

2. Op verzoek van de Gemeenschap wordt in de Associatieraad overleg gepleegd over de in lid 1 bedoelde douanetarieven of lijsten.

Artikel 3

1. Elke geassocieerde Staat stelt de Associatieraad tijdig in kennis van de invoering of de verhoging van douanerechten of heffingen van gelijke werking, waartoe hij overweegt over te gaan krachtens artikel 3, lid 2, van de Overeenkomst.

Deze kennisgeving gaat vergezeld van gegevens van economische en financiële aard die het mogelijk maken de noodzaak van de invoering of de handhaving van deze maatregelen te beoordelen.

2. Op verzoek van de Gemeenschap wordt in de Associatieraad overleg gepleegd over de in lid 1 bedoelde maatregelen alvorens zij in werking treden. Indien dit overleg niet heeft plaatsgevonden binnen een termijn van twee maanden na de datum van de kennisgeving, kan de geassocieerde Staat de beoogde maatregelen in werking doen treden.

Bei begründeter Dringlichkeit können die Maßnahmen auch vor der Konsultation vorläufig in Kraft treten, sofern der Assoziationsrat gleichzeitig unterrichtet wird.

En cas d'urgence justifiée, la mise en vigueur provisoire de ces mesures peut intervenir même avant la consultation, sous réserve d'une information simultanée du Conseil d'Association.

Artikel 4

(1) Für die Erhebung der auf Grund von Artikel 3 Absatz 2 des Abkommens beibehaltenen oder eingeführten Zölle und Abgaben mit gleicher Wirkung gilt als Zollwert der tatsächliche Wert der Ware am Ort und im Zeitpunkt der Verbringung in das Zollgebiet bei einem Kaufgeschäft zwischen einem unabhängigen Käufer und einem unabhängigen Verkäufer in vollkommenem Wettbewerb.

(2) Auf Antrag der Gemeinschaft finden im Assoziationsrat Konsultationen über die Anwendung dieses Artikels statt.

Article 4

1. En vue de la perception des droits de douane et taxes d'effet équivalent maintenus ou établis conformément à l'article 3 paragraphe 2 de la Convention, la valeur en douane à prendre en considération est la valeur effective de la marchandise, au lieu et au moment de son introduction dans le territoire douanier, pour une vente effectuée dans des conditions de pleine concurrence entre un acheteur et un vendeur indépendants.

2. A la demande de la Communauté, des consultations ont lieu au sein du Conseil d'Association sur les conditions d'application du présent article.

Protokoll Nr. 3 über die Anwendung des Artikels 7 des Assoziierungsabkommens

Protocole N° 3 relatif à l'application de l'article 7 de la Convention d'Association

DIE HOHEN VERTRAGSPARTEIEN

SIND über folgende Bestimmungen ÜBEREINGEKOMMEN, die dem Abkommen als Anhang beigelegt sind:

LES HAUTES PARTIES CONTRACTANTES

SONT CONVENUES des dispositions suivantes, qui sont annexées à la Convention:

Artikel 1

Als Erfordernisse der Entwicklung im Sinne des Artikels 7 Absatz 2 des Abkommens sind jene zu verstehen, die in Artikel 1 des Protokolls Nr. 2 genannt sind.

Article 1

Les nécessités de développement mentionnées à l'article 7 paragraphe 2 de la Convention sont celles qui sont reprises à l'article 1 du Protocole n° 2.

Artikel 2

(1) Die bei Inkrafttreten des Abkommens bestehenden und von den assoziierten Staaten gemäß Artikel 7 Absatz 2 dieses Abkommens beibehaltenen mengenmäßigen Beschränkungen und Maßnahmen gleicher Wirkung werden dem Assoziationsrat spätestens drei Monate nach Inkrafttreten des Abkommens zusammen mit allen erforderlichen Erläuterungen mitgeteilt, die es ermöglichen, die Notwendigkeit der Beibehaltung dieser mengenmäßigen Beschränkungen und Maßnahmen gleicher Wirkung zu beurteilen.

Auf Antrag der Gemeinschaft findet über diese Maßnahmen eine Konsultation im Assoziationsrat statt.

(2) Die mengenmäßigen Beschränkungen und Maßnahmen gleicher Wirkung, welche die assoziierten Staaten gemäß Artikel 7 Absatz 2 des Abkommens einführen wollen, werden dem Assoziationsrat rechtzeitig zusammen mit allen erforderlichen Erläuterungen mitgeteilt, die es ermöglichen, die Notwendigkeit der Einführung dieser mengenmäßigen Beschränkungen und Maßnahmen gleicher Wirkung zu beurteilen.

Die Gemeinschaft kann binnen eines Monats eine Konsultation im Assoziationsrat beantragen.

In einem ordnungsgemäß begründeten Dringlichkeitsfall können diese Maßnahmen, insbesondere wenn es sich um landwirtschaftliche Erzeugnisse der assoziierten Staaten handelt, vor der Konsultation vorläufig in Kraft treten, sofern der Assoziationsrat gleichzeitig unterrichtet wird.

Article 2

1. Les restrictions quantitatives et mesures d'effet équivalent existant lors de l'entrée en vigueur de la Convention et maintenues par les Etats associés en vertu de l'article 7 paragraphe 2 de ladite Convention sont communiquées au Conseil d'Association trois mois au plus tard après l'entrée en vigueur de la Convention, accompagnées de toutes les explications nécessaires permettant d'apprécier la nécessité de leur maintien.

A la demande de la Communauté, ces mesures font l'objet d'une consultation au sein du Conseil d'Association.

2. Les restrictions quantitatives et mesures d'effet équivalent que les Etats associés envisagent d'établir en vertu de l'article 7 paragraphe 2 de la Convention sont communiquées en temps utile au Conseil d'Association, accompagnées de toutes les explications nécessaires permettant d'apprécier la nécessité de leur établissement.

Dans un délai d'un mois, la Communauté peut demander une consultation au sein du Conseil d'Association.

En cas d'urgence dûment justifiée et notamment pour ce qui concerne les produits agricoles des Etats associés, la mise en vigueur provisoire de ces mesures peut intervenir avant la consultation, sous réserve d'une information simultanée du Conseil d'Association.

In caso di urgenza giustificata, tali misure possono essere applicate temporaneamente anche prima della consultazione, semprechè il Consiglio di Associazione ne sia informato simultaneamente.

Articolo 4

1. Ai fini della riscossione dei dazi doganali e delle tasse di effetto equivalente, mantenuti o introdotti conformemente all'articolo 3, paragrafo 2, della Convenzione, il valore in dogana da prendere in considerazione è costituito dal valore effettivo della merce, nel luogo e al momento dell'introduzione nel territorio doganale, per la compravendita effettuata in condizioni di piena concorrenza fra un acquirente e un venditore indipendenti.

2. A richiesta della Comunità, hanno luogo consultazioni in seno al Consiglio di Associazione sulle modalità di applicazione del presente articolo.

In geval van aangetoonde urgentie kan de voorlopige inwerkingtreding van deze maatregelen nog voor de raadpleging plaatsvinden, mits de Associatieraad tegelijkertijd hiervan in kennis wordt gesteld.

Artikel 3

1. Met het oog op de heffing van douanerechten en heffingen van gelijke werking die overeenkomstig artikel 3, lid 2, van de Overeenkomst worden gehandhaafd of ingesteld, is de in aanmerking te nemen douanewaarde gelijk aan de werkelijke waarde van de goederen op de plaats en op het tijdstip dat zij het douanegebied binnenkomen voor een verkoop onder voorwaarden van volledige mededinging tussen onafhankelijke kopers en verkopers.

2. Op verzoek van de Gemeenschap wordt in de Associatieraad overleg gepleegd over de wijze van toepassing van dit artikel.

Protokollo N° 3 relativo all'applicazione dell'articolo 7 della Convenzione di Associazione

Protocol No. 3 betreffende de toepassing van artikel 7 van de Associatieovereenkomst

LE ALTE PARTI CONTRAENTI

HANNO CONVENUTO le seguenti disposizioni che sono allegate alla Convenzione:

Articolo 1

Le necessità di sviluppo di cui al paragrafo 2 dell'articolo 7 della Convenzione sono quelle riprese nell'articolo 1 del Protocollo n° 2.

Articolo 2

1. Le restrizioni quantitative e le misure di effetto equivalente esistenti al momento dell'entrata in vigore della Convenzione e mantenute dagli Stati associati ai sensi del paragrafo 2 dell'articolo 7 di detta Convenzione, sono comunicate al Consiglio di Associazione al più tardi tre mesi dopo l'entrata in vigore della Convenzione, unitamente ai chiarimenti necessari per valutare la necessità del loro mantenimento.

A richiesta della Comunità tali misure formano oggetto di consultazione in seno al Consiglio di Associazione.

2. Le restrizioni quantitative e le misure di effetto equivalente che gli Stati associati intendono introdurre ai sensi del paragrafo 2 dell'articolo 7 della Convenzione, sono comunicate in tempo al Consiglio di Associazione, unitamente ai chiarimenti necessari per valutare la necessità della loro istituzione.

Entro un mese la Comunità può chiedere una consultazione in seno al Consiglio di Associazione.

In caso di urgenza debitamente giustificata e particolarmente per quanto riguarda i prodotti agricoli degli Stati associati, l'applicazione provvisoria di tali misure può intervenire prima della consultazione, semprechè il Consiglio di Associazione ne sia informato simultaneamente.

DE HOGE OVEREENKOMSTSLUITENDE PARTIJEN

HEBBEN OVEREENSTEMMING BEREIKT omtrent de volgende bepalingen, die aan de Overeenkomst zijn gehecht:

Artikel 1

De in artikel 7, lid 2, van de Overeenkomst bedoelde eisen van de ontwikkeling zijn die welke zijn vermeld in artikel 1 van Protocol No. 2.

Artikel 2

1. De kwantitatieve beperkingen en maatregelen van gelijke werking die bij de inwerkingtreding van de Overeenkomst bestaan en krachtens artikel 7, lid 2, van deze Overeenkomst door de geassocieerde Staten worden gehandhaafd, worden uiterlijk drie maanden na de inwerkingtreding van de Overeenkomst aan de Associatieraad medegedeeld, vergezeld van alle uitleg die nodig is ter beoordeling van de noodzaak van hun handhaving.

Op verzoek van de Gemeenschap wordt in de Associatieraad over deze maatregelen overleg gepleegd.

2. De kwantitatieve beperkingen en maatregelen van gelijke werking die de geassocieerde Staten voornemens zijn krachtens artikel 7, lid 2, van de Overeenkomst in te voeren, worden tijdig aan de Associatieraad medegedeeld, vergezeld van alle uitleg die nodig is ter beoordeling van de noodzaak van hun invoering.

Binnen een maand kan de Gemeenschap om overleg in de Associatieraad verzoeken.

In geval van naar behoren aangetoonde urgentie, en inzonderheid wat de landbouwprodukten der geassocieerde Staten betreft, kunnen deze maatregelen vóór het overleg voorlopig in werking treden, mits de Associatieraad tegelijkertijd hiervan in kennis wordt gesteld.

(3) Der Assoziationsrat führt die Konsultationen nach den Absätzen 1 und 2 binnen einer Frist von höchstens zwei Monaten vom Tage der Mitteilung an durch. Sofern die Konsultationen nicht innerhalb dieser Frist stattfinden, kann der assoziierte Staat die betreffenden Maßnahmen beibehalten oder ergreifen.

Artikel 3

Die Maßnahmen nach Artikel 2 werden unter dem Vorbehalt angewandt, daß der betreffende assoziierte Staat Einfuhrmöglichkeiten für Erzeugnisse mit Ursprung in der Gemeinschaft ohne jede Diskriminierung beibehält.

Diese Maßnahmen sind nach und nach in der Weise elastischer zu gestalten, daß sie nach Ablauf eines für jeden Einzelfall festzulegenden Zeitraums nach Möglichkeit beseitigt sind.

Artikel 4

Bestehen auf dem Binnenmarkt eines assoziierten Staates Absatzschwierigkeiten bei einem bestimmten Erzeugnis, so kann abweichend von Artikel 3 und vorbehaltlich einer vorherigen Konsultation im Assoziationsrat dieser Staat die Einfuhr des betreffenden Erzeugnisses für einen in jedem Einzelfall zu bestimmenden begrenzten Zeitraum aussetzen, sofern er die bestehenden Absatzschwierigkeiten nachweist und alle erforderlichen Erläuterungen mitteilt, die es ermöglichen, die Notwendigkeit eines Einfuhrverbots zu beurteilen.

3. Le Conseil d'Association procède aux consultations visées aux paragraphes 1 et 2 dans un délai maximum de deux mois à compter de la date de la communication. Si les consultations n'ont pas lieu dans ce délai, l'Etat associé peut maintenir ou adopter les mesures en cause.

Article 3

Les mesures visées à l'article 2 sont appliquées sous réserve du maintien par l'Etat associé intéressé de possibilités d'importation ouvertes sans discrimination aux produits originaires de la Communauté.

Ces mesures doivent être progressivement assouplies de façon à disparaître, dans la mesure du possible, à la fin d'une période à déterminer dans chaque cas.

Article 4

Lorsque l'écoulement d'un produit déterminé se heurte à des difficultés sur le marché intérieur d'un Etat associé, cet Etat peut, par dérogation à l'article 3 et sous réserve d'une consultation préalable au sein du Conseil d'Association, suspendre les importations de ce produit pour une durée limitée à déterminer, cas par cas, à condition qu'il justifie l'existence de ces difficultés et fournisse toutes les explications nécessaires permettant d'apprécier la nécessité de prohiber les importations.

Protokoll Nr. 4 über die Anwendung des Assoziierungsabkommens und die Verwirklichung internationaler Übereinkünfte zur Gewährung allgemeiner Präferenzen

Protocole N° 4 relatif à l'application de la Convention d'Association et à la réalisation d'accords internationaux concernant l'octroi de préférences générales

DIE HOHEN VERTRAGSPARTEIEN —

In dem Wunsch, ihren Standpunkt in der Frage der Vereinbarkeit der von den assoziierten Staaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gewährten Präferenzen mit den allgemeinen Präferenzen im Rahmen der Konferenz der Vereinten Nationen über Handel und Entwicklung klar zu umreißen —

SIND über folgende Bestimmungen ÜBEREINGEKOMMEN, die dem Abkommen als Anhang beigelegt sind:

Das Abkommen, insbesondere Artikel 3, steht der Verwirklichung eines allgemeinen Präferenzsystems und der Teilnahme der assoziierten Staaten an einem solchen System nicht entgegen.

LES HAUTES PARTIES CONTRACTANTES,

Désireuses de préciser clairement leur position sur le problème de la compatibilité des préférences accordées à la Communauté Economique Européenne par les Etats associés, avec les préférences généralisées dans le cadre de la Conférence des Nations Unies sur le Commerce et le Développement,

SONT CONVENUES des dispositions suivantes, qui sont annexées à la Convention:

Les dispositions de la Convention et notamment son article 3 ne s'opposent pas à la réalisation d'un système général de préférences et ne font pas obstacle à ce que les Etats associés y participent.

3. Il Consiglio di Associazione procede alle consultazioni di cui ai precedenti paragrafi nel termine massimo di due mesi a decorrere dalla data della comunicazione. Se le consultazioni non hanno luogo entro questo termine lo Stato associato può mantenere o adottare le misure in questione.

Articolo 3

Le misure previste all'articolo 2 sono applicate a condizione che lo Stato associato interessato mantenga le possibilità d'importazione senza discriminazione dei prodotti originari della Comunità.

Tali misure devono essere progressivamente mitigate sino a cessare del tutto, nella misura del possibile, al termine di un periodo da determinare caso per caso.

Articolo 4

Quando lo smercio di un prodotto determinato incontra difficoltà sul mercato interno di uno Stato associato, tale Stato può, in deroga all'articolo 3 e previa consultazione in seno al Consiglio di Associazione, sospendere le importazioni di tale prodotto per una durata limitata, da determinare caso per caso, purché esso dimostri l'esistenza di tale difficoltà e fornisca tutti i chiarimenti necessari per valutare la necessità di vietare le importazioni.

3. De Associatieraad pleegt het in de vorige leden bedoelde overleg binnen ten hoogste twee maanden na de datum van de mededeling. Indien het overleg niet binnen deze termijn plaatsvindt, kan de geassocieerde Staat de betrokken maatregelen handhaven of aannemen.

Artikel 3

Bij toepassing van de in artikel 2 bedoelde maatregelen moeten de betrokken geassocieerde Staten evenwel zonder discriminatie invoermogelijkheden voor de produkten van oorsprong uit de Gemeenschap openlaten.

Deze maatregelen moeten geleidelijk worden versoepeld, zodat zij, voor zover mogelijk, aan het einde van een van geval tot geval vastgestelde periode verdwenen zijn.

Artikel 4

Wanneer zich op de binnenlandse markt van een geassocieerde Staat moeilijkheden bij de afzet van een bepaald produkt voordoen, kan deze Staat, mits hij deze moeilijkheden aantoont en alle uitleg verschaft welke nodig is ter beoordeling van de noodzaak van een invoerverbod, in afwijking van artikel 3 de invoer van dit produkt voor een van geval tot geval vast te stellen beperkte tijdsduur schorsen, op voorwaarde dat vooraf in de Associatieraad overleg wordt gepleegd.

Protocollo N° 4 relativo all'applicazione della Convenzione di Associazione e all'attuazione di accordi internazionali per la concessione di preferenze generali

Protocol No. 4 betreffende de toepassing van de Associatieovereenkomst en de totstandbrenging van internationale overeenkomsten inzake de toekenning van algemene preferenties

LE ALTE PARTI CONTRAENTI,

Desiderose di precisare chiaramente la loro posizione sul problema della compatibilità delle preferenze accordate alla Comunità Economica Europea dagli Stati associati con le preferenze generali, nel quadro della Conferenza delle Nazioni Unite per il Commercio e lo Sviluppo.

HANNO CONVENUTO le seguenti disposizioni che sono allegate alla Convenzione:

Le disposizioni della Convenzione e in particolare l'articolo 3 non si oppongono all'istituzione di un sistema generale di preferenze, nè ostano a che gli Stati associati vi partecipino.

DE HOGE OVEREENKOMSTSLUITENDE PARTIJEN,

verlangende hun standpunt ten aanzien van het vraagstuk van de verenigbaarheid van de door de geassocieerde Staten aan de Europese Economische Gemeenschap toegekende preferenties met de algemene preferenties in het kader van de U.N.C.T.A.D. duidelijk te bepalen,

HEBBEN OVEREENSTEMMING BEREIKT omtrent de volgende bepalingen, die aan de Overeenkomst zijn gehecht:

De bepalingen van de Overeenkomst, inzonderheid artikel 3, staan de totstandbrenging van een algemeen stelsel van preferenties niet in de weg en vormen geen beletsel voor de geassocieerde Staten om daaraan deel te nemen.

Protokoll Nr. 5
über die Maßnahmen der Hohen Vertragsparteien
betreffend die Berücksichtigung ihrer gegenseitigen Interessen,
insbesondere hinsichtlich der tropischen Erzeugnisse

Protocole N° 5
relatif à l'action des Hautes Parties Contractantes
concernant leurs intérêts réciproques
notamment à l'égard des produits tropicaux

DIE HOHEN VERTRAGSPARTEIEN

SIND über folgende Bestimmungen ÜBEREINGEKOMMEN, die dem Abkommen als Anhang beigefügt sind:

1. Die Vertragsparteien berücksichtigen in Übereinstimmung mit den dem Abkommen zugrunde liegenden Prinzipien ihre gegenseitigen Interessen auf internationaler Ebene.

2. Zu diesem Zweck sorgen sie für die erforderliche Zusammenarbeit, vor allem durch Konsultationen im Assoziationsrat, und gewähren einander jede Unterstützung.

3. Diese Konsultationen dienen insbesondere dem Ziel, im gegenseitigen Einvernehmen auf internationaler Ebene geeignete Maßnahmen zur Lösung der Probleme des Absatzes und der Vermarktung tropischer Erzeugnisse zu treffen.

LES HAUTES PARTIES CONTRACTANTES

SONT CONVENUES des dispositions suivantes, qui sont annexées à la Convention:

1. Les Parties Contractantes conviennent de tenir compte de leurs intérêts réciproques sur le plan international, conformément aux principes qui sont à la base de la Convention.

2. A cet effet, elles assurent la coopération nécessaire, notamment au moyen de consultations au sein du Conseil d'Association, et se prêtent mutuellement toute l'assistance possible.

3. Ces consultations ont lieu notamment en vue d'entreprendre d'un commun accord sur le plan international les actions appropriées pour résoudre les problèmes posés par l'écoulement et la commercialisation des produits tropicaux.

Protokoll Nr. 6
über die Verwaltung der Hilfe der Gemeinschaft

Protocole N° 6
relatif à la gestion des aides de la Communauté

DIE HOHEN VERTRAGSPARTEIEN

SIND über folgende Bestimmungen ÜBEREINGEKOMMEN, die dem Abkommen als Anhang beigefügt sind:

Kapitel I

Art der Maßnahmen

Artikel 1

Die Investitionen nach Artikel 19 des Abkommens umfassen:

- a) unmittelbar produktive Investitionen, vor allem in der Industrie und im Fremdenverkehr;
- b) Entwicklungsmaßnahmen für die ländliche Wirtschaft, vor allem zur Verbesserung der Struktur der Produktion und zu ihrer Diversifizierung sowie zur Steigerung der Produktivität insbesondere durch kurzfristige Maßnahmen. Diese Entwicklungsmaßnahmen können im Rahmen integrierter Vorhaben bestimmte Arbeiten angewandter Forschung einschließen;
- c) Investitionen im Bereich der wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur, einschließlich der Infrastruktur, die der Ansiedlung von Industriebetrieben und handwerklichen Betrieben dient.

LES HAUTES PARTIES CONTRACTANTES

SONT CONVENUES des dispositions suivantes, qui sont annexées à la Convention:

Chapitre I

Nature des Opérations

Article 1

Les investissements prévus à l'article 19 de la Convention comprennent:

- a) des investissements directement productifs, en particulier dans les domaines industriels et touristiques;
- b) des actions de développement intéressant l'économie rurale, en particulier pour améliorer les structures de la production et pour la diversifier, ainsi que pour en accroître la productivité, notamment par des actions à court terme. Ces actions de développement peuvent inclure certaines recherches appliquées, dans le cadre de projets intégrés;
- c) des investissements d'infrastructure économique et sociale, y inclus l'infrastructure d'accueil des industries et de l'artisanat.

Protocollo N° 5
relativo all'azione delle Alte Parti Contraenti
per quanto riguarda i reciproci interessi
per i prodotti tropicali in particolare

Protocol No. 5
betreffende de maatregelen van de Hoge
Overeenkomstluitende Partijen inzake hun wederzijdse belangen,
met name op het gebied van tropische produkten

LE ALTE PARTI CONTRAENTI

HANNO CONVENUTO le seguenti disposizioni che sono allegate alla Convenzione:

1. Le Parti Contraenti convengono di tener conto dei reciproci interessi sul piano internazionale, conformemente ai principi che sono alla base della Convenzione.

2. A tal fine, esse assicurano la cooperazione necessaria, in particolare mediante consultazioni in seno al Consiglio di Associazione, e si prestano vicendevolmente tutta l'assistenza possibile.

3. Tali consultazioni servono in particolare a intraprendere di comune accordo sul piano internazionale le azioni appropriate per risolvere i problemi posti dallo smercio e dalla commercializzazione dei prodotti tropicali.

DE HOGE OVEREENKOMSTSLUITENDE PARTIJEN

HEBBEN OVEREENSTEMMING BEREIKT omtrent de volgende bepalingen, die aan de Overeenkomst zijn gehecht:

1. De Partijen komen overeen rekening te houden met hun wederzijdse belangen op internationaal niveau overeenkomstig de beginselen die aan de Overeenkomst ten grondslag liggen.

2. Te dien einde dragen zij zorg voor de nodige samenwerking, met name door middel van overleg in de Associatieraad, en verlenen zij elkander alle mogelijke bijstand.

3. Dit overleg vindt met name plaats om in onderlinge overeenstemming op internationaal niveau passende acties te ondernemen ter oplossing van de problemen betreffende de afzet en het in de handel brengen van tropische produkten.

Protocollo N° 6
relativo alla gestione degli aiuti della Comunità

Protocol No. 6
betreffende het beheer van de steun van de Gemeenschap

LE ALTE PARTI CONTRAENTI

HANNO CONVENUTO le seguenti disposizioni che sono allegate alla Convenzione:

Capitolo I

Natura delle operazioni

Articolo 1

Gli investimenti previsti all'articolo 19 della Convenzione comprendono:

- a) investimenti direttamente produttivi, in particolare nei settori industriale e turistico;
- b) azioni di sviluppo che interessano l'economia rurale, in particolare per migliorare le strutture della produzione e per diversificarla, nonché per aumentarne la produttività soprattutto con azioni a breve termine. Tali azioni di sviluppo possono comprendere alcune ricerche applicate, nel quadro di progetti integrati;
- c) investimenti d'infrastruttura economica e sociale, ivi inclusa l'infrastruttura per agevolare l'insediamento delle industrie e dell'artigianato.

DE HOGE OVEREENKOMSTSLUITENDE PARTIJEN

HEBBEN OVEREENSTEMMING BEREIKT omtrent de volgende bepalingen, die aan de Overeenkomst zijn gehecht:

Hoofdstuk I

Aard van de Verrichtingen

Artikel 1

De in artikel 19 van de Overeenkomst bedoelde investeringen omvatten:

- a) rechtstreeks produktieve investeringen, meer in het bijzonder op het gebied van de industrie en het toerisme;
- b) ontwikkelingsmaatregelen die van belang zijn voor de landelijke economie, meer in het bijzonder om de produktiestructuur te verbeteren en de produktie te diversifiëren, alsmede om de produktiviteit in deze sector, met name door acties op korte termijn, te verhogen. Deze ontwikkelingsmaatregelen kunnen bepaalde toegepaste onderzoeken in het kader van geïntegreerde projecten omvatten;
- c) investeringen inzake de economische en sociale infrastructuur, met inbegrip van de infrastructuur ter vergemakkelijking van het vestigen van industrieën en ambachtelijke bedrijven.

Artikel 2

Die im Zusammenhang mit Investitionen geleistete technische Zusammenarbeit nach Artikel 19 des Abkommens umfaßt insbesondere:

- a) Programmierung sowie besondere und regionale Entwicklungsstudien;
- b) für die Ausarbeitung der Vorhaben notwendige technische, wirtschaftliche und kaufmännische Untersuchungen sowie dafür erforderliche Forschungsarbeiten und Vorplanungen;
- c) Hilfe bei der Zusammenstellung der Unterlagen;
- d) Hilfe bei der Durchführung und Überwachung der Arbeiten;
- e) vorübergehende Hilfe bei der Erstellung, der Inbetriebnahme und dem Betrieb eines bestimmten Investitionsvorhabens oder einer Gesamtheit von Ausrüstungen, soweit erforderlich einschließlich der Ausbildung des mit Betrieb und Unterhaltung der Investition und der Ausrüstungen betrauten Personals;
- f) vorübergehende Übernahme der Kosten für die Techniker und Lieferung der Verbrauchsgüter, die für die reibungslose Durchführung eines Investitionsvorhabens erforderlich sind.

Artikel 3

Die allgemeine technische Zusammenarbeit nach Artikel 19 des Abkommens umfaßt insbesondere:

- a) Gewährung von Stipendien für Studien, Ausbildungsaufenthalte und Fernunterricht für die grundsätzlich in den assoziierten Staaten durchzuführende Ausbildung und berufliche Fortbildung von Staatsangehörigen dieser Staaten;
- b) Durchführung spezifischer Ausbildungsprogramme in den assoziierten Staaten, insbesondere für das Personal der öffentlichen Dienste und Einrichtungen der assoziierten Staaten oder für das Personal der Unternehmen;
- c) auf Antrag dieser Staaten, Entsendung von Sachverständigen, Beratern, Technikern und Ausbildern der Mitgliedstaaten oder der assoziierten Staaten mit bestimmtem Auftrag für begrenzte Zeit in die assoziierten Staaten;
- d) Lieferung von Material für Versuche und Vorführungen;
- e) Veranstaltung von kurzfristigen Ausbildungskursen für Staatsangehörige der assoziierten Staaten und von Fortbildungskursen für Beamte dieser Staaten;
- f) Untersuchungen nach Sektoren;
- g) Untersuchungen über Entwicklungs- und Diversifizierungsaussichten bzw. -möglichkeiten der Wirtschaft der assoziierten Staaten sowie über Probleme, die alle assoziierten Staaten betreffen;
- h) allgemeine Unterrichtung und Dokumentation zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der assoziierten Staaten, der Entwicklung des Handels zwischen diesen Staaten und der Gemeinschaft sowie der vollen Verwirklichung der Ziele der finanziellen und technischen Zusammenarbeit.

Artikel 4

Zweck der in Artikel 19 des Abkommens vorgesehenen Hilfe für die Vermarktung und die Verkaufsförderung ist es,

- a) die Struktur und die Arbeitsmethoden der Einrichtungen, Dienststellen oder Unternehmen, die zur Entwick-

Article 2

La coopération technique liée aux investissements prévus à l'article 19 de la Convention comprend notamment:

- a) la programmation et les études spéciales et régionales de développement;
- b) les études techniques, économiques et commerciales, ainsi que les recherches et les prospections, nécessaires à la mise au point des projets;
- c) l'aide à la préparation des dossiers;
- d) l'aide à l'exécution et à la surveillance des travaux;
- e) l'aide temporaire pour l'établissement, la mise en route et l'exploitation d'un investissement déterminé ou d'un ensemble d'équipements, comportant dans la mesure nécessaire la formation du personnel chargé du fonctionnement et de l'entretien de l'investissement et des équipements;
- f) la prise en charge temporaire des techniciens et la fourniture des biens de consommation nécessaires à la bonne exécution d'un projet d'investissement.

Article 3

La coopération technique générale prévue à l'article 19 de la Convention comprend notamment:

- a) l'attribution de bourses d'études, de stages et d'enseignement par correspondance pour la formation et le perfectionnement professionnel des ressortissants des Etats associés à réaliser en principe dans ces Etats;
- b) l'organisation de programmes de formation spécifique dans les Etats associés, notamment pour le personnel des services et établissements publics des Etats associés ou des entreprises;
- c) l'envoi, dans les Etats associés, sur leur demande, d'experts, de conseillers, de techniciens et d'instructeurs des Etats membres ou des Etats associés, pour une mission déterminée et une durée limitée;
- d) la fourniture de matériel d'expérimentation et de démonstration;
- e) l'organisation de sessions de formation de courte durée à l'intention des ressortissants des Etats associés et de sessions de perfectionnement à l'intention de fonctionnaires de ces Etats;
- f) des études sectorielles;
- g) des études sur les perspectives et les moyens de développement et de diversification des économies des Etats associés ainsi que sur des problèmes intéressant les Etats associés dans leur ensemble;
- h) l'information générale et la documentation destinées à favoriser le développement économique et social des Etats associés, le développement des échanges entre ces Etats et la Communauté ainsi que la bonne réalisation des objectifs de la coopération financière et technique.

Article 4

Les aides à la commercialisation et à la promotion des ventes, prévues à l'article 19 de la Convention, ont pour objet:

- a) d'améliorer les structures et les méthodes de travail des organismes, services ou entreprises concourant au

Articolo 2

La cooperazione tecnica connessa agli investimenti, prevista all'articolo 19 della Convenzione, comprende in particolare:

- a) la programmazione e gli studi speciali e regionali di sviluppo;
- b) gli studi tecnici, economici e commerciali, nonché le ricerche e le prospezioni necessari per mettere a punto i progetti;
- c) l'aiuto alla preparazione dei fascicoli;
- d) l'aiuto all'esecuzione e alla sorveglianza dei lavori;
- e) l'aiuto temporaneo per l'istituzione, l'avviamento e la gestione di un determinato investimento o di un complesso di attrezzature, che comporta nella misura necessaria la formazione del personale incaricato del funzionamento e della manutenzione dell'investimento e delle attrezzature;
- f) l'assunzione a carico temporanea dei tecnici e la fornitura dei beni di consumo necessari alla buona esecuzione di un progetto di investimento.

Articolo 3

La cooperazione tecnica generale prevista all'articolo 19 della Convenzione comprende in particolare:

- a) l'assegnazione di borse di studio, di tirocinio e d'insegnamento per corrispondenza per la formazione ed il perfezionamento professionale dei cittadini degli Stati associati, da attuare in linea di massima in detti Stati;
- b) l'organizzazione di programmi di formazione specifica negli Stati associati, in particolare per il personale dei servizi e degli stabilimenti pubblici degli Stati associati o delle imprese;
- c) l'invio negli Stati associati, dietro loro richiesta, di esperti, consiglieri, tecnici e istruttori degli Stati membri o degli Stati associati, per una determinata missione e per un periodo limitato;
- d) la fornitura di materiale per esperimenti e dimostrazioni;
- e) l'organizzazione di sessioni di formazione di breve durata per i cittadini degli Stati associati e di sessioni di perfezionamento per funzionari di detti Stati;
- f) studi settoriali;
- g) studi riguardanti le prospettive ed i mezzi di sviluppo e di diversificazione delle economie degli Stati associati o relativi a problemi che interessano gli Stati associati nel loro insieme;
- h) l'informazione generale e la documentazione destinate a favorire lo sviluppo economico e sociale degli Stati associati, lo sviluppo degli scambi fra tali Stati e la Comunità, nonché la buona realizzazione degli obiettivi della cooperazione finanziaria e tecnica.

Articolo 4

Gli aiuti alla commercializzazione e alla promozione delle vendite, previsti all'articolo 19 della Convenzione, hanno lo scopo di:

- a) migliorare le strutture e i metodi di lavoro degli organismi, dei servizi o delle imprese che concorrono allo

Artikel 2

De met de investeringen verbonden technische samenwerking, bedoeld in artikel 19 van de Overeenkomst, omvat met name:

- a) de planning en het bijzonder en regionaal ontwikkelingsonderzoek;
- b) de technische, economische en commerciële studies, alsmede de research en het voorbereidend onderzoek, nodig voor de uitwerking van de projecten;
- c) de hulp bij de samenstelling van de dossiers;
- d) de bijstand bij de uitvoering van en het toezicht op de werkzaamheden;
- e) de tijdelijke hulp voor het tot stand brengen, het op gang brengen en het exploiteren van een bepaald investeringsobject of van een geheel van uitrustingen, welke voor zover nodig, de opleiding omvat van het personeel, belast met de werking en het onderhoud van het investeringsobject en van de uitrustingen;
- f) het tijdelijk ten laste nemen van de kosten van technici en het leveren van verbruiksgoederen die nodig zijn voor de goede uitvoering van een investeringsproject.

Artikel 3

De in artikel 19 van de Overeenkomst bedoelde algemene technische samenwerking omvat met name:

- a) het toekennen van beurzen voor studies, stages en schriftelijke cursussen voor de opleiding en voortgezette beroepsvorming van de onderdanen der geassocieerde Staten, welke in beginsel in deze Staten dienen plaats te vinden;
- b) de organisatie van programma's voor specifieke opleiding in de geassocieerde Staten, in het bijzonder van het personeel van de overheidsdiensten en -lichamen der geassocieerde Staten of van het bedrijfsleven;
- c) het uitzenden naar de geassocieerde Staten, op hun verzoek, van deskundigen, adviseurs, technici en instructeurs van de Lid-Staten of de geassocieerde Staten, met een bepaalde opdracht en voor een beperkte duur;
- d) het verschaffen van proef- en demonstratiematerieel;
- e) de organisatie van korte opleidingscursussen ten behoeve van de onderdanen van de geassocieerde Staten en van cursussen voor voortgezette vorming van ambtenaren van deze Staten;
- f) studies van afzonderlijke sectoren;
- g) studies betreffende de vooruitzichten met betrekking tot en middelen voor de ontwikkeling en diversificatie van de volkshuishoudingen der geassocieerde Staten, alsook betreffende vraagstukken welke voor de geassocieerde Staten gezamenlijk van belang zijn;
- h) algemene voorlichting en documentatie ter bevordering van de economische en sociale ontwikkeling der geassocieerde Staten, van de ontwikkeling van het handelsverkeer tussen deze Staten en de Gemeenschap, alsook van de behoorlijke verwezenlijking van de doelstellingen van de financiële en technische samenwerking.

Artikel 4

De in artikel 19 van de Overeenkomst bedoelde steun op het gebied van het in de handel brengen en de verkoopbevordering strekt ertoe:

- a) de structuur en de werkwijze van de lichamen, diensten of ondernemingen die de buitenlandse han-

- | | |
|--|---|
| <p>lung des Außenhandels der assoziierten Staaten beitragen, zu verbessern bzw. die Schaffung solcher Einrichtungen, Dienststellen oder Unternehmen zu fördern;</p> <p>b) die Teilnahme der assoziierten Staaten an internationalen Handelsmessen und -ausstellungen zu fördern;</p> <p>c) Fachkräfte für den Außenhandel und für die Verkaufsförderung auszubilden;</p> <p>d) Marktforschungen und -analysen durchzuführen sowie die praktische Anwendung der dabei erzielten Ergebnisse zu begünstigen;</p> <p>e) die Information in der Gemeinschaft und in den assoziierten Staaten im Hinblick auf die Entwicklung des Warenverkehrs zu verbessern.</p> | <p>développement du commerce extérieur des Etats associés ou de favoriser la création de tels organismes, services ou entreprises;</p> <p>b) de favoriser la participation des Etats associés à des foires et expositions commerciales de caractère international;</p> <p>c) de former des techniciens du commerce extérieur et de la promotion des ventes;</p> <p>d) de procéder à des études et enquêtes de marchés et de favoriser leur exploitation;</p> <p>e) d'améliorer l'information dans la Communauté et les Etats associés en vue du développement des échanges commerciaux.</p> |
|--|---|

Kapitel II Einzelheiten der Finanzierung

Artikel 5

(1) Die Vorhaben und Programme werden durch nicht-rückzahlbare Zuschüsse, durch Darlehen zu Sonderbedingungen, durch Darlehen der Bank, die gegebenenfalls mit Zinsvergütungen verbunden sind, oder gleichzeitig durch mehrere dieser Mittel finanziert.

Ferner können die nach industriellen und kaufmännischen Methoden geführten Unternehmen bei ihren Investitionen Beiträge zur Bildung ihres haftenden Kapitals erhalten.

(2) Die in den Artikeln 2, 3 und 4 dieses Protokolls vorgesehenen Maßnahmen auf dem Gebiet der technischen Zusammenarbeit sowie die in Artikel 20 des Abkommens vorgesehene Hilfe wird jedoch durch nichtrückzahlbare Zuschüsse finanziert.

Artikel 6

Die Darlehen für die Finanzierung wirtschaftlicher Investitionsvorhaben werden dem Begünstigten unmittelbar oder gegebenenfalls über den betreffenden Staat oder eine zwischengeschaltete nationale oder multinationale Einrichtung für die Finanzierung von Entwicklungsmaßnahmen gewährt.

Die Bedingungen und Einzelheiten, nach denen diese Darlehen dem Endbegünstigten durch den zwischengeschalteten Darlehensnehmer gewährt werden, sind gleichzeitig und im gegenseitigen Einvernehmen zwischen dem zwischengeschalteten Darlehensnehmer und den für die Gewährung des Darlehens zuständigen Organen der Gemeinschaft festzulegen.

Artikel 7

(1) Die Darlehen zu Sonderbedingungen dienen dazu, Investitionsvorhaben ganz oder teilweise zu finanzieren, die für die Wirtschaft des assoziierten Staates, in dessen Hoheitsgebiet sie durchgeführt werden, von allgemeinem Interesse sind, sofern die finanzielle Rentabilität dieser Vorhaben und die Verschuldungsfähigkeit des betreffenden assoziierten Staates eine derartige Finanzierung gestatten.

(2) Diese Darlehen können für eine Dauer von höchstens 40 Jahren gewährt und während eines Zeitraumes von höchstens 10 Jahren von einer Tilgung befreit werden. Es werden günstige Zinsbedingungen gewährt.

Chapitre II Modalités de financement

Article 5

1. Les projets et programmes sont financés par des aides non remboursables, par des prêts à des conditions spéciales, par des prêts de la Banque, éventuellement assortis de bonifications d'intérêts, ou simultanément par plusieurs de ces moyens.

En outre, pour leurs investissements, les entreprises exerçant leurs activités selon des méthodes de gestion industrielle et commerciale peuvent bénéficier de contributions à la formation de leurs capitaux à risques.

2. Toutefois, les actions de coopération technique prévues aux articles 2, 3 et 4 du présent Protocole, ainsi que les aides prévues à l'article 20 de la Convention sont financées par des aides non remboursables.

Article 6

Les prêts pour le financement de projets d'investissements économiques sont accordés directement à leur bénéficiaire ou éventuellement par l'intermédiaire de l'Etat intéressé ou d'un organisme national ou multinational de financement du développement jouant le rôle de relais financier.

Les conditions et modalités d'octroi par l'emprunteur intermédiaire de ces prêts à leur bénéficiaire final sont arrêtées simultanément et d'un commun accord entre l'emprunteur intermédiaire et les institutions communautaires compétentes pour l'octroi du prêt.

Article 7

1. Les prêts à des conditions spéciales servent à financer en tout ou en partie des projets d'investissement présentant un intérêt général pour l'économie de l'Etat associé sur le territoire duquel ils sont réalisés, dans la mesure où la rentabilité financière de ces projets et la capacité d'endettement de l'Etat associé intéressé permettent un tel financement.

2. Ces prêts peuvent être accordés pour une durée maximum de 40 ans et être assortis d'un différé d'amortissement d'une durée maximum de 10 ans. Ils bénéficient de conditions d'intérêt favorables.

- sviluppo del commercio estero degli Stati associati o di favorire la creazione di tali organismi, servizi o imprese;
- b) favorire la partecipazione degli Stati associati a fiere ed esposizioni commerciali di carattere internazionale;
- c) formare tecnici del commercio estero e della promozione delle vendite;
- d) procedere a studi ed indagini di mercato e favorire il loro sfruttamento;
- e) migliorare l'informazione nella Comunità e negli Stati associati per lo sviluppo degli scambi commerciali.
- del der geassocieerde Staten helpen ontwikkelen, te verbeteren, of de oprichting van dergelijke lichamen, diensten of ondernemingen te bevorderen;
- b) de deelneming van de geassocieerde Staten aan internationale jaarbeurzen en commerciële tentoonstellingen te bevorderen;
- c) technici van de buitenlandse handel en van de verkoopbevordering op te leiden;
- d) markt- en "marketing"-studies te verrichten en de gebruikmaking ervan te bevorderen;
- e) de voorlichting in de Gemeenschap en de geassocieerde Staten met het oog op de ontwikkeling van het handelsverkeer te verbeteren.

Capitolo II

Modalità di finanziamento

Articolo 5

1. I progetti e i programmi sono finanziati mediante aiuti non rimborsabili, prestiti a condizioni speciali, prestiti della Banca con eventuale abbuono d'interessi, o mediante diversi di questi mezzi contemporaneamente.

Inoltre, per i loro investimenti, le imprese che esercitano la loro attività secondo metodi di gestione industriale e commerciale possono beneficiare di contributi alla formazione dei loro capitali a rischio.

2. Tuttavia, le azioni di cooperazione tecnica previste agli articoli 2, 3 e 4 del presente Protocollo e gli aiuti previsti all'articolo 20 della Convenzione sono finanziati mediante aiuti non rimborsabili.

Articolo 6

I prestiti per il finanziamento di progetti d'investimenti economici sono concessi direttamente al beneficiario o eventualmente tramite lo Stato interessato, oppure tramite un organismo nazionale o multinazionale di finanziamento dello sviluppo che assume il ruolo di intermediario finanziario.

Le condizioni e le modalità di concessione da parte del mutuatario intermedio di questi prestiti al beneficiario finale sono adottate contemporaneamente e di comune accordo tra il mutuatario intermedio e le istituzioni comunitarie competenti per la concessione del prestito.

Articolo 7

1. I prestiti a condizioni speciali servono a finanziare in tutto o in parte progetti di investimento di interesse generale per l'economia dello Stato associato sul cui territorio essi sono realizzati, nella misura in cui la redditività finanziaria dei progetti e la capacità di indebitamento dello Stato associato interessato permettono tale finanziamento.

2. Tali prestiti possono essere concessi per un periodo massimo di 40 anni e il loro ammortamento può essere differito per un periodo massimo di 10 anni. Essi beneficiano di condizioni favorevoli di interessi.

Hoofdstuk II

Wijze van financiering

Artikel 5

1. De financiering van de projecten en programma's geschiedt hetzij door middel van giften, hetzij door middel van leningen tegen speciale voorwaarden, hetzij door middel van leningen van de Bank waaraan eventueel rentesubsidies worden verbonden of door meer dan een van deze middelen tegelijk.

Voorts kunnen de ondernemingen die worden geleid volgens methoden van industriële en commerciële bedrijfsvoering voor hun investeringen in aanmerking komen voor bijdragen in de vorming van hun risicodragend kapitaal.

2. De in de artikelen 2, 3 en 4 van dit Protocol bedoelde acties op het gebied van de technische samenwerking, alsmede de in artikel 20 van de Overeenkomst bedoelde steun worden echter door middel van giften gefinancierd.

Artikel 6

De leningen voor de financiering van economische investeringsprojecten worden rechtstreeks aan de begunstigde, of eventueel door bemiddeling van de betrokken Staat of van een als financieel verbindingsorgaan optredend nationaal of multinational lichaam voor ontwikkelingsfinanciering verstrekt.

De voorwaarden en de wijze waarop de intermediaire lener deze leningen aan de in laatste instantie begunstigde verstrekt, worden terzelfder tijd en in onderling overleg tussen de intermediaire lener en de voor het verstrekken der lening bevoegde instellingen van de Gemeenschap vastgesteld.

Artikel 7

1. De leningen tegen speciale voorwaarden dienen voor de gehele of gedeeltelijke financiering van investeringsprojecten die van algemeen belang zijn voor de economie van de geassocieerde Staat op wiens grondgebied zij worden uitgevoerd, voor zover de financiële rentabiliteit van deze projecten en het vermogen van de betrokken geassocieerde Staat om een schuldenlast op zich te nemen zulk een financiering mogelijk maken.

2. Deze leningen kunnen voor een maximale looptijd van 40 jaar worden verstrekt en gepaard gaan met een gedurende een periode van ten hoogste 10 jaar uitgestelde aflossing. Deze leningen worden tegen gunstige rentevoorzwaarden verstrekt.

(3) Die Gemeinschaft legt die Bedingungen für die Gewährung der Darlehen sowie die Einzelheiten der Abwicklung und der Rückzahlung dieser Darlehen fest.

Artikel 8

(1) Die von der Bank bei Vorhaben durchzuführende Zulässigkeitsprüfung und die Darlehensgewährung aus Eigenmitteln erfolgen nach den in der Satzung der Bank festgelegten Einzelheiten, Bedingungen und Verfahren unter Berücksichtigung der Verschuldungsfähigkeit des betreffenden Staates.

(2) Die Tilgungsdauer jedes Darlehens der Bank richtet sich nach dem wirtschaftlichen und finanziellen Charakter des Vorhabens; sie darf höchstens 25 Jahre betragen.

(3) Es wird der von der Bank zur Zeit der Unterzeichnung des Darlehens berechnete Zinssatz angewandt. Die Zinsvergütungen, die für diese Darlehen gewährt werden können, dürfen nicht bewirken, daß der vom Begünstigten tatsächlich zu tragende Zinssatz unter 3% liegt. Bei Darlehen, die über ein zwischengeschaltetes Organ für die Finanzierung von Entwicklungsmaßnahmen gewährt werden, das unter der Aufsicht der öffentlichen Hand steht, darf der vom zwischengeschalteten Darlehensnehmer zu tragende Mindestsatz jedoch nicht unter 2% liegen.

(4) Der Gesamtbetrag der Zinsvergütungen, der zu einem Satz und im Rahmen von Einzelheiten, die von der Gemeinschaft festzulegen sind, nach dem zur Zeit der Unterzeichnung des Darlehens geltenden Wert kapitalisiert wird, ist unmittelbar an die Bank zu überweisen.

Artikel 9

Zur Förderung von Vorhaben, die für die Wirtschaft des assoziierten Staates, in dessen Hoheitsgebiet sie durchgeführt werden, von allgemeinem Interesse sind, kann die Gemeinschaft zugunsten der in Artikel 25 des Abkommens genannten Empfänger zur Bildung von haftendem Kapital dadurch beitragen, daß sie deren Eigenmittel durch Beteiligung oder andere geeignete Mittel verstärkt.

Diese Beiträge haben minoritären Charakter. Sie können in Verbindung mit einem Darlehen der Bank oder ausnahmsweise mit einem Darlehen zu Sonderbedingungen geleistet werden.

Artikel 10

Die bei der Gemeinschaft eingereichten Anträge auf Hilfe nach Artikel 20 des Abkommens enthalten alle wirtschaftlichen und finanziellen Angaben, die für die Beurteilung der Auswirkungen besonderer und außergewöhnlicher Schwierigkeiten auf die Wirtschaft des betreffenden Staates dienlich sind, welche die Gewährung einer außerordentlichen Hilfe durch die Gemeinschaft rechtfertigen können.

Vor allem wenn diese Schwierigkeiten auf einen Sturz der Weltmarktpreise zurückzuführen sind, werden bei der Gewährung einer solchen Hilfe die Bedeutung des oder der betreffenden Erzeugnisse für die Wirtschaft des betreffenden Staates sowie die Wirtschaftslage dieses Staates berücksichtigt.

Artikel 11

(1) Die Anträge auf Vorschüsse nach Artikel 21 des Abkommens werden entweder von den einzelstaatlichen oder zwischenstaatlichen Einrichtungen, deren Aufgabe es ist,

3. La Communauté arrête les conditions d'octroi des prêts ainsi que les modalités de leur exécution et de leur recouvrement.

Article 8

1. L'examen par la Banque de l'admissibilité de projets et l'octroi de prêts sur ses ressources propres s'effectuent suivant les modalités, conditions et procédures prévues par les Statuts de la Banque ainsi qu'en considération de la capacité d'endettement de l'Etat intéressé.

2. La durée de la période d'amortissement de chaque prêt de la Banque est établie sur la base des caractéristiques économiques et financières du projet; cette période peut atteindre un maximum de 25 ans.

3. Le taux d'intérêt appliqué est celui pratiqué par la Banque au moment de la signature du prêt. Les bonifications dont ces prêts peuvent être assortis ne peuvent avoir pour effet de réduire à moins de 3% le taux d'intérêt à supporter effectivement par le bénéficiaire. Toutefois, dans le cas de prêts consentis par l'intermédiaire d'organismes de financement du développement contrôlés par la puissance publique, le taux minimum à supporter par l'emprunteur intermédiaire ne peut être inférieur à 2%.

4. Le montant globalisé des bonifications d'intérêts, actualisé à sa valeur au moment de la signature du prêt à un taux et suivant des modalités à fixer par la Communauté, est directement versé à la Banque.

Article 9

En vue d'aider la réalisation de projets présentant un intérêt général pour l'économie de l'Etat associé sur le territoire duquel ils sont réalisés, la Communauté peut contribuer, au profit des bénéficiaires visés à l'article 25 de la Convention, à la formation de capitaux à risques, en renforçant leurs fonds propres par des prises de participation ou d'autres moyens appropriés.

Ces contributions sont de caractère minoritaire. Elles peuvent être réalisées conjointement avec un prêt de la Banque ou exceptionnellement avec un prêt à conditions spéciales.

Article 10

Les demandes relatives à l'aide prévue à l'article 20 de la Convention présentées à la Communauté sont accompagnées de toutes données économiques et financières utiles à l'appréciation des conséquences qu'entraînent pour l'économie de l'Etat intéressé, les difficultés particulières et extraordinaires pouvant motiver l'octroi de l'aide exceptionnelle de la Communauté.

En particulier, lorsque ces difficultés résultent d'une chute des prix mondiaux, une telle aide est attribuée en tenant compte de la place du ou des produits en cause dans l'économie de l'Etat intéressé, ainsi que de la situation économique de cet Etat.

Article 11

1. Les demandes d'avances prévues à l'article 21 de la Convention sont présentées, soit par les organismes nationaux ou interétatiques ayant pour tâche de pallier les

3. La Comunità stabilisce le modalità per la concessione dei prestiti nonché le modalità d'esecuzione e di recupero degli stessi.

Articolo 8

1. L'esame da parte della Banca dell'ammissibilità dei progetti e la concessione di prestiti sulle proprie risorse hanno luogo secondo le modalità, condizioni e procedure previste dallo Statuto della Banca e tenendo conto della capacità di indebitamento dello Stato interessato.

2. La durata del periodo d'ammortamento di ciascun prestito della Banca è stabilita in base alle caratteristiche economiche e finanziarie del progetto: detto periodo può avere una durata massima di 25 anni.

3. Il saggio di interesse applicato è quello praticato dalla Banca al momento della firma del prestito. Gli abbuoni che possono essere accordati in relazione ai prestiti non possono avere l'effetto di ridurre a meno del 3% il saggio di interesse effettivamente a carico del beneficiario. Tuttavia, nel caso di prestiti concessi tramite organismi di finanziamento dello sviluppo sottoposti a controllo pubblico, il saggio minimo a carico del mutuatario intermedio non può essere inferiore al 2%.

4. L'importo globale degli abbuoni di interessi, attualizzato al suo valore al momento della firma del prestito, a un saggio e secondo le modalità che la Comunità deve fissare, è versato direttamente alla Banca.

Articolo 9

Per favorire la realizzazione di progetti d'interesse generale per l'economia dello Stato associato sul cui territorio tali progetti vengono realizzati, la Comunità può contribuire alla formazione di capitali a rischio, a favore dei beneficiari di cui all'articolo 25 della Convenzione, potenziandone i fondi con partecipazioni o altri mezzi appropriati.

Tali contributi hanno carattere minoritario. Essi possono essere erogati congiuntamente con un prestito della Banca o eccezionalmente con un prestito a condizioni speciali.

Articolo 10

Le domande relative all'aiuto di cui all'articolo 20 della Convenzione, presentate alla Comunità, sono corredate dei dati economici e finanziari utili per valutare le conseguenze risultanti per l'economia dello Stato interessato dalle difficoltà particolari e straordinarie che possono motivare la concessione dell'aiuto eccezionale della Comunità.

In particolare, quando le difficoltà derivano da un crollo dei prezzi mondiali, l'aiuto chiesto è concesso tenendo conto dell'importanza che il prodotto o i prodotti in questione hanno per l'economia dello Stato interessato, nonché della situazione economica dello Stato.

Articolo 11

1. Le domande di anticipazioni di cui all'articolo 21 della Convenzione sono presentate dagli organismi nazionali o interstatali che si propongono di rimediare alle

3. De Gemeenschap stelt de voorwaarden voor de toekenning der leningen vast, alsmede de wijze waarop zij worden uitgevoerd en terugbetaald.

Artikel 8

1. Het onderzoek door de Bank naar de aanvaardbaarheid van projecten en de toekenning van leningen uit eigen middelen geschieden volgens de bij de statuten van de Bank vastgestelde bepalingen, voorwaarden en procedures en met inachtneming van het vermogen van de betrokken Staat om een schuldenlast op zich te nemen.

2. De duur der aflossingsperiode van iedere lening van de Bank wordt vastgesteld op basis van de economische en financiële kenmerken van het project: deze duur kan maximaal 25 jaar bedragen.

3. De rentevoet is die welke door de Bank wordt toegepast op het tijdstip waarop de lening wordt aangegegaan. De rentesubsidies welke aan deze leningen kunnen worden verbonden, mogen niet ten gevolge hebben dat de daadwerkelijk door de begunstigde te dragen rentelast tot minder dan 3% wordt verlaagd. Bij leningen via onder overheidscontrole staande lichamen voor ontwikkelingsfinanciering mag de door de intermediaire lener te dragen minimumrente niet minder dan 2% bedragen.

4. Het totaalbedrag van de rentesubsidies, dat op een door de Gemeenschap vast te stellen percentage en wijze wordt gekapitaliseerd naar de effectieve waarde op het tijdstip waarop de lening wordt aangegegaan, wordt rechtstreeks aan de Bank uitgekeerd.

Artikel 9

Ten einde projecten die van algemeen belang zijn voor de economie van de geassocieerde Staat op wiens grondgebied zij worden uitgevoerd, te helpen uitvoeren, kan de Gemeenschap ten bate van de in artikel 25 van de Overeenkomst vermelde begunstigten bijdragen tot de vorming van risicodragend kapitaal, door hun eigen middelen te vergroten, zulks door middel van deelnemingen of door andere passende middelen.

Deze bijdragen belopen minder dan de helft van het kapitaal. Zij kunnen samen met een lening van de Bank of bij wijze van uitzondering met een lening tegen speciale voorwaarden worden verstrekt.

Artikel 10

De aanvragen inzake de in artikel 20 van de Overeenkomst bedoelde steun die bij de Gemeenschap worden ingediend gaan vergezeld van alle economische en financiële gegevens welke nuttig zijn ter beoordeling van de consequenties welke voor de economie van de betrokken Staat voortvloeien uit de bijzondere en uitzonderlijke moeilijkheden welke de toekenning van de buitengewone steun van de Gemeenschap kunnen motiveren.

In het bijzonder wanneer deze moeilijkheden het gevolg zijn van een sterke daling van de wereldmarktprijzen, wordt bij de toekenning van een dergelijke steun rekening gehouden met de betekenis van het produkt of de produkten in kwestie voor de economie van de betrokken Staat, alsmede met de economische situatie van deze Staat.

Artikel 11

1. De in artikel 21 van de Overeenkomst bedoelde aanvragen om voorschotten worden met instemming van de betrokken geassocieerde Staat of Staten ingediend

die Folgen von Schwankungen der Notierungen für Erzeugnisse auszugleichen, oder von einem Erzeugerverband mit Einverständnis des oder der betreffenden assoziierten Staaten eingereicht.

(2) Unabhängig von der Geltungsdauer des Abkommens können die Vorschüsse für höchstens drei Jahre gewährt werden. Innerhalb der festgelegten Rückzahlungsfristen sind sie zinsfrei.

(3) Der oder die betreffenden assoziierten Staaten bürgen für die Rückzahlung der Vorschüsse sowie für die Zahlung etwaiger Säumniszuschläge.

conséquences des fluctuations des cours des produits, soit par un groupement de producteurs, avec l'accord du ou des Etats associés intéressés.

2. Les avances peuvent avoir une durée maximum de 3 ans, indépendamment de la durée d'application de la Convention. Elles sont exonérées d'intérêt dans la limite des délais de remboursement stipulée.

3. Le remboursement des avances, ainsi que le paiement d'éventuelles indemnités de retard, sont garantis par le ou les Etats associés intéressés.

Kapitel III

Verwendung der Hilfe

Artikel 12

(1) Die Unterlagen nach Artikel 22 Absatz 2 des Abkommens werden der Gemeinschaft zu Händen der Kommission vorgelegt.

Die Vorhaben, für die ein Darlehen der Bank — gegebenenfalls mit Zinsvergütung — oder ein Beitrag zur Bildung von haftendem Kapital beantragt wird, sind jedoch der Bank vorzulegen.

(2) Die Gemeinschaft ist bei der Festlegung der Finanzierungsmodalitäten an die beantragte Finanzierungsart nicht gebunden.

Artikel 13

(1) Mit der Finanzhilfe können sowohl Ausgaben für Einfuhren als auch örtliche Ausgaben bestritten werden, die für die Verwirklichung genehmigter Investitionsvorhaben notwendig sind.

(2) Diese Hilfen dürfen nicht zur Deckung laufender Verwaltungs-, Unterhaltungs- und Betriebskosten verwendet werden.

Artikel 14

Die Vorschriften über die Monopole und die gemäß Artikel 7 des Abkommens sowie gemäß Protokoll Nr. 3 beibehaltenen oder eingeführten mengenmäßigen Beschränkungen werden auf die aus der Gemeinschaftshilfe finanzierten Einfuhren in einen assoziierten Staat nicht angewandt.

Artikel 15

Die Gemeinschaft und die assoziierten Staaten wirken an allen Maßnahmen mit, die notwendig sind, um zu gewährleisten, daß die von der Gemeinschaft bereitgestellten Mittel gemäß den Artikeln 26 und 28 des Abkommens verwendet werden.

Artikel 16

Die allgemeinen Klauseln und Bedingungen für die Vergabe und die Durchführung der vom Fonds finanzierten öffentlichen Aufträge sind Gegenstand einer gemeinsamen Regelung, die auf Vorschlag der Kommission durch Beschluß des Assoziationsrates auf dessen erster Tagung nach Inkrafttreten des Abkommens festgelegt wird.

Artikel 17

(1) Die zuständigen Behörden der assoziierten Staaten sind für die Durchführung der von ihren Regierungen vorgelegten und von der Gemeinschaft finanzierten Vorhaben verantwortlich. Im übrigen sind die regionalen oder zwischenstaatlichen Einrichtungen sowie die Unternehmen jeweils für ihren Bereich für die Durchführung der von ihnen vorgelegten Vorhaben verantwortlich.

Chapitre III

Utilisation des aides

Article 12

1. Les dossiers visés à l'article 22 paragraphe 2 de la Convention sont présentés à la Communauté à l'adresse de la Commission.

Toutefois, sont présentés à la Banque les projets pour lesquels est demandé, soit un prêt de la Banque, éventuellement assorti d'une bonification d'intérêts, soit une contribution à la formation des capitaux à risques.

2. Le mode de financement figurant dans la demande ne préjuge pas les modalités de financement qui seront retenues par la Communauté.

Article 13

1. Les aides financières peuvent être utilisées pour couvrir des dépenses d'importation aussi bien que les dépenses locales nécessaires à la réalisation des projets d'investissements approuvés.

2. Ces aides ne peuvent être utilisées pour couvrir les dépenses courantes d'administration, d'entretien et de fonctionnement.

Article 14

Les dispositions relatives aux monopoles et les restrictions quantitatives maintenues ou établies en application de l'article 7 de la Convention et du Protocole n° 3 ne s'appliquent pas aux importations dans un Etat associé lorsque celles-ci sont financées par l'aide communautaire.

Article 15

La Communauté et les Etats associés collaborent à toutes mesures nécessaires pour assurer que l'utilisation des montants attribués par la Communauté se réalise conformément aux dispositions des articles 26 et 28 de la Convention.

Article 16

Les clauses et conditions générales applicables à la passation et à l'exécution des marchés publics financés par le Fonds, font l'objet d'une réglementation commune qui, sur proposition de la Commission, est arrêtée par décision du Conseil d'Association lors de sa première session après la date d'entrée en vigueur de la Convention.

Article 17

1. Les autorités compétentes des Etats associés sont responsables de l'exécution des projets présentés par leur Gouvernement et financés par la Communauté. En outre, les organismes régionaux ou interétatiques, ainsi que les entreprises, sont responsables, en ce qui les concerne, de l'exécution des projets qu'ils ont présentés.

conseguenze delle fluttuazioni dei corsi dei prodotti, oppure dalle associazioni di produttori, con l'accordo dello Stato associato o degli Stati associati interessati.

2. Le anticipazioni possono essere concesse per un massimo di 3 anni, indipendentemente dalla durata di applicazione della Convenzione. Esse sono esenti da interessi nel termine di rimborso stipulato.

3. Il rimborso delle anticipazioni e il pagamento di eventuali indennità di mora sono garantiti dallo Stato associato o dagli Stati associati interessati.

Capitolo III

Utilizzazione degli aiuti

Articolo 12

1. I fascicoli di cui all'articolo 22, paragrafo 2, della Convenzione sono presentati alla Comunità indirizzandoli alla Commissione.

Tuttavia, sono presentati alla Banca i progetti per i quali è richiesto un prestito della Banca, con eventuale abbuono di interessi, oppure un contributo alla formazione dei capitali a rischio.

2. Il modo di finanziamento previsto nella domanda non pregiudica le modalità di finanziamento che saranno adottate dalla Comunità.

Articolo 13

1. Gli aiuti finanziari possono essere utilizzati a copertura di spese per importazioni, nonché spese locali necessarie alla realizzazione dei progetti di investimento approvati.

2. Essi non possono essere utilizzati a copertura delle spese correnti di amministrazione, manutenzione e funzionamento.

Articolo 14

Le disposizioni relative ai monopoli e le restrizioni quantitative mantenute o introdotte in applicazione dell'articolo 7 della Convenzione e del Protocollo n° 3 non si applicano alle importazioni in uno Stato associato quando dette importazioni sono finanziate mediante aiuti comunitari.

Articolo 15

La Comunità e gli Stati associati collaborano a tutte le misure volte ad assicurare che gli importi concessi dalla Comunità siano utilizzati conformemente alle disposizioni di cui agli articoli 26 e 28 della Convenzione.

Articolo 16

Le clausole e le condizioni generali applicabili all'aggiudicazione e all'esecuzione degli appalti pubblici finanziati dal Fondo sono stabilite in una regolamentazione comune che, su proposta della Commissione, è adottata con decisione del Consiglio di Associazione nella prima sessione dopo l'entrata in vigore della Convenzione.

Articolo 17

1. Le autorità competenti degli Stati associati sono responsabili dell'esecuzione dei progetti presentati dal loro governo e finanziati dalla Comunità. Inoltre, gli organismi regionali o interstatali e le imprese sono responsabili, per quanto li riguarda, dell'esecuzione dei progetti da essi presentati.

door de nationale of tussenstaatse organisaties die tot taak hebben, de gevolgen van de fluctuaties van de prijzen der produkten te ondervangen, dan wel door een producentenvereniging.

2. De voorschotten kunnen, ongeacht de toepassingsduur van de Overeenkomst, een looptijd hebben van ten hoogste 3 jaar. Binnen de grenzen van de voorgescreven terugbetalingstermijnen zijn zij van rente vrijgesteld.

3. De terugbetaling van de voorschotten alsmede de betaling van eventuele vergoedingen wegens te late terugbetaling, worden door de betrokken geassocieerde Staat of Staten gewaarborgd.

Hoofdstuk III

Aanwending van de steun

Artikel 12

1. De dossiers bedoeld in artikel 22, lid 2, van de Overeenkomst worden bij de Gemeenschap ingediend, aan het adres van de Commissie.

Aan de Bank worden echter de projecten voorgelegd waarvoor hetzij een lening van de Bank met eventueel een rentesubsidie, hetzij een bijdrage aan de vorming van risicodragend kapitaal, wordt aangevraagd.

2. De wijze van financiering die in de aanvraag wordt vermeld, loopt niet vooruit op de wijze van financiering waartoe door de Gemeenschap zal worden besloten.

Artikel 13

1. De financiële steun kan worden aangewend ter dekking van uitgaven voor invoer alsook van de plaatselijke uitgaven die nodig zijn voor de uitvoering van de goedgekeurde investeringsprojecten.

2. Deze steun mag niet worden aangewend ter dekking van lopende administratieve en huishoudelijke uitgaven of van lopende uitgaven voor onderhoud.

Artikel 14

De bepalingen inzake de monopolies en de met toepassing van artikel 7 van de Overeenkomst en van Protocol No. 3 gehandhaafde of ingevoerde kwantitatieve beperkingen gelden niet voor de invoer in een geassocieerde Staat, wanneer deze invoer door de Gemeenschap wordt gefinancierd.

Artikel 15

De Gemeenschap en de geassocieerde Staten werken samen bij alle maatregelen die nodig zijn om te waarborgen dat de besteding der door de Gemeenschap toegekende bedragen geschiedt overeenkomstig de artikelen 26 en 28 van de Overeenkomst.

Artikel 16

Voor de algemene bepalingen en voorwaarden voor het sluiten en uitvoeren van door het Fonds gefinancierde overheidscontracten, worden, op voorstel van de Commissie, bij besluit van de Associatieraad tijdens zijn eerste zitting na de datum van inwerkingtreding van de Overeenkomst gemeenschappelijke voorschriften vastgesteld.

Artikel 17

1. De bevoegde autoriteiten van de geassocieerde Staten zijn verantwoordelijk voor de uitvoering van de door hun Regering ingediende en door de Gemeenschap gefinancierde projecten. Voorts zijn de regionale of tussenstaatse organisaties, alsmede de ondernemingen ieder voor zich verantwoordelijk voor de uitvoering van de projecten die zij hebben ingediend.

(2) Die Regierungen der assoziierten Staaten, gegebenenfalls auch die Fachinstitute oder die sonstigen Fachrichtungen der Mitgliedstaaten oder der assoziierten Staaten, sind für die Durchführung der von den Regierungen vorgelegten Maßnahmen auf dem Gebiet der technischen Zusammenarbeit verantwortlich.

Artikel 18

Die Finanz- und Verwaltungskosten des Fonds sowie die Kosten der Kontrolle der Vorhaben und Programme gehen zu Lasten der für nichtrückzahlbare Zuschüsse bestimmten Mittel.

Artikel 19

Auf den Tagungen des Assoziationsrates oder des Assoziationsausschusses ist ein Vertreter der Bank zugegen, wenn auf der Tagesordnung Punkte stehen, die zum Zuständigkeitsbereich der Bank gehören.

2. Les Gouvernements des Etats associés et le cas échéant les instituts ou autres organismes spécialisés des Etats membres et des Etats associés sont responsables de l'exécution des actions de coopération technique présentées par les Gouvernements.

Article 18

Les frais financiers et administratifs résultant de la gestion du Fonds, ainsi que les frais de contrôle des projets et programmes, sont imputés sur les ressources destinées aux aides non remboursables.

Article 19

Un représentant de la Banque assiste aux réunions du Conseil ou du Comité d'Association lorsque figurent à leur ordre du jour des questions relevant des domaines qui la concernent.

Protokoll Nr. 7 über den Wert der Rechnungseinheit

Protocole N° 7 relatif à la valeur de l'unité de compte

DIE HOHEN VERTRAGSPARTEIEN

SIND über folgende Bestimmungen ÜBEREINGEKOMMEN, die dem Abkommen als Anhang beigefügt sind:

Artikel 1

Der Wert der Rechnungseinheit, die im Assoziierungsabkommen oder in Durchführungsbestimmungen hierzu zur Festlegung von Beträgen verwendet wird, beträgt 0,88867088 Gramm Feingold.

Artikel 2

Die Parität der Währung eines Mitgliedstaates gegenüber der in Artikel 1 bestimmten Rechnungseinheit ist das Verhältnis zwischen dem Feingoldgehalt dieser Rechnungseinheit und dem Feingoldgehalt, welcher der dem Internationalen Währungsfonds angezeigten Parität dieser Währung entspricht. In Ermangelung einer angezeigten Parität oder für den Fall, daß für den laufenden Zahlungsverkehr Wechselkurse angewendet werden, die um eine größere Spanne von der Parität abweichen als der Währungsfonds zuläßt, wird der Feingoldgehalt, der der Währungsparität entspricht, unter Zugrundelegung des Wechselkurses, der in dem Mitgliedstaat am Tage der Berechnung für laufende Zahlungen für eine direkt oder indirekt definierte und in Gold konvertierbare Währung angewendet wird, und unter Zugrundelegung der dem Internationalen Währungsfonds angezeigten Parität dieser konvertierbaren Währung berechnet.

Artikel 3

Die in Artikel 1 bestimmte Rechnungseinheit wird während der gesamten Durchführungszeit des Assoziierungsabkommens nicht geändert. Wird jedoch vor Ablauf der Laufzeit dieses Abkommens vom Internationalen Währungsfonds nach Artikel 4 Abschnitt 7 seiner Satzung eine einheitlich proportionale Änderung der Parität aller Währungen gegenüber dem Gold beschlossen, so wird der Feingoldgehalt der Rechnungseinheit im umgekehrten Verhältnis hierzu geändert.

LES HAUTES PARTIES CONTRACTANTES

SONT CONVENUES des dispositions suivantes, qui sont annexées à la Convention:

Article 1

La valeur de l'unité de compte utilisée pour exprimer des sommes dans la Convention d'Association ou dans les dispositions prises en application de celle-ci est de 0,88867088 gramme d'or fin.

Article 2

La parité de la monnaie d'un Etat membre par rapport à l'unité de compte définie à l'article 1 est le rapport entre le poids d'or fin contenu dans cette unité de compte et le poids d'or fin correspondant à la parité de cette monnaie déclarée au Fonds monétaire international. A défaut de parité déclarée ou dans le cas d'application aux paiements courants, de cours s'écartant de la parité d'une marge supérieure à celle qui est autorisée par le Fonds monétaire, le poids d'or fin correspondant à la parité de la monnaie sera calculé sur la base du taux de change appliqué dans l'Etat membre pour les paiements courants, le jour du calcul, à une monnaie directement ou indirectement définie et convertible en or et sur la base de la parité déclarée au Fonds monétaire de cette monnaie convertible.

Article 3

L'unité de compte, telle que définie à l'article 1, demeurera inchangée pour toute la durée d'exécution de la Convention. Toutefois, si avant la date d'expiration de cette dernière devait intervenir une modification uniformément proportionnelle du pair de toutes monnaies par rapport à l'or décidée par le Fonds monétaire international, en application de l'article 4 section 7 de ses Statuts, le poids d'or fin de l'unité de compte variera en fonction inverse de cette modification.

2. I governi degli Stati associati e, se del caso, gli istituti o altri organismi specializzati degli Stati membri o degli Stati associati, sono responsabili dell'esecuzione delle azioni di cooperazione tecnica presentate dai governi.

Articolo 18

Le spese finanziarie ed amministrative per la gestione del Fondo e le spese inerenti al controllo dei progetti e dei programmi sono imputate ai fondi destinati agli aiuti non rimborsabili.

Articolo 19

Un rappresentante della Banca assiste alle riunioni del Consiglio o del Comitato di Associazione quando all'ordine del giorno figurano punti inerenti ai settori che riguardano la Banca stessa.

2. De Regeringen van de geassocieerde Staten en, in voorkomend geval, de gespecialiseerde instellingen of andere gespecialiseerde lichamen van de Lid-Staten of van de geassocieerde Staten zijn verantwoordelijk voor de uitvoering van de door hun Regeringen voorgelegde acties inzake technische samenwerking.

Artikel 18

De kosten van financiële en administratieve aard, die voortvloeien uit het beheer van het Fonds, alsmede de kosten verboden aan het toezicht op de projecten en programma's worden afgeboekt op de voor de giften bestemde middelen.

Artikel 19

Een vertegenwoordiger van de Bank woont de vergaderingen van de Associatieraad of het Associatiecomité bij, wanneer op de desbetreffende agenda punten staan welke op haar werkterrein liggen.

Protocollo N° 7 relativo al valore dell'unità di conto

Protocol No. 7 betreffende de waarde van de rekeneenheid

LE ALTE PARTI CONTRAENTI

HANNO CONVENUTO le disposizioni seguenti che sono allegate alla Convenzione:

Articolo 1

Il valore dell'unità di conto utilizzato per esprimere importi nella Convenzione di Associazione o nelle disposizioni prese in applicazione della stessa è di 0,88867088 grammi d'oro fino.

Articolo 2

La parità della moneta di uno Stato membro rispetto all'unità di conto definita all'articolo 1 è il rapporto tra il peso d'oro fino contenuto in questa unità di conto e il peso d'oro fino corrispondente alla parità di tale moneta dichiarata al Fondo monetario internazionale. In mancanza di parità dichiarata o qualora nei pagamenti correnti si applichino corsi che si discostano dalla parità di un margine superiore a quello autorizzato dal Fondo monetario, il peso d'oro fino corrispondente alla parità della moneta sarà calcolato in base al tasso di cambio applicato, per i pagamenti correnti nello Stato membro alla data del calcolo, ad una moneta definita direttamente o indirettamente e convertibile in oro e in base alla parità di tale moneta convertibile dichiarata al Fondo monetario.

Articolo 3

L'unità di conto definita all'articolo 1 resterà immutata durante tutto il periodo di esecuzione della Convenzione. Tuttavia, qualora prima della data di scadenza di quest'ultima intervenga una modifica uniformemente proporzionale della parità di tutte le monete rispetto all'oro decisa dal Fondo monetario internazionale, in applicazione dell'articolo 4, sezione 7 degli Statuti dello stesso, il peso d'oro fino dell'unità di conto varierà in funzione inversa alla suddetta modifica.

DE HOGE OVEREENKOMSTSLUITENDE PARTIJEN

HEBBEN OVEREENSTEMMING BEREIKT omtrent de volgende bepalingen, die aan de Overeenkomst zijn gehecht:

Artikel 1

De waarde van de rekeneenheid die gebruikt wordt om in de Associatieovereenkomst of in de krachtens deze Overeenkomst vastgestelde maatregelen bedragen uit te drukken, bedraagt 0,88867088 gram fijn goud.

Artikel 2

De pariteit van de valuta van een Lid-Staat ten opzichte van de in artikel 1 omschreven rekeneenheid is gelijk aan de verhouding tussen het gewicht aan fijn goud dat deze rekeneenheid bevat en het gewicht aan fijn goud dat overeenkomt met de bij het Internationaal Monetair Fonds aangegeven pariteit van deze valuta. Bij gebreke van aangegeven pariteit of indien op de lopende betalingen wisselkoersen worden toegepast welke van de pariteit afwijken met een hogere dan de door het Monetair Fonds toegestane marge, wordt het met de pariteit van de valuta overeenkomende gewicht aan fijn goud berekend op basis van de wisselkoers welke in de Lid-Staat op de dag van de berekening voor lopende betalingen wordt toegepast op een direct of indirect omschreven en tegen goud inwisselbare valuta, alsmede op basis van de aan het Monetair Fonds mededeelde pariteit van deze inwisselbare valuta.

Artikel 3

De in artikel 1 omschreven rekeneenheid blijft ongewijzigd voor de gehele looptijd van de Overeenkomst. Indien echter vóór de datum waarop de Overeenkomst afloopt, een in verhouding tot de pariteit van alle valuta's ten opzichte van goud uniforme wijziging plaatsvindt, waartoe het Internationaal Monetair Fonds krachtens artikel IV, sectie 7, van zijn statuten heeft besloten, varieert het gewicht aan fijn goud van de rekeneenheid omgekeerd evenredig aan deze wijziging.

Führen ein oder mehrere Mitgliedstaaten den in Absatz 1 genannten Beschluß des Internationalen Währungsfonds nicht durch, so verändert sich der Feingoldgehalt der Rechnungseinheit im umgekehrten Verhältnis zu der vom Internationalen Währungsfonds beschlossenen Änderung. Der Rat der Europäischen Gemeinschaften prüft jedoch die auf diese Weise entstandene Lage und trifft mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Währungsausschusses die erforderlichen Maßnahmen.

Au cas où un ou plusieurs Etats membres ne mettraient pas en application la décision prise par le Fonds monétaire international visée à l'alinéa ci-dessus, le poids d'or fin de l'unité de compte variera en fonction inverse de la modification décidée par le Fonds monétaire international. Cependant le Conseil des Communautés Européennes examinera la situation ainsi créée et prendra, à la majorité qualifiée sur proposition de la Commission et après avis du Comité monétaire, les mesures nécessaires.

Protokoll Nr. 8 über die Satzung des Schiedsgerichts der Assoziation

Protocole N° 8 relatif au Statut de la Cour arbitrale de l'Association

DIE HOHEN VERTRAGSPARTEIEN

SIND über folgende Bestimmungen ÜBEREINGEKOMMEN, die dem Abkommen als Anhang beigelegt sind:

LES HAUTES PARTIES CONTRACTANTES

SONT CONVENUES des dispositions suivantes, qui sont annexées à la Convention:

Artikel 1

Für die Errichtung und die Tätigkeit des nach Artikel 41 des Abkommens eingesetzten Schiedsgerichts gelten die Bestimmungen des Abkommens und dieser Satzung.

Article 1

La Cour instituée par l'article 41 de la Convention est constituée et exerce ses fonctions conformément aux dispositions de la Convention et du présent Statut.

Kapitel I

Mitglieder des Schiedsgerichts

Chapitre I

Des membres de la Cour

Artikel 2

Die Richter und die stellvertretenden Richter werden für die Dauer des Abkommens ernannt. Im Falle des Todes oder Rücktritts eines Richters oder eines stellvertretenden Richters unterrichtet der Präsident des Schiedsgerichts den Assoziationsrat, der unverzüglich den neuen Richter oder stellvertretenden Richter auf Vorschlag des Rates der Europäischen Gemeinschaften oder der assoziierten Staaten ernennt.

Article 2

Les juges et les juges suppléants sont nommés pour la durée de la Convention. En cas de décès ou de démission d'un juge ou d'un juge suppléant, le Président de la Cour en informe le Conseil d'Association qui procède aussitôt à la nomination du nouveau juge ou juge suppléant, sur présentation, selon le cas, du Conseil des Communautés Européennes ou des Etats associés.

Im Falle des Rücktritts bleiben die Richter und die stellvertretenden Richter bis zur Ernennung ihres Nachfolgers im Amt.

En cas de démission, les juges et les juges suppléants restent en fonction jusqu'à la nomination de leur successeur.

Artikel 3

Die ordentlichen und stellvertretenden Mitglieder leisten den Eid, ihr Amt unparteiisch und gewissenhaft auszuüben und das Beratungsgeheimnis zu wahren. Der Eid ist in der vom Heimatrecht der Mitglieder vorgesehenen Form in der ersten öffentlichen Sitzung nach ihrer Ernennung zu leisten.

Article 3

Les membres titulaires ou suppléants de la Cour prêtent serment d'exercer leurs fonctions impartialement et en toute conscience et de ne rien divulguer du secret des délibérations. Ce serment est prêté suivant les formes prévues par la législation nationale desdits membres lors de la première audience publique qui suit leur nomination.

Artikel 4

Der Präsident des Schiedsgerichts wird für die Dauer des Abkommens ernannt. Im Falle des Todes oder Rücktritts des Präsidenten unterrichtet das Schiedsgericht den Assoziationsrat, der unverzüglich einen neuen Präsidenten ernennt.

Article 4

Le Président de la Cour est nommé pour la durée de la Convention. En cas de décès ou de démission du Président, la Cour en informe le Conseil d'Association qui procède aussitôt à la nomination d'un nouveau Président.

Im Falle des Rücktritts bleibt der Präsident bis zur Ernennung seines Nachfolgers im Amt.

En cas de démission, le Président reste en fonction jusqu'à la nomination de son successeur.

Qualora uno o più Stati membri non applichino la decisione adottata dal Fondo monetario internazionale di cui al comma precedente, il peso d'oro fino dell'unità di conto varierà in funzione inversa alla modifica decisa dal Fondo monetario internazionale. Tuttavia, il Consiglio delle Comunità Europee esaminerà la situazione creata ed adotterà a maggioranza qualificata, su proposta della Commissione e previo parere del Comitato monetario, le misure necessarie.

Indien één of meer Lid-Staten de in bovenstaande alinea bedoelde beslissing van het Internationaal Monetair Fonds niet toepassen, varieert het gewicht aan fijn goud van de rekeneenheid omgekeerd evenredig aan de wijziging waartoe het Internationaal Monetair Fonds heeft besloten. De Raad van de Europese Gemeenschappen zal echter de aldus ontstane situatie bezien en, op voorstel van de Commissie en na advies van het Monetair Comité, met gekwalificeerde meerderheid van stemmen de vereiste maatregelen treffen.

Protocollo N° 8 relativo allo Statuto della Corte arbitrale dell'Associazione

Protocol No. 8 betreffende het Statuut van het Arbitragehof van de Associatie

LE ALTE PARTI CONTRAENTI

HANNO CONVENUTO le seguenti disposizioni che sono allegate alla Convenzione:

Articolo 1

La Corte, istituita dall'articolo 41 della Convenzione, è costituita ed esercita le proprie funzioni conformemente alle disposizioni della Convenzione e del presente Statuto.

Capitolo I

Dei membri della corte

Articolo 2

I giudici e i giudici supplenti sono nominati per la durata della Convenzione. In caso di morte o di dimissioni di un giudice o di un giudice supplente, il Presidente della Corte ne informa il Consiglio di Associazione che procede senza indugio alla nomina del nuovo giudice o giudice supplente su proposta, a seconda dei casi, del Consiglio delle Comunità Europee o degli Stati associati.

In caso di dimissioni, i giudici ed i giudici supplenti rimangono in carica fino alla nomina del successore.

Articolo 3

I membri titolari o supplenti della Corte prestano giuramento di esercitare le loro funzioni con imparzialità e secondo coscienza e di mantenere il segreto sulle deliberazioni. Il giuramento è prestato, nelle forme stabilite dalle rispettive leggi nazionali, nella prima udienza pubblica successiva alla nomina.

Articolo 4

Il Presidente della Corte è nominato per la durata della Convenzione. In caso di morte o dimissioni del Presidente, la Corte ne informa il Consiglio di Associazione che procede senza indugio alla nomina di un nuovo Presidente.

In caso di dimissioni, il Presidente rimane in carica fino alla nomina del successore.

DE HOGE OVEREENKOMSTSLUITENDE PARTIJEN,

HEBBEN OVEREENSTEMMING BEREIKT omtrent de volgende bepalingen, die aan de Overeenkomst zijn gehecht:

Artikel 1

Het bij artikel 41 van de Overeenkomst ingestelde Hof wordt samengesteld en oefent zijn functies uit overeenkomstig de bepalingen van de Overeenkomst en van dit Statuut.

Hoofdstuk 1

Van de leden van het Hof

Artikel 2

De rechters en de rechters-plaatsvervangers worden benoemd voor de duur van de Overeenkomst. In geval van overlijden of aftreding van een rechter of een rechter-plaatsvervanger, doet de President van het Hof daarvan mededeling aan de Associatieraad, die onverwijld de nieuwe rechter of rechter-plaatsvervanger benoemt, op voordracht van de Raad van de Europese Gemeenschappen of van de geassocieerde Staten, al naargelang het geval.

In geval van aftreding blijven de rechters en de rechters-plaatsvervangers in functie totdat hun opvolger is benoemd.

Artikel 3

De gewone leden en de plaatsvervangende leden van het Hof leggen de eed af dat zij hun functies in onpartijdigheid en geheel overeenkomstig hun geweten zullen uitoefenen en dat zij niets vat het geheim der beraadslagingen openbaar zullen maken. Deze eed wordt op de eerstvolgende openbare terechtzitting na hun benoeming afgelegd overeenkomstig de ter zake in de nationale wetgeving dier leden voorgeschreven vormen.

Artikel 4

De President van het Hof wordt benoemd voor de duur van de Overeenkomst. In geval van overlijden of aftreding van de President doet het Hof hiervan mededeling aan de Associatieraad, die onverwijld een nieuwe President benoemt.

In geval van aftreding, blijft de President in functie totdat zijn opvolger is benoemd.

Artikel 5

Glaubt ein Mitglied des Schiedsgerichts, bei der Entscheidung einer bestimmten Sache aus einem besonderen Grund nicht mitwirken zu dürfen, so benachrichtigt es das Schiedsgericht, das darüber befindet.

Glaubt der Präsident, daß ein Richter des Schiedsgerichts bei der Entscheidung einer bestimmten Sache aus einem besonderen Grund nicht mitwirken darf, so wendet er sich an das Schiedsgericht, das darüber befindet.

Artikel 6

Ist ein Richter verhindert, so tritt sein Stellvertreter nach Maßgabe von Artikel 11 Absatz 3 vorläufig an seine Stelle; ist dieser seinerseits verhindert, so tritt der Stellvertreter des anderen, auf Vorschlag derselben Stellen ernannten Richters ebenfalls nach Maßgabe von Artikel 11 Absatz 3 vorläufig an seine Stelle.

Artikel 7

Ist der Präsident aus anderen Gründen als durch Tod verhindert, so kann der Assoziationsrat eine Person bestellen, die die Amtsgeschäfte des Präsidenten ganz oder teilweise vorläufig übernehmen soll.

Artikel 8

Im Interesse der Erfüllung der Aufgaben des Schiedsgerichts stehen den Mitgliedern des Schiedsgerichts die Vorrechte, Befreiungen und Erleichterungen zu, die den Mitgliedern internationaler Rechtsprechungsorgane und internationaler Schiedsgerichte in der Regel zuerkannt werden.

Die Mitglieder des Schiedsgerichts dürfen wegen der von ihnen in ihrer amtlichen Eigenschaft vorgenommenen Handlungen insbesondere weder in ein Ermittlungsverfahren verwickelt noch verfolgt werden; diese Befreiung steht ihnen auch nach Beendigung ihrer Tätigkeit zu.

Das Schiedsgericht kann die in diesem Artikel vorgesehenen Befreiungen mit Ausnahme der Befreiung, die für die unter Absatz 2 fallenden Handlungen gilt, aufheben.

Kapitel II

Organisation und Dienststellen des Schiedsgerichts

Artikel 9

Das Schiedsgericht tagt an demselben Ort wie der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften.

Artikel 10

Als Dienststellen des Schiedsgerichts werden die Dienststellen des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften tätig; insbesondere wird als Kanzlei die Kanzlei des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften tätig.

Kapitel III

Verfahren vor dem Schiedsgericht

Artikel 11

Das Schiedsgericht tritt nach Bedarf auf Einberufung durch seinen Präsidenten zusammen.

Das Schiedsgericht kann nur in der Besetzung mit dem Präsidenten und vier Richtern tagen und entscheiden.

Article 5

Si, pour une raison spéciale, l'un des membres de la Cour estime devoir ne pas participer au jugement d'une affaire déterminée, il en fait part à la Cour qui statue.

Si le Président estime qu'un des juges de la Cour ne doit pas, pour une raison spéciale, participer au jugement d'une affaire déterminée, il en saisit la Cour qui statue.

Article 6

En cas d'empêchement d'un juge, son suppléant le remplace à titre temporaire dans les conditions prévues à l'article 11 troisième alinéa; si, à son tour, celui-ci est empêché, le suppléant de l'autre juge nommé sur présentation des mêmes autorités le remplace dans les mêmes conditions.

Article 7

En cas d'empêchement du Président autre que le décès, le Conseil d'Association peut désigner une personne appelée à le remplacer à titre provisoire dans tout ou partie de ses fonctions.

Article 8

Les membres de la Cour jouissent, dans l'intérêt de l'accomplissement par la Cour de sa mission, des privilèges, immunités et facilités normalement reconnus aux membres des juridictions internationales et des tribunaux arbitraux internationaux.

A ce titre, ils ne peuvent notamment être poursuivis ni recherchés pour les actes accomplis par eux en leur qualité officielle; ils continuent à bénéficier de cette immunité après la cessation de leurs fonctions.

A l'exception de celle protégeant les actes visés au deuxième alinéa, les immunités prévues au présent article peuvent être levées par la Cour.

Chapitre II

De l'organisation et des services de la Cour

Article 9

La cour siège au lieu où siège la Cour de Justice des Communautés Européennes.

Article 10

Le fonctionnement des services de la Cour et notamment de son greffe est assuré par les services de la Cour de Justice des Communautés Européennes.

Chapitre III

Le fonctionnement de la Cour

Article 11

La Cour se réunit selon les besoins de son fonctionnement sur convocation de son Président.

Pour siéger et délibérer valablement, la Cour doit être composée du Président et de quatre juges.

Articolo 5

Qualora, per un motivo particolare, uno dei membri della Corte reputi di non dover intervenire nella decisione di una causa determinata, ne informa la Corte che delibera in materia.

Qualora il Presidente reputi che un giudice della Corte non debba, per un motivo particolare, intervenire nella decisione di una causa determinata, interpella in proposito la Corte che delibera in materia.

Articolo 6

In caso d'impedimento di un giudice questi è sostituito a titolo temporaneo dal supplente, alle condizioni di cui all'articolo 11, terzo comma; qualora anche quest'ultimo sia impedito, la sostituzione è garantita alle stesse condizioni dal supplente dell'altro giudice, nominato su proposta delle stesse autorità.

Articolo 7

In caso di impedimento del Presidente per motivi diversi dal decesso, il Consiglio di Associazione può designare una persona destinata a sostituirlo provvisoriamente nelle sue funzioni, in tutto o in parte.

Articolo 8

I membri della Corte godono dei privilegi, della immunità e delle facilitazioni normalmente riconosciuti ai membri delle giurisdizioni internazionali e dai tribunali arbitrali internazionali, affinché la Corte medesima possa assolvere nel migliore dei modi ai propri compiti.

In virtù di quanto sopra, essi non possono in particolare venir perseguiti o ricercati per gli atti da loro compiuti in veste ufficiale; essi continuano a godere di tale immunità dopo la cessazione delle funzioni.

Le immunità di cui al presente articolo, eccezion fatta per quella predisposta in favore degli atti di cui al comma precedente, possono essere revocate dalla Corte.

Capitolo II

Dell'Organizzazione e dei servizi della Corte

Articolo 9

La Corte siede nello stesso luogo della Corte di Giustizia delle Comunità Europee.

Articolo 10

Il funzionamento dei servizi della Corte, ed in particolare della cancelleria, è assicurato dai servizi della Corte di Giustizia delle Comunità Europee.

Capitolo III

Del funzionamento della Corte

Articolo 11

La Corte si riunisce secondo le proprie esigenze di funzionamento, su convocazione del Presidente.

La Corte siede e delibera validamente solo se composta dal Presidente e da quattro giudici.

Artikel 5

Wanneer een lid van het Hof om een bijzondere reden van oordeel is dat hij niet dient deel te nemen aan de berechting van een bepaalde zaak doet hij daarvan mededeling aan het Hof, dat beslist.

Indien de President van oordeel is dat een der rechters van het Hof om een bijzondere reden niet deel dient te nemen aan de berechting van een bepaalde zaak, wendt hij zich ter zake tot het Hof, dat beslist.

Artikel 6

In geval van verhindering van een rechter wordt hij overeenkomstig de bepalingen van artikel 11, derde alinea, tijdelijk vervangen door zijn plaatsvervanger; indien deze laatste op zijn beurt verhinderd is, wordt hij op dezelfde voet vervangen door de plaatsvervanger van de andere op voordracht van dezelfde autoriteiten benoemde rechter.

Artikel 7

In geval van verhindering van de President anders dan door overlijden kan de Associatieraad een persoon aanwijzen die deze in al zijn functies of in een deel daarvan voorlopig dient te vervangen.

Artikel 8

De leden van het Hof genieten, in het belang van de vervulling van de taak van het Hof, de voorrechten, immuniteiten en faciliteiten die normaal aan de leden van internationale gerechten en van internationale scheidsgerichten worden verleend.

Uit dien hoofde kunnen zijn met name niet worden vervolgd, noch ook in enig opsporingsonderzoek worden betrokken met betrekking tot hetgeen zij in hun officiële hoedanigheid hebben gedaan; zij blijven deze immuniteit genieten nadat zij hun ambt hebben neergelegd.

Het Hof kan de in dit artikel bedoelde immuniteiten opheffen, met uitzondering van die ter bescherming van de in de vorige alinea bedoelde handelingen.

Hoofdstuk II

Van de organisatie en van de diensten van het Hof

Artikel 9

Het Hof houdt zitting op dezelfde plaats als waar het Hof van Justitie der Europese Gemeenschappen zitting houdt.

Artikel 10

De diensten van het Hof van Justitie der Europese Gemeenschappen dragen zorg voor de werking van de diensten van het Hof en met name voor die van zijn griffie.

Hoofdstuk III

Van de werkzaamheid van het Hof

Artikel 11

De President roept het Hof bijeen naargelang dit voor de vervulling van deszelfs taak nodig is.

Om op geldige wijze zitting te houden en te beslissen moet het Hof zijn samengesteld uit zijn President en vier rechters.

Ein zur Teilnahme an der Erledigung eines Streitfalles berufener stellvertretender Richter bleibt mit diesem Fall bis zu dessen Abschluß befaßt.

Artikel 12

Die Parteien werden von einem oder mehreren von ihnen zu bestellenden Bevollmächtigten vertreten. Der Bevollmächtigte kann sich der Hilfe eines Anwalts, der in einem Mitgliedstaat oder einem assoziierten Staat zugelassen ist, oder der Hilfe eines Hochschullehrers bedienen, der Angehöriger eines Mitgliedstaates oder eines assoziierten Staates ist, dessen Rechtsordnung ihm gestattet, vor Gericht als Vertreter einer Partei aufzutreten.

Artikel 13

Die vor dem Schiedsgericht auftretenden Bevollmächtigten, Anwälte und Beistände genießen während der Dauer ihrer Aufgaben einschließlich der zu deren Erfüllung nötigen Reisezeit die üblichen Vorrechte und Befreiungen.

Sie können insbesondere wegen mündlicher oder schriftlicher Äußerungen, die sich auf die Rechtssache beziehen, nicht gerichtlich verfolgt werden.

Das Schiedsgericht kann die in Absatz 1 vorgesehenen Vorrechte und Befreiungen aufheben, wenn die Rechtssache nach seiner Auffassung hierdurch nicht beeinträchtigt wird.

Artikel 14

Das Verfahren ist kontradiktorisch; es richtet sich nach den Bestimmungen dieser Satzung und der Verfahrensordnung des Schiedsgerichts.

Artikel 15

Ein Streitfall wird durch Einreichung einer Antragschrift beim Schiedsgericht anhängig; der Gegenpartei ist Gelegenheit zu geben, innerhalb einer vom Präsidenten festzusetzenden Frist zu entgegnen.

Die Antragschrift muß enthalten:

- eine Darstellung des Streitgegenstandes;
- eine kurze Darstellung der Umstände, aus denen hervorgeht, daß der Streitfall vor dem Assoziationsrat nicht gütlich beigelegt worden ist und daß sich die Parteien nicht darüber geeinigt haben, wie eine geeignete Regelung gefunden werden kann;
- die Anträge der betreibenden Partei;
- eine kurze Darstellung der Gründe.

Artikel 16

Die Kanzlei übermittelt eine Abschrift der Antragschrift dem Assoziationsrat, der sie den Mitgliedstaaten, der Gemeinschaft und den assoziierten Staaten zustellt; diese können bis zur Beendigung des in der Verfahrensordnung vorgesehenen schriftlichen Verfahrens schriftliche Stellungnahmen beim Schiedsgericht einreichen, ohne dadurch als Parteien des Streitfalls zu gelten.

Findet nach dieser Satzung ein mündliches Verfahren statt, so können die Staaten, die schriftliche Stellungnahmen eingereicht haben, sich in ihm vertreten lassen. Das gleiche gilt für die Gemeinschaft.

Artikel 17

Die Beratungen des Schiedsgerichts sind und bleiben geheim.

Un juge suppléant, appelé à participer au règlement d'une affaire, siège dans cette affaire jusqu'à sa solution.

Article 12

Les parties sont représentées par un ou plusieurs agents nommés à cet effet. L'agent peut être assisté d'un avocat inscrit à un barreau d'un Etat membre ou d'un Etat associé, ou d'un professeur ressortissant d'un Etat membre ou d'un Etat associé dont la législation lui reconnaît le droit de plaider.

Article 13

Les agents, avocats et conseils devant la Cour jouissent pendant la durée de leurs missions, y compris le temps passé en voyage pour l'accomplissement de celles-ci, des privilèges et immunités d'usage.

A ce titre, ils jouissent notamment de l'immunité pour les paroles prononcées et les écrits produits relatifs à la cause.

La Cour peut lever les privilèges et immunités prévus au premier alinéa lorsqu'elle estime que cette levée n'est pas contraire à l'intérêt de la cause.

Article 14

La procédure est contradictoire; ses modalités sont fixées par le présent Statut et le règlement de procédure de la Cour.

Article 15

La Cour est saisie par une requête à laquelle la partie défenderesse doit être mise en mesure de répondre dans le délai fixé par le Président.

La requête contient:

- un exposé de l'objet du différend;
- un exposé succinct des éléments établissant qu'un règlement à l'amiable du différend n'a pas été obtenu auprès du Conseil d'Association et que les parties ne sont pas convenues d'un mode de règlement approprié;
- les conclusions de la partie requérante;
- un exposé sommaire des moyens invoqués.

Article 16

Le greffe transmet copie de la requête au Conseil d'Association qui la notifie aux Etats membres, à la Communauté et aux Etats associés, auxquels il est loisible jusqu'à la fin de la procédure écrite prévue par le règlement de procédure, de déposer devant la Cour des observations écrites, sans pour autant être considérés comme devenant parties au différend.

Lorsqu'il y a lieu, aux termes du présent Statut, d'ouvrir une procédure orale, les Etats ayant déposé des observations écrites peuvent s'y faire représenter. La même disposition s'applique à la Communauté.

Article 17

Les délibérations de la Cour sont et restent secrètes.

Il giudice supplente che sia intervenuto nella trattazione di una causa, partecipa alle sedute relative a tale causa fino alla sua conclusione.

Articolo 12

Le parti sono rappresentate da uno o più agenti all'uopo nominati. L'agente può essere assistito da un avvocato iscritto ad un albo professionale di uno Stato membro o di uno Stato associato o da un professore cittadino di uno Stato membro o di uno Stato associato la cui legislazione gli riconosca il diritto di patrocinare.

Articolo 13

Gli agenti, gli avvocati e i consulenti godono dinanzi alla Corte, per la durata delle loro missioni e degli spostamenti necessari al loro adempimento, dei privilegi e delle immunità di rito.

Essi godono in ispecie dell'immunità per le parole pronunziate e gli scritti prodotti che si riferiscano alla causa.

La Corte può togliere i privilegi e le immunità di cui al primo comma, quando ritenga che ciò non pregiudichi l'interesse della causa.

Articolo 14

Il procedimento è contraddittorio; le relative modalità sono stabilite dal presente statuto e dal regolamento di procedura della Corte.

Articolo 15

La Corte è adita mediante istanza a cui la parte convenuta deve essere posta in grado di rispondere nel termine impartito dal Presidente.

L'istanza contiene:

- l'esposizione dell'oggetto della controversia;
- l'esposizione sommaria dei fatti da cui risulta che, in sede di Consiglio di Associazione, non si è pervenuti ad una soluzione in via amichevole e che le parti non hanno raggiunto di comune accordo una soluzione appropriata;
- le conclusioni della parte ricorrente;
- l'esposizione sommaria dei motivi invocati.

Articolo 16

La cancelleria trasmette copia dell'istanza al Consiglio di Associazione che la comunica agli Stati membri, alla Comunità e agli Stati associati, i quali possono, prima della fine della fase scritta di cui al regolamento di procedura, depositare presso la Corte le loro osservazioni scritte, senza che peraltro essi divengano parti nella vertenza.

Qualora, a norma del presente statuto, si debba iniziare una procedura orale, gli Stati che hanno depositato osservazioni scritte, possono farvisi rappresentare. La stessa disposizione si applica alla Comunità.

Articolo 17

Le deliberazioni della Corte sono e restano segrete.

Een rechter-plaatsvervanger, die heeft moeten deelnemen aan de berechting van een zaak, zal over die zaak zitten tot de berechting is afgesloten.

Artikel 12

Partijen worden door een of meer daartoe aangewezen gemachtigden vertegenwoordigd. De gemachtigde kan zich doen bijstaan door een advocaat, ingeschreven bij een balie van een Lid-Staat of een geassocieerde Staat, of door een hoogleraar, die onderdaan is van een Lid-Staat of van een geassocieerde Staat, waarvan de wetgeving hem het recht toekent te pleiten.

Artikel 13

De gemachtigden, advocaten en raadslieden die voor het Hof verschijnen genieten tijdens de duur van hun taak en van de ter vervulling daarvan benodigde reistijd de gebruikelijke voorrechten en immunities.

Uit dien hoofde genieten zij met name immunitet voor hetgeen zij met betrekking tot de zaak hebben gezegd en geschreven.

Het Hof kan de in de eerste alinea bedoelde voorrechten en immunities opheffen wanneer het van oordeel is dat deze maatregel niet strijdig is met het belang van het geding.

Artikel 14

Het geding is contradictoir; de ter zake te volgen regels zijn neergelegd in dit statuut en het reglement voor de procesvoering van het Hof.

Artikel 15

Een zaak wordt bij het Arbitragehof aanhangig gemaakt door middel van een verzoekschrift; de verwerende partij wordt in de gelegenheid gesteld hierop te antwoorden binnen een door de President vast te stellen termijn.

Dit verzoekschrift houdt in:

- een uiteenzetting van het onderwerp van het geschil;
- een beknopte weergave der feiten, waaruit blijkt dat in de Associatieraad niet een schikking in der minne kon worden bereikt en dat partijen niet tot overeenstemming zijn gekomen ten aanzien van een passende regeling;
- de conclusiën van de eisende partij;
- een summier uiteenzetting van de aangevoerde middelen.

Artikel 16

De griffie zendt een afschrift van het verzoekschrift aan de Associatieraad, die zorg draagt voor de betekening daarvan aan de Lid-Staten, aan de Gemeenschap en aan de geassocieerde Staten, die tot aan het einde van de schriftelijke behandeling, bedoeld bij het reglement voor de procesvoering, aan het Hof schriftelijke opmerkingen kunnen voorleggen, zonder dat zij daarom geacht worden bij het geschil partij te worden.

Wanneer er krachtens dit Statuut aanleiding bestaat een mondelinge behandeling te doen plaatsvinden, kunnen de Staten welke schriftelijke opmerkingen hebben ingezonden, zich bij die behandeling doen vertegenwoordigen. Dezelfde bepaling geldt voor de Gemeenschap.

Artikel 17

De beraadslagingen van het Hof zijn en blijven geheim.

Artikel 18

Die Schiedssprüche des Schiedsgerichts müssen mit Gründen versehen sein und die Namen der Richter enthalten, die bei der Entscheidung mitgewirkt haben.

Sie werden in öffentlicher Sitzung verlesen.

Das Schiedsgericht entscheidet ex aequo et bono über die Kosten.

Artikel 19

Vor dem Schiedsgericht ist der Gebrauch der vier in Artikel 66 des Abkommens genannten Sprachen sowohl in den Schriftsätzen als auch im mündlichen Verfahren zulässig. Die Kanzlei veranlaßt die Übersetzung der Schriftstücke und mündlichen Ausführungen, wenn eine Partei oder ein Mitgliedstaat oder assoziierter Staat, der von seinen Rechten nach Artikel 16 Gebrauch macht, dies beantragt.

Artikel 20

Das Schiedsgericht kann Beweise erheben oder erheben lassen

Zeugen, die ordnungsgemäß geladen sind, haben der Ladung Folge zu leisten.

Das Schiedsgericht kann den innerstaatlichen Behörden falsche Zeugenaussagen, das Ausbleiben von Zeugen oder ihre strafbare Beeinflussung anzeigen.

Artikel 21

Das Schiedsgericht kann von den Parteien die Vorlage aller Urkunden und die Erteilung aller Auskünfte verlangen, die es für erforderlich hält.

Das Schiedsgericht kann ferner vom Assoziationsrat, von der Gemeinschaft und von den Mitgliedstaaten und assoziierten Staaten, die nicht Parteien des Streitfalles sind, alle für die Regelung des Streitfalles erforderlichen Auskünfte verlangen.

Artikel 22

Beschließt das Schiedsgericht auf Antrag einer der Parteien oder von Amts wegen außerordentliche Untersuchungsmaßnahmen, so fordert es die Parteien oder eine von ihnen auf, auf ein Sonderkonto einen Vorschuß einzuzahlen, den es zur Durchführung dieser Untersuchungsmaßnahmen für erforderlich hält.

Bei seiner Kostenentscheidung befindet das Schiedsgericht über die Verrechnung dieses Betrages.

Artikel 23

Als erstattungsfähig gelten die Kosten, welche die Parteien zur Geltendmachung ihrer Rechte aufwenden müssen, insbesondere Reise- und Aufenthaltskosten, die Vergütung eines Bevollmächtigten oder Anwalts, der sie vor dem Schiedsgericht vertritt oder ihnen Beistand leistet, sowie die Kosten für außerordentliche Untersuchungsmaßnahmen im Sinne des Artikels 22.

Kapitel IV

Die Verwaltungskosten des Schiedsgerichts

Artikel 24

Die Reise- und Aufenthaltskosten der Mitglieder des Schiedsgerichts nach Artikel 3 Absatz 2 des Protokolls Nr. 10 werden vom Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften vorgelegt.

Article 18

Les sentences arbitrales de la Cour sont motivées et mentionnent les noms des juges qui ont pris part au délibéré.

Elles sont lues en audience publique.

La Cour statue ex aequo et bono sur les dépens.

Article 19

Il peut être fait usage devant la Cour des quatre langues visées par l'article 66 de la Convention, aussi bien lors de l'échange des mémoires que lors de la procédure orale. Il incombe au greffe de veiller à la traduction des pièces de procédure et des plaidoiries, si cette traduction est demandée par une des parties ou par un Etat membre ou un Etat associé qui s'est prévalu des dispositions de l'article 16.

Article 20

La Cour peut procéder ou faire procéder à des mesures d'instruction.

Les témoins régulièrement cités sont tenus de déférer à la citation et de se présenter à l'audience.

La Cour peut dénoncer aux autorités nationales le faux témoignage, la défaillance des témoins ou leur subornation.

Article 21

La Cour peut demander aux parties de produire tous documents et de fournir toutes informations qu'elle estime nécessaires.

La Cour peut également demander au Conseil d'Association, à la Communauté, aux Etats membres et aux Etats associés, qui ne sont pas parties au différend, tous renseignements nécessaires à la solution de ce différend.

Article 22

Lorsque la Cour décide, soit à la demande d'une des parties, soit d'office, d'avoir recours à des mesures extraordinaires d'instruction, elle ordonne aux parties ou à l'une d'entre elles de consigner à un compte spécial le montant des avances qu'elle estime nécessaires pour faire face à des mesures d'instruction.

La Cour, en statuant sur les dépens, décide de l'imputation de cette somme.

Article 23

Sont considérés comme dépens récupérables les frais exposés par les parties et nécessaires pour faire valoir leurs droits, notamment les frais de déplacement et de séjour, la rémunération d'un agent ou d'un avocat qui les représente ou les assiste devant la Cour, ainsi que les frais pour des mesures extraordinaires d'instruction au sens de l'article 22.

Chapitre IV

Des frais de fonctionnement de la Cour

Article 24

Les frais de séjour et de voyage des membres de la Cour, prévus à l'article 3 deuxième alinéa du Protocole n° 10, font l'objet d'avances de la Cour de Justice des Communautés Européennes.

Articolo 18

Le sentenze arbitrali della Corte sono motivate e in esse è fatta menzione dei nomi dei giudici che hanno partecipato alla deliberazione.

Esse vengono lette in udienza pubblica.

La Corte decide sulle spese ex aequo et bono.

Articolo 19

Dinanzi alla Corte possono essere usate le quattro lingue di cui all'articolo 66 della Convenzione, sia nelle comparse, sia nella procedura orale. Spetta alla cancelleria provvedere alla traduzione degli atti di procedura e delle deduzioni orali qualora essa sia chiesta da una delle parti o da uno Stato membro o da uno Stato associato che si sia valso delle disposizioni dell'articolo 16.

Articolo 20

La Corte può assumere o far assumere mezzi istruttori.

I testimoni regolarmente citati sono tenuti ad ottemperare alla citazione ed a presentarsi all'udienza.

La Corte può denunciare alle autorità nazionali la falsa testimonianza, la mancata comparizione dei testimoni ovvero la loro subornazione.

Articolo 21

La Corte può chiedere alle parti di produrre tutti i documenti e di fornire tutte le informazioni che essa ritiene necessarie.

La Corte può del pari chiedere al Consiglio di Associazione, alla Comunità, agli Stati membri ed agli Stati associati che non siano parte in causa, tutte le informazioni necessarie alla soluzione della controversia.

Articolo 22

Qualora la Corte decida, su richiesta di una delle parti, oppure d'ufficio, di far ricorso a mezzi istruttori straordinari, ordina alle parti, o ad una delle parti, di versare su un conto speciale l'importo dell'anticipo che ritiene necessario per far fronte a tali mezzi istruttori.

La Corte, nel deliberare sulle spese, decide dell'imputazione di tale somma.

Articolo 23

Sono considerate ripetibili le spese sostenute dalle parti e necessarie al patrocinio dei loro diritti, in specie le spese di viaggio e soggiorno ed il compenso all'agente o all'avvocato che rappresenta od assiste le parti dinanzi alla Corte, nonché le spese per i mezzi istruttori straordinari ai sensi dell'articolo 22.

Capitolo IV

Delle spese di funzionamento della Corte

Articolo 24

Alle spese di viaggio e soggiorno dei membri della Corte, previste al secondo comma dell'articolo 3 del Protocollo n° 10, si provvede mediante anticipi della Corte di Giustizia delle Comunità Europee.

Artikel 18

De scheidsrechterlijke uitspraken van het Hof zijn met redenen omkleed en vermelden de namen der rechters die aan de beslissingen hebben deelgenomen.

De uitspraken worden op de openbare terechtzitting voorgelezen.

Het Hof beslist ex aequo et bono over de kosten.

Artikel 19

Zowel voor de schriftelijke als de mondelinge behandeling kan voor het Hof gebruik gemaakt worden van de vier in artikel 66 der Overeenkomst genoemde talen. De griffie draagt zorg voor de vertaling van de processtukken en pleidooien, wanneer zulks door een der partijen, of door een Lid-Staat of door een geassocieerde Staat, die van de in artikel 16 omschreven rechten gebruik heeft gemaakt, wordt verzocht.

Artikel 20

Het Hof kan tot instructie overgaan of last geven zulks te doen.

De getuige die behoorlijk is opgeroepen zal aan deze oproep gevolg moeten geven en ter terechtzitting moeten verschijnen.

Het Hof kan bij de nationale overheid aangifte doen van valse getuigenis, niet verschijnen van getuigen of strafbare beïnvloeding van getuigen.

Artikel 21

Het Hof kan partijen verzoeken alle stukken over te leggen en alle inlichtingen te verstrekken welke het nodig acht.

Het Hof kan eveneens aan de Associatieraad, de Gemeenschap, de Lid-Staten en de geassocieerde Staten die geen partij zijn bij het geschil verzoeken alle inlichtingen te verstrekken welke het voor de beslechting daarvan nodig acht.

Artikel 22

Wanneer het Hof op verzoek van een der partijen of ambtshalve beslist buitengewone instructiemaatregelen te gelasten, beveelt het aan de partijen of aan één daarvan op een bijzondere rekening het bedrag te storten van de voorschotten, dat het in verband met de voor deze instructiemaatregelen te maken kosten nodig acht.

Het Hof beslist bij de kostenuitspraak over de verrekening van deze som.

Artikel 23

Als terugvorderbare kosten worden beschouwd de door partijen gemaakte kosten voor zover tot het geldend maken hunner rechten noodzakelijk, en met name de reis- en verblijfkosten en het honorarium van de gemachtigde of de advocaat die hen voor het Hof vertegenwoordigt of bijstaat alsook de kosten voor de buitengewone instructiemaatregelen in de zin van artikel 22.

Hoofdstuk IV

Van de huishoudelijke kosten van het Hof

Artikel 24

De in artikel 3, tweede alinea, van Protocol No. 10 bedoelde reis- en verblijfkosten van de leden van het Hof worden door het Hof van Justitie der Europese Gemeenschappen voorgeschoten.

Der Präsident des Schiedsgerichts übermittelt dem Assoziationsrat am Ende jedes Jahres eine Abrechnung über die hierfür gezahlten Beträge; er fügt einen besonderen Bericht über die erfolgten Ausgaben und sämtliche Rechnungsbelege bei.

Diese Rechnung wird vom Assoziationsrat festgestellt; dieser ordnet an, daß die Erstattung binnen der auf seinen Beschluß folgenden zwei Monate erfolgt. Die eine Hälfte dieses Betrages wird von der Gemeinschaft, die andere von den assoziierten Staaten getragen.

Le Président de la Cour arbitrale adresse à la fin de chaque année au Conseil d'Association un décompte des sommes qui ont été versées à ce titre en les accompagnant d'un rapport spécial sur les dépenses effectuées et de toutes pièces comptables justificatives.

Ce compte est arrêté par le Conseil d'Association qui en prescrit le remboursement dans les deux mois de sa décision. Ce paiement est pour une moitié à la charge de la Communauté; il est pour l'autre moitié réparti entre les Etats associés.

Protokoll Nr. 9 über die Vorrechte und Befreiungen

Protocole N° 9 sur les privilèges et immunités

DIE HOHEN VERTRAGSPARTEIEN —

In dem Bestreben, das reibungslose Funktionieren der Assoziation sowie die Vorbereitung der Arbeiten der Assoziation und die Anwendung der zu ihrer Durchführung getroffenen Maßnahmen durch den Abschluß eines Protokolls über die Vorrechte und Befreiungen zu erleichtern,

In Erwägung nachstehender Gründe:

Es ist zu diesem Zweck angebracht, die Vorrechte und Befreiungen für die Personen, die an Arbeiten im Zusammenhang mit der Durchführung des Assoziationsabkommens teilnehmen, sowie für die amtliche Nachrichtenübermittlung über diese Arbeiten festzulegen, und zwar unbeschadet der Bestimmungen des am 8. April 1965 in Brüssel unterzeichneten Protokolls über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Gemeinschaften.

Es ist ferner angebracht, die Regelung für die Vermögensgegenstände, Liegenschaften und Guthaben des Koordinierungsrates und für dessen Personal vorzusehen.

Mit dem am heutigen Tage von den assoziierten Staaten unterzeichneten Protokoll über die Maßnahmen zur Durchführung von Artikel 45 des Abkommens ist als Koordinierungsorgan der assoziierten Staaten eingesetzt worden: ein Koordinierungsrat der afrikanischen und madagassischen Mitglieder des durch das Assoziierungsabkommen eingesetzten Assoziationsrates; zu dessen Unterstützung ist ein Koordinierungsausschuß der assoziierten Staaten tätig, bestehend aus den afrikanischen und madagassischen Mitgliedern des durch das Assoziierungsabkommen eingesetzten Assoziationsausschusses; dieser Koordinierungsrat und dieser Koordinierungsausschuß werden durch ein Koordinierungssekretariat unterstützt; Artikel 2 des genannten Protokolls erkennt dem Koordinierungsrat Rechtspersönlichkeit zu —

SIND über folgende Bestimmungen ÜBEREINGEKOMMEN, die dem Abkommen als Anhang beigefügt sind:

Kapitel I

Personen, die an den Arbeiten im Rahmen der Assoziation teilnehmen

Artikel 1

Die Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten und der assoziierten Staaten und die Vertreter der Organe der Europäischen Gemeinschaften sowie ihre Berater und

LES HAUTES PARTIES CONTRACTANTES,

Soucieuses de favoriser par la conclusion d'un Protocole sur les privilèges et immunités le bon fonctionnement de l'Association ainsi que la préparation des travaux de celle-ci et l'exécution des mesures prises pour son application,

Considérant qu'il y a lieu dans ces conditions de prévoir les privilèges et immunités dont pourront se prévaloir les personnes participant à des travaux se rapportant à l'application de la Convention et le régime des communications officielles intéressant ces travaux, et cela sans préjudice des dispositions du Protocole sur les privilèges et immunités des Communautés Européennes signé à Bruxelles le 8 avril 1965,

Considérant par ailleurs qu'il y a lieu de prévoir le régime à appliquer aux biens, fonds et avoirs du Conseil de coordination et au personnel de celui-ci,

Considérant que le Protocole relatif aux mesures à prendre pour l'application de l'article 45 de la Convention, signé ce jour par les Etats associés, a créé comme organe de coordination des Etats associés un Conseil de Coordination composé des membres africains et malgache du Conseil d'Association institué par la Convention d'Association et assisté par un Comité de Coordination composé des membres africains et malgache du Comité d'Association institué par ladite Convention et que ce Conseil et ce Comité sont assistés d'un Secrétariat de Coordination; que l'article 2 dudit Protocole interne reconnaît au Conseil de Coordination la personnalité juridique,

SONT CONVENUES des dispositions suivantes, qui sont annexées à la Convention:

Chapitre I

Personnes participant aux travaux se rapportant à l'Association

Article 1

Les Représentants des Gouvernements des Etats membres et des Etats associés et les Représentants des Institutions des Communautés Européennes ainsi que leurs

Il Presidente della Corte arbitrale, alla fine di ogni anno, trasmette al Consiglio di Associazione una distinta delle somme versate a tale titolo, allegando una relazione speciale sulle spese effettuate nonché i singoli documenti contabili giustificativi.

La distinta è approvata dal Consiglio di Associazione che ne ordina il rimborso nel termine di due mesi a decorrere dalla decisione. Il pagamento è per metà a carico della Comunità, e, per l'altra metà, viene ripartito tra gli Stati associati.

Aan het einde van ieder jaar zendt de President van het Arbitragehof aan de Associatieraad een afrekening van de uit dien hoofde gestorte bedragen, vergezeld van een speciaal verslag over de gedane uitgaven en van boekhoudkundige bewijsstukken.

Deze rekening wordt vastgesteld door de Associatieraad; deze schrijft de terugbetaling daarvan voor binnen twee maanden na zijn besluit. Het verschuldigde bedrag wordt voor de helft door de Gemeenschap gedragen, de andere helft wordt over de geassocieerde Staten omgeslagen.

Protocollo N° 9 sui privilegi e sulle immunità

Protocol No. 9 betreffende de voorrechten en immuniteiten

LE ALTE PARTI CONTRAENTI,

Sollecite di favorire, con la conclusione di un Protocollo sui privilegi e sulle immunità, il buon funzionamento dell'Associazione nonché la preparazione dei suoi lavori e l'esecuzione dei provvedimenti presi per la sua applicazione;

Considerando che è pertanto opportuno prevedere i privilegi e le immunità di cui potranno avvalersi le persone che partecipano a lavori inerenti all'applicazione della Convenzione, nonché il regime delle comunicazioni ufficiali relative a detti lavori, senza pregiudizio delle disposizioni del Protocollo sui privilegi e sulle immunità delle Comunità Europee firmato a Bruxelles l'8 aprile 1965;

Considerando altresì che è opportuno prevedere il regime da applicare ai beni, fondi e averi del Consiglio di coordinamento ed al suo personale;

Considerando che il Protocollo relativo alle misure da adottare per l'applicazione dell'articolo 45 della Convenzione, firmato in data odierna dagli Stati associati, ha istituito come organi di coordinamento degli Stati associati un Consiglio di coordinamento, composto dai membri africani e malgascio del Consiglio di Associazione istituito dalla Convenzione di Associazione, assistito da un Comitato di Coordinamento, composto dai membri africani e malgascio del Comitato di Associazione istituito dalla Convenzione stessa, e che detto Consiglio e detto Comitato sono assistiti da un Segretariato di coordinamento; che l'articolo 2 di detto Protocollo riconosce al Consiglio di coordinamento la personalità giuridica;

HANNO CONVENUTO le seguenti disposizioni che sono allegate alla Convenzione:

Capitolo I

Persone che partecipano ai lavori inerenti all'Associazione

Articolo 1

I Rappresentanti dei Governi degli Stati membri e degli Stati associati ed i Rappresentanti delle Istituzioni delle Comunità Europee nonché i loro consiglieri ed

DE HOGE OVEREENKOMSTSLUITENDE PARTIJEN,

verlangende de goede werking van de Associatie, alsmede de voorbereiding van de werkzaamheden daarvan en de uitvoering van de ter toepassing daarvan getroffen maatregelen te bevorderen door het sluiten van een Protocol betreffende de voorrechten en immuniteiten,

overwegende dat derhalve de voorrechten en immuniteiten welke de personen die deelnemen aan werkzaamheden betreffende de toepassing van de Overeenkomst kunnen doen gelden, alsmede de regeling voor de officiële mededelingen in verband met deze werkzaamheden dienen te worden bepaald, zulks onverminderd de bepalingen van het op 8 april 1965 te Brussel ondertekende Protocol betreffende de voorrechten en immuniteiten van de Europese Gemeenschappen;

overwegende voorts, dat een regeling inzake de eigendommen, fondsen en bezittingen van de Coördinatieraad en inzake het personeel van dit orgaan dient te worden vastgesteld;

overwegende dat bij het heden door de met de Gemeenschap geassocieerde Afrikaanse Staten en Madagaskar ondertekende Protocol betreffende de maatregelen voor de toepassing van artikel 45 van de Overeenkomst als coördinatieorgaan van de geassocieerde Staten een Coördinatieraad is opgericht, welke is samengesteld uit de Afrikaanse en Madagaskische leden van de bij de Associatieovereenkomst ingestelde Associatieraad en wordt bijgestaan door een Coördinatiecomité, dat is samengesteld uit de Afrikaanse en Madagaskische leden van het bij genoemde Overeenkomst ingestelde Associatiecomité; dat deze Raad en dit Comité worden bijgestaan door een Coördinatiesecretariaat; dat bij artikel 2 van genoemd Protocol aan de Coördinatieraad rechtspersoonlijkheid wordt verleend,

HEBBEN OVEREENSTEMMING BEREIKT omtrent de volgende bepalingen, welke aan de Overeenkomst zijn gehecht:

Hoofdstuk I

Personen die deelnemen aan de werkzaamheden met betrekking tot de Associatie

Artikel 1

De Vertegenwoordigers van de Regeringen der Lid-Staten en der geassocieerde Staten en de Vertegenwoordigers van de Instellingen der Europese Gemeen-

Sachverständigen und die Mitglieder des Personals des Koordinierungssekretariats, die im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten oder der assoziierten Staaten an den Arbeiten der Organe der Assoziation oder der Koordinierungsorgane oder an den die Anwendung des Assoziierungsabkommens betreffenden Arbeiten teilnehmen, genießen während der Ausübung ihrer Tätigkeit und auf der Reise von und zum Dienort die üblichen Vorrechte, Befreiungen und Erleichterungen.

Absatz 1 gilt auch für die Mitglieder der Parlamentarischen Konferenz der Assoziation, die Mitglieder des Schiedsgerichts der Assoziation und die Beamten und Bediensteten dieser beiden Organe sowie für die Mitglieder der Organe der Europäischen Investitionsbank und deren Personal.

Kapitel II

Vermögensgegenstände, Liegenschaften und Guthaben des Koordinierungsrates

Artikel 2

Die Räumlichkeiten und Gebäude, die vom Koordinierungsrat amtlich beansprucht werden, sind unverletzlich. Sie dürfen nicht durchsucht, beschlagnahmt, eingezogen oder enteignet werden.

Die Vermögensgegenstände und Guthaben des Koordinierungsrates dürfen ohne Ermächtigung des Schiedsgerichts der Assoziation nicht Gegenstand von Zwangsmaßnahmen der Verwaltungsbehörden oder Gerichte sein, soweit dies nicht für Untersuchungen im Zusammenhang mit Unfällen, die durch ein dem Koordinierungsrat gehörendes bzw. für ihn im Verkehr befindliches Kraftfahrzeug verursacht werden, oder im Falle eines Verstoßes gegen die Straßenverkehrsordnung, oder im Falle von Unfällen erforderlich ist, die durch ein solches Fahrzeug verursacht werden.

Artikel 3

Die Archive des Koordinierungsrates sind unverletzlich.

Artikel 4

Der Koordinierungsrat, seine Guthaben, Einkünfte und sonstigen Vermögensgegenstände sind von jeder direkten Steuer befreit.

Erwirbt der Koordinierungsrat in größerem Umfang bewegliche und unbewegliche Güter, die zur Ausübung seiner amtlichen Verwaltungstätigkeit unbedingt erforderlich sind, und sind in den Preisen hierfür indirekte Steuern oder Verkaufsabgaben inbegriffen, so trifft der Aufenthaltsstaat in allen Fällen, in denen es ihm möglich ist, geeignete Maßnahmen für den Erlaß oder die Erstattung dieser Steuern und Abgaben.

Von den Abgaben und Gebühren, die lediglich die Vergütung für Dienstleistungen darstellen, wird keine Befreiung gewährt.

Artikel 5

Der Koordinierungsrat ist von allen Zöllen sowie Ein- und Ausfuhrverboten und -beschränkungen bezüglich der zu seinem Dienstgebrauch bestimmten Gegenstände befreit; die in dieser Weise eingeführten Gegenstände dürfen im Hoheitsgebiet des Staates, in das sie eingeführt worden sind, weder verkauft noch in anderer Weise gegen Entgelt oder unentgeltlich abgetreten werden, es sei denn zu Bedingungen, welche die Regierung dieses Staates genehmigt.

conseillers et experts et les membres du personnel du Secrétariat de Coordination participant sur le territoire des Etats membres ou des Etats associés soit aux travaux des Institutions de l'Association, ou des organes de coordination, soit à des travaux se rapportant à l'application de la Convention, y jouissent pendant l'exercice de leurs fonctions et au cours de leurs voyages à destination ou en provenance du lieu de leur mission, des privilèges, immunités ou facilités d'usage.

Les dispositions du premier alinéa sont également applicables aux membres de la Conférence parlementaire de l'Association, aux membres de la Cour arbitrale de l'Association et aux fonctionnaires et agents de celles-ci ainsi qu'aux membres des organes de la Banque européenne d'investissement et au personnel de celle-ci.

Chapitre II

Biens, fonds et avoirs du Conseil de Coordination

Article 2

Les locaux et bâtiments occupés à des fins officielles par le Conseil de Coordination sont inviolables. Ils sont exempts de perquisition, réquisition, confiscation ou expropriation.

Sauf dans la mesure nécessaire aux enquêtes auxquelles un accident causé par un véhicule automobile appartenant audit Conseil ou circulant pour son compte peut donner lieu, ou en cas d'infraction à la réglementation de la circulation automobile ou d'accidents causés par un tel véhicule, les biens et avoirs du Conseil de Coordination ne peuvent être l'objet d'aucune mesure de contrainte administrative ou judiciaire sans une autorisation de la Cour arbitrale de l'Association.

Article 3

Les archives du Conseil de Coordination sont inviolables.

Article 4

Le Conseil de Coordination, ses avoirs, revenus et autres biens sont exonérés de tous impôts directs.

Au cas où le Conseil de Coordination effectuerait des achats importants de biens immobiliers ou mobiliers strictement nécessaires pour l'exercice de ses activités administratives officielles et dont le prix comprend des droits indirects ou des taxes à la vente, des dispositions appropriées seront prises de la part de l'Etat de séjour chaque fois que possible en vue de la remise ou du remboursement de ces droits et taxes.

Aucune exonération n'est accordée en ce qui concerne les impôts, taxes, droits et redevances qui ne constituent que la simple rémunération de services rendus.

Article 5

Le Conseil de Coordination est exonéré de tous droits de douane, prohibitions et restrictions à l'importation et à l'exportation à l'égard des articles destinés à son usage officiel; les articles ainsi importés ne peuvent être vendus ou autrement cédés à titre onéreux ou gratuit sur le territoire du pays dans lequel ils auront été introduits à moins que ce ne soit à des conditions agréées par le Gouvernement de ce pays.

esperti e i membri del personale del Segretariato di coordinamento che partecipano nel territorio degli Stati membri o degli Stati associati ai lavori delle Istituzioni dell'Associazione o degli organi di coordinamento, oppure a lavori inerenti all'applicazione della Convenzione, godono nel territorio stesso durante l'esercizio delle loro funzioni e durante i loro viaggi a destinazione o in provenienza dal luogo della missione, dei privilegi, delle immunità o delle agevolazioni d'uso.

Le disposizioni del comma precedente si applicano altresì ai membri della Conferenza parlamentare dell'Associazione, ai membri della Corte arbitrale dell'Associazione e ai funzionari e agenti di queste, nonché ai membri degli organi della Banca Europea per gli Investimenti e al personale di questa.

Capitolo II

Beni, fondi e averi del Consiglio di coordinamento

Articolo 2

I locali e gli edifici utilizzati a fini ufficiali dal Consiglio di coordinamento sono inviolabili. Essi sono esenti da perquisizioni, requisizioni, confisca o espropriazione.

Salvo nella misura necessaria alle inchieste alle quali un incidente causato da un autoveicolo appartenente al Consiglio di coordinamento o circolante per conto di quest'ultimo può dar luogo in caso di infrazione alle norme che regolano la circolazione stradale o di incidenti causati da tale veicolo, i beni e gli averi del Consiglio di coordinamento non possono essere oggetto di alcun provvedimento di coercizione amministrativa o giudiziaria senza autorizzazione della Corte arbitrale dell'Associazione.

Articolo 3

Gli archivi del Consiglio di coordinamento sono inviolabili.

Articolo 4

Il Consiglio di coordinamento, i suoi averi, entrate ed altri beni sono esenti da qualsiasi imposta diretta.

Ove il Consiglio di coordinamento effettui acquisti considerevoli di beni immobili o mobili che siano strettamente necessari all'esercizio delle sue attività amministrative ufficiali ed il cui prezzo comprenda imposte indirette o tasse sulla vendita, lo Stato ospitante adotterà, ogniquale volta ciò sia possibile, le opportune disposizioni per l'abbuono e il rimborso di tali imposte e tasse.

Nessuna esenzione è concessa per le imposte, tasse, diritti e canoni che costituiscono mera remunerazione di servizi prestati.

Articolo 5

Il Consiglio di coordinamento è esente da qualsiasi dazio doganale, divieto o restrizioni all'importazione e all'esportazione, in ordine agli oggetti destinati al suo uso ufficiale; gli oggetti così importati non possono essere venduti né ceduti a titolo oneroso o gratuito nel territorio del paese in cui sono stati importati, salvo che ciò avvenga a condizioni approvate dal Governo di tale paese.

schappen, alsmede hun adviseurs en deskundigen en de personeelsleden van het Coördinatie-secretariaat, die op het grondgebied van de Lid-Staten of van de geassocieerde Staten deelnemen hetzij aan de werkzaamheden van de Instellingen van de Associatie of van de coördinatieorganen, hetzij aan werkzaamheden met betrekking tot de toepassing van de Overeenkomst, genieten aldaar gedurende de uitoefening van hun ambt en op hun reizen naar of van de plaats van hun missie, de gebruikelijke voorechten, immuniteiten of faciliteiten.

De bepalingen van de vorige alinea zijn eveneens van toepassing op de leden van de Parlementaire Conferentie van de Associatie, de leden van het Arbitragehof van de Associatie en de ambtenaren en andere personeelsleden daarvan, alsmede op de leden van de organen van de Europese Investeringsbank en het personeel daarvan.

Hoofdstuk II

Eigendommen, fondsen en bezittingen van de Coördinatieraad

Artikel 2

De door de Coördinatieraad voor officiële doeleinden gebruikte gebouwen en lokalen zijn onschendbaar. Zij zijn vrijgesteld van huiszoeking, vordering, verbeurdverklaring of onteigening.

Tenzij zulks noodzakelijk is voor de enquêtes waar-toe ongevallen, veroorzaakt door een motorvoertuig dat aan de Coördinatieraad toebehoort of voor zijn rekening aan het verkeer deelneemt, aanleiding kunnen geven, en behalve in geval van ongevallen, veroorzaakt door een dergelijk motorvoertuig of in geval van overtreding van de verkeerswetgeving met een dergelijk motorvoertuig, kunnen de eigendommen en bezittingen van de Coördinatieraad zonder toestemming van het Arbitragehof van de Associatie niet worden getroffen door enige dwangmaatregel van bestuursrechtelijke of gerechtelijke aard.

Artikel 3

Het archief van de Coördinatieraad is onschendbaar.

Artikel 4

De Coördinatieraad, zijn bezittingen, inkomsten en andere eigendommen zijn vrijgesteld van alle directe belastingen.

Wanneer de Coördinatieraad belangrijke aankopen doet van onroerende of roerende goederen welke strikt noodzakelijk zijn voor de uitoefening van zijn officiële bestuursrechtelijke activiteiten en in de prijs waarvan indirecte belastingen of belastingen op de verkoop begrepen zijn, zal de Staat van verblijf, telkens wanneer dit mogelijk is, passende maatregelen treffen tot kwijtschelding of teruggave van deze belastingen.

Geen enkele vrijstelling wordt verleend van belastingen, heffingen, rechten en retributies die niet anders zijn dan eenvoudige vergoedingen voor verrichte diensten.

Artikel 5

De Coördinatieraad is vrijgesteld van alle douanerechten, in- en uitvoerverboden en -beperkingen met betrekking tot goederen bestemd voor zijn officieel gebruik; de aldus ingevoerde goederen mogen op het grondgebied van het land alwaar zij zijn ingevoerd niet worden verkocht of anderszins onder bezwarende titel of om niet worden overgedragen, tenzij op voorwaarden welke door de Regering van dat land zijn goedgekeurd.

Kapitel III

Amtliche Nachrichtenübermittlung

Artikel 6

Der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, den Organen der Assoziation und den Koordinierungsorganen steht für ihre amtliche Nachrichtenübermittlung und die Übermittlung aller ihrer Schriftstücke im Hoheitsgebiet der Unterzeichnerstaaten die gleiche Behandlung wie den internationalen Organisationen zu.

Der amtliche Schriftverkehr und die sonstige amtliche Nachrichtenübermittlung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, der Organe der Assoziation und der Koordinierungsorgane unterliegen nicht der Zensur.

Kapitel IV

Personal des Koordinierungssekretariats

Artikel 7

Dem Sekretär und dem stellvertretenden Sekretär des Koordinierungsrates stehen unter der Verantwortung des amtierenden Präsidenten des Koordinierungsausschusses in dem Staat, in dem der Koordinierungsrat seinen Sitz hat, die den Mitgliedern des diplomatischen Personals der diplomatischen Vertretungen zuerkannten Vorteile zu. Ihren Ehegatten und ihren in ihrem Haushalt lebenden minderjährigen Kindern stehen unter den gleichen Bedingungen die dem Ehegatten und den minderjährigen Kindern der Mitglieder des diplomatischen Personals zuerkannten Vorteile zu.

Artikel 8

Der Staat, in dem der Koordinierungsrat seinen Sitz hat, gewährt den in Artikel 7 nicht genannten ständigen Bediensteten des Koordinierungssekretariats die Befreiung von der Gerichtsbarkeit nur für die von ihnen in amtlicher Eigenschaft und im Rahmen ihrer amtlichen Befugnisse vorgenommenen Handlungen. Diese Befreiung gilt jedoch nicht in Fällen, in denen ein ständiger Bediensteter des Koordinierungssekretariats gegen die Bestimmungen der Straßenverkehrsordnung verstößt oder in denen das ihm gehörende oder von ihm gelenkte Kraftfahrzeug Schäden verursacht.

Artikel 9

Name, Dienstrang und -stellung sowie Anschrift des amtierenden Präsidenten des Koordinierungsausschusses, des Sekretärs und des stellvertretenden Sekretärs des Koordinierungsrates sowie der ständigen Bediensteten des Koordinierungssekretariats werden vom Präsidenten des Koordinierungsrates in regelmäßigen Zeitabständen der Regierung des Staates mitgeteilt, in dem der Koordinierungsrat seinen Sitz hat.

Kapitel V

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 10

Die in diesem Protokoll vorgesehenen Vorrechte, Befreiungen und Erleichterungen werden den Betreffenden ausschließlich im Interesse ihrer Amtstätigkeit gewährt.

Die in diesem Protokoll genannten Organe und Einrichtungen haben die Befreiung in allen Fällen aufzuheben, in denen dies nach ihrer Auffassung ihren Interessen nicht zuwiderläuft.

Chapitre III

Communications officielles

Article 6

Pour leurs communications officielles et le transfert de tous leurs documents, la Communauté Economique Européenne, les Institutions de l'Association et les organes de coordination bénéficient sur le territoire des Etats signataires du traitement accordé aux organisations internationales.

La correspondance officielle et les autres communications officielles de la Communauté Economique Européenne, des Institutions de l'Association et des organes de coordination ne peuvent être censurées.

Chapitre IV

Personnel du Secrétariat de Coordination

Article 7

Le Secrétaire et le Secrétaire adjoint du Conseil de Coordination bénéficient dans l'Etat où se trouve établi le Conseil de Coordination, sous la responsabilité du Président en exercice du Comité de Coordination, des avantages reconnus aux membres du personnel diplomatique des missions diplomatiques. Leur conjoint et leurs enfants mineurs vivant à leur foyer, bénéficient dans les mêmes conditions des avantages reconnus au conjoint et aux enfants mineurs des membres du personnel diplomatique.

Article 8

L'Etat où se trouve établi le Conseil de Coordination ne reconnaît aux agents permanents du Secrétariat de Coordination autres que ceux visés par l'article 7 que l'immunité de juridiction pour les seuls actes accomplis par eux en leur qualité officielle et dans les limites de leurs attributions. Cette immunité ne joue cependant pas dans le cas d'infraction à la réglementation de la circulation des véhicules automoteurs commise par un agent permanent du personnel du Secrétariat de Coordination ou de dommages causés par un véhicule automoteur lui appartenant ou conduit par lui.

Article 9

Les noms, qualités et adresses du Président en exercice du Comité de Coordination, du Secrétaire et du Secrétaire adjoint du Conseil de Coordination ainsi que ceux des agents permanents du personnel du Secrétariat de Coordination sont communiqués périodiquement par les soins du Président du Conseil de Coordination au Gouvernement de l'Etat où se trouve établi le Conseil de Coordination.

Chapitre V

Dispositions générales

Article 10

Les privilèges, immunités et facilités prévus au présent Protocole sont accordés à leurs bénéficiaires exclusivement dans l'intérêt de leurs fonctions officielles.

Les Institutions et organes visés au présent Protocole ont le devoir de renoncer à l'immunité dans tous les cas où ils estiment que la levée de cette immunité n'est pas contraire à leurs intérêts.

Capitolo III
Comunicazioni ufficiali

Articolo 6

Per le loro comunicazioni ufficiali e la trasmissione di tutti i loro documenti, la Comunità Economica Europea, le Istituzioni dell'Associazione e gli organi di coordinamento godono nel territorio degli Stati firmatari del trattamento concesso alle organizzazioni internazionali.

La corrispondenza ufficiale e le altre comunicazioni ufficiali della Comunità Economica Europea, delle Istituzioni dell'Associazione e degli organi di coordinamento non possono essere censurate.

Capitolo IV
Personale del Segretariato di coordinamento

Articolo 7

Il Segretario e il Segretario aggiunto del Consiglio di coordinamento beneficiano, nello Stato che ospita la sede del Consiglio di coordinamento, sotto responsabilità del Presidente in carica del Comitato di coordinamento, dei vantaggi riconosciuti ai membri del personale diplomatico delle missioni diplomatiche. Il coniuge e i figli minorenni conviventi beneficiano, alle stesse condizioni, dei vantaggi riconosciuti al coniuge e ai figli minorenni dei membri del personale diplomatico.

Articolo 8

Lo Stato che ospita la sede del Consiglio di coordinamento riconosce agli agenti permanenti del Segretariato di coordinamento diversi da quelli indicati all'articolo 7 l'immunità di giurisdizione solamente per gli atti da essi compiuti in veste ufficiale e nei limiti delle loro attribuzioni. Sono esclusi dall'immunità i casi di infrazione alle norme che regolano la circolazione degli autoveicoli da parte di un agente permanente del personale del Segretariato di coordinamento o di danni causati da un autoveicolo di sua proprietà o da lui guidato.

Articolo 9

I nomi, le qualifiche e gli indirizzi del Presidente in carica del Comitato di coordinamento, del Segretario e del Segretario aggiunto del Consiglio di coordinamento, nonché degli agenti permanenti del personale del Segretariato di coordinamento sono comunicati periodicamente, a cura del Presidente del Consiglio di coordinamento, al Governo dello Stato che ospita la sede del Consiglio di coordinamento.

Capitolo V
Disposizioni generali

Articolo 10

I privilegi, le immunità e le agevolazioni previste dal presente Protocollo sono concessi ai beneficiari esclusivamente nell'interesse delle loro funzioni ufficiali.

Le Istituzioni e gli organi di cui al presente Protocollo hanno l'obbligo di rinunciare all'immunità ogniqualvolta reputano che ciò non sia contrario ai loro interessi.

Hoofdstuk III
Officiële mededelingen

Artikel 6

De Europese Economische Gemeenschap, de Instellingen van de Associatie en de coördinatieorganen genieten, voor hun officiële mededelingen en het overbrengen van al hun documenten, op het grondgebied van de ondertekenende Staten dezelfde behandeling als de internationale organisaties.

De officiële correspondentie en andere officiële mededelingen van de Europese Economische Gemeenschap, van de Instellingen van de Associatie en van de coördinatieorganen zijn niet aan censuur onderworpen.

Hoofdstuk IV
Personeel van het Coördinatiesecretariaat

Artikel 7

In de Staat waar de Coördinatieraad is gevestigd genieten de Secretaris en de Adjunct-Secretaris van de Coördinatieraad onder verantwoordelijkheid van de Voorzitter in functie van het Coördinatiecomité de voordelen die aan de leden van het diplomatieke personeel van de diplomatieke missies worden toegekend. Hun echtgenoten en minderjarige kinderen met wie zij in gezinsverband leven, genieten onder dezelfde voorwaarden de voordelen die aan de echtgenoten en minderjarige kinderen van diplomatiek personeel worden toegekend.

Artikel 8

De Staat waar de Coördinatieraad is gevestigd verleent aan de andere dan de in artikel 7 bedoelde permanente personeelsleden van het Coördinatiesecretariaat slechts vrijstelling van rechtsvervolgning voor de daden die zij in hun officiële hoedanigheid en binnen de grenzen van hun ambtsbevoegdheden stellen. Deze vrijstelling geldt evenwel niet in geval van overtreding van de verkeerswetgeving voor motorvoertuigen door een permanent personeelslid van het Coördinatiesecretariaat, of van schade veroorzaakt door een hem toebehorend of door hem bestuurd motorvoertuig.

Artikel 9

Naam, hoedanigheid en adres van de Voorzitter in functie van het Coördinatiecomité, van de Secretaris en Adjunct-Secretaris van de Coördinatieraad, alsmede van de permanente personeelsleden van het Coördinatiesecretariaat, worden op gezette tijden door de Voorzitter van de Coördinatieraad aan de Regering van de Staat waar de Coördinatieraad is gevestigd medegedeeld.

Hoofdstuk V
Algemene bepalingen

Artikel 10

De in dit Protocol bedoelde voorrechten, immuniteiten en faciliteiten worden aan de begunstigden uitsluitend in het belang van hun officiële ambt verleend.

De in dit Protocol bedoelde instellingen en organen moeten van de immuniteit afzien in alle gevallen waarin opheffing van de immuniteit naar hun mening niet strijdig is met hun belangen.

Artikel 11

Auf Streitfälle bezüglich dieses Protokolls findet Artikel 53 des Assoziierungsabkommens Anwendung.

Der Koordinierungsrat und die Europäische Investitionsbank können vor dem Schiedsgericht der Assoziation als Parteien auftreten.

Article 11

Les dispositions de l'article 53 de la Convention sont applicables aux différends relatifs au présent Protocole.

Le Conseil de Coordination et la Banque européenne d'investissement peuvent être parties à une instance devant la Cour arbitrale de l'Association.

Protokoll Nr. 10
über die Verwaltungskosten der Organe der Assoziation

Protocole N° 10
relatif aux frais de fonctionnement des Institutions de l'Association

DIE HOHEN VERTRAGSPARTEIEN

SIND über folgende Bestimmungen ÜBEREINGEKOMMEN, die dem Abkommen als Anhang beigefügt sind:

LES HAUTES PARTIES CONTRACTANTES

SONT CONVENUES des dispositions suivantes, qui sont annexées à la Convention:

Artikel 1

Die Mitgliedstaaten und die Gemeinschaft einerseits und die assoziierten Staaten andererseits übernehmen sowohl die Personal-, Reise- und Aufenthaltskosten als auch die Post- und Fernmeldegebühren, die ihnen auf Grund ihrer Teilnahme an den Tagungen des Assoziationsrates und der von ihm abhängigen Organe entstehen.

Die Kosten für das Dolmetschen in Sitzungen, für die Übersetzung und Vervielfältigung der Dokumente sowie für die technische Organisation der Tagungen (Räumlichkeiten, Büromaterial, Amtsdienler usw.) werden von der Gemeinschaft oder von den assoziierten Staaten übernommen, je nachdem, ob die Tagungen im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates oder im Hoheitsgebiet eines assoziierten Staates stattfinden,

Article 1

Les Etats membres et la Communauté, d'une part, les Etats associés, d'autre part, prennent en charge les dépenses qu'ils exposent en raison de leur participation aux sessions du Conseil d'Association et des organes qui en dépendent, tant en ce qui concerne les frais de personnel, de voyage et de séjour, qu'en ce qui concerne les frais de postes et de télécommunications.

Les dépenses relatives à l'interprétation en séance ainsi qu'à la traduction et à la reproduction des documents, et les dépenses afférentes à l'organisation matérielle des réunions (local, fournitures, huissiers etc. . .) sont supportées par la Communauté ou par les Etats associés, selon que les réunions ont lieu sur le territoire d'un Etat membre ou sur celui d'un Etat associé.

Artikel 2

Die Gemeinschaft und die assoziierten Staaten übernehmen die auf sie entfallenden Reise- und Aufenthaltskosten für ihre Teilnehmer an den Tagungen der Parlamentarischen Konferenz der Assoziation und des Paritätischen Ausschusses.

Sie übernehmen in gleicher Weise die Reise- und Aufenthaltskosten für das für diese Tagungen erforderliche Personal sowie die Post- und Fernmeldegebühren.

Die Kosten für das Dolmetschen in Sitzungen, für die Übersetzung und Vervielfältigung der Dokumente sowie für die technische Organisation der Tagungen (Räumlichkeiten, Büromaterial, Amtsdienler usw.) werden von der Gemeinschaft oder von den assoziierten Staaten übernommen, je nachdem, ob die Tagungen im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates oder im Hoheitsgebiet eines assoziierten Staates stattfinden.

Article 2

La Communauté et les Etats associés prennent en charge, chacun en ce qui le concerne, les frais de voyage et de séjour de leurs participants aux réunions de la Conférence parlementaire de l'Association et de la Commission paritaire.

Dans les mêmes conditions, ils prennent en charge les frais de voyage et de séjour du personnel nécessaire à ces sessions ainsi que les frais de postes et de télécommunications.

Les dépenses relatives à l'interprétation en séance ainsi qu'à la traduction et à la reproduction des documents et les dépenses afférentes à l'organisation matérielle des réunions (local, fournitures, huissiers etc. . .) sont supportées par la Communauté ou par les Etats associés selon que les réunions ont lieu sur le territoire d'un Etat membre ou sur celui d'un Etat associé.

Artikel 3

Die Mitglieder des Schiedsgerichts haben Anspruch auf Erstattung ihrer Reisekosten und ihrer Aufenthaltskosten. Letztere werden auf 20 Rechnungseinheiten für jeden Tag ihrer Tätigkeit festgesetzt. Diese Beträge werden ihnen vom Schiedsgericht gezahlt.

Article 3

Les membres de la Cour arbitrale ont droit au remboursement de leurs frais de voyage et de leurs frais de séjour. Ces derniers sont fixés à 20 unités de compte pour chaque jour où les membres de la Cour arbitrale exercent leurs fonctions. Ces sommes leur sont versées par la Cour arbitrale.

Articolo 11

Le disposizioni dell'articolo 53 della Convenzione sono applicabili alle vertenze relative al presente Protocollo.

Il Consiglio di coordinamento e la Banca Europea per gli Investimenti possono essere parti di un'azione dinanzi alla Corte arbitrale dell'Associazione.

Artikel 11

Artikel 53 van de Overeenkomst is van toepassing op de geschillen betreffende dit Protocol.

De Coördinatieraad en de Europese Investeringsbank kunnen partij zijn in een zaak voor het Arbitragehof van de Associatie.

Protocollo N° 10
relativo alle spese di funzionamento delle Istituzioni dell'Associazione

Protocol No. 10
betreffende de huishoudelijke kosten van de Instellingen der Associatie

LE ALTE PARTI CONTRAENTI

HANNO CONVENUTO le seguenti disposizioni che sono allegate alla Convenzione:

Articolo 1

Gli Stati membri e la Comunità, da un lato, gli Stati associati, dall'altro, assumono l'onere delle spese sostenute per partecipare alle sessioni del Consiglio di Associazione e degli organi che ne dipendono, per quanto riguarda sia le spese di personale, di viaggio e di soggiorno, sia le spese postali e di telecomunicazioni.

Le spese d'interpretazione durante le sedute e di traduzione e riproduzione dei documenti e le spese per l'organizzazione materiale delle riunioni (locali, forniture, uscieri ecc.) sono sostenute dalla Comunità o dagli Stati associati, secondo che le riunioni abbiano luogo sul territorio di uno Stato membro o di uno Stato associato.

Articolo 2

La Comunità e gli Stati associati assumono l'onere, ciascuno per quanto lo riguarda, delle spese di viaggio e di soggiorno dei loro partecipanti alle riunioni della Conferenza parlamentare dell'Associazione e della Commissione paritetica.

Alle stesse condizioni, assumono l'onere delle spese di viaggio e di soggiorno del personale necessario per queste sessioni, nonché delle spese postali e di telecomunicazioni.

Le spese d'interpretariato durante le sedute e di traduzione e riproduzione dei documenti e le spese per l'organizzazione materiale delle riunioni (locali, forniture e uscieri, ecc.) sono sostenute dalla Comunità o dagli Stati associati, secondo che le riunioni abbiano luogo sul territorio di uno Stato membro o di uno Stato associato.

Articolo 3

I membri della Corte arbitrale hanno diritto al rimborso delle loro spese di viaggio e delle loro spese di soggiorno. Queste ultime sono stabilite in 20 unità di conto per ogni giorno in cui i membri della Corte arbitrale esercitano le loro funzioni. Tali somme sono pagate loro dalla Corte arbitrale.

DE HOGE OVEREENKOMSTSLUITENDE PARTIJEN

HEBBEN OVEREENSTEMMING BEREIKT omtrent de volgende bepalingen, die aan de Overeenkomst zijn gehecht:

Artikel 1

De Lid-Staten en de Gemeenschap enerzijds, en de geassocieerde Staten anderzijds, nemen de uitgaven die voortvloeien uit hun deelneming aan de zittingen van de Associatieraad en van de organen die daarvan afhankelijk zijn, voor hun rekening, zowel wat de personeelsuitgaven, de reis- en verblijfkosten, als die frankerings- en telecommunicatiekosten betreft.

De uitgaven voor tolkendiensten bij vergaderingen, alsmede voor de vertaling en vermenigvuldiging der documenten, en de uitgaven in verband met de technische organisatie der vergaderingen (vergaderuimten, benodigdheden, bodes, enz.) worden door de Gemeenschap of door de geassocieerde Staten gedragen, al naargelang de vergaderingen op het grondgebied van een Lid-Staat of op het grondgebied van een geassocieerde Staat plaatshebben.

Artikel 2

De Gemeenschap en de geassocieerde Staten nemen elk voor zich de reis- en verblijfkosten op zich van hun deelnemers aan vergaderingen van de Parlementaire Conferentie der Associatie en van de Paritaire Comissie.

Zijn nemen voorts de reis- en verblijfkosten op zich van het voor deze zittingen benodigde personeel alsmede de frankerings- en telecommunicatiekosten.

De uitgaven voor tolkendiensten bij vergaderingen, alsmede voor de vertaling en vermenigvuldiging der documenten, en de uitgaven in verband met de technische organisatie der vergaderingen, (vergaderuimten, benodigdheden, bodes enz.) worden door de Gemeenschap of door de geassocieerde Staten gedragen, al naargelang de vergaderingen op het grondgebied van een Lid-Staat of op het grondgebied van een geassocieerde Staat plaatshebben.

Artikel 3

De leden van het Arbitragehof hebben recht op vergoeding van hun reiskosten en van hun verblijfkosten. Deze laatste worden vastgesteld op 20 rekeneenheden voor iedere dag waarop de leden van het Arbitragehof hun functie uitoefenen. Deze bedragen worden hun door het Arbitragehof uitbetaald.

Die Reise- und Aufenthaltskosten der Mitglieder des Schiedsgerichts werden von der Gemeinschaft und den assoziierten Staaten je zur Hälfte übernommen.

Die Ausgaben für die Kanzlei des Schiedsgerichts, die Untersuchung der Streitfälle und die technische Organisation der Gerichtssitzungen (Räumlichkeiten, Personal, Dolmetschen usw.) übernimmt die Gemeinschaft.

Die Kosten für außerordentliche Untersuchungsmaßnahmen werden vom Schiedsgericht mit den anderen Ausgaben nach Maßgabe seiner Satzung beglichen; hierfür gewähren die Parteien Vorschüsse nach Maßgabe eines sie anordnenden Beschlusses des Schiedsgerichts oder seines Präsidenten.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten der Hohen Vertragsparteien die zehn vorstehenden Protokolle unterschrieben.

GESCHEHEN zu Jaunde, am neunundzwanzigsten Juli neunzehnhundertneunundsechzig.

Les frais de voyage et de séjour des membres de la Cour arbitrale sont pris en charge par moitié par la Communauté et par moitié par les Etats associés.

Les dépenses afférentes au greffe de la Cour arbitrale, à l'instruction des différends et à l'organisation matérielle des audiences (local, personnel, interprétation etc. . .) sont supportées par la Communauté.

Les dépenses afférentes à des mesures extraordinaires d'instruction sont réglées par la Cour arbitrale avec les autres dépenses dans les conditions prévues par son Statut et font l'objet d'avances de la part des parties dans les conditions fixées par l'ordonnance de la Cour arbitrale ou de son Président dans laquelle ces mesures sont prescrites.

EN FOI DE QUOI, les plénipotentiaires des Hautes Parties Contractantes ont signé les dix Protocoles dont le texte précède.

FAIT à Yaoundé, le vingt-neuf juillet mil neuf cent soixante-neuf.

J. M. A. H. Luns
J. Rey
C. Hanin
G. Jahn
Y. Bourges
M. Pedini
A. Borschette
L. Ntawurishira
V. Efon
L. Alazoula
C. Kasasa
C. Sianard
K. Bedie
D. Badarou
E. Kassa Mapsi
P. C. Damiba
J. Rabemananjara
J. M. Kone
M. O. Haiba
A. Barkire
S. Nsanzimana
J. Collin
A. Duale
A. Lamana
P. Eklou

Le spese di viaggio e di soggiorno dei membri della Corte arbitrale sono sostenute per metà dalla Comunità e per metà dagli Stati associati.

Le spese di cancelleria della Corte, per l'istruzione delle vertenze e per l'organizzazione materiale delle udienze (locali, personale, interpretazione, ecc.) sono sostenute dalla Comunità.

Le spese per misure straordinarie d'istruzione sono pagate dalla Corte insieme alle altre spese alle condizioni contemplate dal suo Statuto e sono oggetto di anticipazioni pagate dalle parti alle condizioni stabilite con l'ordinanza della Corte arbitrale o del suo Presidente, nella quale sono prescritte tali misure.

IN FEDE DI CHE, i plenipotenziari delle Alte Parti Contraenti hanno firmato i dieci Protocolli il cui testo precede.

FATTO a Yaoundé, il ventinove luglio millenovecentosessantanove.

De reis- en verblijfkosten van de leden van het Arbitragehof worden voor de helft door de Gemeenschap en voor de helft door de geassocieerde Staten gedragen.

De uitgaven betreffende de griffie van het Arbitragehof, voor de instructie van geschillen en voor de technische organisatie der zittingen (vergader ruimten, personeel, tolkendiensten, enz.) worden door de Gemeenschap gedragen.

De uitgaven voor buitengewone instructiemaatregelen worden met de overige gerechtskosten door het Arbitragehof gedragen op de wijze in zijn Statuut bepaald en worden door de partijen voorgesloten op de wijze, bepaald bij een beschikking van het Arbitragehof of van zijn Voorzitter waarin deze maatregelen zijn voorgescreven.

TEN BLIJKE WAARVAN, Gevolmachtigden van de Overeenkomstsluitende Partijen de tien bovenstaande Protocolen hebben ondertekend.

GEDAAN te Yaoundé, de negenentwintigste juli negentienhonderd negenenzestig.

J. M. A. Luns
J. Rey
C. Hanin
G. Jahn
Y. Bourges
M. Pedini
A. Borschette
L. Ntawurishira
V. Efon
L. Alazoula
C. Kasasa
C. Sianard
K. Bedie
D. Badarou
E. Kassa Mapsi
P. C. Damiba
J. Rabemananjara
J. M. Kone
M. O. Haiba
A. Barkire
S. Nsanzimana
J. Collin
A. Duale
A. Lamana
P. Eklou

Abkommen
über die Erzeugnisse, die unter die Zuständigkeit
der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl fallen

Accord
relatif aux produits relevant de la Communauté Européenne
du Charbon et de l'Acier

SEINE MAJESTÄT DER KONIG DER BELGIER,
DER PRÄSIDENT
DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND,
DER PRÄSIDENT DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK,
DER PRÄSIDENT DER ITALIENISCHEN REPUBLIK,
SEINE KÖNIGLICHE HOHEIT
DER GROSSHERZOG VON LUXEMBURG,
IHRE MAJESTÄT DIE KÖNIGIN DER NIEDERLANDE,

Vertragsparteien des am 17. April 1951 in Paris unterzeichneten Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, deren Staaten im folgenden als „Mitgliedstaaten“ bezeichnet werden,

einerseits und

DER PRÄSIDENT DER REPUBLIK BURUNDI,
DER PRÄSIDENT DER REPUBLIK DAHOME,

DER PRÄSIDENT DER REPUBLIK ELFENBEINKÜSTE,
DER PRÄSIDENT DER REPUBLIK GABUN,

DER PRÄSIDENT DER BUNDESREPUBLIK KAMERUN,

DER PRÄSIDENT
DER DEMOKRATISCHEN REPUBLIK KONGO,
DER PRÄSIDENT DER REPUBLIK
KONGO-BRAZZAVILLE, STAATSCHEF,
DER PRÄSIDENT DER REPUBLIK MADAGASKAR,
DER STAATSCHEF DER REPUBLIK MALI,
DER PRÄSIDENT
DER ISLAMITISCHEN REPUBLIK MAURETANIEN,
DER PRÄSIDENT DER REPUBLIK NIGER,
DER PRÄSIDENT DER REPUBLIK OBERVOLTA,

DER PRÄSIDENT DER REPUBLIK RWANDA,
DER PRÄSIDENT DER REPUBLIK SENEGAL,
DER PRÄSIDENT DER REPUBLIK SOMALIA,
DER PRÄSIDENT DER REPUBLIK TOGO,
DER PRÄSIDENT DER REPUBLIK TSCHAD,
DER PRÄSIDENT
DER ZENTRALAFRIKANISCHEN REPUBLIK,

deren Staaten im folgenden als „assoziierte Staaten“ bezeichnet werden,

andererseits,

GESTÜTZT auf den Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl,

GESTÜTZT auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere auf Artikel 232,

SA MAJESTÉ LE ROI DES BELGES,
LE PRÉSIDENT
DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE,
LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE FRANÇAISE,
LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE ITALIENNE,
SON ALTESSE ROYALE
LE GRAND-DUC DE LUXEMBOURG,
SA MAJESTÉ LA REINE DES PAYS-BAS,

Parties Contractantes au Traité instituant la Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier signé à Paris le 17 avril 1951 et dont les Etats sont ci-après dénommés Etats membres,

d'une part,

LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE DU BURUNDI,
LE PRÉSIDENT
DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE DU CAMEROUN,
LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE CENTRAFRICAINE,
LE PRÉSIDENT
DE LA RÉPUBLIQUE DÉMOCRATIQUE DU CONGO,
LE PRÉSIDENT
DE LA RÉPUBLIQUE DU CONGO-BRAZZAVILLE,
CHEF DE L'ÉTAT,
LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE DE CÔTE-D'IVOIRE,

LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE DU DAHOMEY,

LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE GABONAISE,
LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE DE HAUTE-VOLTA,
LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE MALGACHE,

LE CHEF DE L'ÉTAT DE LA RÉPUBLIQUE DU MALI,
LE PRÉSIDENT
DE LA RÉPUBLIQUE ISLAMIQUE DE MAURITANIE,
LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE DU NIGER,
LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE RWANDAISE,
LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE DU SÉNÉGAL,
LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE DE SOMALIE,
LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE DU TCHAD,
LE PRÉSIDENT DE LA RÉPUBLIQUE TOGOLAISE,

dont les Etats sont ci-après dénommés Etats associés,

d'autre part,

VU le Traité instituant la Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier,

VU le Traité instituant la Communauté Economique Européenne, et notamment son article 232,

Accordo
relativo ai prodotti di competenza della Comunità Europea
del Carbone e dell'Acciaio

Akkoord
betreffende de produkten die onder de bevoegdheid vallen
van de Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal

SUA MAESTÀ IL RE DEI BELGI,
IL PRESIDENTE
DELLA REPUBBLICA FEDERALE DI GERMANIA,
IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA FRANCESE,
IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA ITALIANA,
SUA ALTEZZA REALE
IL GRANDUCA DEL LUSSEMBURGO,
SUA MAESTÀ LA REGINA DEI PAESI BASSI,

Parti Contraenti del Trattato che istituisce la Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio, firmato a Parigi il 17 aprile 1951, ed i cui Stati sono in appresso denominati Stati membri,

da una parte, e

IL PRESIDENTE
DELLA REPUBBLICA DELL'ALTO VOLTA,
IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA DEL BURUNDI,
IL PRESIDENTE
DELLA REPUBBLICA FEDERALE DEL CAMERUN,
IL PRESIDENTE
DELLA REPUBBLICA CENTROAFRICANA,
IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA DEL CIAD,
IL PRESIDENTE
DELLA REPUBBLICA DEL CONGO-BRAZZAVILLE,
CAPO DI STATO,
IL PRESIDENTE
DELLA REPUBBLICA DEMOCRATICA DEL CONGO,
IL PRESIDENTE
DELLA REPUBBLICA DELLA COSTA D'AVORIO,
IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA DEL DAHOMEY,

IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA DEL GABON,
IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA MALGASCIA,
IL CAPO DI STATO DELLA REPUBBLICA DEL MALI,

IL PRESIDENTE
DELLA REPUBBLICA ISLAMITICA DI MAURITANIA,
IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA DEL NIGER,
IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA DEL RUANDA,
IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA DEL SENEGAL,
IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA SOMALA,
IL PRESIDENTE DELLA REPUBBLICA DEL TOGO,

i cui Stati sono in appresso denominati Stati associati,

dall'altra parte,

VISTO il Trattato che istituisce la Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio,

VISTO il Trattato che istituisce la Comunità Economica Europea e in particolare l'articolo 232,

ZIJNE MAJESTEIT DE KONING DER BELGEN,
DE PRESIDENT
VAN DE BONDSREPUBLIEK DUITSLAND,
DE PRESIDENT VAN DE FRANSE REPUBLIEK,
DE PRESIDENT VAN DE ITALIAANSE REPUBLIEK,
ZIJNE KONINKLIJKE HOOGHEID
DE GROOTHERTOG VAN LUXEMBURG,
HARE MAJESTEIT DE KONINGIN DER NEDERLANDEN,

Partijen bij het op 17 april 1951 te Parijs ondertekende Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal en wier Staten hierna Lid-Staten worden genoemd,

enerzijds, en

DE PRESIDENT VAN DE REPUBLIEK BOEROENDI,
DE PRESIDENT VAN DE REPUBLIEK BOVEN-VOLTA,
DE PRESIDENT
VAN DE CENTRAALAFRIKAANSE REPUBLIEK,
DE PRESIDENT VAN DE REPUBLIEK DAHOMEY,
DE PRESIDENT VAN DE REPUBLIEK GABOEN,
DE PRESIDENT VAN DE REPUBLIEK IVOORKUST,

DE PRESIDENT
VAN DE FEDERALE REPUBLIEK KAMEROEN,
DE PRESIDENT
VAN DE DEMOCRATISCHE REPUBLIEK KONGO,
DE PRESIDENT
VAN DE REPUBLIEK KONGO-BRAZZAVILLE,
STAATSHOOFD,
DE PRESIDENT VAN DE REPUBLIEK MADAGASKAR,
HET STAATSHOOFD VAN DE REPUBLIEK MALI,
DE PRESIDENT
VAN DE ISLAMITISCHE REPUBLIEK MAURETANIË,
DE PRESIDENT VAN DE REPUBLIEK NIGER,

DE PRESIDENT VAN DE REPUBLIEK RWANDA,
DE PRESIDENT VAN DE REPUBLIEK SENEGAL,
DE PRESIDENT VAN DE REPUBLIEK SOMALIA,
DE PRESIDENT VAN DE REPUBLIEK TOGO,
DE PRESIDENT VAN DE REPUBLIEK TSJAAD,

wier Staten hierna geassocieerde Staten worden genoemd,

anderzijds,

GELET op het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal,

GELET op het Verdrag tot oprichting van de Europese Economische Gemeenschap, inzonderheid op artikel 232,

IN DER ERWAGUNG, daß das am heutigen Tage unterzeichnete Abkommen über die Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den mit dieser Gemeinschaft assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskar nicht für Erzeugnisse gilt, die unter die Zuständigkeit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl fallen,

IN DEM BESTREBEN jedoch, den Handel mit diesen Erzeugnissen zwischen den Mitgliedstaaten und den assoziierten Staaten aufrechtzuerhalten und auszubauen,

STELLEN FEST, daß die Geltungsdauer des zu diesem Zweck geschlossenen und am 20. Juli 1963 in Jaunde unterzeichneten Abkommens abgelaufen ist —

HABEN als Bevollmächtigte ernannt:

Seine Majestät der König der Belgier
Herr Charles Hanin,
Minister für Mittelstandsfragen;

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland
Herr Gerhard Jahn,
Parlamentarischer Staatssekretär des Auswärtigen Amtes;

Der Präsident der Französischen Republik
Herr Yvon Bourges,
Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten;

Der Präsident der Italienischen Republik
Herr Mario Pedini,
Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten;

Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Luxemburg

Herr Albert Borschette,
außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter;

Ihre Majestät die Königin der Niederlande
Herr Joseph M. A. H. Luns,
Minister für Auswärtige Angelegenheiten;

Der Präsident der Republik Burundi
Herr Lazare Ntawurishira,
Minister für Auswärtige Angelegenheiten
und Zusammenarbeit;

Der Präsident der Republik Dahome
Herr Daouda Badarou,
Minister für Auswärtige Angelegenheiten;

Der Präsident der Republik Elfenbeinküste
Herr Konan Bedie,
Minister für Wirtschaft und Finanzen;

Der Präsident der Republik Gabun
Herr Emile Kassa Mapsi,
Staatsminister, zuständig für die Wahrnehmung
der Geschäfte der Botschaft Gabuns bei den
Benelux-Staaten und den Europäischen Gemeinschaften;

Der Präsident der Bundesrepublik Kamerun
Herr Vincent Efon,
Minister für Planungsfragen und Entwicklung;

Der Präsident der Demokratischen Republik Kongo
Herr Crispin Kasasa,
Stellvertretender Minister
für Auswärtige Angelegenheiten,
zuständig für den Außenhandel;

PRENANT en considération le fait que la Convention d'Association entre la Communauté Economique Européenne et les Etats africains et malgache associés à cette Communauté, signée à ce jour, ne s'applique pas aux produits qui relèvent de la Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier.

SOUCIEUX toutefois de maintenir et d'intensifier entre les Etats membres et les Etats associés les échanges portant sur ces produits,

CONSTATANT que l'Accord intervenu à cet effet et signé à Yaoundé le 20 juillet 1963 est venu à expiration,

ONT désigné comme plénipotentiaires:

Sa Majesté le Roi des Belges
M. Charles Hanin,
Ministre des Classes Moyennes;

Le Président de la République Fédérale d'Allemagne
M. Gerhard Jahn,
Secrétaire d'Etat Parlementaire,
Ministre des Affaires Etrangères;

Le Président de la République Française
M. Yvon Bourges,
Secrétaire d'Etat aux Affaires Etrangères;

Le Président de la République Italienne
M. Mario Pedini,
Sous-Secrétaire d'Etat aux Affaires Etrangères;

Son Altesse Royale le Grand-Duc de Luxembourg

M. Albert Borschette,
Ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire;

Sa Majesté la Reine des Pays-Bas
M. Joseph M. A. H. Luns,
Ministre des Affaires Etrangères;

Le Président de la République du Burundi
M. Lazare Ntawurishira,
Ministre des Affaires Etrangères et de la Coopération;

Le Président de la République Fédérale du Cameroun
M. Vincent Efon,
Ministre du Plan et du Développement;

Le Président de la République Centrafricaine
M. Louis Alazoula,
Ministre de l'Industrie, des Mines et de la Géologie;

Le Président de la République Démocratique du Congo
M. Crispin Kasasa,
Vice-Ministre des Affaires Etrangères,
chargé du Commerce Extérieur;

Le Président de la République du Congo-Brazzaville,
Chef de l'Etat
M. Charles Sianard,
Ministre des Finances et de l'Economie;

Le Président de la République de Côte-d'Ivoire
M. Konan Bedie,
Ministre des Affaires Economiques et Financières;

PRENDENDO in considerazione il fatto che la Convenzione di Associazione tra la Comunità Economica Europea e gli Stati africani e malgascio associati a tale Comunità, firmata in data odierna, non si applica ai prodotti di competenza della Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio,

SOLLECITI tuttavia di mantenere e intensificare tra gli Stati membri e gli Stati associati gli scambi di tali prodotti,

COSTATANDO che l'Accordo intervenuto a tale scopo e firmato a Yaoundé il 20 luglio 1963 è giunto a scadenza,

HANNO designato come plenipotenziari:

Sua Maestà il Re dei Belgi
Sig. Charles Hanin,
Ministro del Ceto Medio;

Il Presidente della Repubblica federale di Germania
Sig. Gerhard Jahn,
Sottosegretario di Stato Parlamentare presso
il Ministero degli Affari Esteri;

Il Presidente della Repubblica Francese
Sig. Yvon Bourges,
Segretario di Stato al Ministero degli Affari Esteri;

Il Presidente della Repubblica Italiana
Sig. Mario Pedini,
Sottosegretario agli Affari Esteri;

Sua Altezza Reale il Granduca del Lussemburgo:

Sig. Albert Borschette,
Ambasciatore straordinario e plenipotenziario;

Sua Maestà la Regina dei Paesi Bassi
Sig. Joseph M. A. H. Luns,
Ministro degli Affari Esteri;

Il Presidente della Repubblica dell'Alto Volta
Sig. Pierre-Claver Damiba,
Ministro del Piano e dei Lavori Pubblici;

Il Presidente della Repubblica del Burundi
Sig. Lazare Ntawurishira,
Ministro degli Affari Esteri e della Cooperazione;

Il Presidente della Repubblica federale del Camerun
Sig. Vincent Efon,
Ministro del Piano e dello Sviluppo;

Il Presidente della Repubblica Centrafricana
Sig. Louis Alazoula,
Ministro dell'Industria, delle Miniere e della Geologia;

Il Presidente della Repubblica del Ciad
Sig. Abdoulaye Lamana,
Ministro dell'Economia, delle Finanze e dei Trasporti;

Il Presidente della Repubblica del Congo-Brazzaville,
Capo di Stato
Sig. Charles Sianard,
Ministro degli Affari Finanziari e Economici;

OVERWEGENDE dat de heden ondertekende Associatieovereenkomst tussen de Europese Economische Gemeenschap en de met deze Gemeenschap geassocieerde Afrikaanse Staten en Madagaskar niet van toepassing is op de produkten die onder de bevoegdheid vallen van de Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal,

VERLANGENDE niettemin het handelsverkeer voor deze produkten tussen de Lid-Staten en de geassocieerde Staten te handhaven en te ontwikkelen,

CONSTATERENDE dat het daartoe tot stand gekomen akkoord dat op 20 juli 1963 te Jaouende werd ondertekend verstreken is,

HEBBEN als hun gevolmachtigden aangewezen:

Zijne Majesteit de Koning der Belgen
De heer Charles Hanin,
Minister van Middenstand;

De President van de Bondsrepubliek Duitsland
De heer Gerhard Jahn,
Parlementaire Staatssecretaris,
Ministerie van Buitenlandse Zaken;

De President van de Franse Republiek
De heer Yvon Bourges,
Staatssecretaris van Buitenlandse Zaken;

De President van de Italiaanse Republiek
De heer Mario Pedini,
Staatssecretaris van Buitenlandse Zaken;

Zijne Koninklijke Hoogheid
de Groothertog van Luxemburg
De heer Albert Borschette,
buitengewoon en gevolmachtigd Ambassadeur;

Zare Majesteit de Koningin der Nederlanden
De heer Joseph M. A. H. Luns,
Minister van Buitenlandse Zaken;

De President van de Republiek Boeroendi
De heer Lazare Ntawurishira,
Minister van Buitenlandse Zaken en Samenwerking;

De President van de Republiek Boven-Volta
De heer Pierre-Claver Damiba,
Minister van het Plan en van Openbare werken;

De President van de Centraalafrikaanse Republiek
De heer Louis Alazoula,
Minister van Industrie, van Mijnbouw en van Geologie;

De President van de Republiek Dahomey
De heer Daouda Badarou,
Minister van Buitenlandse Zaken;

De President van de Republiek Gaboen
De heer Emile Kassa Mapsi,
Minister van Staat,
belast met de aangelegenheden van de Ambassade
Gaboen bij de Benelux-landen en de Europese
Gemeenschappen;

De President van de Republiek Ivoorkust
De heer Konan Bedie,
Minister van Economische Zaken en Financiën;

Der Präsident der Republik Kongo-Brazzaville, Staatschef
Herr Charles Sianard,
Minister für Finanzen und Wirtschaft;

Der Präsident der Republik Madagaskar
Herr Jacques Rabemananjara,
Staatsminister für Auswärtige Angelegenheiten;

Der Staatschef der Republik Mali
Herr Jean-Marie Kone,
Staatsminister für Auswärtige Angelegenheiten
und Zusammenarbeit;

Der Präsident der Islamitischen Republik Mauretanien
Herr Mokhtar Ould Haïba,
Minister für Planungsfragen;

Der Präsident der Republik Niger
Herr Alidou Barkire,
Minister für Wirtschaft, Handel und Industrie;

Der Präsident der Republik Obervolta
Herr Pierre-Claver Damiba,
Minister für Planungsfragen und öffentliche Arbeiten;

Der Präsident der Republik Ruanda
Herr Sylvestre Nsanzimana,
Minister für Handel, Bergbau und Industrie;

Der Präsident der Republik Senegal
Herr Jean Collin,
Minister für Finanzen;

Der Präsident der Republik Somalia
Herr Elmi Ahmed Duale,
Staatsminister für Auswärtige Angelegenheiten;

Der Präsident der Republik Togo
Herr Paulin Ekloou,
Minister für Handel, Industrie, Fremdenverkehr
und Planungsfragen;

Der Präsident der Republik Tschad
Herr Abdoulaye Lamana,
Minister für Wirtschaft, Finanzen und Verkehr;

Der Präsident der Zentralafrikanischen Republik
Herr Louis Alazoula,
Minister für Industrie, Bergbau und Geologie;

DIESE sind nach Austausch ihrer als gut und gehörig
befundenen Vollmachten

für die Geltungsdauer des Assoziierungsabkommens
wie folgt ÜBEREINGEKOMMEN:

Artikel 1

Vorbehaltlich etwaiger Maßnahmen auf Grund des Kapitals X des Vertrages über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl werden die Erzeugnisse, die unter die Zuständigkeit dieser Gemeinschaft fallen, wenn sie ihren Ursprung in den assoziierten Staaten haben, frei von Zöllen und Abgaben mit gleicher Wirkung

Le Président de la République du Dahomey
M. Daouda Badarou,
Ministre des Affaires Etrangères;

Le Président de la République Gabonaise
M. Emile Kassa Mapsi,
Ministre d'Etat chargé de l'Ambassade du Gabon
auprès du Benelux et des Communautés Européennes;

Le Président de la République de Haute-Volta
M. Pierre-Claver Damiba,
Ministre du Plan et des Travaux Publics;

Le Président de la République Malgache
M. Jacques Rabemananjara,
Ministre d'Etat aux Affaires Etrangères;

Le Chef de l'Etat de la République du Mali
M. Jean-Marie Kone,
Ministre d'Etat chargé des Affaires Etrangères
et de la Coopération;

Le Président de la République Islamique de Mauritanie
M. Mokhtar Ould Haïba,
Ministre de la Planification;

Le Président de la République du Niger
M. Alidou Barkire,
Ministre des Affaires Economiques,
du Commerce et de l'Industrie;

Le Président de la République Rwandaise
M. Sylvestre Nsanzimana,
Ministre du Commerce, des Mines et de l'Industrie;

Le Président de la République du Sénégal
M. Jean Collin,
Ministre des Finances;

Le Président de la République de Somalie
M. Elmi Ahmed Duale,
Ministre d'Etat aux Affaires Etrangères;

Le Président de la République du Tchad
M. Abdoulaye Lamana,
Ministre de l'Economie, des Finances et des Transports;

Le Président de la République Togolaise
M. Paulin Ekloou,
Ministre du Commerce, de l'Industrie, du Tourisme
et du Plan;

LESQUELS, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs,
reconnus en bonne et due forme,

SONT CONVENUS, pour la durée de la Convention
d'Association, des dispositions qui suivent:

Article 1

Sous réserve des mesures susceptibles d'être prises en application du Chapitre X du Traité instituant la Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier, les produits qui relèvent de cette Communauté sont admis à l'importation dans la Communauté, lorsqu'ils sont originaires des Etats associés, en exemption des droits de douane et

Il Presidente della Repubblica Democratica del Congo Sig. Crispin Kasasa, Viceministro degli Affari Esteri incaricato del Commercio Estero;	De President van de Federale Republiek Kameroen De heer Vincent Efon, Minister van het Plan en voor Ontwikkeling;
Il Presidente della Repubblica della Costa d'Avorio Sig. Konan Bedie, Ministro degli Affari Economici e Finanziari;	De President van de Democratische Republiek Kongo De heer Crispin Kasasa, Vice-Minister van Buitenlandse Zaken, belast met de Buitenlandse Handel;
Il Presidente della Repubblica del Dahomey Sig. Daouda Badarou, Ministro degli Affari Esteri;	De President van de Republiek Kongo-Brazzaville, Staatshoofd De heer Charles Sianard, Minister van Financiën en Economische Zaken;
Il Presidente della Repubblica del Gabon Sig. Emile Kassa Mapsi, Ministro di Stato incaricato dell'Ambasciata del Gabon presso il Benelux e le Comunità Europee;	De President van de Republiek Madagaskar De heer Jacques Rabemananjara, Staatsminister voor Buitenlandse Zaken;
Il Presidente della Repubblica Malgascia Sig. Jaques Rabemananjara, Ministro di Stato agli Affari Esteri;	Het Staatshoofd van de Republiek Mali De heer Jean-Marie Kone, Minister van Staat, belast met Buitenlandse Zaken en Samenwerking;
Il Capo di Stato della Repubblica del Mali Sig. Jean-Marie Kone, Ministro di Stato incaricato degli Affari Esteri e della Cooperazione;	De President van de Islamitische Republiek Mauretanië De heer Mokhtar Ould Haïba, Minister van het Plan;
Il Presidente della Repubblica Islamitica di Mauritania Sig. Mokhtar Ould Haïba, Ministro della Pianificazione;	De President van de Republiek Niger De heer Alidou Barkire, Minister van Economische Zaken, Handel en Industrie;
Il Presidente della Repubblica del Niger Sig. Alidou Barkire, Ministro degli Affari Economici, del Commercio e dell'Industria;	De President van de Republiek Rwanda De heer Sylvestre Nsanzimana, Minister van Handel, Mijnbouw en Nijverheid;
Il Presidente della Repubblica del Ruanda Sig. Sylvestre Nsanzimana, Ministro del Commercio, delle Miniere e dell'Industria;	De President van de Republiek Senegal De heer Jean Collin, Minister van Financiën;
Il Presidente della Repubblica del Senegal Sig. Jean Collin, Ministro delle Finanze;	De President van de Republiek Somalia De heer Elmi Ahmed Duale, Staatsminister van Buitenlandse Zaken;
Il Presidente della Repubblica Somala Sig. Elmi Ahmed Duale, Ministro di Stato agli Affari Esteri;	De President van de Republiek Togo De heer Paulin Eklou, Minister van Handel, Industrie, Toerisme en voor het Plan;
Il Presidente della Repubblica del Togo Sig. Paulin Eklou, Ministro per il Commercio, l'Industria, il Turismo e il Piano;	De President van de Republiek Tsjaad De heer Abdoulage Lamana, Minister van Economische Zaken, Financiën en Verkeer;

I QUALI, dopo aver scambiato i loro pieni poteri, riconosciuti in buona e debita forma,

HANNO CONVENUTO, per la durata della Convenzione di Associazione, le disposizioni che seguono:

Articolo 1

Fatte salve le misure che potrebbero essere adottate in applicazione del Capitolo X del Trattato che istituisce la Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio, i prodotti di competenza di detta Comunità sono ammessi all'importazione nella Comunità, quando sono originari degli Stati associati, in esenzione dai dazi doganali e dalle

DIE, na overlegging van hun in goede en behoorlijke vorm bevonden volmachten, omtrent de volgende bepalingen voor de duur van de Associatieovereenkomst

OVEREENSTEMMING HEBBEN BEREIKT:

Artikel 1

Onverminderd de maatregelen die met toepassing van hoofdstuk X van het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal kunnen worden getroffen, kunnen de onder de bevoegdheid van deze Gemeenschap vallende produkten van oorsprong uit de geassocieerde Staten, met vrijdom van douane-

wie diese Zölle in die Gemeinschaft eingeführt; diese Erzeugnisse dürfen jedoch nicht günstiger als im Warenverkehr zwischen den Mitgliedstaaten behandelt werden.

Artikel 2

Unbeschadet der Anwendung des Artikels 63 des Assoziierungsabkommens unterliegen die genannten Erzeugnisse mit Ursprung in den Mitgliedstaaten bei der Einfuhr in die assoziierten Staaten weder Zöllen oder Abgaben mit gleicher Wirkung wie diese Zölle noch mengenmäßigen Beschränkungen und Maßnahmen gleicher Wirkung; dabei gelten die Bedingungen des Titels I Kapitel I und des Artikels 16 Absatz 1 des Assoziierungsabkommens sowie der Protokolle Nr. 2 und 3 im Anhang zum Assoziierungsabkommen entsprechend.

Artikel 3

In allen Fällen, in denen die Durchführung der vorgenannten Bestimmungen dies nach Ansicht einer der Parteien erfordert, finden zwischen den beteiligten Parteien Konsultationen statt.

Artikel 4

Die Befugnisse und Zuständigkeiten, die sich aus dem Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl ergeben, werden durch dieses Abkommen nicht berührt.

Artikel 5

Dieses Abkommen wird von den einzelnen Unterzeichnerstaaten nach Maßgabe ihrer verfassungsrechtlichen Vorschriften genehmigt. Die Regierungen der einzelnen Staaten teilen dem Sekretariat des Rates der Europäischen Gemeinschaften mit, daß die für das Inkrafttreten dieses Abkommens erforderlichen Verfahren abgeschlossen sind. Das Abkommen tritt zum gleichen Zeitpunkt wie das Assoziierungsabkommen in Kraft.

Artikel 6

Dieses Abkommen wird für die Dauer von fünf Jahren vom Zeitpunkt seines Inkrafttretens an geschlossen; seine Geltungsdauer läuft spätestens am 31. Januar 1975 ab. Es tritt gegenüber jedem Unterzeichnerstaat außer Kraft, der gemäß Artikel 64 des Assoziierungsabkommens nicht mehr Vertragspartei des Assoziierungsabkommens ist.

Artikel 7

Dieses Abkommen ist in einer Urschrift in deutscher, französischer, italienischer und niederländischer Sprache abgefaßt, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist; es wird im Archiv des Sekretariats des Rates der Europäischen Gemeinschaften hinterlegt; dieses übermittelt der Regierung jedes Unterzeichnerstaates eine beglaubigte Abschrift.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten Bevollmächtigten ihre Unterschriften unter dieses Abkommen gesetzt.

GESCHEHEN zu Jaunde, am neunundzwanzigsten Juli neunzehnhundertneunundsechzig.

Pour sa Majesté le Roi des Belges:
Voor Zijne Majesteit de Koning der Belgen:
Charles Hanin

Für den Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland:
Gerhard Jahn

taxes d'effet équivalant à de tels droits sans que le traitement réservé à ces produits puisse être plus favorable que celui que les Etats membres s'accordent entre eux.

Article 2

Sans préjudice de l'application des dispositions de l'article 63 de la Convention d'Association, les produits susvisés originaires des Etats membres sont admis à l'importation dans les Etats associés en exemption de droits de douane et taxes d'effet équivalant à de tels droits ainsi que des restrictions quantitatives et mesures d'effet équivalent, dans des conditions analogues à celles qui sont prévues au Chapitre I du Titre I et à l'article 16 paragraphe 1 de la Convention d'Association ainsi qu'aux Protocoles n° 2 et 3 y annexés.

Article 3

Des consultations ont lieu entre les Parties intéressées dans tous les cas où, de l'avis d'une d'entre elles, l'application des dispositions ci-dessus le rend nécessaire.

Article 4

Le présent Accord ne modifie pas les pouvoirs et compétences découlant des dispositions du Traité instituant la Communauté Européenne du Charbonne et de l'Acier.

Article 5

Le présent Accord est approuvé par chaque Etat signataire conformément aux règles constitutionnelles qui lui sont propres. Le Gouvernement de chaque Etat notifie au Secrétariat du Conseil des Communautés Européennes l'accomplissement des procédures requises pour l'entrée en vigueur du présent Accord. Celui-ci entre en vigueur à la même date que la Convention d'Association.

Article 6

Le présent Accord est conclu pour une durée de cinq années à compter de son entrée en vigueur et vient à expiration au plus tard le 31 janvier 1975. Il cessera de produire effet à l'égard de tout Etat signataire qui, en application de l'article 64 de la Convention d'Association, n'est plus Partie à celle-ci.

Article 7

Le présent Accord, rédigé en un exemplaire unique en langues allemande, française, italienne et néerlandaise, chacun de ces textes faisant également foi, sera déposé dans les archives du Secrétariat du Conseil des Communautés Européennes qui en remettra une copie certifiée conforme aux Gouvernements de chacun des Etats signataires.

EN FOI DE QUOI, les plénipotentiaires soussignés ont apposé leurs signatures au bas du présent Accord.

FAIT à Yaoundé, le vingt-neuf juillet mil neuf cent soixante-neuf.

tasce di effetto equivalente a tali dazi senza che il trattamento riservato a tali prodotti possa essere più favorevole di quello che gli Stati membri si accordano tra loro.

Articolo 2

Fatta salva l'applicazione delle disposizioni dell'articolo 63 della Convenzione di Associazione, i prodotti summenzionati originari degli Stati membri sono ammessi all'importazione negli Stati associati in esenzione dai dazi doganali e dalle tasse di effetto equivalente a tali dazi nonché dalle restrizioni quantitative e dalle misure di effetto equivalente, a condizioni analoghe a quelle che sono previste al Capitolo I del Titolo I e all'articolo 16, paragrafo 1, della Convenzione di Associazione nonché ai Protocolli n° 2 e 3 ad essa allegati.

Articolo 3

Tra le parti interessate si hanno consultazioni tutte le volte che, secondo il parere di una di dette parti, l'applicazione delle disposizioni summenzionate lo richieda.

Articolo 4

Il presente Accordo non modifica i poteri e le competenze derivanti dalle disposizioni del Trattato che istituisce la Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio.

Articolo 5

Il presente Accordo è approvato da ogni Stato firmatario conformemente alle proprie norme costituzionali. Il Governo di ogni Stato notifica al Segretariato del Consiglio delle Comunità Europee l'adempimento delle procedure richieste per l'entrata in vigore del presente Accordo. L'Accordo entra in vigore alla stessa data della Convenzione di Associazione.

Articolo 6

Il presente Accordo è concluso per una durata di cinque anni a decorrere dalla sua entrata in vigore e scadrà al più tardi il 31 gennaio 1975. Esso non avrà più nessun effetto nei confronti di ogni Stato firmatario che, a norma dell'articolo 64 della Convenzione di Associazione, cessa di farne parte di quest'ultima.

Articolo 7

Il presente Accordo, redatto in unico esemplare in lingua tedesca, francese, italiana e olandese, i quattro testi facenti tutti ugualmente fede, sarà depositato negli archivi del Segretariato del Consiglio delle Comunità Europee che provvederà a rimetterne copia certificata conforme a ciascuno dei Governi degli Stati firmatari.

IN FEDE DI CHE, i plenipotenziari sottoscritti hanno apposto le loro firme in calce al presente Accordo.

FATTO a Yaoundé, il ventinove luglio millenovecentosessantanove.

rechten en heffingen van gelijke werking als dergelijke rechten in de Gemeenschap worden ingevoerd; de regeling voor deze produkten mag echter niet gunstiger zijn dan die welke de Lid-Staten onder elkaar toepassen.

Artikel 2

Onverminderd de toepassing van artikel 63 van de Associatieovereenkomst kunnen bovenbedoelde produkten van oorsprong uit de Lid-Staten met vrijdom van douanerechten en heffingen van gelijke werking als dergelijke rechten, alsook vrij van kwantitatieve beperkingen en maatregelen van gelijke werking in de geassocieerde Staten worden ingevoerd, onder gelijksoortige omstandigheden als bedoeld in Hoofdstuk I van Titel I en in artikel 16, lid 1, van de Associatieovereenkomst, alsmede in de daaraan gehechte Protocolen No. 2 en 3.

Artikel 3

Tussen de betrokken Partijen vindt overleg plaats in alle gevallen waarin, naar de mening van een hunner, de toepassing der bovenvermelde bepalingen dit noodzakelijk maakt.

Artikel 4

Dit Akkoord houdt geen wijziging in van de bevoegdheden en competenties die voortvloeien uit het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal.

Artikel 5

Dit Akkoord wordt door elke ondertekenende Staat goedgekeurd overeenkomstig zijn eigen grondwettelijke voorschriften. De Regering van elke Staat doet het Secretariat van de Raad der Europese Gemeenschappen mededeling van de beëindiging der procedures die voor het in werking treden van dit Akkoord zijn vereist. Dit Akkoord treedt in werking op dezelfde datum als de Associatieovereenkomst.

Artikel 6

Dit Akkoord wordt gesloten voor een tijdsduur van vijf jaren, te rekenen vanaf zijn inwerkingtreding, en verstrijkt uiterlijk op 31 januari 1975. Het zal niet langer van toepassing zijn op de ondertekenende Staat die ingevolge artikel 64 van de Associatieovereenkomst geen Partij meer is bij deze Overeenkomst.

Artikel 7

Dit Akkoord, opgesteld in één exemplaar, in de Duitse, de Franse, de Italiaanse en de Nederlandse taal, zijnde de vier teksten gelijkelijk authentiek, zal worden nedergelegd in het archief van het Secretariaat van de Raad der Europese Gemeenschappen, dat een voor eensluidend gewaarmerkt afschrift daarvan toezendt aan de Regeringen van de ondertekenende Staten.

TEN BLIJKE WAARVAN de ondergetekende gevolmachtigden hun handtekening onder deze Overeenkomst hebben gesteld.

GEDAAN te Yaoundé, de negenentwintigste juli negentienhonderd negenenzestig.

Pour le Président de la République Française:
Yvon Bourges

Per il Presidente della Repubblica Italiana:
Mario Pedini

Pour Son Altesse Royale le Grand-Duc de Luxembourg:
Albert Borschette

Voor Hare Majesteit de Koningin der Nederlanden:
Joseph M. A. H. Luns

Pour le Président de la République du Burundi:
Lazare Ntawurishira

Pour le Président de la République Fédérale du Cameroun:
Vincent Efon

Pour le Président de la République Centrafricaine:
Louis Alazoula

Pour le Président de la République Démocratique
du Congo:
Crispin Kasasa

Pour le Président de la République du Congo-Brazzaville,
Chef de l'Etat:
Charles Sianard

Pour le Président de la République de Côte d'Ivoire:
Konan Bedie

Pour le Président de la République du Dahomey:
Daouda Badarou

Pour le Président de la République Gabonaise:
Emile Kassa Mpsi

Pour le Président de la République de Haute-Volta:
Pierre-Claver D a m i b a

Pour le Président de la République Malgache:
Jacques R a b e m a n a n j a r a

Pour le Chef de l'Etat de la République du Mali:
Jean-Marie K o n e

Pour le Président de la République Islamique
de Mauritanie:
Mokhtar Ould H a i b a

Pour le Président de la République du Niger:
Alidou B a r k i r e

Pour le Président de la République Rwandaise:
Sylvestre N s a n z i m a n a

Pour le Président de la République du Sénégal:
Jean C o l l i n

Per il Presidente della Repubblica Somala:
Ahmed D u a l e

Pour le Président de la République du Tchad:
Abdoulaye L a m a n a

Pour le Président de la République Togolaise:
Paulin E k l o u

Schlußakte

Die Bevollmächtigten
 Seiner Majestät des Königs der Belgier,
 des Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland,
 des Präsidenten der Französischen Republik,
 des Präsidenten der Italienischen Republik,
 Seiner Königlichen Hoheit
 des Großherzogs von Luxemburg,
 Ihrer Majestät der Königin der Niederlande,
 sowie des Rates der Europäischen Gemeinschaften

einerseits und

des Präsidenten der Republik Burundi,
 des Präsidenten der Republik Dahome,
 des Präsidenten der Republik Elfenbeinküste,
 des Präsidenten der Republik Gabun,
 des Präsidenten der Bundesrepublik Kamerun,
 des Präsidenten der Demokratischen Republik Kongo,

des Präsidenten der Republik Kongo-Brazzaville,
 Staatschef,
 des Präsidenten der Republik Madagaskar,
 des Staatshaupts der Republik Mali,

des Präsidenten der Islamitischen Republik Mauretanien,
 des Präsidenten der Republik Niger,
 des Präsidenten der Republik Obervolta,

des Präsidenten der Republik Rwanda,

des Präsidenten der Republik Senegal,
 des Präsidenten der Republik Somalia,
 des Präsidenten der Republik Togo,
 des Präsidenten der Republik Tschad,
 des Präsidenten der Zentralafrikanischen Republik

andererseits,

die am neunundzwanzigsten Juli neunzehnhundertneun-
 undsechzig in Jaunde zur Unterzeichnung des Abkom-
 mens über die Assoziation zwischen der Europäischen
 Wirtschaftsgemeinschaft und den mit dieser Gemeinschaft
 assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskar zu-
 sammengetreten sind, haben folgende Texte festgelegt:

das Abkommen über die Assoziation zwischen der
 Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den mit die-
 ser Gemeinschaft assoziierten afrikanischen Staaten und
 Madagaskar

sowie die nachstehend aufgeführten Protokolle:

Protokoll Nr. 1 über die Anwendung des Artikels 2
 Absatz 2 des Assoziierungsabkommens

Protokoll Nr. 2 über die Anwendung des Artikels 3
 des Assoziierungsabkommens

Protokoll Nr. 3 über die Anwendung des Artikels 7
 des Assoziierungsabkommens

Protokoll Nr. 4 über die Anwendung des Assozi-
 erungsabkommens und die Verwirk-
 lichung internationaler Übereinkünfte
 zur Gewährung allgemeiner Präferenzen

Protokoll Nr. 5 über die Maßnahmen der Hohen Ver-
 tragsparteien betreffend die Berück-
 sichtigung ihrer gegenseitigen Inter-
 essen, insbesondere hinsichtlich der
 tropischen Erzeugnisse

Acte final

Les Plénipotentiaires

de Sa Majesté le Roi des Belges,
 du Président de la République Fédérale d'Allemagne,
 du Président de la République Française,
 du Président de la République Italienne,
 de Son Altesse Royale le Grand-Duc de Luxembourg,

de Sa Majesté la Reine des Pays-Bas,
 ainsi que du Conseil des Communautés Européennes,

d'une part, et

du Président de la République du Burundi,
 du Président de la République Fédérale du Cameroun,
 du Président de la République Centrafricaine,
 du Président de la République Démocratique du Congo,
 du Président de la République du Congo-Brazzaville,
 Chef de l'Etat,
 du Président de la République de Côte-d'Ivoire,

du Président de la République du Dahomey,

du Président de la République Gabonaise,
 du Président de la République de Haute-Volta,

du Président de la République Malgache,
 du Chef de l'Etat de la République du Mali,
 du Président de la République Islamique de Mauritanie,

du Président de la République du Niger,

du Président de la République Rwandaise,
 du Président de la République du Sénégal,
 du Président de la République de Somalie,
 du Président de la République du Tchad,
 du Président de la République Togolaise,

d'autre part,

réunis à Yaoundé, le vingt-neuf juillet mil neuf cent soi-
 xante-neuf, pour la signature de la Convention d'Associa-
 tion entre la Communauté Economique Européenne et les
 Etats africains et malgache associés à cette Communauté,
 ont arrêté les textes suivants:

la Convention d'Association entre la Communauté Eco-
 nomique Européenne et les Etats africains et malgache
 associés à cette Communauté,

ainsi que les Protocoles suivants:

Protocole n° 1 relatif à l'application de l'article 2 para-
 graphe 2 de la Convention d'Association

Protocole n° 2 relatif à l'application de l'article 3 de la
 Convention d'Association

Protocole n° 3 relatif à l'application de l'article 7 de la
 Convention d'Association

Protocole n° 4 relatif à l'application de la Convention
 d'Association et à la réalisation d'ac-
 cords internationaux concernant l'octroi
 de préférences générales

Protocole n° 5 relatif à l'action des Hautes Parties Con-
 tractantes concernant leurs intérêts réci-
 proques notamment à l'égard des pro-
 duits tropicaux

Atto finale

Slotakte

I Plenipotenziari

di Sua Maestà il Re dei Belgi,
 Il Presidente della Repubblica Federale di Germania,
 Il Presidente della Repubblica Francese,
 Il Presidente della Repubblica Italiana,
 Sua Altezza Reale il Granduca del Lussemburgo,

Sua Maestà la Regina dei Paesi Bassi,
 e del Consiglio delle Comunità Europee,

da una parte, e di

Il Presidente della Repubblica dell'Alto Volta,
 Il Presidente della Repubblica del Burundi,
 Il Presidente della Repubblica Federale del Camerun,
 Il Presidente della Repubblica Centrafricana,
 Il Presidente della Repubblica del Ciad,

Il Presidente della Repubblica del Congo-Brazzaville,
 Capo di Stato,
 Il Presidente della Repubblica Democratica del Congo,

Il Presidente della Repubblica della Costa d'Avorio,
 Il Presidente della Repubblica del Dahomey,

Il Presidente della Repubblica del Gabon,
 Il Presidente della Repubblica Malgascia,
 Il Capo di Stato della Repubblica del Mali,

Il Presidente
 della Repubblica Islamitica di Mauritania,
 Il Presidente della Repubblica del Niger,
 Il Presidente della Repubblica del Ruanda,
 Il Presidente della Repubblica del Senegal,
 Il Presidente della Repubblica Somala,
 Il Presidente della Repubblica del Togo,

dall'altra parte,

riuniti a Yaoundé, il ventinove luglio millenovecentosessantatré per la firma della Convenzione di Associazione tra la Comunità Economica Europea e gli Stati africani e malgascio associati a tale Comunità, hanno adottato i testi seguenti:

la Convenzione di Associazione tra la Comunità Economica Europea e gli Stati africani e malgascio associati a tale Comunità,

nonchè i Protocolli seguenti:

- Protocollo n° 1 relativo all'applicazione dell'articolo 2, paragrafo 2, della Convenzione di Associazione
- Protocollo n° 2 relativo all'applicazione dell'articolo 3 della Convenzione di Associazione
- Protocollo n° 3 relativo all'applicazione dell'articolo 7 della Convenzione di Associazione
- Protocollo n° 4 relativo all'applicazione della Convenzione di Associazione e all'attuazione di accordi internazionali per la concessione di preferenze generali
- Protocollo n° 5 relativo all'azione delle Alte Parti Contraenti per quanto riguarda i reciproci interessi per i prodotti tropicali in particolare

De Gevolmachtigden

van Zijne Majesteit de Koning der Belgen,
 van de President van de Bondsrepubliek Duitsland,
 van de President van de Franse Republiek,
 van de President van de Italiaanse Republiek,
 van Zijne Koninklijke Hoogheid de Groothertog van Luxemburg,
 van Hare Majesteit de Koningin der Nederlanden,
 en van de Raad der Europese Economische Gemeenschap,

enerzijds, en

van de President van de Republiek Boeroendi,
 van de President van de Republiek Boven-Volta,
 van de President van de Centraalafrikaanse Republiek,
 van de President van de Republiek Dahomey,
 van de President van de Republiek Gaboen,

van de President van de Republiek Ivoorkust,

van de President van de Federale Republiek Kameroen,

van de President van de Democratische Republiek Kongo,
 van de President van de Republiek Kongo-Brazzaville,
 Staatshoofd,

van de President van de Republiek Madagaskar,
 van het Staatshoofd van de Republiek Mali,
 van de President van de Islamitische Republiek Mauretanië,

van de President van de Republiek Niger,

van de President van de Republiek Rwanda,
 van de President van de Republiek Senegal,
 van de President van de Republiek Somalia,
 van de President van de Republiek Togo,
 van de President van de Republiek Tsjaad,

anderzijds,

bijeengekomen te Jaoende de negentwintigste juli negentienhonderd negenenzeestig ter ondertekening van de Associatieovereenkomst tussen de Europese Economische Gemeenschap en de met deze Gemeenschap geassocieerde Afrikaanse Staten en Madagaskar, hebben de volgende teksten vastgesteld:

de Associatieovereenkomst tussen de Europese Economische Gemeenschap en de met deze Gemeenschap geassocieerde Afrikaanse Staten en Madagaskar, alsmede de hieronder genoemde Protocollen:

- Protocol No. 1 betreffende de toepassing van artikel 2, lid 2, van de Associatieovereenkomst
- Protocol No. 2 betreffende de toepassing van artikel 3 van de Associatieovereenkomst
- Protocol No. 3 betreffende de toepassing van artikel 7 van de Associatieovereenkomst
- Protocol No. 4 betreffende de toepassing van de Associatieovereenkomst en de totstandbrenging van internationale overeenkomsten inzake de toekenning van algemene preferenties
- Protocol No. 5 betreffende de maatregelen van de Hoge Overeenkomstsluitende Partijen inzake hun wederzijdse belangen, met name op het gebied van tropische producten

Protokoll Nr. 6	über die Verwaltung der Hilfe der Gemeinschaft	Protocole n° 6	relatif à la gestion des aides de la Communauté
Protokoll Nr. 7	über den Wert der Rechnungseinheit	Protocole n° 7	relatif à la valeur de l'unité de compte
Protokoll Nr. 8	über die Satzung des Schiedsgerichts der Assoziation	Protocole n° 8	relatif au Statut de la Cour arbitrale de l'Association
Protokoll Nr. 9	über die Vorrechte und Befreiungen	Protocole n° 9	sur les privilèges et immunités
Protokoll Nr. 10	über die Verwaltungskosten der Organe der Assoziation.	Protocole n° 10	relatif aux frais de fonctionnement des Institutions de l'Association.

Die Bevollmächtigten der Mitgliedstaaten und die Bevollmächtigten der assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskars haben außerdem den Text des Abkommens über die Erzeugnisse, die unter die Zuständigkeit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl fallen, festgelegt.

Die Bevollmächtigten der Mitgliedstaaten und die Bevollmächtigten der assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskars haben ferner den Text der nachstehend aufgeführten und dieser Schlußakte beigefügten gemeinsamen Erklärungen festgelegt:

1. Erklärung der Vertragsparteien zu Artikel 10 des Assoziierungsabkommens (Anhang I)
2. Erklärung der Vertragsparteien zu den Erdölzeugnissen (Anhang II)
3. Erklärung der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten und der Vertreter der Regierungen der assoziierten Staaten zur Steuer- und Zollregelung für die von der Gemeinschaft finanzierten Aufträge (Anhang III)
4. Erklärung der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten und der Vertreter der Regierungen der assoziierten Staaten zur Bestätigung der Entschlüsse des Assoziationsrates über die finanzielle und technische Zusammenarbeit (Anhang IV)
5. Erklärung der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten und der Vertreter der Regierungen der assoziierten Staaten zur Liberalisierung des Zahlungsverkehrs (Anhang V)
6. Erklärung der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten und der Vertreter der Regierungen der assoziierten Staaten zur Gleichbehandlung der Mitgliedstaaten hinsichtlich der Investitionen (Anhang VI)
7. Erklärungen der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten und der Vertreter der Regierungen der assoziierten Staaten zu Artikel 1 des Protokolls Nr. 9 über die Vorrechte und Befreiungen (Anhang VII)
8. Erklärung der Vertragsparteien zu einem Vermittlungsverfahren (Anhang VIII)
9. Erklärung der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten und der Vertreter der Regierungen der assoziierten Staaten zur Satzung des Schiedsgerichts der Assoziation (Anhang IX).

Die Bevollmächtigten der assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskars haben schließlich die nachstehend aufgeführten und dieser Schlußakte beigefügten Erklärungen zur Kenntnis genommen:

1. Erklärung der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zu den Kernerzeugnissen (Anhang X)

Les plénipotentiaires des Etats membres et les plénipotentiaires des Etats africains et malgache associés ont en outre arrêté le texte de l'Accord relatif aux produits relevant de la Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier.

Les plénipotentiaires des Etats membres et les plénipotentiaires des Etats africains et malgache associés ont également arrêté le texte des déclarations énumérées ci-après et annexées au présent Acte final:

1. Déclaration des Parties Contractantes relative à l'article 10 de la Convention d'Association (Annexe I)
2. Déclaration des Parties Contractantes relative aux produits pétroliers (Annexe II)
3. Déclaration des Représentants des Gouvernements des Etats membres et des Représentants des Gouvernements des Etats associés relative au régime fiscal et douanier des marchés financés par la Communauté (Annexe III)
4. Déclaration des Représentants des Gouvernements des Etats membres et des Représentants des Gouvernements des Etats associés confirmant les résolutions du Conseil d'Association relatives à la coopération financière et technique (Annexe IV)
5. Déclaration des Représentants des Gouvernements des Etats membres et des Représentants des Gouvernements des Etats associés relative à la libération des paiements (Annexe V)
6. Déclaration des Représentants des Gouvernements des Etats membres et des Représentants des Gouvernements des Etats associés relative à la non-discrimination entre Etats membres en matière d'investissements (Annexe VI)
7. Déclarations des Représentants des Gouvernements des Etats membres et des Gouvernements des Etats associés relatives à l'article 1 du Protocole n° 9 sur les privilèges et immunités (Annexe VII)
8. Déclaration des Parties Contractantes relative à une procédure de bons offices (Annexe VIII)
9. Déclaration des Représentants des Gouvernements des Etats membres et des Représentants des Gouvernements des Etats associés relative au Statut de la Cour arbitrale de l'Association (Annexe IX).

Les plénipotentiaires des Etats africains et malgache associés ont en outre pris acte des déclarations énumérées ci-après et annexées au présent Acte final:

1. Déclaration des Représentants des Gouvernements des Etats membres relative aux produits nucléaires (Annexe X)

Protocollo n° 6	relativo alla gestione degli aiuti della Comunità
Protocollo n° 7	relativo al valore dell'unità di conto
Protocollo n° 8	relativo allo Statuto della Corte arbitrale dell'Associazione
Protocollo n° 9	sui privilegi e sulle immunità
Protocollo n° 10	relativo alle spese di funzionamento delle Istituzioni dell'Associazione

Protocol No. 6	betreffende het beheer van de steun van de Gemeenschap
Protocol No. 7	betreffende de waarde van de reken-eenheid
Protocol No. 8	betreffende het Statuut van het Arbitragehof van de Associatie
Protocol No. 9	betreffende de voorrechten en immunititeiten
Protocol No. 10	betreffende de huishoudelijke kosten van de Instellingen der Associatie

I plenipotenziari degli Stati membri e i plenipotenziari degli Stati africani e malgascio associati hanno inoltre adottato il testo dell'Accordo relativo ai prodotti di competenza della Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio.

I plenipotenziari degli Stati membri e i plenipotenziari degli Stati africani e malgascio associati hanno altresì adottato il testo delle dichiarazioni sotto elencate e allegate al presente Atto Finale:

1. Dichiarazione delle Parti Contraenti relativa all'articolo 10 della Convenzione di Associazione (Allegato I)
2. Dichiarazione delle Parti Contraenti relativa ai prodotti petroliferi (Allegato II)
3. Dichiarazione dei Rappresentanti dei Governi degli Stati membri e dei Rappresentanti dei Governi degli Stati associati relativa al regime fiscale e doganale degli appalti finanziati dalla Comunità (Allegato III)
4. Dichiarazione dei Rappresentanti dei Governi degli Stati membri e dei Rappresentanti dei Governi degli Stati associati che conferma le risoluzioni del Consiglio di Associazione relative alla cooperazione finanziaria e tecnica (Allegato IV)
5. Dichiarazione dei Rappresentanti dei Governi degli Stati membri e dei Rappresentanti dei Governi degli Stati associati relativa alla liberalizzazione dei pagamenti (Allegato V)
6. Dichiarazione dei Rappresentanti dei Governi degli Stati membri e dei Rappresentanti dei Governi degli Stati associati relativa alla non discriminazione tra Stati membri in materia di investimenti (Allegato VI)
7. Dichiarazioni dei Rappresentanti dei Governi degli Stati membri e dei Rappresentanti dei Governi degli Stati associati relative all'articolo 1 del Protocollo n° 9 sui privilegi e sulle immunità (Allegato VII)
8. Dichiarazione delle Parti Contraenti relativa a una procedura di buoni uffici (Allegato VIII)
9. Dichiarazione dei Rappresentanti dei Governi degli Stati membri e dei Rappresentanti dei Governi degli Stati associati relativa allo Statuto della Corte arbitrale dell'Associazione (Allegato IX)

I plenipotenziari degli Stati africani e malgascio associati hanno inoltre preso atto delle decisioni e delle dichiarazioni sotto elencate e allegate al presente Atto Finale:

1. Dichiarazione dei Rappresentanti dei Governi degli Stati membri relativa ai prodotti nucleari (Allegato X)

De gevolmachtigden van de Lid-Staten en de gevolmachtigden van de geassocieerde Afrikaanse Staten en Madagaskar hebben voorts de tekst vastgesteld van het Akkoord betreffende de produkten die onder de bevoegdheid vallen van de Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal.

De gevolmachtigden van de Lid-Staten en de gevolmachtigden van de geassocieerde Afrikaanse Staten en Madagaskar hebben tevens de tekst vastgesteld van de hierna genoemde en aan deze Slotakte gehechte verklaringen:

1. Verklaring van de Overeenkomstsluitende Partijen betreffende artikel 10 van de Associatieovereenkomst (Bijlage I)
2. Verklaring van de Overeenkomstsluitende Partijen betreffende aardolieprodukten (Bijlage II)
3. Verklaring van de Vertegenwoordigers van de Regeringen der Lid-Staten en van de Vertegenwoordigers van de Regeringen der geassocieerde Staten inzake de fiscale regeling en de douaneregeling voor de door de Gemeenschap gefinancierde contracten (Bijlage III)
4. Verklaring van de Vertegenwoordigers van de Regeringen der Lid-Staten en van de Vertegenwoordigers van de Regeringen der geassocieerde Staten ter bevestiging van de resolutie van de Associatieraad betreffende de financiële en technische samenwerking (Bijlage IV)
5. Verklaring van de Vertegenwoordigers van de Regeringen der Lid-Staten en van de Vertegenwoordigers van de Regeringen der geassocieerde Staten betreffende de vrijmaking van de betalingen (Bijlage V)
6. Verklaring van de Vertegenwoordigers van de Regeringen der Lid-Staten en van de Vertegenwoordigers van de Regeringen der geassocieerde Staten betreffende de non-discriminatie tussen Lid-Staten ter zake van investeringen (Bijlage VI)
7. Verklaringen van de Vertegenwoordigers van de Regeringen der Lid-Staten en van de Vertegenwoordigers van de Regeringen der geassocieerde Staten inzake artikel 1 van Protocol No. 9 betreffende de voorrechten en immunititeiten (Bijlage VII)
8. Verklaring van de Overeenkomstsluitende Partijen betreffende een procedure van goede diensten (Bijlage VIII)
9. Verklaring van de Vertegenwoordigers van de Regeringen der Lid-Staten en van de Vertegenwoordigers van de Regeringen der geassocieerde Staten betreffende het Statuut van het Arbitragehof van de Associatie (Bijlage IX)

De gevolmachtigden van de geassocieerde Afrikaanse Staten en Madagaskar hebben voorts akte genomen van de hierna genoemde en aan deze Slotakte gehechte verklaringen:

1. Verklaring van de Vertegenwoordigers van de Regeringen der Lid-Staten betreffende de produkten op het gebied van de kernenergie (Bijlage X)

- | | |
|---|---|
| <p>2. Erklärung der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zum Zollkontingent für die Einfuhr von Bananen (Anhang XI)</p> <p>3. Erklärung der Gemeinschaft zu Artikel 25 des Assoziierungsabkommens und Artikel 9 des Protokolls Nr. 6 über die Verwaltung der Hilfe der Gemeinschaft (Anhang XII)</p> <p>4. Erklärung des Vertreters der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die Bestimmung des Begriffs „Deutscher Staatsangehöriger“ (Anhang XIII)</p> <p>5. Erklärung des Vertreters der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zur Geltung des Assoziierungsabkommens für Berlin (Anhang XIV)</p> | <p>2. Déclaration des Représentants des Gouvernements des Etats membres relative au contingent tarifaire pour les importations de bananes (Annexe XI)</p> <p>3. Déclaration de la Communauté relative à l'article 25 de la Convention d'Association et à l'article 9 du Protocole n° 6 relatif à la gestion des aides de la Communauté (Annexe XII)</p> <p>4. Déclaration du Représentant du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne relative à la définition des ressortissants allemands (Annexe XIII)</p> <p>5. Déclaration du Représentant du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne concernant l'application de la Convention d'Association à Berlin (Annexe XIV)</p> |
|---|---|

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten Bevollmächtigten ihre Unterschriften unter diese Schlußakte gesetzt.

EN FOI DE QUOI, les plénipotentiaires soussignés ont apposé leurs signatures au bas du présent Acte final.

GESCHEHEN zu Jaunde, am neunundzwanzigsten Juli neunzehnhundertneunundsechzig.

FAIT à Yaoundé, le vingt-neuf juillet mil neuf cent soixante-neuf.

Pour Sa Majesté le Roi des Belges:
Voor Zijne Majesteit de Koning der Belgen:
Charles Hanin

Pour le Président de la République de Côte d'Ivoire:
Konan Bedie

Für den Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland:
Gerhard Jahn

Pour le Président de la République du Dahomey:
Daouda Badarou

Pour le Président de la République Française:
Yvon Bourges

Pour le Président de la République Gabonaise:
Emile Kassa Mapsi

Per il Presidente della Repubblica Italiana:
Mario Pedini

Pour le Président de la République de Haute-Volta:
Pierre-Claver Damiba

Pour Son Altesse Royale le Grand-Duc de Luxembourg:
Albert Borschette

Pour le Président de la République Malgache:
Jacques Rabemananjara

Voor Hare Majesteit de Koningin der Nederlanden:
Joseph M. A. H. Luns

Pour le Chef de l'Etat de la République du Mali:
Jean-Marie Kone

Im Namen des Rates der Europäischen Gemeinschaften:
 Pour le Conseil des Communautés Européennes:
 Per il Consiglio delle Comunità Europee:
 Voor de Raad der Europese Gemeenschappen:

Joseph M. A. H. Luns
 Jean Rey

Pour le Président
de la République Islamique de Mauritanie:
Mokhtar Ould Haïba

Pour le Président de la République du Burundi:
Lazare Ntawurishira

Pour le Président de la République du Niger:
Alidou Barkire

Pour le Président de la République Fédérale
du Cameroun:
Vincent Efon

Pour le Président de la République Rwandaise:
Sylvestre Nsanzimana

Pour le Président de la République Centrafricaine:
Louis Alazoula

Pour le Président de la République du Sénégal:
Jean Collin

Pour le Président de la République Démocratique
du Congo:
Crispin Kasasa

Per il Presidente della Repubblica Somala:
Ahmed Duale

Pour le Président
de la République du Congo-Brazzaville,
Chef de l'Etat:
Charles Sianard

Pour le Président de la République du Tchad:
Abdoulaye Laman

Pour le Président de la République Togolaise:
Paulin Ekou

2. Dichiarazione dei Rappresentanti dei Governi degli Stati membri relativa al contingente tariffario per le importazioni di banane (Allegato XI)
3. Dichiarazione della Comunità relativa all'articolo 25 della Convenzione di Associazione e all'articolo 9 del Protocollo n° 6 relativo alla gestione degli aiuti della Comunità (Allegato XII)
4. Dichiarazione del Rappresentante del Governo della Repubblica federale di Germania relativa alla definizione dei cittadini tedeschi (Allegato XIII)
5. Dichiarazione del Rappresentante del Governo della Repubblica federale di Germania concernente l'applicazione della Convenzione di Associazione a Berlino (Allegato XIV)
2. Verklaring van de Vertegenwoordigers van de Regeringen der Lid-Staten betreffende het tariefcontingent voor de invoer van bananen (Bijlage XI)
3. Verklaring van de Gemeenschap inzake artikel 25 van de Associatieovereenkomst en artikel 9 van Protocol No.6 betreffende het beheer van de steun van de Gemeenschap (Bijlage XII)
4. Verklaring van de Vertegenwoordiger van de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland betreffende de omschrijving van het begrip „Duits onderdaan“ (Bijlage XIII)
5. Verklaring van de Vertegenwoordiger van de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland betreffende de toepassing van de Associatieovereenkomst op Berlijn (Bijlage XIV)

IN FEDE DI CHE, i plenipotenziari sottoscritti hanno apposto le loro firme in calce al presente Atto finale.

TEN BLIJKE WAARVAN de ondergetekende gevolmachtigden hun handtekening onder deze Slotakte hebben gesteld.

FATTO a Yaoundé, il ventinove luglio millenovecentosessantanove.

GEDAAN te Yaoundé, de negenentwintigste juli negentienhonderd negenenzestig.

Pour Sa Majesté le Roi des Belges:
Voor Zijne Majesteit de Koning der Belgen:
Charles Hanin

Pour le Président de la République de Côte d'Ivoire:
Konan Bedie

Für den Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland:
Gerhard Jahn

Pour le Président de la République du Dahomey:
Daouda Badarou

Pour le Président de la République Française:
Yvon Bourges

Pour le Président de la République Gabonaise:
Emile Kassa Mapsi

Per il Presidente della Repubblica Italiana:
Mario Pedini

Pour le Président de la République de Haute-Volta:
Pierre-Claver Damiba

Pour Son Altesse Royale le Grand-Duc de Luxembourg:
Albert Borschette

Pour le Président de la République Malgache:
Jacques Rabemananjara

Voor Hare Majesteit de Koningin der Nederlanden:
Joseph M. A. H. Luns

Pour le Chef de l'Etat de la République du Mali:
Jean-Marie Kone

Im Namen des Rates der Europäischen Gemeinschaften:
Pour le Conseil des Communautés Européennes:
Per il Consiglio delle Comunità Europee:
Voor de Raad der Europese Gemeenschappen:
Joseph M. A. H. Luns Jean Rey

Pour le Président
de la République Islamique de Mauritanie:
Mokhtar Ould Haïba

Pour le Président de la République du Burundi:
Lazare Ntawurishira

Pour le Président de la République du Niger:
Alidou Barkire

Pour le Président de la République Fédérale
du Cameroun:
Vincent Efon

Pour le Président de la République Rwandaise:
Sylvestre Nsanzimana

Pour le Président de la République Centrafricaine:
Louis Alazoula

Pour le Président de la République du Sénégal:
Jean Collin

Pour le Président de la République Démocratique
du Congo:
Crispin Kasasa

Per il Presidente della Repubblica Somala:
Ahmed Duale

Pour le Président
de la République du Congo-Brazzaville,
Chef de l'Etat:
Charles Sianard

Pour le Président de la République du Tchad:
Abdoulaye Lamana

Pour le Président de la République Togolaise:
Paulin Ekou

Anhang I

Annexe I

**Erklärung der Vertragsparteien
zu Artikel 10
des Assoziierungsabkommens**

DIE HOHEN VERTRAGSPARTEIEN —

entschlossen, die Geltungsdauer der in Durchführung des am 20. Juli 1963 in Jaunde unterzeichneten Assoziierungsabkommens erlassenen Texte zur Begriffsbestimmung für „Erzeugnisse mit Ursprung in ...“ oder „Ursprungserzeugnisse“ zu verlängern,

in dem Bewußtsein, daß im Interesse einer reibungslosen Durchführung des Assoziierungsabkommens ein einziger Text mit allen diesen Bestimmungen zweckmäßig wäre —

kommen überein, die Kommission der Europäischen Gemeinschaften zu beauftragen, so rasch wie möglich den Entwurf für einen einzigen Text auszuarbeiten, damit dieser möglichst bald nach Inkrafttreten des Assoziierungsabkommens geprüft werden kann.

**Déclaration des Parties Contractantes
relative à l'article 10
de la Convention d'Association**

LES HAUTES PARTIES CONTRACTANTES,

Décidant de reconduire les textes concernant la notion de « produits originaires » arrêtés en application de la Convention d'Association signée à Yaoundé le 20 juillet 1963,

Conscients de l'utilité qu'un texte unique contenant toutes ces dispositions pourrait revêtir pour une bonne application de la Convention d'Association,

Convienent de charger la Commission des Communautés Européennes de préparer un projet de texte unique dans les meilleurs délais de façon à ce qu'il soit examiné aussitôt que possible après l'entrée en vigueur de ladite Convention.

Anhang II

Annexe II

**Erklärung der Vertragsparteien
zu den Erdölzeugnissen**

In bezug auf Erdölzeugnisse behält sich die Gemeinschaft vor, bei Einführung einer gemeinsamen Politik die Regelung in Titel I Kapitel I des Assoziierungsabkommens zu ändern.

Im Falle einer solchen Änderung gewährt die Gemeinschaft für die Einfuhr dieser Erzeugnisse mit Ursprung in den assoziierten Staaten Vorteile, die den im Assoziierungsabkommen vorgesehenen Vorteilen vergleichbar sind.

**Déclaration des Parties Contractantes
relative aux produits pétroliers**

En ce qui concerne les produits pétroliers, la Communauté se réserve de modifier le régime prévu au Chapitre I du Titre I de la Convention d'Association lors de l'établissement d'une politique commune.

Dans cette éventualité, la Communauté assure aux importations de ces produits originaires des Etats associés des avantages comparables à ceux prévus dans ladite Convention.

Anhang III

Annexe III

**Erklärung der Vertreter der Regierungen
der Mitgliedstaaten
und der Vertreter der Regierungen
der assoziierten Staaten
zur Steuer- und Zollregelung
für die von der Gemeinschaft finanzierten Aufträge**

Bis zum Beginn der Anwendung des in Artikel 27 des Assoziierungsabkommens vorgesehenen Beschlusses wird die am 31. Mai 1969 in jedem assoziierten Staat geltende Regelung weiter angewandt.

**Déclaration des Représentants des Gouvernements
des Etats membres et des Représentants
des Gouvernements des Etats associés
relative au régime fiscal et douanier des marchés
financés par la Communauté**

Jusqu'à la mise en application de la décision prévue à l'article 27 de la Convention d'Association le régime en vigueur dans chaque Etat associé à la date du 31 mai 1969 continue à être appliqué.

Anhang IV

Annexe IV

**Erklärung der Vertreter der Regierungen
der Mitgliedstaaten
und der Vertreter der Regierungen
der assoziierten Staaten
zur Bestätigung der Entschlüsse des Assoziationsrates
über die finanzielle und technische Zusammenarbeit**

Die Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten und die Vertreter der Regierungen der assoziierten Staaten erneuern die vom Assoziationsrat auf Grund von Artikel 27 des am 20. Juli 1963 in Jaunde unterzeichneten Assoziierungsabkommens angenommenen Entschlüsse zur Festlegung der allgemeinen Ausrichtung der finanziellen und technischen Zusammenarbeit, soweit dies erforderlich ist und sofern sich diese Entschlüsse auf die Anwendung von Bestimmungen beziehen, die in das neue Assoziierungsabkommen übernommen werden.

**Déclaration des Représentants des Gouvernements
des Etats membres et des Représentants
des Gouvernements des Etats associés
confirmant les résolutions du Conseil d'Association
relatives à la coopération financière et technique**

Les Représentants des Gouvernements des Etats membres et les Représentants des Gouvernements des Etats associés renouvellent, en tant que de besoin et quand elles se rapportent à l'application de dispositions qui sont reprises dans la nouvelle Convention, les résolutions adoptées par le Conseil d'Association sur la base de l'article 27 de la Convention d'Association signée à Yaoundé le 20 juillet 1963 pour la définition de l'orientation générale de la coopération financière et technique.

Allegato I

Bijlage I

**Dichiarazione delle Parti Contraenti
relativa all'articolo 10
della Convenzione di Associazione**

LE ALTE PARTI CONTRAENTI,

Nel decidere di prorogare i testi riguardanti la nozione di «prodotti originari» adottati in applicazione della Convenzione di Associazione firmata a Yaoundé il 20 luglio 1963,

Consapevoli dell'utilità che un testo unico contenente tutte queste disposizioni potrebbe rivestire per una buona applicazione della Convenzione di Associazione,

Convengono di incaricare la Commissione delle Comunità Europee di preparare prontamente un progetto di testo unico affinché esso sia esaminato al più presto possibile dopo l'entrata in vigore della Convenzione suddetta.

**Verklaring van de Overeenkomstsluitende Partijen
betreffende artikel 10
van de Associatieovereenkomst**

DE HOGE OVEREENKOMSTSLUITENDE PARTIJEN,

BESLUITEND tot verlenging van de geldigheidsduur van de teksten betreffende het begrip "produkt van oorsprong", die ter uitvoering van de op 20 juli 1963 te Jaounde ondertekende Associatieovereenkomst zijn vastgesteld,

ZICH BEWUST ZIJNDE van het nut dat één enkele tekst waarin al deze bepalingen zijn vervat kan hebben voor een goede toepassing van de Associatieovereenkomst,

KOMEN OVEREEN de Commissie van de Europese Gemeenschappen op te dragen zo spoedig mogelijk een ontwerp voor één enkele tekst voor te bereiden, zodat deze zo snel mogelijk na inwerkingtreding van de Associatieovereenkomst wordt bestudeerd.

Allegato II

Bijlage II

**Dichiarazione delle Parti Contraenti
relativa ai prodotti petroliferi**

Per i prodotti petroliferi la Comunità si riserva di modificare il regime previsto al Capitolo I del Titolo I della Convenzione di Associazione all'atto della definizione di una politica comune.

In questo caso la Comunità concede alle importazioni di tali prodotti originari degli Stati associati vantaggi comparabili a quelli previsti nella Convenzione suddetta.

**Verklaring van de Overeenkomstsluitende Partijen
betreffende aardolieproducten**

Ten aanzien van aardolieprodukten behoudt de Gemeenschap zich het recht voor de in Titel I, Hoofdstuk I, van de Associatieovereenkomst vastgestelde regeling te wijzigen bij de totstandbrenging van een gemeenschappelijk beleid.

In dat geval verleent de Gemeenschap voor invoer van deze produkten van oorsprong uit de geassocieerde Staten voordelen welke vergelijkbaar zijn met die waarin de Associatieovereenkomst voorziet.

Allegato III

Bijlage III

**Dichiarazione dei Rappresentanti dei Governi
degli Stati membri e dei Rappresentanti
dei Governi degli Stati associati
relativa al regime fiscale e doganale degli appalti
finanziati dalla Comunità**

Fino all'entrata in vigore della decisione prevista all'articolo 27 della Convenzione di Associazione, il regime vigente in ciascuno Stato associato alla data del 31 maggio 1969 continua ad essere applicato.

**Verklaring van de Vertegenwoordigers van de
Regeringen der Lid-Staten en van de
Vertegenwoordigers van de Regeringen der
geassocieerde Staten inzake de fiscale regeling en de
douaneregeling voor de door de Gemeenschap
gefinancierde contracten**

Totdat het in artikel 27 van de Associatieovereenkomst bedoelde besluit van toepassing wordt, zal de op 31 mei 1969 in elke geassocieerde Staat geldende regeling van toepassing blijven.

Allegato IV

Bijlage IV

**Dichiarazione dei Rappresentanti dei Governi degli Stati
membri e dei Rappresentanti dei Governi degli Stati
associati con cui si confermano le risoluzioni
del Consiglio di Associazione
relative alla cooperazione finanziaria e tecnica**

I Rappresentanti dei Governi degli Stati membri ed i Rappresentanti dei Governi degli Stati associati rinnovano, ove occorra e quando esse si riferiscono all'applicazione di disposizioni riprese nella nuova Convenzione, le risoluzioni adottate dal Consiglio di Associazione in base all'articolo 27 della Convenzione di Associazione firmata a Yaoundé il 20 luglio 1963 per la definizione dell'orientamento generale della cooperazione finanziaria e tecnica.

**Verklaring van de Vertegenwoordigers van de
Regeringen der Lid-Staten en van de
Vertegenwoordigers van de Regeringen der
geassocieerde Staten ter bevestiging van de resoluties
van de Associatieraad betreffende de financiële en
technische samenwerking**

De Vertegenwoordigers van de Regeringen der Lid-Staten en de Vertegenwoordigers van de Regeringen der geassocieerde Staten vernieuwen, voor zover nodig en wanneer zij betrekking hebben op de toepassing van bepalingen die in de nieuwe Overeenkomst zijn overgenomen, de resoluties die door de Associatieraad krachtens artikel 27 van de op 20 juli 1963 te Jaounde ondertekende Associatieovereenkomst zijn aangenomen voor het bepalen van de algemene strekking van de financiële en technische samenwerking.

Anhang V

Annexe V

**Erklärung der Vertreter der Regierungen
der Mitgliedstaaten
und der Vertreter der Regierungen
der assoziierten Staaten
zur Liberalisierung des Zahlungsverkehrs**

Die Regierungen der Mitgliedstaaten und die Regierungen der assoziierten Staaten werden im Rahmen ihrer sachlichen Zuständigkeit bemüht sein, bei der Liberalisierung der Zahlungen im Sinne des Artikels 37 des Assoziierungsabkommens über die in dem genannten Artikel vorgesehene Grenze hinauszugehen, soweit ihre Wirtschaftslage im allgemeinen und der Stand ihrer Zahlungsbilanz im besonderen dies zulassen.

**Déclaration des Représentants des Gouvernements
des Etats membres
et des Représentants des Gouvernements
des Etats associés
relative à la libération des paiements**

Les Gouvernements des Etats membres et les Gouvernements des Etats associés s'efforceront, dans la limite de leur compétence en la matière, de procéder à la libération des paiements visés à l'article 37 de la Convention d'Association, au-delà de ce qui est prévu à cet article pour autant que leur situation économique en général et l'état de leur balance des paiements en particulier le leur permettent.

Anhang VI

Annexe VI

**Erklärung der Vertreter der Regierungen
der Mitgliedstaaten
und der Vertreter der Regierungen
der assoziierten Staaten
zur Gleichbehandlung der Mitgliedstaaten
hinsichtlich der Investitionen**

Unter Berücksichtigung der Folgen, die sich für einige assoziierte Staaten aus ihrer Zugehörigkeit zu regionalen Währungszusammenschlüssen ergeben, wurde vereinbart, daß die Gleichberechtigung nach Artikel 39 Absatz 2 des Assoziierungsabkommens zwar nicht völlig ausschließt, daß einige der Verwaltungsformalitäten, denen die in diesem Artikel genannten Geschäfte unterworfen sind, unterschiedlich sein können, und zwar je nachdem, ob diese Geschäfte von Staatsangehörigen derselben Währungszone getätigt werden oder nicht, daß diese Gleichberechtigung aber in der Praxis eine völlige Gleichbehandlung der Staatsangehörigen der einzelnen Mitgliedstaaten gewährleisten muß.

**Déclaration des Représentants des Gouvernements
des Etats membres et des Représentants
des Gouvernements des Etats associés relative
à la non-discrimination entre Etats membres
en matière d'investissements**

Afin de tenir compte des conséquences résultant pour certains Etats associés de leur appartenance à des groupements monétaires régionaux, il est convenu que l'égalité mentionnée à l'article 39 paragraphe 2 de la Convention d'Association, même si elle n'exclut pas absolument une différenciation possible de certaines des formalités administratives auxquelles sont soumises les opérations mentionnées audit article, suivant qu'elles sont réalisées ou non par des ressortissants de la même zone monétaire, doit, dans la pratique, garantir une parfaite égalité de traitement entre ressortissants des différents Etats membres.

Anhang VII

Annexe VII

**Erklärungen der Vertreter der Regierungen
der Mitgliedstaaten
und der Vertreter der Regierungen
der assoziierten Staaten zu Artikel 1
des Protokolls Nr. 9 über die Vorrechte und Befreiungen**

1. Unter den üblichen Vorrechten, Befreiungen und Erleichterungen sind diejenigen Vorrechte, Befreiungen und Erleichterungen zu verstehen, die in Artikel 11 des Protokolls über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Gemeinschaften vom 8. April 1965 vorgesehen sind.

2. Die Regierungen der Mitgliedstaaten und die Regierungen der assoziierten Staaten werden sich bemühen, die Erteilung befristeter Sichtvermerke, welche die in Artikel 1 des Protokolls Nr. 9 über die Vorrechte und Befreiungen genannten Personen zur Ausübung ihrer Amtstätigkeit gegebenenfalls benötigen, unter den günstigsten Bedingungen weitestgehend zu erleichtern.

**Déclarations des Représentants des Gouvernements
des Etats membres
et des Représentants des Gouvernements des Etats
associés relatives à l'article 1 du Protocole n° 9
sur les privilèges et immunités**

1. Par privilèges, immunités ou facilités d'usage, il y a lieu d'entendre les privilèges, immunités ou facilités qui sont prévus par l'article 11 du Protocole sur les privilèges et immunités des Communautés Européennes en date du 8 avril 1965.

2. Les Gouvernements des Etats membres et les Gouvernements des Etats associés s'efforceront de faciliter au maximum au bénéfice des personnes visées à l'article 1 du Protocole n° 9 sur les privilèges et immunités, l'octroi dans les conditions les plus favorables des visas temporaires éventuellement nécessaires à l'accomplissement de leur mission.

Allegato V

Bijlage V

**Dichiarazione dei Rappresentanti dei Governi
degli Stati membri
e dei Rappresentanti dei Governi
degli Stati associati
relativa alla liberalizzazione dei pagamenti**

I Governi degli Stati membri e i Governi degli Stati associati si sforzeranno di procedere, entro i limiti delle loro competenze in materia, alla liberalizzazione dei pagamenti di cui all'articolo 37 della Convenzione di Associazione oltre a quanto previsto dall'articolo stesso nella misura in cui ciò sia ad essi consentito dalla loro situazione economica generale e, in particolare, della situazione della loro bilancia dei pagamenti.

**Verklaring van de Vertegenwoordigers van de
Regeringen der Lid-Staten en van de
Vertegenwoordigers van de Regeringen der
geassocieerde Staten betreffende de vrijmaking van de
betalingen**

De Regeringen der Lid-Staten en de Regeringen der geassocieerde Staten zullen, binnen de grenzen van hun bevoegdheden op dit gebied, ernaar streven de in artikel 37 van de Associatieovereenkomst bedoelde betalingen in ruimere mate vrij te maken dan in dit artikel is bepaald, voor zover hun economische toestand in het algemeen en de toestand van hun betalingsbalans in het bijzonder zulks toelaten.

Allegato VI

Bijlage VI

**Dichiarazione dei Rappresentanti dei Governi
degli Stati membri e dei Rappresentanti dei Governi
degli Stati associati relativa alla non discriminazione
tra Stati membri in materia di investimenti**

Al fine di tener conto delle conseguenze derivanti, per taluni Stati associati, dalla loro appartenenza a gruppi monetari regionali, resta inteso che la parità di cui all'articolo 39, paragrafo 2, della Convenzione di Associazione anche se non esclude assolutamente una possibile differenziazione di talune formalità amministrative alle quali sono soggette le operazioni menzionate nell'articolo suddetto, a seconda che esse siano realizzate o no da cittadini della stessa zona monetaria, deve, in pratica, garantire una perfetta parità di trattamento tra cittadini dei vari Stati membri.

**Verklaring van de Vertegenwoordigers van de
Regeringen der Lid-Staten en van de
Vertegenwoordigers van de Regeringen der
geassocieerde Staten betreffende de non-discriminatie
tussen Lid-Staten ter zake van investeringen**

Ten einde rekening te houden met de gevolgen die voor bepaalde geassocieerde Staten voortvloeien uit het feit dat zij aangesloten zijn bij regionale monetaire groeperingen, wordt overeengekomen dat de behandeling op voet van gelijkheid waarvan sprake is in artikel 39, lid 2, van de Associatieovereenkomst — ook al sluit deze een mogelijke differentiatie in bepaalde administratieve formaliteiten welke vervuld moeten worden voor de in dat artikel genoemde verrichtingen, al naargelang zij al dan niet door personen die tot dezelfde monetaire zone behoren worden uitgevoerd, niet volkomen uit —, in de praktijk een volledige gelijkheid van behandeling tussen onderdanen van de verschillende Lid-Staten moet waarborgen.

Allegato VII

Bijlage VII

**Dichiarazioni dei Rappresentanti dei Governi
degli Stati membri
e dei Rappresentanti dei Governi degli Stati associati
concernenti l'articolo 1 del Protocollo n° 9
sui privilegi e sulle immunità**

1. Per privilegi, immunità o agevolazioni d'uso si intendono i privilegi, le immunità o agevolazioni d'uso che sono previsti all'articolo 11 del Protocollo sui privilegi e sulle immunità delle Comunità Europee, dell'8 aprile 1965.

2. I Governi degli Stati membri e i Governi degli Stati associati procureranno di facilitare al massimo per le persone di cui all'articolo 1 del Protocollo n° 9 sui privilegi e sulle immunità la concessione alle condizioni più favorevoli dei visti temporanei eventualmente necessari al compimento della loro missione.

**Verklaringen van de Vertegenwoordigers van de
Regeringen der Lid-Staten en van de
Vertegenwoordigers van de Regeringen der
geassocieerde Staten inzake artikel 1 van Protocol No. 9
betreffende de voorrechten en immuniteiten**

1. Onder „gebruikelijke voorrechten, immuniteiten of faciliteiten" dient te worden verstaan de voorrechten, immuniteiten of faciliteiten waarin artikel 11 van het Protocol betreffende de voorrechten en immuniteiten van de Europese Gemeenschappen van 8 april 1965 voorziet.

2. De Regeringen van de Lid-Staten en de Regeringen van de geassocieerde Staten zullen ernaar streven, het verlenen, onder de gunstigste voorwaarden, van de tijdelijke visa welke de in artikel 1 van Protocol No. 9 betreffende de voorrechten en immuniteiten bedoelde personen eventueel voor de vervulling van hun missie nodig hebben, zoveel mogelijk te vergemakkelijken.

Anhang VIII

Annexe VIII

**Erklärung der Vertragsparteien
zu einem Vermittlungsverfahren**

Die an einem Streit im Sinne von Artikel 53 des Assoziierungsabkommens beteiligten Vertragsparteien sind, bevor sie diesen Streitfall dem Assoziationsrat unterbreiten und wenn es die Umstände gestatten, zu einem Vermittlungsverfahren bereit; sie müssen den Assoziationsrat jedoch zuvor in der Weise über den Streitfall unterrichten, daß alle interessierten Parteien ihre Rechte geltend machen können.

**Déclaration des Parties Contractantes
relative à une procédure de bons offices**

Les Parties Contractantes qui sont parties à un différend au sens de l'article 53 de la Convention d'Association, sont disposées, si les circonstances le permettent et sous réserve d'en informer le Conseil d'Association de telle sorte que toutes les parties intéressées puissent faire valoir leurs droits, à recourir, avant de porter ce différend devant le Conseil d'Association, à une procédure de bons offices.

Anhang IX

Annexe IX

**Erklärung der Vertreter
der Regierungen der Mitgliedstaaten
und der Vertreter
der Regierungen der assoziierten Staaten
zur Satzung des Schiedsgerichts der Assoziation**

Die Regierungen der Mitgliedstaaten und die Regierungen der assoziierten Staaten werden sich bemühen, die nötigen Vorkehrungen zu treffen, mit denen sichergestellt wird, daß Straftaten im Sinne von Artikel 20 Absatz 3 der Satzung des Schiedsgerichts der Assoziation wie entsprechende Straftaten bestraft werden, die vor einem einzelstaatlichen Zivilgericht begangen werden.

**Déclaration des Représentants
des Gouvernements des Etats membres
et des Représentants des Gouvernements
des Etats associés
relative au Statut de la Cour arbitrale de l'Association**

Les Gouvernements des Etats membres et les Gouvernements des Etats associés s'efforceront de prendre toutes dispositions en vue d'assurer que les délits visés à l'article 20 troisième alinéa du Statut de la Cour arbitrale de l'Association soient punis comme les délits correspondants commis devant un tribunal national statuant en matière civile.

Anhang X

Annexe X

**Erklärung der Vertreter
der Regierungen der Mitgliedstaaten
zu den Kernerzeugnissen**

Aus den Bestimmungen des Vertrages zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft in Verbindung mit den Bestimmungen des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ergibt sich, daß die Bestimmungen des Titels I des Assoziierungsabkommens auf die in den Artikeln 92 ff. des Vertrages zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft genannten Güter und Erzeugnisse anwendbar sind.

**Déclaration des Représentants
des Gouvernements des Etats membres
relative aux produits nucléaires**

Il résulte des dispositions combinées du Traité instituant la Communauté Européenne de l'Energie Atomique et du Traité instituant la Communauté Economique Européenne que les dispositions du Titre I de la Convention d'Association sont applicables aux biens et produits visés aux articles 92 et suivants du Traité instituant la Communauté Européenne de l'Energie Atomique.

Anhang XI

Annexe XI

**Erklärung der Vertreter
der Regierungen der Mitgliedstaaten
zum Zollkontingent für die Einfuhr von Bananen**

Übersteigen die von der Bundesrepublik Deutschland benötigten Mengen das Zollkontingent, das ihr auf Grund des von den Mitgliedstaaten am 25. März 1957 unterzeichneten Protokolls über das Zollkontingent für die Einfuhr von Bananen (ex 08.01 des Brüsseler Zollltarifschemas) eingeräumt worden ist, so werden die ausführenden assoziierten Staaten darüber konsultiert, ob sie unter geeigneten Bedingungen die von der Bundesrepublik Deutschland benötigten Mengen ganz oder teilweise liefern können.

**Déclaration des Représentants
des Gouvernements des Etats membres
relative au contingent tarifaire
pour les importations de bananes**

Au cas où les quantités demandées par la République Fédérale d'Allemagne excéderaient le contingent tarifaire qui lui est réservé en vertu du Protocole concernant le contingent tarifaire pour les importations de bananes (ex 08.01 de la Nomenclature de Bruxelles) signé par les Etats membres le 25 mars 1957, les Etats associés exportateurs seront consultés sur leurs possibilités de fournir dans des conditions appropriées tout ou partie des quantités demandées par la République Fédérale d'Allemagne.

Allegato VIII**Bijlage VIII****Dichiarazione delle Parti Contraenti
relativa a una procedura di buoni uffici**

Le Parti Contraenti, che sono parti di una controversia ai sensi dell'articolo 53 della Convenzione di Associazione sono disposte, se le circostanze lo permettono e salvo informare il Consiglio di Associazione in modo che tutte le parti interessate possano far valere i loro diritti, a ricorrere, prima di portare la controversia davanti al Consiglio di Associazione, a una procedura di buoni uffici.

**Verklaring van de Overeenkomstsluitende Partijen
betreffende een procedure van goede diensten**

De Overeenkomstsluitende Partijen die partij zijn bij een geschil in de zin van artikel 53 van de Associatieovereenkomst zijn bereid om, alvorens dit geschil aan de Associatieraad voor te leggen, en indien de omstandigheden zulks toelaten, een procedure van goede diensten aan te wenden, met dien verstande dat de Associatieraad daarvan op de hoogte dient te worden gesteld zodat alle betrokken partijen hun rechten kunnen doen gelden.

Allegato IX**Bijlage IX****Dichiarazione dei Rappresentanti
dei Governi degli Stati membri
e dei Rappresentanti dei Governi
degli Stati associati
relativa allo Statuto della Corte arbitrale
dell'Associazione**

I Governi degli Stati membri e i Governi degli Stati associati si impegnano ad adottare ogni disposizione intesa ad assicurare che i delitti di cui all'articolo 20, terzo comma, dello Statuto della Corte arbitrale dell'Associazione siano puniti come i delitti corrispondenti di fronte ad un tribunale nazionale che deliberi in materia civile.

**Verklaring van de Vertegenwoordigers van de
Regeringen der Lid-Staten en van de
Vertegenwoordigers van de Regeringen der
geassocieerde Staten betreffende het Statuut van het
Arbitragehof van de Associatie**

De Regeringen der Lid-Staten en de Regeringen der geassocieerde Staten zullen ernaar streven de nodige maatregelen te treffen om ervoor te zorgen dat de in artikel 20, derde alinea, van het Statuut van het Arbitragehof van de Associatie bedoelde strafbare feiten worden bestraft als de overeenkomstige strafbare feiten bedreven voor een nationale rechtbank die in burgerlijke zaken uitspraak doet.

Allegato X**Bijlage X****Dichiarazione dei Rappresentanti
dei Governi degli Stati membri
relativa ai prodotti nucleari**

Risulta dalle disposizioni abbinate del Trattato che istituisce la Comunità Europea dell'Energia Atomica e del Trattato che istituisce la Comunità Economica Europea che le disposizioni del Titolo I della Convenzione di Associazione sono applicabili ai beni e ai prodotti di cui agli articoli 92 e seguenti del Trattato che istituisce la Comunità Europea dell'Energia Atomica.

**Verklaring van de Vertegenwoordigers van de
Regeringen der Lid-Staten betreffende de produkten
op het gebied van de kernenergie**

Uit de gezamenlijke bepalingen van het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Atoomenergie en van het Verdrag tot oprichting van de Europese Economische Gemeenschap vloeit voort dat de bepalingen van Titel I van de Associatieovereenkomst van toepassing zijn op de goederen en produkten, genoemd in de artikelen 92 en volgende van het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Atoomenergie.

Allegato XI**Bijlage XI****Dichiarazione dei Rappresentanti
dei Governi degli Stati membri
relativa al contingente tariffario
per le importazioni di banane**

Qualora i quantitativi chiesti dalla Repubblica federale di Germania superino il contingente tariffario ad essa riservato in virtù del Protocollo relativo al contingente tariffario per le importazioni di banane (ex 08.01 della Nomenclatura di Bruxelles), firmato dagli Stati membri il 25 marzo 1957, gli Stati associati esportatori saranno consultati sulle loro possibilità di fornire, in condizioni appropriate, in tutto o in parte i quantitativi chiesti dalla Repubblica federale di Germania.

**Verklaring van de Vertegenwoordigers van de
Regeringen der Lid-Staten betreffende het
tariefcontingent voor de invoer van bananen**

Mochten de door de Bondsrepubliek Duitsland aangevraagde hoeveelheden het tariefcontingent overschrijden, dat haar krachtens het op 25 maart 1957 door de Lid-Staten ondertekende Protocol betreffende het tariefcontingent voor de invoer van bananen (ex 08.01 van de Naamlijst van Brussel) is toegekend, dan worden de exporterende geassocieerde Staten geraadpleegd over de mogelijkheid om onder passende omstandigheden de door de Bondsrepubliek Duitsland aangevraagde hoeveelheden geheel of gedeeltelijk te leveren.

Anhang XII

Annexe XII

**Erklärung der Gemeinschaft
zu Artikel 25 des Assoziierungsabkommens
und Artikel 9 des Protokolls Nr. 6
über die Verwaltung der Hilfe der Gemeinschaft**

Obwohl sich die Gemeinschaft bewußt ist, daß Artikel 25 Absatz 1 des Assoziierungsabkommens die Möglichkeit von Beteiligungen an den Entwicklungsbanken der assoziierten Staaten nicht ausschließt, macht sie die assoziierten Staaten doch darauf aufmerksam, daß derartige Beteiligungen nur in Ausnahmefällen und nur dann erfolgen, wenn die Gemeinschaft ausreichende, gegebenenfalls noch festzulegende Garantien erhält.

**Déclaration de la Communauté
relative à l'article 25 de la Convention d'Association
et à l'article 9 du Protocole n° 6
relatif à la gestion des aides de la Communauté**

Consciente que l'article 25 paragraphe 1 de la Convention d'Association n'exclut pas la possibilité de prises de participations dans les banques de développement des Etats associés, la Communauté attire toutefois l'attention de ceux-ci sur le fait que de telles participations ne seront prises que dans des cas exceptionnels et si la Communauté dispose de garanties suffisantes à définir le cas échéant.

Anhang XIII

Annexe XIII

**Erklärung des Vertreters der Regierung
der Bundesrepublik Deutschland
über die Bestimmung des Begriffs
„Deutscher Staatsangehöriger“**

Als Staatsangehörige der Bundesrepublik Deutschland gelten alle Deutschen im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland.

**Déclaration du Représentant du Gouvernement
de la République Fédérale d'Allemagne
relative à la définition des ressortissants allemands**

Sont à considérer comme ressortissants de la République Fédérale d'Allemagne, tous les Allemands au sens de la Loi fondamentale de la République Fédérale d'Allemagne.

Anhang XIV

Annexe XIV

**Erklärung des Vertreters der Regierung
der Bundesrepublik Deutschland
zur Geltung des Assoziierungsabkommens für Berlin**

Das Assoziierungsabkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den übrigen Vertragsparteien binnen drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

**Déclaration du Représentant du Gouvernement
de la République Fédérale d'Allemagne
concernant l'application de la Convention d'Association
à Berlin**

La Convention d'Association est également applicable au Land de Berlin, pour autant que le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne n'a pas fait, aux autres Parties Contractantes, dans un délai de trois mois, à partir de l'entrée en vigueur de la Convention, une déclaration contraire.

Allegato XII

Bijlage XII

**Dichiarazione della Comunità
relativa all'articolo 25 della Convenzione di Associazione
ed all'articolo 9 del Protocollo n° 6
relativo alla gestione degli aiuti della Comunità**

Consapevole che l'articolo 25, paragrafo 1, della Convenzione di Associazione non esclude la possibilità di partecipazioni nelle banche di sviluppo degli Stati associati, la Comunità attira tuttavia l'attenzione di questi ultimi sul fatto che tali partecipazioni avverranno soltanto in casi eccezionali e se la Comunità stessa disporrà di garanzie sufficienti da definire se del caso.

**Verklaring van de Gemeenschap
inzake artikel 25 van de Associatieovereenkomst
en artikel 9 van Protocol No. 6
betreffende het beheer van de steun van de Gemeenschap**

De Gemeenschap is zich weliswaar ervan bewust dat artikel 25, lid 1, van de Associatieovereenkomst de mogelijkheid van participatie in de ontwikkelingsbanken van de geassocieerde Staten niet uitsluit, doch zij wijst deze Staten erop, dat tot dergelijke participaties slechts in buitengewone gevallen kan worden overgegaan en op voorwaarde dat de Gemeenschap over voldoende waarborgen beschikt, welke in voorkomende gevallen nader dienen te worden bepaald.

Allegato XIII

Bijlage XIII

**Dichiarazione del Rappresentante del Governo
della Repubblica federale di Germania
relativa alla definizione dei cittadini tedeschi**

Devono essere considerati cittadini della Repubblica federale di Germania tutti i tedeschi nel senso definito dalla legge fondamentale della Repubblica federale di Germania.

**Verklaring van de Vertegenwoordiger van de Regering
van de Bondsrepubliek Duitsland betreffende
de omschrijving vat het begrip „Duits onderdaan“**

Als onderdaan van de Bondsrepubliek Duitsland dienen te worden beschouwd alle Duitsers in de zin van de Grondwet van de Bondsrepubliek Duitsland.

Allegato XIV

Bijlage XIV

**Dichiarazione del Rappresentante del Governo
della Repubblica federale di Germania
relativa all'applicazione della Convenzione
di Associazione a Berlino**

La Convenzione di Associazione si applica ugualmente al Land di Berlino, salvo che il Governo della Repubblica federale di Germania non faccia alle altre Parti Contraenti, entro tre mesi dall'entrata in vigore della Convenzione, una dichiarazione contraria.

**Verklaring van de Vertegenwoordiger van de Regering
van de Bondsrepubliek Duitsland betreffende
de toepassing van de Associatieovereenkomst op Berlijn**

De Associatieovereenkomst is eveneens van toepassing op het Land Berlijn, tenzij de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland, binnen drie maanden na de inwerkingtreding van de Overeenkomst, tegenover de andere Partijen het tegendeel heeft verklaard.

Internes Abkommen
über die zur Durchführung des Abkommens
über die Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
und den mit dieser Gemeinschaft assoziierten afrikanischen Staaten
und Madagaskar
zu treffenden Maßnahmen und die dabei anzuwendenden Verfahren

Accord interne
relatif aux mesures à prendre et aux procédures à suivre
pour l'application de la Convention d'Association
entre la Communauté Economique Européenne
et les Etats africains et malgache associés à cette Communauté

DIE IM RAT VEREINIGTEN VERTRETER DER REGIERUNGEN DER MITGLIEDSTAATEN DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT —

LES REPRÉSENTANTS DES GOUVERNEMENTS DES ÉTATS MEMBRES DE LA COMMUNAUTÉ ÉCONOMIQUE EUROPÉENNE, RÉUNIS AU SEIN DU CONSEIL,

GESTUTZT auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, nachstehend „der Vertrag“ genannt, und auf das Abkommen über die Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den mit dieser Gemeinschaft assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskar, nachstehend „das Assoziierungsabkommen“ genannt,

VU le Traité instituant la Communauté Economique Européenne, ci-après dénommé le Traité, et la Convention d'Association entre la Communauté Economique Européenne et les Etats africains et malgache associés à cette Communauté, ci-après dénommée la Convention,

IN ERWAGUNG nachstehender Gründe:

Es ist notwendig, die Einzelheiten für das Zustandekommen der gemeinsamen Haltung der Vertreter der Gemeinschaft in dem durch das Assoziierungsabkommen eingesetzten Assoziationsrat sowie die Durchführungsbestimmungen zu verschiedenen Artikeln des Assoziierungsabkommens, die ein Vorgehen der Gemeinschaft, ein gemeinsames Vorgehen der Mitgliedstaaten oder das Vorgehen eines Mitgliedstaates erforderlich machen können, festzulegen.

CONSIDÉRANT qu'il est nécessaire de fixer les modalités selon lesquelles sera dégagée la position commune à prendre par les Représentants de la Communauté au sein du Conseil d'Association institué par la Convention, ainsi que les dispositions d'application de divers articles de cette Convention qui peuvent requérir une action de la Communauté, une action commune des Etats membres ou l'action d'un Etat membre,

Es ist erforderlich, die Regeln festzulegen, nach denen die Maßnahmen zur Anwendung der Beschlüsse, Empfehlungen und Stellungnahmen des Assoziationsrats innerhalb der Gemeinschaft zu treffen sind.

CONSIDÉRANT qu'il importe d'arrêter les règles selon lesquelles seront prises les mesures d'application, à l'intérieur de la Communauté, des décisions, recommandations et avis du Conseil d'Association,

Es ist ferner angebracht, Verfahren vorzusehen, nach denen die Mitgliedstaaten Streitigkeiten beilegen, die sich zwischen ihnen im Zusammenhang mit dem Assoziierungsabkommen ergeben können,

CONSIDÉRANT qu'il y a lieu en outre de prévoir les procédures par lesquelles les Etats membres régleront les différends pouvant naître entre eux au sujet de la Convention,

Nach Anhörung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften —

Après consultation de la Commission des Communautés Européennes,

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

SONT CONVENUS DES DISPOSITIONS QUI SUIVENT:

Artikel 1

(1) Die gemeinsame Haltung, welche die Vertreter der Gemeinschaft im Assoziationsrat einzunehmen haben, wird jeweils nach Maßgabe folgender Bestimmungen festgelegt:

- a) Befaßt sich der Assoziationsrat mit Fragen, die Gegenstand des den Handel zwischen der Gemeinschaft und den assoziierten Staaten betreffenden Titels I des Assoziierungsabkommens sowie der Protokolle 1, 2, 3 und 5 sind, so legt der Rat die gemeinsame Haltung nach Maßgabe der Bestimmungen des Vertrages fest, die für die Festlegung der Handelspolitik der Gemein-

Article 1

1. La position commune que les Représentants de la Communauté ont à prendre au sein du Conseil d'Association est arrêtée conformément aux dispositions ci-dessous:

- a) lorsque le Conseil d'Association connaît des questions qui font l'objet du Titre I de la Convention relatif aux échanges commerciaux entre la Communauté et les Etats associés et des Protocoles 1, 2, 3 et 5, la position commune est arrêtée par le Conseil statuant dans les conditions dans lesquelles, conformément au Traité, il détermine la politique commerciale de la

Accordo interno
relativo ai provvedimenti da prendere e alle procedure da seguire
per l'applicazione della Convenzione di Associazione
tra la Comunità Economica Europea
e gli Stati africani e malgascio associati a tale Comunità

Intern Akkoord
inzake maatregelen en procedures nodig
ter toepassing van de Associatieovereenkomst
tussen de Europese Economische Gemeenschap
en de met deze Gemeenschap geassocieerde Afrikaanse Staten en Madagaskar

I RAPPRESENTANTI DEI GOVERNI DEGLI STATI MEMBRI DELLA COMUNITÀ ECONOMICA EUROPEA, RIUNITI IN SEDE DI CONSIGLIO,

VISTO il Trattato che istituisce la Comunità Economica Europea, in appresso denominato il Trattato, e la Convenzione di Associazione tra la Comunità Economica Europea e gli Stati africani e malgascio associati a tale Comunità, in appresso denominata la Convenzione,

CONSIDERANDO che è necessario fissare le modalità secondo le quali sarà definita la posizione comune che i Rappresentanti della Comunità dovranno adottare in seno al Consiglio di Associazione istituito dalla Convenzione, nonché le disposizioni d'applicazione di diversi articoli di questa Convenzione che possono richiedere un'azione della Comunità, un'azione comune degli Stati membri o l'azione di uno Stato membro,

CONSIDERANDO che è necessario stabilire le norme secondo le quali saranno presi i provvedimenti per l'applicazione, all'interno della Comunità delle decisioni, delle raccomandazioni e dei pareri del Consiglio di Associazione,

CONSIDERANDO che bisogna inoltre prevedere le procedure in base alle quali gli Stati membri regoleranno le vertenze che possono sorgere fra di loro per quanto riguarda la Convenzione.

Prevvia consultazione della Commissione delle Comunità Europee,

HANNO CONVENUTO LE DISPOSIZIONI CHE SEGUONO:

Articolo 1

1. La posizione comune che i Rappresentanti della Comunità devono prendere in seno al Consiglio di Associazione è adottata in conformità delle disposizioni seguenti:

- a) quando il Consiglio di Associazione è investito di problemi oggetto del Titolo I della Convenzione relativo agli scambi commerciali tra la Comunità e gli Stati associati e dei Protocolli 1, 2, 3 e 5, la posizione comune è fissata dal Consiglio che delibera alle condizioni in cui, in conformità del Trattato, esso stabilisce la politica commerciale della Comunità nei

DE VERTEGENWOORDIGERS VAN DE REGERINGEN VAN DE LID-STATEN DER EUROPESE ECONOMISCHE GEMEENSCHAP, IN HET KADER VAN DE RAAD BIJEEN,

GELET op het Verdrag tot oprichting van de Europese Economische Gemeenschap, hierna te noemen het Verdrag, en op de Associatieovereenkomst tussen de Gemeenschap en de met deze Gemeenschap geassocieerde Afrikaanse Staten en Madagaskar, hierna te noemen de Overeenkomst,

OVERWEGENDE dat het noodzakelijk is de wijze vast te stellen, waarop het door de Vertegenwoordigers van de Gemeenschap in het kader van de bij deze Overeenkomst ingestelde Associatieraad in te nemen gemeenschappelijk standpunt zal worden bepaald, alsmede de bepalingen vast te stellen voor de toepassing van verschillende artikelen van deze Overeenkomst welke een actie van de Gemeenschap, een gemeenschappelijke actie van de Lid-Statens of de actie van één Lid-Staat kunnen vergen;

OVERWEGENDE dat het van belang is de regels vast te stellen, volgens welke de maatregelen voor de toepassing binnen de Gemeenschap van de besluiten, aanbevelingen en adviezen van de Associatieraad zullen worden genomen;

OVERWEGENDE dat er voorts dient te worden voorzien in de procedures volgens welke de Lid-Statens de geschillen zullen regelen, die tussen hen over de Overeenkomst kunnen rijzen,

Na raadpleging van de Commissie der Europese Gemeenschappen,

HEBBEN OVEREENSTEMMING BEREIKT OMTRENT DE VOLGENDE BEPALINGEN:

Artikel 1

1. Het gemeenschappelijk standpunt dat de Vertegenwoordigers van de Gemeenschap in de Associatieraad moeten innemen, wordt vastgesteld overeenkomstig onderstaande bepalingen:

- a) wanneer bij de Associatieraad aangelegenheden in behandeling komen, die in Titel I van de Overeenkomst, betreffende het handelsverkeer tussen de Gemeenschap en de geassocieerde Staten, en in de Protocolen 1, 2, 3 en 5 worden behandeld, wordt het gemeenschappelijk standpunt door de Raad bepaald op de wijze waarop hij, overeenkomstig het Verdrag,

schaft gegenüber dritten Ländern und das Vorgehen der Gemeinschaft im Rahmen der internationalen Organisationen gelten;

- b) zur Durchführung der Artikel 20, 29 und 36 des Assoziierungsabkommens legt der Rat die gemeinsame Haltung einstimmig fest, nachdem er die Kommission um ihre Stellungnahme gebeten hat;
- c) in allen anderen Fällen, insbesondere wenn der Assoziationsrat beabsichtigt, dem Assoziationsausschuß gemäß Artikel 49 des Assoziierungsabkommens die Befugnis zu übertragen, Beschlüsse zu fassen, Empfehlungen auszusprechen oder Stellungnahmen abzugeben, legt der Rat die gemeinsame Haltung nach Anhörung der Kommission einstimmig fest.

(2) Für die Festlegung der gemeinsamen Haltung der Vertreter der Gemeinschaft im Assoziationsausschuß gilt Absatz 1 entsprechend.

Artikel 2

(1) Zur Anwendung der Beschlüsse und Empfehlungen des Assoziationsrats in Fragen, die Gegenstand des Handels zwischen der Gemeinschaft und den assoziierten Staaten betreffenden Titels I des Assoziierungsabkommens sowie der Protokolle 1, 2, 3 und 5 sind, erläßt der Rat Vorschriften nach Maßgabe der Bestimmungen des Vertrages, die für die Festlegung der Handelspolitik der Gemeinschaft gegenüber dritten Ländern und das Vorgehen der Gemeinschaft im Rahmen der internationalen Organisationen gelten.

Zur Anwendung der Beschlüsse und Empfehlungen, die der Assoziationsrat nach Maßgabe der Artikel 20, 29 und 36 des Assoziierungsabkommens angenommen hat, erläßt der Rat einstimmig Vorschriften, nachdem er die Kommission um ihre Stellungnahme gebeten hat.

Zur Anwendung aller anderen Beschlüsse und Empfehlungen des Assoziationsrats erläßt der Rat nach Anhörung der Kommission einstimmig Vorschriften.

(2) Betreffen die Beschlüsse und Empfehlungen des Assoziationsrats Angelegenheiten, für die nach dem Vertrag die Gemeinschaft nicht zuständig ist, so treffen die Mitgliedstaaten die erforderlichen Durchführungsmaßnahmen.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten auch für Beschlüsse und Empfehlungen, die der Assoziationsausschuß nach Maßgabe des Artikels 49 des Assoziierungsabkommens gefaßt oder ausgesprochen hat.

Artikel 3

Zur Durchführung der Bestimmungen des Titels I des Assoziierungsabkommens sowie der Protokolle 1, 2, 3 und 5, die der Gemeinschaft die Möglichkeit einräumen, eine Konsultation zu beantragen, wird folgendes Verfahren angewandt:

- a) Der von einem Mitgliedstaat oder von der Kommission gestellte Konsultationsantrag zieht ohne weiteres eine Aussprache im Rat zur Festlegung der gemeinsamen Haltung der Gemeinschaft nach sich;
- b) die gemeinsame Haltung der Gemeinschaft ist die Haltung des antragstellenden Mitgliedstaates oder der Kommission, es sei denn, daß der Rat mit qualifizierter Mehrheit etwas anderes beschließt. Im letzteren Fall prüft der Rat, ob und unter welchen Bedingungen

Communauté à l'égard des pays tiers et l'action de celle-ci dans le cadre des organisations internationales;

- b) pour la mise en œuvre des articles 20, 29 et 36 de la Convention, la position commune est arrêtée par le Conseil, statuant à l'unanimité après que la Commission a été invitée à donner son avis;
- c) dans les autres cas et notamment lorsque, en application de l'article 49 de la Convention, le Conseil d'Association envisage de déléguer au Comité d'Association le pouvoir de prendre des décisions ou de formuler des recommandations ou des avis, la position commune est arrêtée par le Conseil statuant à l'unanimité après consultation de la Commission.

2. La position commune que les Représentants de la Communauté prennent au sein du Comité d'Association est arrêtée dans les mêmes conditions que celles fixées au paragraphe 1.

Article 2

1. Les décisions et recommandations adoptées par le Conseil d'Association dans les questions qui font l'objet du Titre I de la Convention relatif aux échanges commerciaux entre la Communauté et les Etats associés, et des Protocoles 1, 2, 3 et 5 font, en vue de leur application, l'objet d'actes pris par le Conseil statuant dans les conditions dans lesquelles, conformément au Traité, il détermine la politique commerciale de la Communauté à l'égard des pays tiers et l'action de celle-ci dans le cadre des organisations internationales.

Les décisions et recommandations adoptées par le Conseil d'Association en application des articles 20, 29 et 36 de la Convention font, en vue de leur application, l'objet d'actes pris par le Conseil statuant à l'unanimité après que la Commission a été invitée à donner son avis.

Les décisions et recommandations adoptées par le Conseil d'Association dans les autres cas font, en vue de leur application, l'objet d'actes pris par le Conseil statuant à l'unanimité après consultation de la Commission.

2. Au cas où les décisions et recommandations du Conseil d'Association relèvent d'un domaine qui, aux termes du Traité, n'est pas de la compétence de la Communauté, les Etats membres prennent les mesures d'application nécessaires.

3. Les dispositions des paragraphes 1 et 2 sont également applicables pour les décisions et recommandations prises par le Comité d'Association en application de l'article 49 de la Convention.

Article 3

Pour la mise en œuvre des dispositions du Titre I de la Convention et des Protocoles 1, 2, 3 et 5 qui prévoient la possibilité pour la Communauté de demander une consultation, la procédure suivante est appliquée:

- a) la demande de consultation présentée par un Etat membre ou par la Commission entraîne d'office une délibération du Conseil en vue de déterminer la position commune de la Communauté;
- b) la position commune de la Communauté est celle de l'Etat membre demandeur ou de la Commission, sauf si le Conseil en décide autrement à la majorité qualifiée. Dans ce dernier cas, le Conseil examine si, et dans quelles conditions, l'Etat membre intéressé peut

confronti dei paesi terzi e determina l'azione di quest'ultima nell'ambito delle organizzazioni internazionali;

- b) per l'applicazione degli articoli 20, 29 e 36 della Convenzione, la posizione comune è fissata dal Consiglio che delibera all'unanimità dopo che la Commissione è stata invitata a dare il proprio parere;
- c) negli altri casi ed in particolare quando, in applicazione dell'articolo 49 della Convenzione, il Consiglio di Associazione intende delegare al Comitato di Associazione il potere di prendere decisioni o di formulare raccomandazioni o pareri, la posizione comune è fissata dal Consiglio che delibera all'unanimità, previa consultazione della Commissione.

2. La posizione comune che i Rappresentanti della Comunità prendono in seno al Comitato di Associazione è adottata alle stesse condizioni di quelle fissate nel paragrafo 1.

Articolo 2

1. Le decisioni e le raccomandazioni adottate dal Consiglio di Associazione sui problemi oggetto del Titolo I della Convenzione relativo agli scambi commerciali tra la Comunità e gli Stati associati e dei Protocolli 1, 2, 3 e 5 sono oggetto, ai fini della loro applicazione, di atti del Consiglio che delibera alle condizioni in cui, in conformità del Trattato, esso stabilisce la politica commerciale della Comunità nei confronti dei paesi terzi e determina l'attività di quest'ultima nell'ambito delle organizzazioni internazionali.

Le decisioni e raccomandazioni adottate dal Consiglio di Associazione in applicazione degli articoli 20, 29 e 36 della Convenzione sono oggetto, ai fini della loro applicazione, di atti del Consiglio che delibera all'unanimità dopo che la Commissione è stata invitata a dare il proprio parere.

Le decisioni e le raccomandazioni adottate dal Consiglio di Associazione negli altri casi sono oggetto, ai fini della loro applicazione, di atti del Consiglio che delibera all'unanimità, previa consultazione della Commissione.

2. Qualora le decisioni e le raccomandazioni del Consiglio di Associazione interessino un settore che, ai termini del Trattato, non è di competenza della Comunità stessa, gli Stati membri prendono le necessarie misure di applicazione.

3. Le disposizioni dei paragrafi 1 e 2 sono anche applicabili per le decisioni e le raccomandazioni prese dal Comitato di Associazione in applicazione dell'articolo 49 della Convenzione.

Articolo 3

Per l'applicazione delle disposizioni del Titolo I della Convenzione di Associazione e dei Protocolli 1, 2, 3 e 5 che prevedono la possibilità per la Comunità di chiedere una consultazione, è adottata la seguente procedura:

- a) la domanda di consultazione presentata da uno Stato membro o dalla Commissione comporta automaticamente una deliberazione del Consiglio al fine di determinare la posizione comune della Comunità;
- b) la posizione comune della Comunità è quella dello Stato membro richiedente o della Commissione, a meno che il Consiglio non decida diversamente a maggioranza qualificata. In quest'ultimo caso, il Consiglio esamina se e a quali condizioni lo Stato mem-

de handelspolitiek van de Gemeenschap ten opzichte van derde landen en haar optreden in het kader van internationale organisaties vaststelt;

- b) voor de uitvoering van de artikelen 20, 29 en 36 van de Overeenkomst wordt het gemeenschappelijk standpunt door de Raad met eenparigheid van stemmen vastgesteld, nadat aan de Commissie is verzocht advies uit te brengen;
- c) in de overige gevallen, en met name wanneer de Associatieraad met toepassing van artikel 49 van de Overeenkomst overweegt aan het Associatiecomité de bevoegdheid te delegeren om besluiten te nemen dan wel aanbevelingen of adviezen uit te brengen, wordt het gemeenschappelijk standpunt door de Raad, na raadpleging van de Commissie, met eenparigheid van stemmen vastgesteld.

2. Het gemeenschappelijk standpunt dat de Vertegenwoordigers van de Gemeenschap in het Associatiecomité innemen, wordt vastgesteld overeenkomstig het bepaalde in lid 1.

Artikel 2

1. Over de toepassing van de besluiten en aanbevelingen van de Associatieraad inzake aangelegenheden die in Titel I van de Overeenkomst, betreffende het handelsverkeer tussen de Gemeenschap en de geassocieerde Staten, en in de Protocolen 1, 2, 3 en 5 worden behandeld, wordt door de Raad beslist op de wijze waarop hij, overeenkomstig het Verdrag, de handelspolitiek van de Gemeenschap ten opzichte van derde landen en haar optreden in het kader van internationale organisaties vaststelt.

Over de toepassing van de besluiten en aanbevelingen van de Associatieraad ter uitvoering van de artikelen 20, 29 en 36 van de Overeenkomst wordt door de Raad met eenparigheid van stemmen beslist, nadat aan de Commissie is verzocht advies uit te brengen.

Over de toepassing van de besluiten en aanbevelingen van de Associatieraad in de overige gevallen wordt door de Raad met eenparigheid van stemmen beslist na raadpleging van de Commissie.

2. Indien de besluiten en aanbevelingen van de Associatieraad een gebied betreffen, dat krachtens het Verdrag niet tot de bevoegdheid van de Gemeenschap behoort, nemen de Lid-Staten de nodige uitvoeringsmaatregelen.

3. De leden 1 en 2 zijn eveneens van toepassing op de besluiten en aanbevelingen die het Associatiecomité met toepassing van artikel 49 van de Overeenkomst aanneemt.

Artikel 3

Voor de uitvoering van de bepalingen van Titel I der Overeenkomst en van de Protocolen 1, 2, 3 en 5, welke voorzien in de mogelijkheid voor de Gemeenschap om overleg te verzoeken, wordt de volgende procedure toegepast:

- a) het door een Lid-Staat of de Commissie ingediende verzoek om overleg leidt automatisch tot een bespreking in de Raad ter bepaling van het gemeenschappelijk standpunt van de Gemeenschap;
- b) het gemeenschappelijk standpunt van de Gemeenschap is dat van de aanvragende Lid-Staat of van de Commissie, tenzij de Raad met gekwalificeerde meerderheid van stemmen anders beslist. In dit laatste geval onderzoekt de Raad of en onder welke voor-

der betreffende Mitgliedstaat dem Assoziationsrat die Gründe für seinen Konsultationsantrag ausnahmsweise selbst vortragen kann;

- c) der Konsultationsantrag wird dem Assoziationsrat vom amtierenden Präsidenten des Rates der Gemeinschaft in deren Namen übermittelt.

Artikel 4

Alle zwischen einem oder mehreren Mitgliedstaaten und einem oder mehreren assoziierten Staaten geschlossenen oder zu schließenden Verträge, Übereinkommen, Abkommen oder Vereinbarungen jeder Form oder Art und alle Teile hiervon, die sich auf die in dem Assoziierungsabkommen behandelten Angelegenheiten erstrecken, werden von dem oder den betreffenden Mitgliedstaaten unverzüglich den anderen Mitgliedstaaten und der Kommission mitgeteilt.

Auf Antrag eines Mitgliedstaates oder der Kommission berät der Rat über die auf diese Weise mitgeteilten Texte.

Artikel 5

(1) Zur Anwendung des Artikels 16 Absatz 2 des Assoziierungsabkommens kann die Kommission einen Mitgliedstaat im Hinblick auf die Behebung der in diesem Artikel erwähnten Schwierigkeiten ermächtigen, die erforderlichen Schutzmaßnahmen, einschließlich der Maßnahmen zur Behebung von Verkehrsverlagerungen, zu treffen.

(2) Auf Antrag eines betroffenen Mitgliedstaates beschließt der Rat mit qualifizierter Mehrheit, ob die Entscheidung der Kommission aufrechtzuerhalten, aufzuheben oder zu ändern ist.

(3) In dringenden Fällen kann der betreffende Mitgliedstaat die erforderlichen Schutzmaßnahmen selbst treffen. Er unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission unverzüglich hiervon. Die Kommission kann entscheiden, ob diese Maßnahmen zu ändern oder aufzuheben sind. In diesem Fall gilt Absatz 2.

(4) Hat ein Mitgliedstaat ernstliche Zahlungsbilanzschwierigkeiten, so kann er nach den Artikeln 108 und 109 des Vertrages die erforderlichen Maßnahmen treffen.

(5) Bei der Durchführung dieses Artikels sind vorzugsweise Maßnahmen zu wählen, die das Funktionieren des Gemeinsamen Marktes so wenig wie möglich stören.

(6) Die in Artikel 16 Absatz 2 Unterabsatz 2 des Assoziierungsabkommens vorgesehene Mitteilung der Gemeinschaft an den Assoziationsrat wird von der Kommission vorgenommen.

Artikel 6

Hält ein Mitgliedstaat in Fragen, die nicht zur Zuständigkeit der Gemeinschaft gehören, die Anwendung des Artikels 53 des Assoziierungsabkommens für erforderlich, so konsultiert er vorher die anderen Mitgliedstaaten.

Hat der Assoziationsrat zum Vorgehen des in Absatz 1 genannten Mitgliedstaates Stellung zu nehmen, so entspricht die Haltung der Gemeinschaft der des betreffenden Mitgliedstaates, es sei denn, daß die im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten einstimmig etwas anderes beschließen.

exceptionnellement exposer lui-même, devant le Conseil d'Association, les raisons qui ont motivé sa demande de consultation;

- c) la demande de consultation est transmise au Conseil d'Association par le Président en exercice du Conseil de la Communauté agissant au nom de celle-ci.

Article 4

Tout traité, convention, accord ou arrangement et toute partie de traité, convention, accord ou arrangement, affectant des matières traitées dans la Convention, quelle qu'en soit la forme ou la nature, conclu ou qui serait conclu entre un ou plusieurs Etats membres et un ou plusieurs Etats associés, est communiqué dans les meilleurs délais par le ou les Etats membres intéressés aux autres Etats membres et à la Commission.

A la demande d'un Etat membre ou de la Commission, le texte ainsi communiqué fait l'objet d'une délibération au Conseil.

Article 5

1. En vue de l'application de l'article 16 paragraphe 2 de la Convention et pour permettre à un Etat membre de faire face aux difficultés mentionnées dans cet article, la Commission peut autoriser cet Etat à prendre les mesures de sauvegarde nécessaires, y compris celles destinées à faire face à un détournement de trafic.

2. A la demande de tout Etat membre intéressé, le Conseil statue à la majorité qualifiée sur le maintien, la suppression ou la modification de la décision de la Commission.

3. En cas d'urgence, l'Etat membre intéressé peut prendre lui-même les mesures de sauvegarde nécessaires. Il en informe aussitôt les autres Etats membres et la Commission. Celle-ci peut décider si ces mesures doivent être modifiées ou supprimées. Les dispositions du paragraphe 2 sont applicables dans ce cas.

4. En cas de difficultés graves de sa balance des paiements, un Etat membre peut prendre les mesures nécessaires, selon les dispositions des articles 108 et 109 du Traité.

5. Dans l'application du présent article, doivent être choisies par priorité les mesures qui apportent le moins de perturbation au fonctionnement du Marché commun.

6. La notification de la Communauté au Conseil d'Association prévue à l'article 16 paragraphe 2 deuxième alinéa de la Convention est faite par la Commission.

Article 6

Lorsqu'un Etat membre estime nécessaire d'avoir recours à l'article 53 de la Convention dans les domaines qui ne relèvent pas de la compétence de la Communauté, il consulte au préalable les autres Etats membres.

Si le Conseil d'Association est amené à prendre position sur l'action de l'Etat membre visé au premier alinéa, la position présentée par la Communauté est celle de l'Etat membre intéressé, à moins que les Représentants des Gouvernements des Etats membres, réunis au sein du Conseil, n'en décident autrement à l'unanimité.

bro interessato possa eccezionalmente esporre esso stesso davanti al Consiglio di Associazione le ragioni che hanno motivato la domanda di consultazione,

- c) la domanda di consultazione è trasmessa al Consiglio di Associazione dal Presidente in carica del Consiglio della Comunità Economica Europea a nome della Comunità di quest'ultima.

Articolo 4

Qualsiasi trattato, convenzione, accordo o intesa e qualsiasi parte di trattato, di convenzione, di accordo o di intesa che riguardi talune materie trattate nella Convenzione, di qualsiasi forma o natura, concluso o da concludere tra uno o più Stati membri e uno o più Stati associati, è comunicato senza indugio, a cura dello Stato o degli Stati membri interessati, agli altri Stati membri e alla Commissione.

A richiesta di uno Stato membro o della Commissione, il testo comunicato è oggetto di una deliberazione del Consiglio.

Articolo 5

1. Per l'applicazione dell'articolo 16, paragrafo 2, della Convenzione e per permettere ad uno Stato membro di far fronte alle difficoltà menzionate in questo articolo, la Commissione può autorizzare detto Stato a prendere le misure di salvaguardia necessarie, comprese quelle destinate a far fronte a una deviazione di traffico.

2. A richiesta di qualsiasi Stato membro interessato, il Consiglio delibera a maggioranza qualificata sul mantenimento, la soppressione o la modifica della decisione della Commissione.

3. In caso di urgenza, lo stesso Stato membro interessato può prendere le misure di salvaguardia necessarie. Ne informa immediatamente gli altri Stati membri e la Commissione. Quest'ultima può decidere se tali misure debbano essere modificate o soppresse. In tal caso sono applicabili le disposizioni del paragrafo 2.

4. In caso di gravi difficoltà della propria bilancia dei pagamenti, uno Stato membro può prendere le misure necessarie, secondo le disposizioni degli articoli 108 e 109 del Trattato.

5. Nell'applicazione del presente articolo debbono essere scelte con priorità le misure che turbino il meno possibile il funzionamento del Mercato Comune.

6. La notificazione della Comunità al Consiglio di Associazione di cui all'articolo 16, paragrafo 2, secondo comma, della Convenzione, è fatta dalla Commissione.

Articolo 6

Quando uno Stato membro ritiene necessario ricorrere all'articolo 53 della Convenzione per i settori che non sono di competenza della Comunità, consulta in precedenza gli altri Stati membri.

Se il Consiglio di Associazione è indotto a prender posizione sull'azione dello Stato membro di cui al paragrafo precedente, la posizione sostenuta dalla Comunità è quella dello Stato membro interessato, a meno che i Rappresentanti dei Governi degli Stati membri, riuniti in sede di Consiglio, non decidano diversamente all'unanimità.

waarden de betrokken Lid-Staat, bij wijze van uitzondering, zelf ten overstaan van de Associatieraad de redenen kan uiteenzetten, die aanleiding gaven tot zijn verzoek om overleg;

- c) het verzoek om overleg wordt door de fungerende Voorzitter van de Raad der Gemeenschap namens de Gemeenschap aan de Associatieraad toegezonden.

Artikel 4

Alle verdragen, overeenkomsten, akkoorden of regelingen en alle gedeelten van verdragen, overeenkomsten, akkoorden of regelingen, die betrekking hebben op in de Overeenkomst behandelde onderwerpen en tussen een of meer Lid-Staten en een of meer geassocieerde Staten zijn of zullen worden gesloten, worden, ongeacht hun vorm of aard, zo spoedig mogelijk door de betrokken Lid-Staat of Lid-Staten ter kennis gebracht van de overige Lid-Staten en van de Commissie.

Over de aldus ter kennis gebrachte tekst wordt op verzoek van een Lid-Staat of van de Commissie in de Raad beraadslaagd.

Artikel 5

1. Met het oog op de toepassing van artikel 16, lid 2, van de Overeenkomst en ten einde een Lid-Staat in staat te stellen het hoofd te bieden aan de in dat artikel bedoelde moeilijkheden, kan de Commissie deze Staat machtigen de nodige vrijwaringsmaatregelen te treffen, met inbegrip van die maatregelen welke ten doel hebben verleggingen van het handelsverkeer tegen te gaan.

2. Op verzoek van iedere belanghebbende Lid-Staat beslist de Raad met gekwalificeerde meerderheid of de beschikking van de Commissie wordt gehandhaafd, vervalt of wordt gewijzigd.

3. In dringende gevallen kan de betrokken Lid-Staat zelf de nodige vrijwaringsmaatregelen treffen. Hij stelt de overige Lid-Staten en de Commissie hiervan onverwijld in kennis. De Commissie kan beslissen of deze maatregelen moeten worden gewijzigd of vervallen. De bepalingen van lid 2 zijn in dit geval van toepassing.

4. In geval van ernstige moeilijkheden in de betalingsbalans kan een Lid-Staat de nodige maatregelen treffen volgens de bepalingen van de artikelen 108 en 109 van het Verdrag.

5. Bij de toepassing van dit artikel moeten bij voorrang die maatregelen worden gekozen, welke de werking van de gemeenschappelijke markt het minst verstoren.

6. De in artikel 16, lid 2 tweede alinea, van de Overeenkomst bedoelde kennisgeving van de Gemeenschap aan de Associatieraad wordt door de Commissie gedaan.

Artikel 6

Wanneer een Lid-Staat het nodig oordeelt zijn toevlucht te nemen tot artikel 53 van de Overeenkomst op gebieden die niet tot de bevoegdheid der Gemeenschap behoren, raadpleegt hij vooraf de overige Lid-Staten.

Indien de Associatieraad zijn standpunt moet bepalen ten aanzien van het optreden van de in het voorgaande lid bedoelde Lid-Staat, is het door de Gemeenschap in te nemen standpunt dat van de betrokken Lid-Staat, tenzij de Vertegenwoordigers van de Regeringen der Lid-Staten, in het kader van de Raad bijeen, met eenparigheid van stemmen anders beslissen.

Dieser Artikel findet auch dann Anwendung, wenn ein Mitgliedstaat die Inanspruchnahme des in Anhang VIII der Schlußakte vorgesehenen Vermittlungsverfahrens für notwendig erachtet.

Artikel 7

Streitigkeiten, die sich zwischen Mitgliedstaaten, zwischen einem Mitgliedstaat und einem Organ der Gemeinschaft oder zwischen Organen der Gemeinschaft im Zusammenhang mit dem Assoziierungsabkommen, den ihm beigefügten Protokollen sowie den zur Durchführung des Assoziierungsabkommens unterzeichneten internen Abkommen ergeben, werden auf Antrag der betreibenden Partei dem Gerichtshof der Gemeinschaften nach Maßgabe des Vertrages und des Protokolls über die Satzung des Gerichtshofs im Anhang zum Vertrag vorgelegt.

Artikel 8

Der Rat kann die Bestimmungen dieses Abkommens nach Anhörung der Kommission jederzeit durch einstimmigen Beschluß ändern oder ergänzen.

Artikel 9

Dieses Abkommen wird von den einzelnen Mitgliedstaaten nach Maßgabe ihrer verfassungsrechtlichen Vorschriften genehmigt. Die Regierungen der einzelnen Mitgliedstaaten notifizieren dem Sekretariat des Rates der Europäischen Gemeinschaften, daß die für das Inkrafttreten dieses Abkommens erforderlichen Verfahren abgeschlossen sind.

Sind die Voraussetzungen des Absatzes 1 erfüllt, so tritt dieses Abkommen zum gleichen Zeitpunkt wie das Assoziierungsabkommen in Kraft. Es bleibt für denselben Zeitraum wie das Assoziierungsabkommen anwendbar.

Artikel 10

Dieses Abkommen ist in einer Urschrift in deutscher, französischer, italienischer und niederländischer Sprache abgefaßt, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist; es wird im Archiv des Sekretariats des Rates der Europäischen Gemeinschaften hinterlegt; dieses übermittelt der Regierung jedes Unterzeichnerstaates eine beglaubigte Abschrift.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten Bevollmächtigten ihre Unterschriften unter dieses Abkommen gesetzt.

GESCHEHEN zu Jaunde, am neunundzwanzigsten Juli neunzehnhundertneunundsechzig.

Le présent article est également applicable lorsqu'un Etat membre estime nécessaire d'avoir recours à la procédure de bons offices prévue à l'Annexe VIII à l'Acte final.

Article 7

Les différends nés entre Etats membres, entre un Etat membre et une Institution de la Communauté, ou entre Institutions de la Communauté, et relatifs à la Convention, aux Protocoles qui y sont joints ainsi qu'aux Accords internes signés pour l'application de la Convention sont, à la requête de la partie la plus diligente, soumis à la Cour de Justice des Communautés dans les conditions prévues par le Traité et le Protocole relatif au Statut de la Cour de Justice annexé au Traité.

Article 8

Le Conseil, statuant à l'unanimité, après consultation de la Commission, peut, à tout moment, modifier ou compléter les dispositions du présent Accord.

Article 9

Le présent Accord est approuvé par chaque Etat membre conformément aux règles constitutionnelles qui lui sont propres. Le Gouvernement de chaque Etat membre notifie au Secrétariat du Conseil des Communautés Européennes l'accomplissement des procédures requises pour son entrée en vigueur.

Le présent Accord entre en vigueur, pour autant que les dispositions du premier alinéa soient remplies, en même temps que la Convention. Il reste en application pour la même durée que les dispositions de celle-ci.

Article 10

Le présent Accord, rédigé en un exemplaire unique en langues allemande, française, italienne et néerlandaise, les quatre textes faisant également foi, sera déposé dans les archives du Secrétariat du Conseil des Communautés Européennes qui en remettra une copie certifiée conforme à chacun des Gouvernements signataires.

EN FOI DE QUOI, les plénipotentiaires soussignés ont apposé leurs signatures au bas du présent Accord.

FAIT à Yaoundé, le vingt-neuf juillet mil neuf cent soixante-neuf.

Joseph M. A. H. Luns

Charles Hanin

Gerhard Jahn

Yvon Bourges

Mario Pardini

Albert Borschette

Il presente articolo è del pari applicabile quando uno Stato membro ritiene necessario ricorrere alla procedura di buoni uffici prevista all'Allegato VIII dell'Atto finale.

Articolo 7

Le controversie sorte tra Stati membri, tra uno Stato membro e una Istituzione della Comunità o tra Istituzioni della Comunità circa la Convenzione, i Protocolli che vi sono allegati nonché gli Accordi interni firmati per l'applicazione della Convenzione sono sottoposte, a richiesta della Parte più diligente, alla Corte di Giustizia delle Comunità alle condizioni previste dal Trattato e dal Protocollo relativo allo Statuto della Corte di Giustizia allegato a detto Trattato.

Articolo 8

Il Consiglio, deliberando all'unanimità, previa consultazione della Commissione, può modificare o completare in qualsiasi momento le disposizioni del presente Accordo.

Articolo 9

Il presente Accordo è approvato da ogni Stato membro conformemente alle proprie norme costituzionali. Il Governo di ciascuno Stato membro notifica al Segretariato del Consiglio delle Comunità Europee l'adempimento delle procedure richieste per la sua entrata in vigore.

Il presente Accordo entra in vigore, nella misura in cui siano adempiute le condizioni di cui al primo comma, alla medesima data della Convenzione di Associazione. Esso rimane in applicazione per la stessa durata delle disposizioni di questa.

Articolo 10

Il presente Accordo, redatto in un unico esemplare in lingua tedesca, francese, italiana e olandese, i quattro testi facenti tutti egualmente fede, sarà depositato negli archivi del Segretariato del Consiglio delle Comunità Europee che ne trasmetterà copia certificata conforme a ciascuno dei Governi firmatari.

IN FEDE DI CHE, i plenipotenziari sottoscritti hanno apposto le loro firme in calce al presente Accordo.

FATTO a Yaoundé, il ventinove luglio millenovecento sessantanove.

Dit artikel is ook van toepassing wanneer een Lid-Staat het nodig acht gebruik te maken van de procedure van goede diensten waarin bijlage VIII van de Slotakte voorziet.

Artikel 7

De tussen de Lid-Staten, tussen een Lid-Staat en een Instelling van de Gemeenschap, of tussen Instellingen van de Gemeenschap gerezen geschillen betreffende de Overeenkomst, de daaraan toegevoegde Protocolen, alsmede de voor de toepassing van de Overeenkomst getekende Interne Akkoorden, worden op verzoek van de meest gerede partij voor het Hof van Justitie van de Gemeenschappen gebracht op de wijze, vastgesteld in het Verdrag en in het aan het Verdrag gehechte Protocol betreffende het Statuut van het Hof van Justitie.

Artikel 8

De Raad kan te allen tijde de bepalingen van dit Akkoord, na raadpleging van de Commissie, met eenparigheid van stemmen wijzigen of aanvullen.

Artikel 9

Dit Akkoord wordt door elke Lid-Staat goedgekeurd overeenkomstig zijn eigen grondwettelijke voorschriften. De Regering van elke Lid-Staat stelt het Secretariaat van de Raad der Europese Gemeenschappen in kennis van de beëindiging der procedures die voor het in werking treden van dit Akkoord zijn vereist.

Voor zover aan het bepaalde in de vorige alinea is voldaan, treedt dit Akkoord in werking op dezelfde datum als de Overeenkomst. Dit Akkoord blijft even lang van toepassing als de bepalingen van de Overeenkomst.

Artikel 10

Dit Akkoord, opgesteld in één exemplaar in de Duitse, de Franse, de Italiaanse en de Nederlandse taal, zijnde de vier teksten gelijkelijk authentiek, wordt nedergelegd in het archief van het Secretariaat van de Raad der Europese Gemeenschappen, dat een voor eensluidend gewaarmerkt afschrift daarvan toezendt aan elk der ondertekenende Regeringen.

TEN BLIJKE WAARVAN de ondergetekende gevolmachtigden hun handtekening onder deze Overeenkomst hebben gesteld.

GEDAAN te Yaoundé, de negenentwintigste juli negentienhonderd negenenzeestig.

Joseph M. A. H. Luns

Charles Hanin

Gerhard Jahn

Yvon Bourges

Mario Pedini

Albert Borschette

Internes Abkommen über die Finanzierung und die Verwaltung der Hilfe der Gemeinschaft

Accord interne relatif au financement et à la gestion des aides de la Communauté

DIE IM RAT VEREINIGTEN VERTRETER DER REGIERUNGEN DER MITGLIEDSTAATEN DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT —

GESTÜTZT auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, nachstehend „der Vertrag“ genannt,

IN ERWAGUNG nachstehender Gründe:

Die im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten haben am 26. Juni 1969 die Hilfe für die assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskar — nachstehend „assozierte Staaten“ genannt — auf 918 Millionen Rechnungseinheiten und die Hilfe für die überseeischen Länder und Gebiete, die besondere Beziehungen zu Frankreich und den Niederlanden unterhalten — nachstehend „Länder und Gebiete“ genannt —, sowie für die französischen überseeischen Departements auf 82 Millionen Rechnungseinheiten festgesetzt.

Mit den assoziierten Staaten ist heute ein Abkommen über die Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den mit dieser Gemeinschaft assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskar unterzeichnet worden; dieses Abkommen — nachstehend „das Assoziierungsabkommen“ genannt — umfaßt einen Titel II über die finanzielle und technische Zusammenarbeit und ein Protokoll Nr. 6 über die Verwaltung der Hilfe der Gemeinschaft.

Über die Assoziation der Länder und Gebiete mit der Gemeinschaft ist vom Rat der Europäischen Gemeinschaften ein Beschluß zu fassen, der nachstehend „der Beschluß“ genannt wird und ebenfalls einen Titel über die finanzielle und technische Zusammenarbeit sowie einen Anhang über die Verwaltung der Hilfe umfassen muß.

Zur Durchführung dieser Bestimmungen ist es erforderlich, einen neuen Europäischen Entwicklungsfonds zu schaffen und die Einzelheiten der Ausstattung dieses Fonds sowie die Beiträge der Mitgliedstaaten hierzu festzulegen.

Ferner ist es angebracht, das Verfahren für die Genehmigung der Finanzierungsanträge sowie die Bedingungen für die finanzielle Durchführung und die Kontrolle der Verwendung der Hilfe festzulegen.

Nach Anhörung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften —

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

Kapitel I

Artikel 1

(1) Die Mitgliedstaaten errichten einen Europäischen Entwicklungsfonds (1969), der nachstehend „der Fonds“ genannt wird.

LES REPRÉSENTANTS DES GOUVERNEMENTS DES ÉTATS MEMBRES DE LA COMMUNAUTÉ ÉCONOMIQUE EUROPÉENNE, RÉUNIS AU SEIN DU CONSEIL,

VU le Traité instituant la Communauté Economique Européenne, ci-après dénommé le Traité,

CONSIDÉRANT que les Représentants des Gouvernements des Etats membres, réunis au sein du Conseil, en date du 26 juin 1969, ont fixé à 918 millions d'unités de compte l'aide au profit des Etats africains et malgache associés, ci-après dénommés les Etats associés, et à 82 millions d'unités de compte l'aide au profit des Pays et Territoires d'Outre-mer entretenant avec la France et les Pays-Bas des relations particulières, ci-après dénommés Pays et Territoires, et des Départements français d'Outre-mer;

CONSIDÉRANT que, en ce qui concerne les Etats associés, une Convention d'Association entre la Communauté Economique Européenne et les Etats africains et malgache associés à cette Communauté, ci-après dénommée la Convention, a été signée ce jour; que cette Convention contient un Titre II relatif à la coopération financière et technique et un Protocole n° 6 relatif à la gestion des aides de la Communauté;

CONSIDÉRANT que, en ce qui concerne les Pays et Territoires, leur association à la Communauté doit faire l'objet d'une décision du Conseil des Communautés Européennes, ci-après dénommée la décision, laquelle contiendra elle aussi un Titre relatif à la coopération financière et technique et une annexe relative à la gestion des aides;

CONSIDÉRANT qu'en vue de la mise en œuvre de ces dispositions, il y a lieu d'instituer un nouveau Fonds européen de développement et de fixer les modalités de sa dotation ainsi que les contributions des Etats membres à cette dotation;

CONSIDÉRANT par ailleurs qu'il y a lieu de déterminer la procédure d'approbation des demandes de financement ainsi que les conditions d'exécution financière et de contrôle de l'utilisation de l'aide;

Après consultation de la Commission des Communautés Européennes,

SONT CONVENUS DES DISPOSITIONS QUI SUIVENT:

Chapitre I

Article 1

1. Les Etats membres instituent un Fonds européen de développement (1969), ci-après dénommé le Fonds.

Accordo interno relativo al finanziamento e alla gestione degli aiuti della Comunità

Intern Akkoord betreffende de financiering en het beheer van de steun van de Gemeenschap

I RAPPRESENTANTI DEI GOVERNI DEGLI STATI MEMBRI DELLA COMUNITÀ ECONOMICA EUROPEA, RIUNITI IN SEDE DI CONSIGLIO,

VISTO il Trattato che istituisce la Comunità Economica Europea, in appresso denominato il Trattato,

CONSIDERANDO che i Rappresentanti dei Governi degli Stati membri, riuniti in sede di Consiglio il 26 giugno 1969, hanno fissato a 918 milioni di unità di conto l'aiuto a favore degli Stati africani e malgascio associati, in appresso denominati Stati associati e a 82 milioni di unità di conto l'aiuto a favore dei paesi e territori d'oltremare che intrattengono relazioni particolari con la Francia e i Paesi Bassi, in appresso denominati paesi e territori, e dei dipartimenti francesi d'oltremare;

CONSIDERANDO che per quanto riguarda gli Stati associati è stata oggi firmata una Convenzione di Associazione tra la Comunità Economica Europea e gli Stati africani e malgascio associati a tale Comunità, in appresso denominata la Convenzione; che tale Convenzione contiene un Titolo II concernente la cooperazione finanziaria e tecnica e un Protocollo n° 6 relativo alla gestione degli aiuti della Comunità;

CONSIDERANDO che per quanto riguarda i paesi e territori che la loro associazione alla Comunità dovrà essere oggetto di una decisione del Consiglio delle Comunità Europee in appresso denominata la decisione che conterrà anch'essa un Titolo concernente la cooperazione finanziaria e tecnica e un allegato relativo alla gestione degli aiuti;

CONSIDERANDO che per l'attuazione di queste disposizioni è necessario istituire un nuovo Fondo europeo di sviluppo e fissare le modalità per la sua dotazione nonché i contributi degli Stati membri a tale dotazione;

CONSIDERANDO che è peraltro necessario determinare la procedura di approvazione delle domande di finanziamento e le condizioni di esecuzione finanziaria e di controllo dell'impiego degli aiuti;

Previa consultazione della Commissione delle Comunità Europee,

HANNO CONVENUTO LE DISPOSIZIONI CHE SEGUONO:

Capitolo I

Articolo 1

1. Gli Stati membri istituiscono un Fondo europeo di sviluppo (1969), in appresso denominato il Fondo.

DE VERTEGENWOORDIGERS VAN DE REGERINGEN DER LID-STATEN VAN DE EUROPESE ECONOMISCHE GEMEENSCHAP, IN HET KADER VAN DE RAAD BIJEEN,

GELET op het Verdrag tot oprichting van de Europese Economische Gemeenschap, hierna te noemen het Verdrag,

OVERWEGENDE dat de Vertegenwoordigers van de Regeringen der Lid-Statens, op 26 juni 1969 in het kader van de Raad bijeen, de steun ten behoeve van de Geassocieerde Afrikaanse Staten en Madagaskar, hierna te noemen „geassocieerde Staten”, op 918 miljoen reken-eenheden hebben vastgesteld en de steun ten behoeve van de landen en gebieden overzee waarmede Frankrijk en Nederland bijzondere betrekkingen onderhouden, hierna te noemen landen en gebieden, en van de Franse overzeese departementen, op 82 miljoen rekeneenheden;

OVERWEGENDE, wat de geassocieerde Staten betreft, dat heden een Associatieovereenkomst tussen de Europese Economische Gemeenschap en de met deze Gemeenschap geassocieerde Afrikaanse Staten en Madagaskar is ondertekend; dat deze Overeenkomst, hierna te noemen de Overeenkomst, een titel II bevat betreffende de financiële en technische samenwerking en een Protocol No. VI betreffende het beheer van de steun van de Gemeenschap;

OVERWEGENDE, wat de landen en gebieden betreft, dat voor hun Associatie met de Gemeenschap een besluit van de Raad van de Europese Gemeenschappen nodig is, hierna te noemen „Besluit”, dat eveneens een titel zal bevatten betreffende de financiële en technische samenwerking en een bijlage betreffende het beheer van de steun;

OVERWEGENDE dat voor de tenuitvoerlegging van deze bepalingen een nieuw Europees Ontwikkelingsfonds dient te worden ingesteld en de wijze waarop dit Fonds van geldmiddelen moet worden voorzien alsmede de bijdragen van de Lid-Statens in de daartoe bestemde bedragen dienen te worden vastgesteld;

OVERWEGENDE voorts dat de procedure inzake de goedkeuring van de aanvragen om financiering, alsmede de wijze waarop de financiële uitvoering en het toezicht op het gebruik van de steun plaatsvinden, dienen te worden vastgesteld,

Na raadpleging van de Commissie der Europese Gemeenschappen,

HEBBEN OVEREENSTEMMING BEREIKT OMTRENT DE VOLGENDE BEPALINGEN:

Hoofdstuk I

Artikel 1

1. De Lid-Statens stellen een Europees Ontwikkelingsfonds (1969) in, hierna te noemen het Fonds.

(2) Die Mitgliedstaaten stellen der Kommission, die den Fonds nach Maßgabe des Artikels 8 zu verwalten hat, einen Betrag von 900 Millionen Rechnungseinheiten zur Verfügung, der wie folgt aufgebracht wird:

Belgien	80,0 Millionen
Bundesrepublik Deutschland	298,5 Millionen
Frankreich	298,5 Millionen
Italien	140,6 Millionen
Luxemburg	2,4 Millionen
Niederlande	80,0 Millionen

(3) Der in Absatz 2 genannte Betrag wird wie folgt verteilt:

- a) 828 Millionen Rechnungseinheiten für die assoziierten Staaten, davon
 - 748 Millionen in Form von nichtrückzahlbaren Zuschüssen und
 - 80 Millionen in Form von Darlehen zu Sonderbedingungen und als Beitrag zur Bildung von haftendem Kapital;
- b) 72 Millionen Rechnungseinheiten für die Länder und Gebiete sowie die französischen überseeischen Departements, davon
 - 62 Millionen in Form von nichtrückzahlbaren Zuschüssen und
 - 10 Millionen in Form von Darlehen zu Sonderbedingungen und als Beitrag zur Bildung von haftendem Kapital.

Artikel 2

Zu dem in Artikel 1 Absatz 2 festgesetzten Betrag kommen Darlehen für insgesamt bis zu 100 Millionen Rechnungseinheiten hinzu, welche die Europäische Investitionsbank — nachstehend „die Bank“ genannt — unter den von ihr gemäß ihrer Satzung festgelegten Bedingungen aus Eigenmitteln gewährt.

Diese Darlehen teilen sich wie folgt auf:

- a) bis zu 90 Millionen Rechnungseinheiten für Finanzierungen in den assoziierten Staaten,
- b) bis zu 10 Millionen Rechnungseinheiten für Finanzierungen in den Ländern und Gebieten sowie in den französischen überseeischen Departements.

Artikel 3

(1) Binnen einem Monat nach Inkrafttreten des Assoziierungsabkommen und danach jährlich vor dem 1. September stellt die Kommission einen Voranschlag der Mittelbindungen für jedes Haushaltsjahr auf und übermittelt ihn dem Rat.

(2) In gleicher Weise legt die Kommission den Gesamtbetrag der voraussichtlichen Zahlungen für jedes Haushaltsjahr fest und teilt ihn dem Rat mit. Auf der Grundlage dieses Betrages stellt sie unter Berücksichtigung der erforderlichen Kassenmittel, einschließlich der Mittel zur Deckung der in Artikel 21 des Assoziierungsabkommens genannten Vorschüsse, einen Fälligkeitsplan für den Abruf der Beiträge auf; die Einzelheiten für die Zahlung dieser Beiträge durch die Mitgliedstaaten werden in der in Artikel 23 vorgesehenen Finanzregelung festgelegt. Sie unterbreitet diesen Fälligkeitsplan dem Rat, der sich mit der in Artikel 13 vorgesehenen qualifizierten Mehrheit hierzu äußert.

2. Les Etats membres mettent à la disposition de la Commission, chargée de gérer le Fonds, dans les conditions prévues à l'article 8, un montant de 900 millions d'unités de compte selon la répartition suivante:

Belgique	80,0 millions
République Fédérale d'Allemagne	298,5 millions
France	298,5 millions
Italie	140,6 millions
Luxembourg	2,4 millions
Pays-Bas	80,0 millions

3. Le montant indiqué au paragraphe 2 est réparti comme suit:

- a) 828 millions d'unités de compte destinés aux Etats associés, dont
 - 748 millions sous forme d'aides non remboursables et
 - 80 millions sous forme de prêts à des conditions spéciales et de contributions à la formation de capitaux à risques;
- b) 72 millions d'unités de compte destinés aux Pays et Territoires ainsi qu'aux Départements français d'Outre-mer, dont
 - 62 millions sous forme d'aides non remboursables et
 - 10 millions d'unités de compte sous forme de prêts à des conditions spéciales et de contributions à la formation de capitaux à risques.

Article 2

Au montant fixé à l'article 1 paragraphe 2 s'ajoutent, à concurrence de 100 millions d'unités de compte, des prêts accordés par la Banque européenne d'investissement, ci-après dénommée la Banque, sur ses ressources propres, dans les conditions fixées par elle conformément aux dispositions de ses Statuts.

Ces prêts sont destinés:

- a) à concurrence de 90 millions d'unités de compte à des opérations de financement réalisées dans les Etats associés,
- b) à concurrence de 10 millions d'unités de compte à des opérations de financement réalisées dans les Pays et Territoires ainsi que dans les Départements français d'Outre-mer.

Article 3

1. Dans le mois suivant l'entrée en vigueur de la Convention, puis chaque année, avant le 1^{er} septembre, la Commission établit et communique au Conseil un état prévisionnel des engagements à intervenir au cours de chaque exercice budgétaire.

2. Dans les mêmes conditions, la Commission arrête et communique au Conseil le montant global des paiements à prévoir pour cet exercice. Sur la base de ce montant et compte tenu des besoins de trésorerie, y compris ceux destinés à faire face aux avances visées à l'article 21 de la Convention, elle établit un échéancier des appels de contribution qui déterminera leur exigibilité; les modalités de versement de ces contributions par les Etats membres sont déterminées par le règlement financier visé à l'article 23 du présent Accord. Elle soumet cet échéancier au Conseil qui se prononce à la majorité qualifiée prévue à l'article 13 du présent Accord.

2. Gli Stati membri mettono a disposizione della Commissione, incaricata di gestire il Fondo alle condizioni previste all'articolo 8, un importo di 900 milioni di unità di conto, secondo la seguente ripartizione:

Belgio	80,0 milioni
Repubblica federale di Germania	298,5 milioni
Francia	298,5 milioni
Italia	140,6 milioni
Lussemburgo	2,4 milioni
Paesi Bassi	80,0 milioni

3. L'importo di cui al paragrafo 2 è così suddiviso:

- a) 828 milioni di unità di conto per gli Stati associati, di cui
748 milioni sotto forma di aiuti non rimborsabili e
80 milioni sotto forma di prestiti a condizioni speciali e di contributi alla formazione di capitali a rischio;
- b) 72 milioni di unità di conto per i paesi e territori e i dipartimenti francesi d'oltremare, di cui
62 milioni sotto forma di aiuti non rimborsabili e
10 milioni sotto forma di prestiti a condizioni speciali e di contributi alla formazione di capitali a rischio.

Articolo 2

All'importo di cui all'articolo 1, paragrafo 2, si aggiungono, fino a concorrenza di 100 milioni di unità di conto, prestiti concessi dalla Banca Europea per gli investimenti, in appresso denominata la Banca, sui propri fondi, alle condizioni da essa fissate in conformità delle disposizioni del suo Statuto.

Questi prestiti sono destinati:

- a) fino a concorrenza di 90 milioni di unità di conto, ad operazioni di finanziamento realizzate negli Stati associati;
- b) fino a concorrenza di 10 milioni di unità di conto, ad operazioni di finanziamento realizzate nei paesi e territori e nei dipartimenti francesi d'oltremare.

Articolo 3

1. Entro un mese dall'entrata in vigore della Convenzione, e, successivamente, anteriormente al 1° settembre di ogni anno, la Commissione elabora e comunica al Consiglio uno stato di previsione degli impegni da effettuare durante ciascun esercizio finanziario.

2. Alle stesse condizioni, la Commissione stabilisce e comunica al Consiglio l'importo complessivo dei pagamenti da prevedere per ciascun esercizio. In base a tale importo e tenuto conto delle necessità di tesoreria, comprese quelle per far fronte alle anticipazioni di cui all'articolo 21 della Convenzione, essa stabilisce uno scadenziario delle richieste di contributi che determinerà la loro esigibilità; le modalità di versamento di tali contributi da parte degli Stati membri sono determinate dal regolamento finanziario di cui all'articolo 23 del presente Accordo. La Commissione sottopone lo scadenziario al Consiglio che si pronuncia alla maggioranza qualificata di cui all'articolo 13 del presente Accordo.

2. De Lid-Staten stellen ter beschikking van de Commissie, die overeenkomstig de bepalingen van artikel 8 is belast met het beheer van de Fonds, een bedrag van 900 miljoen rekeneenheden, dat als volgt wordt omgelegd:

België	80,0 miljoen
Bondsrepubliek Duitsland	298,5 miljoen
Frankrijk	298,5 miljoen
Italië	140,6 miljoen
Luxemburg	2,4 miljoen
Nederland	80,0 miljoen

3. Het in lid 2 genoemde bedrag wordt als volgt verdeeld:

- a) 828 miljoen rekeneenheden zijn bestemd voor de geassocieerde Staten, waarvan
748 miljoen in de vorm van giften en
80 miljoen in de vorm van leningen tegen speciale voorwaarden en van bijdragen in de vorming van risicodragend kapitaal;
- b) 72 miljoen rekeneenheden zijn bestemd voor de landen en gebieden en voor de Franse overzeese departementen, waarvan
62 miljoen in de vorm van giften en
10 miljoen rekeneenheden in de vorm van leningen tegen speciale voorwaarden en van bijdragen in de vorming van risicodragend kapitaal.

Artikel 2

Bij het in artikel 1, lid 2, vastgestelde bedrag komen, tot een bedrag van 100 miljoen rekeneenheden, leningen die door de Europese Investeringsbank, hierna te noemen de Bank, uit eigen middelen worden verstrekt tegen de door haar overeenkomstig de bepalingen van haar Statuten vastgestelde voorwaarden.

Deze leningen zijn bestemd:

- a) tot een bedrag van 90 miljoen rekeneenheden: voor financieringsverrichtingen in de geassocieerde Staten,
- b) tot een bedrag van 10 miljoen rekeneenheden: voor financieringsverrichtingen in de landen en gebieden en in de Franse overzeese departementen.

Artikel 3

1. Binnen een maand na de inwerkingtreding van de Overeenkomst en vervolgens elk jaar vóór 1 september, stelt de Commissie een raming op van de betalingsverplichtingen die in de loop van elk begrotingsjaar zullen worden aangegaan, en doet zij deze aan de Raad toekomen.

2. Op dezelfde wijze stelt de Commissie het totale bedrag vast van de voor het begrotingsjaar te verwachten betalingen en stelt zij de Raad hiervan in kennis. Op de grondslag van dit bedrag en rekening houdende met de kasbehoeften, met inbegrip van die welke zijn bestemd ter dekking van de in artikel 21 van de Overeenkomst bedoelde voorschotten, stelt zij een vervvalboek op voor het afroepen van de bijdragen, dat bepaalt wanneer deze opeisbaar zijn; de wijze van storting van deze bijdragen door de Lid-Staten wordt bepaald bij het in artikel 23 van dit Akkoord bedoelde financiële reglement. Zij legt dit vervvalboek voor aan de Raad, die zich uitspreekt met de in artikel 13 van dit Akkoord voorgeschreven gekwalificeerde meerderheid.

Reichen die Beiträge nicht aus, um den tatsächlichen Bedarf des Fonds in dem betreffenden Haushaltsjahr zu decken, so unterbreitet die Kommission dem Rat Vorschläge für weitere Zahlungen; der Rat äußert sich hierzu binnen einem Monat.

(3) Bis zu dem Zeitpunkt, an dem die Mittel von der Kommission für die Finanzierung der nach Maßgabe der Artikel 9 bis 17 bewilligten Vorhaben oder Programme in Anspruch genommen werden, verbleiben sie gemäß der Finanzregelung auf den Sonderkonten, die die einzelnen Mitgliedstaaten bei ihrer Staatskasse oder bei den von ihnen bestimmten Stellen eröffnet haben.

(4) Vom Tage ihrer Fälligkeit an behalten diese Mittel während der Dauer ihrer Hinterlegung den am Fälligkeitstag geltenden Pariwert gegenüber der im Protokoll Nr. 7 im Anhang zum Assoziierungsabkommen und in den entsprechenden Bestimmungen des Beschlusses festgelegten Rechnungseinheit.

Artikel 4

(1) Der etwaige Restbetrag des Fonds wird solange, bis er vollständig aufgebraucht ist, nach denselben Bestimmungen verwendet, die im Assoziierungsabkommen, im Beschluß und in diesem Abkommen vorgesehen sind.

(2) Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, bei Ablauf der Geltungsdauer des Assoziierungsabkommens den noch nicht abgerufenen Teil ihrer Beiträge nach Maßgabe des Artikels 3 zu zahlen.

Artikel 5

Alle Finanzgeschäfte zugunsten der assoziierten Staaten, der Länder und Gebiete sowie der französischen überseeischen Departements werden nach Maßgabe dieses Abkommens zu Lasten des Fonds abgewickelt; ausgenommen hiervon sind die Darlehen, welche die Bank aus ihren Eigenmitteln gewährt.

Artikel 6

(1) Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, im Verhältnis ihrer Anteile am gezeichneten Kapital der Bank dieser gegenüber die selbstschuldnerische Bürgschaft für alle finanziellen Verpflichtungen zu übernehmen, die sich für die Darlehensnehmer aus den Darlehen ergeben, welche die Bank auf Grund des Assoziierungsabkommens und des Beschlusses aus ihren Eigenmitteln gewährt.

(2) Diese Verpflichtung wird wirksam, sobald der gesamte Kapitalbetrag der von der Bank auf Grund des Assoziierungsabkommens und des Beschlusses gewährten Darlehen 70 Millionen Rechnungseinheiten übersteigt.

(3) Diese Verpflichtung beschränkt sich auf die Differenz zwischen 70 Millionen Rechnungseinheiten und dem Gesamtbetrag der von der Bank auf Grund des Assoziierungsabkommens und des Beschlusses tatsächlich gewährten Darlehen.

(4) Die Verpflichtungen gemäß den Bestimmungen der Absätze 1 bis 3 werden in Bürgschaftsverträgen zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten und der Bank niedergelegt.

Artikel 7

(1) Für die Anwendung des Artikels 8 Absatz 3 des Protokolls Nr. 6 und der entsprechenden Bestimmungen des Beschlusses beträgt der Satz der Zinsvergütung, die pauschal für die Darlehen der Bank gewährt werden kann, innerhalb der in den genannten Bestimmungen festgelegten Grenzen:

a) 2 v. H. bis zum Ende des fünften Tilgungsjahres eines Darlehens für Investitionen in der verarbeitenden

Si les contributions ne suffisent pas pour faire face aux besoins effectifs du Fonds au cours de l'exercice considéré, la Commission soumet au Conseil, qui se prononce dans un délai d'un mois, des propositions de versements complémentaires.

3. Jusqu'à leur utilisation par la Commission pour le financement des projets ou programmes retenus dans les conditions fixées par les articles 9 à 17, les fonds restent déposés aux comptes spéciaux ouverts par chaque Etat membre auprès de son Trésor national ou des organismes qu'il désigne, selon les modalités fixées par le règlement financier.

4. A compter de leur exigibilité et pendant la durée de ce dépôt, les fonds conservent la valeur correspondant à la parité en vigueur au jour de l'exigibilité par rapport à l'unité de compte définie au Protocole n° 7 annexé à la Convention et aux dispositions correspondantes de la décision.

Article 4

1. Le reliquat éventuel du Fonds sera utilisé, jusqu'à son épuisement, selon les mêmes modalités que celles prévues à la Convention, à la décision et au présent Accord.

2. Les Etats membres s'engagent à verser, à l'expiration de la Convention et dans les conditions prévues à l'article 3, la partie non encore appelée de leurs contributions.

Article 5

Toutes les opérations financières au profit des Etats associés, des Pays et Territoires et des Départements français d'Outre-mer, sont effectuées dans les conditions prévues au présent Accord et sont imputées sur le Fonds, à l'exception des prêts consentis par la Banque sur ses ressources propres.

Article 6

1. Au prorata de leur souscription au capital de la Banque, les Etats membres s'engagent à se porter caution envers la Banque, en renonçant au bénéfice de discussion, pour tous les engagements financiers et pécuniaires découlant pour ses emprunteurs de ses interventions sous forme de prêts sur ressources propres octroyés en application de la Convention et de la décision.

2. Cet engagement prendra effet dès lors que le montant total des prêts octroyés par la Banque en application de la Convention et de la décision excèdera en principal 70 millions d'unités de compte.

3. Cet engagement sera limité à la différence entre 70 millions d'unités de compte et le total des prêts effectivement accordés par la Banque en application de la Convention et de la décision.

4. Les engagements résultant des dispositions des paragraphes précédents feront l'objet de contrats de cautionnement entre chacun des Etats membres et la Banque.

Article 7

1. Pour l'application de l'article 8 paragraphe 3 du Protocole n° 6 et des dispositions correspondantes de la décision et dans les limites qui y sont fixées, le taux de la bonification d'intérêts pouvant être forfaitairement appliqué sur les prêts de la Banque s'établit comme suit:

a) 2^o%, jusqu'à la fin de la cinquième année de remboursement du prêt, pour les investissements dans les in-

Qualora i contributi siano insufficienti per far fronte alle effettive necessità del Fondo nell'esercizio considerato, la Commissione sottopone al Consiglio, che si pronuncia entro il termine di un mese, proposte di versamenti complementari.

3. I fondi, fino al loro impiego da parte della Commissione per il finanziamento dei progetti o programmi adottati alle condizioni di cui agli articoli 9—17, rimangono depositati sui conti speciali aperti da ogni Stato membro presso il Tesoro nazionale o presso organismi che esso designa secondo le modalità fissate dal regolamento finanziario.

4. I fondi, a decorrere dalla data della loro esigibilità e per la durata del suddetto deposito, conservano il valore corrispondente alla parità in vigore il giorno della loro esigibilità in rapporto all'unità di conto definita dal Protocollo n° 7 allegato alla Convenzione e dalle corrispondenti disposizioni della decisione.

Articolo 4

1. Le eventuali rimanenze del Fondo saranno impiegate fino a esaurimento secondo le stesse modalità previste dalla Convenzione, dalla decisione e dal presente Accordo.

2. Gli Stati membri si impegnano a versare, allo scadere della Convenzione e alle condizioni previste all'articolo 3, la parte dei loro contributi che non è ancora stata richiesta.

Articolo 5

Tutte le operazioni finanziarie a favore degli Stati associati, dei paesi e territori e dei dipartimenti francesi d'oltremare, si effettuano alle condizioni previste dal presente Accordo e sono imputate al Fondo, ad eccezione dei prestiti concessi dalla Banca sui propri fondi.

Articolo 6

1. Gli Stati membri s'impegnano — in proporzione alla loro sottoscrizione al capitale della Banca — a rendersi garanti verso la Banca medesima, rinunciando al beneficio di escussione per tutti gli impegni finanziari e pecuniari risultanti per i mutuatari dai suoi interventi sotto forma di prestiti su fondi propri concessi in applicazione della Convenzione e della decisione.

2. Tale impegno prenderà effetto quando l'ammontare totale dei prestiti concessi dalla Banca in applicazione della Convenzione e della decisione eccederà in capitale 70 milioni di unità di conto.

3. Tale impegno sarà limitato alla differenza fra il totale dei prestiti effettivamente accordati dalla Banca in applicazione della Convenzione e della decisione e 70 milioni di unità di conto.

4. Gli impegni risultanti dalle disposizioni dei paragrafi precedenti formeranno oggetto di contratti di garanzia tra ciascuno Stato membro e la Banca.

Articolo 7

1. Per l'applicazione dell'articolo 8, paragrafo 3, del Protocollo n° 6 e delle corrispondenti disposizioni della decisione per i paesi e territori, e nei limiti in essi fissati, il tasso dell'abbuono degli interessi che può essere applicato forfettariamente sui prestiti della Banca viene stabilito come segue:

a) 2% sino alla fine del quinto anno di rimborso del prestito, per gli investimenti nelle industrie manu-

Indien de bijdragen niet voldoende zijn om de feitelijke behoeften van het Fonds in het betrokken begrotingsjaar te dekken, dient de Commissie voorstellen tot aanvullende stortingen in bij de Raad, die zich hierover binnen een maand uitspreekt.

3. De middelen blijven, op de wijze die is bepaald bij het financiële reglement, op de bijzondere rekeningen staan, die door elke Lid-Stat bij zijn schatkist of bij de door hem aangewezen instellingen zijn geopend, totdat zij door de Commissie worden gebruikt voor de financiering van de projecten of programma's die overeenkomstig de artikelen 9 tot en met 17 zijn aanvaard.

4. Vanaf de dag van hun opeisbaarheid en zolang zij op de rekeningen blijven staan, behouden deze middelen de waarde die overeenkomt met de pariteit welke gold op de dag der opeisbaarheid, ten opzichte van de rekeneenheid, omschreven in Protocol No. 7 bij de Overeenkomst en in de overeenkomstige bepalingen van het Besluit.

Artikel 4

1. De eventueel overgebleven middelen van het Fonds zullen, totdat zij volledig zijn opgebruikt, worden aangewend op dezelfde wijze als is bepaald in de Overeenkomst, het Besluit en in dit Akkoord.

2. De Lid-Staten nemen de verplichting op zich om bij afloop van de Overeenkomst op de in artikel 3 omschreven wijze het nog niet afgeroepen gedeelte van hun bijdragen te storten.

Artikel 5

Alle financiële verrichtingen ten bate van de geassocieerde Staten, van de landen en gebieden en van de Franse overzeese departementen, geschieden op de in dit Akkoord voorgeschreven wijze en ten laste van het Fonds, met uitzondering van de leningen die de Bank verstrekt uit haar eigen middelen.

Artikel 6

1. Naar rato van hun intekening op het kapitaal van de Bank verplichten de Lid-Staten zich ertoe zich tegenover de Bank garant te stellen, onder afstanddoening van het voorrecht van uitwinning, voor alle financiële en geldelijke verplichtingen die voor haar leningnemers voortvloeien uit haar interventies in de vorm van leningen uit eigen middelen, die verstrekt worden krachtens de Overeenkomst en het Besluit.

2. Deze verplichting wordt van kracht zodra het totaalbedrag van de door de Bank krachtens de Overeenkomst en het Besluit verstrekte leningen meer dan 70 miljoen rekeneenheden bedraagt, wat de hoofdsom betreft.

3. Deze verplichting wordt beperkt tot het bedrag, gevormd door het verschil tussen 70 miljoen rekeneenheden en het totaal der door de Bank krachtens de Overeenkomst en het Besluit feitelijk verstrekte leningen.

4. De uit de vorige leden voortvloeiende verplichtingen vormen het onderwerp van borgtochten tussen elk der Lid-Staten en de Bank.

Artikel 7

1. Voor de toepassing van artikel 8, lid 3, van Protocol No. 6 en van de overeenkomstige bepalingen van het Besluit, en binnen de daarin vastgestelde grenzen, wordt het percentage van de rentesubsidie dat forfaitair kan worden toegepast op de leningen van de Bank als volgt vastgesteld:

a) 2% tot aan het einde van het vijfde jaar van aflossing van de lening, voor investeringen in verwer-

Industrie im unmittelbaren Einflußbereich der wichtigsten industriellen Entwicklungszentren der assoziierten Staaten;

- b) 3 v. H. während der gesamten Laufzeit eines Darlehens für die gleichen Investitionen in anderen Gebieten oder Ländern, die wenig industrialisiert sind oder von Häfen weit entfernt liegen, sowie für Einrichtungen des Fremdenverkehrs;
- c) 2 v. H. während der gesamten Laufzeit eines Darlehens, das über ein Organ für die Finanzierung von Entwicklungsmaßnahmen gewährt wird.

(2) Wer ein Darlehen der Bank beantragt, kann auch in anderen als in den von Absatz 1 erfaßten Fällen die Gewährung einer Zinsvergütung innerhalb der Grenzen beantragen, die in Artikel 8 Absatz 3 des Protokolls Nr. 6 und in den entsprechenden Bestimmungen des Beschlusses festgelegt sind. Über die Gewährung der Zinsvergütung wird fallweise unter Berücksichtigung der finanziellen Rentabilität der Vorhaben, ihres Beitrags zur Entwicklung der Volkswirtschaft des betreffenden Landes und der Verschuldungsfähigkeit dieses Landes entschieden.

(3) Werden die Darlehen der Bank über ein Organ für die Finanzierung von Entwicklungsmaßnahmen gewährt, so wird die Pauschalvergütung nach Absatz 1 Buchstabe c in Höhe von 2 v. H. gegebenenfalls mit den Vergütungen nach Absatz 1 Buchstaben a und b oder nach Absatz 2 kumuliert. In diesem Falle muß das zwischengeschaltete Organ dem Endbegünstigten Zinsbedingungen einräumen, die in vollem Umfang den Vergütungen Rechnung tragen, die dem Endbegünstigten nach Absatz 1 Buchstaben a und b oder nach Absatz 2 gewährt worden wären, wenn er das Darlehen unmittelbar erhalten hätte.

Ist zur Einhaltung der Vorschriften des Artikels 8 Absatz 3 des Protokolls Nr. 6 eine Senkung des Satzes der Gesamtzinsvergütung erforderlich, so wird mit Vorrang die nach Absatz 1 Buchstabe c gewährte Vergütung gesenkt.

Kapitel II

Artikel 8

Der Fonds wird vorbehaltlich der Artikel 13 bis 16 und unbeschadet der von der Gemeinschaft der Bank übertragenen Befugnisse für die Verwaltung bestimmter Hilfen von der Kommission nach Maßgabe der in Artikel 23 vorgesehenen Finanzregelung verwaltet.

Artikel 9

(1) Die Kommission und die Bank übermitteln einander binnen einer Frist von höchstens zwei Wochen die Finanzierungsanträge, die ihnen nach Maßgabe des Artikels 22 des Assoziierungsabkommens und des Artikels 12 des Protokolls Nr. 6 sowie der entsprechenden Bestimmungen des Beschlusses vorgelegt werden.

Sie unterrichten einander außerdem regelmäßig über die noch nicht vorgelegten Vorhaben, insbesondere über die ersten Kontakte, welche die zuständigen Stellen der assoziierten Staaten, Länder und Gebiete vor Einreichung ihres Antrags mit ihnen aufgenommen haben.

(2) Die Anträge werden von der Kommission und der Bank einer gemeinsamen Vorprüfung zur Ermittlung der geeignetsten Finanzierungsart oder -arten unterzogen. Bei dieser Prüfung werden insbesondere der Gegenstand des Vorhabens, seine voraussichtliche finanzielle Rentabilität und die Verschuldungsfähigkeit des betreffenden Landes berücksichtigt.

dustries manufacturières effectués dans les zones d'influence immédiate des pôles principaux de développement industriel des Etats associés;

- b) 3%, pendant toute la durée du prêt, pour les mêmes investissements effectués dans d'autres régions ou pays, peu industrialisés ou fortement éloignés des accès maritimes, ainsi que pour l'équipement touristique;
- c) 2%, pendant toute la durée du prêt, pour les prêts accordés par l'intermédiaire d'un organisme de financement du développement.

2. Le demandeur d'un prêt de la Banque peut, en dehors des cas prévus au paragraphe 1, solliciter l'octroi d'une bonification d'intérêts dans les limites fixées à l'article 8 paragraphe 3 du Protocole n° 6 et aux dispositions correspondantes de la décision. Celle-ci est décidée cas par cas, en fonction de la rentabilité financière des projets, de la contribution de ceux-ci au développement de l'ensemble de l'économie du pays intéressé ainsi que de la capacité d'endettement de celui-ci.

3. Lorsque les prêts de la Banque sont accordés par l'intermédiaire d'un organisme de financement de développement, la bonification forfaitaire de 2% prévue au paragraphe 1 sous c) se cumule le cas échéant avec les bonifications prévues au paragraphe 1 sous a) et b) ou au paragraphe 2. L'organisme intermédiaire doit dans ce cas appliquer au bénéficiaire final des conditions d'intérêts qui tiennent compte intégralement des bonifications dont celui-ci aurait bénéficié au titre des dispositions du paragraphe 1 sous a) et b) ou du paragraphe 2, si le prêt lui avait été accordé directement.

Au cas où une réduction du taux de la bonification totale d'intérêts se révèle nécessaire pour répondre aux dispositions de l'article 8 paragraphe 3 du Protocole n° 6, cette réduction s'applique par priorité sur la bonification accordée au titre du paragraphe 1 sous c).

Chapitre II

Article 8

Sous réserve des dispositions des articles 13 à 16 et sans préjudice des attributions conférées par la Communauté à la Banque pour la gestion de certaines aides, le Fonds est géré par la Commission selon les modalités fixées par le règlement financier visé à l'article 23.

Article 9

1. La Commission et la Banque se communiquent, dans un délai maximum de deux semaines, les demandes de financement qui leur sont présentées dans les conditions prévues à l'article 22 de la Convention et à l'article 12 du Protocole n° 6 ainsi qu'aux dispositions correspondantes de la décision.

Elles s'informent en outre régulièrement des projets non encore présentés et notamment des contacts préliminaires que les instances compétentes des Etats, Pays et Territoires associés ont pris avec elles avant la présentation de leur demande.

2. Au préalable, les demandes sont examinées en commun par la Commission et la Banque afin de déterminer le ou les modes de financement qui paraissent les plus appropriés. Au cours de cet examen, il est notamment tenu compte de l'objet du projet, de ses perspectives de rentabilité financière et de la capacité d'endettement du pays intéressé.

fatturiere effettuati nelle zone di influenza immediata dei principali poli di sviluppo industriale degli Stati associati;

- b) 3 % per tutta la durata del prestito, per i medesimi investimenti effettuati in regioni o paesi poco industrializzati o molto lontani dagli accessi marittimi, nonché per l'attrezzatura turistica;
- c) 2 % per tutta la durata del prestito, per i prestiti accordati tramite un organismo di finanziamento dello sviluppo.

2. Il richiedente di un prestito della Banca può, oltre ai casi previsti dal paragrafo 1, domandare la concessione di un abbuono d'interessi nei limiti fissati dall'articolo 8, paragrafo 3, del Protocollo n° 6 e dalle corrispondenti disposizioni della decisione per i paesi e territori. Detto abbuono è deciso caso per caso, in funzione della redditività finanziaria dei progetti, del loro contributo allo sviluppo dell'economia complessiva del paese interessato, nonché della capacità di indebitamento di quest'ultimo.

3. Quando i prestiti della Banca sono accordati tramite un organismo di finanziamento dello sviluppo, l'abbuono forfettario del 2 % di cui al paragrafo 1, lettera c), si cumula se del caso con gli abbuoni previsti ai paragrafi 1, lettere a) e b) o al paragrafo 2. L'organismo intermedio deve in questo caso applicare al beneficiario finale condizioni d'interessi che tengano conto integralmente degli abbuoni di cui quest'ultimo avrebbe beneficiato a norma del paragrafo 1, lettere a) e b) o del paragrafo 2 se il prestito gli fosse accordato direttamente.

Qualora una riduzione del tasso dell'abbuono totale degli interessi si riveli necessario per rispondere alle disposizioni dell'articolo 8, paragrafo 3, del Protocollo n° 6, tale riduzione si applica per priorità sull'abbuono accordato a norma del paragrafo 1 lettera c).

Capitolo II

Articolo 8

Fatte salve le disposizioni degli articoli 13—16 e senza pregiudizio delle attribuzioni conferite dalla Comunità alla Banca per la gestione di taluni aiuti, il Fondo è gestito dalla Commissione secondo le modalità fissate dal regolamento finanziario di cui all'articolo 23.

Articolo 9

1. La Commissione e la Banca si comunicano, entro un termine massimo di due settimane, le domande di finanziamento che sono loro presentate alle condizioni previste dagli articoli 22 della Convenzione e 12 del Protocollo n° 6 dalle corrispondenti disposizioni della decisione.

Esse si informano inoltre regolarmente in merito ai progetti non ancora presentati e in particolare in merito ai contatti preliminari che le autorità competenti degli Stati, paesi e territori associati hanno preso con esse prima della presentazione della loro domanda.

2. Le domande sono preliminarmente esaminate in comune dalla Commissione e dalla Banca per determinare il modo o i modi di finanziamento che sembrano più appropriati. Nel corso di tale esame, si tiene conto in particolare dell'oggetto del progetto, delle sue prospettive di redditività finanziaria e della capacità di indebitamento del paese interessato.

kende industrieën in gebieden die rechtstreeks de invloed ondergaan van de belangrijkste centra van industriële ontwikkeling van de geassocieerde Staten;

- b) 3 % gedurende de gehele looptijd van de lening, voor dezelfde investeringen in andere, weinig geïndustrialiseerde of zeer ver van toegangen tot de zee verwijderde, streken of landen alsmede voor toeristische uitrusting;
- c) 2 % gedurende de gehele looptijd van de lening, voor leningen welke worden verstrekt via een lichaam voor ontwikkelingsfinanciering.

2. De aanvrager van een lening van de Bank kan, buiten de in het vorige lid genoemde gevallen, verzoeken om toekenning van een rentesubsidie binnen de grenzen die zijn vastgesteld in artikel 8, lid 3, van Protocol No. 6 en in de overeenkomstige bepalingen van het Besluit. Hierover wordt voor elk geval afzonderlijk beslist op basis van de financiële rentabiliteit der projecten, van de mate waarin deze bijdragen tot de ontwikkeling van de gehele economie van het betrokken geassocieerde land, alsmede van het vermogen van dat land om een schuldenlast op zich te nemen.

3. Wanneer de leningen van de Bank worden toegerekend via een lichaam voor ontwikkelingsfinanciering, wordt de in lid 1, sub c), vermelde forfaitaire rentesubsidie van 2 % in voorkomend geval gecumuleerd met de in lid 1, sub a) en b), en in lid 2 bedoelde rentesubsidies. Het bemiddelingsorgaan moet in dat geval, ten aanzien van de uiteindelijke begunstigde, rentevoorwaarden toepassen, waarin volledig rekening wordt gehouden met de rentesubsidies die laatstgenoemde zou hebben genoten uit hoofde van lid 1, sub a) en b), of lid 2, indien de lening hem rechtstreeks was toegekend.

Indien een verlaging van het percentage van de totale rentesubsidie nodig mocht blijken om te voldoen aan het bepaalde in artikel 8, lid 3, van Protocol No. 6, is deze verlaging met voorrang van toepassing op de uit hoofde van lid 1, sub c), toegekende rentesubsidie.

Hoofdstuk II

Artikel 8

Behoudens het bepaalde in de artikelen 13 tot en met 16 en onverminderd de door de Gemeenschap aan de Bank verleende bevoegdheden voor het beheer van bepaalde vormen van steun, wordt het Fonds door de Commissie beheerd op de wijze, bepaald bij het in artikel 23 bedoelde financiële reglement.

Artikel 9

1. Binnen uiterlijk twee weken doen de Commissie en de Bank elkaar mededeling van de aanvragen om financiering die bij hen zijn ingediend overeenkomstig artikel 22 van de Overeenkomst, artikel 12 van Protocol No. 6, en de overeenkomstige bepalingen van het Besluit.

Zij stellen elkaar voorts regelmatig op de hoogte van de nog niet ingediende projecten en met name van de inleidende contacten die de bevoegde instanties van de geassocieerde Staten, landen en gebieden vóór de indiening van hun verzoek met hen hebben opgenomen.

2. De verzoeken worden vooraf door de Commissie en de Bank te zamen bestudeerd, ten einde de meest geschikte wijze of wijzen van financiering te bepalen. Bij dit onderzoek wordt met name rekening gehouden met het doel van het project, de vooruitzichten op financiële rentabiliteit ervan en het vermogen van het betrokken land om een schuldenlast op zich te nemen.

(3) Sind sich die Kommission und die Bank über die geeignetste Finanzierungsart nicht einig, so erfolgt so bald wie möglich eine Konsultation des in Artikel 13 vorgesehenen Ausschusses unter Vorlage kurzgefaßter Unterlagen, in denen die Standpunkte der Kommission und der Bank dargelegt sind. Die im Ausschuß erarbeiteten Leitlinien für die Art der Finanzierung des betreffenden Vorhabens greifen weder den von der Kommission oder der Bank nach Abschluß der Prüfung ausgearbeiteten Vorschläge oder Stellungnahmen noch dem Standpunkt des Ausschusses in bezug auf die Finanzierungsvorschläge vor.

Artikel 10

(1) Die Kommission prüft die Vorhaben, die für eine Finanzierung durch nichtrückzahlbare Zuschüsse in Betracht kommen, die Anträge auf Hilfe nach Artikel 20 des Assoziierungsabkommens sowie die Vorhaben, Programme und Maßnahmen der technischen Zusammenarbeit. Sie arbeitet die erforderlichen Finanzierungsvorschläge aus.

(2) Die Bank prüft nach Maßgabe ihrer Satzung die Vorhaben oder Darlehensanträge, für die eine Finanzierung aus ihren Eigenmitteln in Betracht kommt.

(3) Die Bank prüft ferner folgendes: Anträge auf Zinsvergütungen für Darlehen aus ihren Eigenmitteln; Vorhaben, bei denen ein Beitrag zur Bildung von haftendem Kapital in Frage kommen kann; Vorhaben auf dem gewerblichen Sektor, die für eine Finanzierung durch Darlehen zu Sonderbedingungen in Betracht kommen. Die Prüfung der zuletzt genannten Vorhaben erfolgt in Fühlungnahme mit der Kommission nach Maßgabe des Artikels 11. Die Bank arbeitet Vorschläge für die Gewährung von Zinsvergütungen sowie die Finanzierungsvorschläge und -pläne für diese Vorhaben aus. Die Kommission legt diese Finanzierungsvorschläge und -pläne dem in Artikel 13 vorgesehenen Ausschuß vor. Den Vorschlägen der Bank wird die Stellungnahme der Kommission beigelegt.

(4) Gehören die in Absatz 3 genannten Vorhaben jedoch zu einem integrierten Vorhaben, das durch den Fonds auf verschiedene Weise, insbesondere durch einen nichtrückzahlbaren Zuschuß, finanziert werden kann, so erstellen, jeweils für ihren Anteil, die Kommission und die Bank in enger Zusammenarbeit den Finanzierungsvorschlag und das Finanzierungsschema. Die Kommission legt den Vorschlag und das Schema in Form einer einzigen Unterlage dem in Artikel 13 vorgesehenen Ausschuß vor.

Die Kommission und die Bank legen gemeinsam die Einzelheiten der Prüfung fest, aus denen insbesondere hervorgeht, welche Fragen jeweils in den besonderen Zuständigkeitsbereich der Kommission oder der Bank fallen.

Im Falle von Meinungsverschiedenheiten über die Finanzierungsart legen die Kommission und die Bank je einen Finanzierungsvorschlag und einen Finanzierungsplan vor.

(5) Die Kommission prüft die anderen Vorhaben oder Anträge, die für eine Finanzierung durch Darlehen zu Sonderbedingungen in Betracht kommen. Sie holt die Stellungnahme der Bank zu diesen Vorhaben oder Anträgen ein.

Befürwortet die Bank die Gewährung eines solchen Darlehens, so unterbreitet sie der Kommission ihre Stellungnahme mit einem Finanzierungsplan. Die Kommissi-

3. A défaut d'accord entre la Commission et la Banque sur le mode de financement le plus approprié, le problème est soumis à titre consultatif et dans les meilleurs délais au Comité prévu à l'article 13 sur la base d'un dossier succinct faisant état des positions respectives de la Commission et de la Banque. L'orientation qui se dégage au sein du Comité quant au mode de financement du projet en cause ne préjuge pas les propositions ou avis établis par la Commission ou la Banque à l'issue de l'instruction, ni la position du Comité sur les propositions de financement.

Article 10

1. La Commission instruit les projets paraissant susceptibles d'être financés par des aides non remboursables, les demandes relatives aux aides prévues à l'article 20 de la Convention ainsi que les projets, programmes et actions de coopération technique. Elle élabore les propositions de financement nécessaires.

2. La Banque instruit, conformément aux dispositions de ses Statuts, les projets ou demandes de prêts paraissant susceptibles d'un financement sur ses ressources propres.

3. La Banque instruit les demandes de bonifications d'intérêts afférentes aux prêts sur ses ressources propres, les projets paraissant susceptibles de donner lieu à une contribution à la formation de capitaux à risques ainsi que les projets relevant du secteur industriel paraissant susceptibles d'être financés par un prêt à des conditions spéciales. Pour ces derniers projets, l'instruction est faite en contact avec la Commission, conformément aux dispositions de l'article 11. La Banque élabore des propositions d'octroi de bonifications ainsi que les propositions et plans de financement relatifs à ces projets. Ces propositions et plans de financement sont présentés par la Commission au Comité prévu à l'article 13. L'avis de la Commission est joint aux propositions de la Banque.

4. Toutefois, si les projets visés au paragraphe 3 font partie d'un projet intégré pour le financement duquel divers modes d'intervention du Fonds et notamment une aide non remboursable sont susceptibles d'être utilisés, la Commission et la Banque établissent en coopération étroite la proposition et le schéma de financement, chacune pour la partie qui la concerne. Cette proposition, accompagnée du schéma de financement, est présentée par la Commission dans un dossier unique au Comité prévu à l'article 13.

La Commission et la Banque fixent en commun les modalités de l'instruction qui précisent notamment les questions dont l'examen incombe plus particulièrement à chacune d'elles.

En cas de divergence sur les modes de financement, la Commission et la Banque présentent chacune une proposition et un plan de financement.

5. La Commission instruit les autres projets ou demandes qui paraissent susceptibles d'être financés par un prêt à des conditions spéciales. Elle recueille l'avis de la Banque sur ces projets ou demandes.

Si la Banque exprime un avis favorable à l'octroi d'un tel prêt, elle soumet à la Commission son avis accompagné d'un plan de financement. La Commission élabore

3. In mancanza di un accordo tra la Commissione e la Banca sul modo di finanziamento più appropriato, il problema è sottoposto, a titolo consultivo ed al più presto, al Comitato di cui all'articolo 13, in base ad un fascicolo succinto in cui sono indicate le posizioni rispettive della Commissione e della Banca. L'orientamento che si manifesta in seno al Comitato quanto al modo di finanziamento del progetto in causa lascia impregiudicate le proposte o i pareri elaborati da parte della Commissione o della Banca al termine dell'istruzione, nonché la posizione del Comitato sulle proposte di finanziamento.

Articolo 10

1. La Commissione istruisce i progetti che potrebbero essere finanziati mediante aiuti non rimborsabili, le domande relative agli aiuti previsti all'articolo 20 della Convenzione, nonché i progetti, programmi ed azioni di cooperazione tecnica. Essa elabora le necessarie proposte di finanziamento.

2. La Banca, conformemente alle disposizioni del suo Statuto, istruisce i progetti o le domande di prestiti che potrebbero essere finanziati con le proprie risorse.

3. La Banca istruisce le domande di abbuoni d'interessi afferenti ai prestiti sulle proprie risorse, i progetti che potrebbero dar luogo ad un contributo alla formazione di capitali a rischio, nonché i progetti riguardanti il settore industriale che potrebbero essere finanziati mediante un prestito a condizioni speciali. Per questi ultimi progetti l'istruzione è svolta in contatto con la Commissione, in conformità delle disposizioni dell'articolo 11. La Banca elabora le proposte di concessione di abbuoni, nonché le proposte ed i piani di finanziamento relativi a tali progetti. Le proposte ed i piani di finanziamento sono presentati dalla Commissione al Comitato previsto all'articolo 13. Alle proposte della Banca è allegato il parere della Commissione.

4. Tuttavia, se i progetti di cui al paragrafo 3 fanno parte di un progetto integrato per il cui finanziamento potrebbero essere utilizzati vari modi d'intervento del Fondo e in particolare un aiuto non rimborsabile, la Commissione e la Banca stabiliscono in stretta cooperazione la proposta e lo schema di finanziamento, ciascuna per la parte che la riguarda. Questa proposta, corredata dello schema di finanziamento, è presentata dalla Commissione in un fascicolo unico al Comitato previsto all'articolo 13.

La Commissione e la Banca fissano in comune le modalità dell'istruzione che precisano in particolare i problemi il cui esame spetta più particolarmente a ciascuna di esse.

In caso di divergenza sui modi di finanziamento, la Commissione e la Banca presentano ciascuna una proposta ed un piano di finanziamento.

5. La Commissione istruisce gli altri progetti o domande che potrebbero essere finanziati mediante un prestito a condizioni speciali. Essa chiede il parere della Banca su tali progetti o domande.

Se la Banca esprime un parere favorevole alla concessione di tale prestito, essa sottopone alla Commissione il proprio parere accompagnato da un piano di finanzia-

3. Indien de Commissie en de Bank geen overeenstemming bereiken ten aanzien van de meest passende wijze van financiering, wordt het vraagstuk zo spoedig mogelijk voor advies voorgelegd aan het Comité bedoeld in artikel 13, op basis van een beknopt dossier waarin de respectieve standpunten van de Commissie en de Bank worden uiteengezet. De oriëntatie die in het Comité naar voren komt ten aanzien van de wijze van financiering van het betreffende project loopt niet vooruit op de voorstellen of adviezen die door de Commissie of de Bank na de behandeling worden opgesteld, noch op het standpunt van het Comité inzake de financieringsvoorstellen.

Artikel 10

1. De Commissie neemt de projecten die voor financiering door middel van giften in aanmerking zouden kunnen komen, de aanvragen betreffende de in artikel 20 van de Overeenkomst bedoelde steun, alsmede de projecten, programma's en acties voor technische samenwerking, in behandeling. Zij stelt de noodzakelijke financieringsvoorstellen op.

2. De Bank neemt de projecten of aanvragen om leningen die in aanmerking zouden kunnen komen voor financiering uit haar eigen middelen, in behandeling overeenkomstig de bepalingen van haar statuten.

3. De Bank neemt de aanvragen om rentesubsidies, verbonden aan leningen uit haar eigen middelen, de projecten die in aanmerking zouden kunnen komen voor bijdragen in de vorming van risicodragend kapitaal, alsmede de projecten in de industriële sector die in aanmerking zouden kunnen komen voor financiering door middel van een lening tegen speciale voorwaarden, in behandeling. Bij de behandeling van laatstbedoelde projecten wordt voeling gehouden met de Commissie overeenkomstig de bepalingen van artikel 11. De Bank stelt voorstellen op voor de toekenning van rentesubsidies alsmede de financieringsvoorstellen en -plannen betreffende deze projecten. Deze financieringsvoorstellen en -plannen worden door de Commissie voorgelegd aan het Comité, bedoeld in artikel 13. Het advies van de Commissie wordt bij de voorstellen van de bank gevoegd.

4. Indien evenwel de in lid 3 bedoelde projecten deel uitmaken van een geïntegreerd project voor de financiering waarvan verschillende wijzen van tussenkomst van het Fonds en met name een gift kunnen worden aangewend, stellen de Commissie en de Bank in nauwe samenwerking, en ieder voor het gedeelte dat haar betreft, het voorstel en het schema voor de financiering op. De Commissie legt dit voorstel samen met het financieringsschema in één enkel dossier aan het in artikel 13 bedoelde Comité voor.

De Commissie en de Bank stellen in onderling overleg de wijze van behandeling vast, waarbij met name wordt bepaald welke vraagstukken elk van deze instellingen meer in het bijzonder dient te bestuderen.

Indien er verschil van mening bestaat over de wijzen van financiering, dienen de Commissie en de Bank elk een voorstel en een plan voor financiering in.

5. De Commissie neemt de andere projecten of aanvragen die in aanmerking zouden kunnen komen voor financiering door middel van een lening tegen speciale voorwaarden, in behandeling. Zij wint het advies in van de Bank inzake deze projecten of aanvragen.

Indien de Bank een gunstig advies uitbrengt voor de toekenning van een dergelijke lening, legt zij haar advies te zamen met een financieringsplan aan de Com-

sion arbeitet einen Finanzierungsvorschlag aus und legt ihn zusammen mit der Stellungnahme und dem Finanzierungsplan der Bank dem in Artikel 13 vorgesehenen Ausschuß vor.

Kann nach Ansicht der Bank für das Vorhaben ein solches Darlehen nicht gewährt werden, so teilt sie dies der Kommission mit, die diese Finanzierungsart beibehalten, eine Finanzierung durch einen nichtrückzahlbaren Zuschuß vorschlagen oder das Vorhaben zurückziehen kann.

(6) Die Kommission prüft die Anträge auf Gewährung von Vorschüssen, die nach Maßgabe des Artikels 11 Absatz 1 des Protokolls Nr. 6 und den entsprechenden Bestimmungen des Beschlusses eingereicht werden. Sie arbeitet für diese Vorschüsse Finanzierungsvorschläge aus, die im Wege des beschleunigten Verfahrens nach Artikel 16 geprüft werden.

Artikel 11

Die Kommission und die Bank unterrichten einander — die Kommission über ihr Verbindungsbüro — über den Verlauf der Prüfung der Finanzierungsanträge.

Das Verbindungsbüro der Kommission erteilt und sammelt alle Auskünfte allgemeiner Art, durch welche die Harmonisierung der Verwaltungsverfahren und die Beurteilung der Anträge erleichtert werden kann.

Es schaltet sich insbesondere in die Verfahren des Artikels 9 Absätze 1 und 2 und des Artikels 10 Absatz 4 ein.

Artikel 12

(1) Unbeschadet der in Absatz 2 genannten Aufträge an die Bank und nach Maßgabe der in Artikel 23 vorgesehenen Finanzregelung sorgt die Kommission für Rechnung der Gemeinschaft für die finanzielle Durchführung der Vorhaben oder Programme, die aus dem gemäß Artikel 1 gespeisten Fonds finanziert werden, und leistet die entsprechenden Zahlungen.

(2) Die Darlehen zu Sonderbedingungen und die Beiträge zur Bildung von haftendem Kapital werden von der Bank für Rechnung der Gemeinschaft auf Grund der Bestimmungen des Assoziierungsabkommens, des Beschlusses, dieses Abkommens und der in Artikel 23 vorgesehenen Finanzregelung sowie gemäß den Aufträgen verwaltet, die ihr die Gemeinschaft auf Vorschlag der Kommission und nach Stellungnahme des in Artikel 13 vorgesehenen Ausschusses für die einzelnen Vorhaben erteilt. Diese Geschäfte werden im Namen und auf Gefahr der Gemeinschaft getätigt. Die Gemeinschaft hat alle sich daraus ergebenden Rechte als Gläubigerin oder Eigentümerin.

(3) Die Einnahmen der Bank aus Rückzahlungen, Zinszahlungen und sonstigen Zahlungen für Darlehen zu Sonderbedingungen oder aus Einkünften, Rückzahlungen oder Abtretungen von Beiträgen zur Bildung von haftendem Kapital oder aus Vergütungen für die Ausübung damit verbundener Gesellschaftsrechte sind abzüglich der der Bank zustehenden Provisionen Eigentum der Gemeinschaft, sofern über diese Einnahmen auf Grund von Artikel 19 nicht anderweitig verfügt wird.

Artikel 13

(1) Es wird ein Ausschuß für den Fonds — nachstehend „der Ausschuß“ genannt — aus Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten eingesetzt.

une proposition de financement, accompagnée de l'avis et du plan de financement de la Banque, qu'elle présente au Comité prévu à l'article 13.

Si la Banque estime que le projet n'est pas susceptible de faire l'objet d'un tel prêt, elle en avise la Commission qui peut soit maintenir ce mode de financement, soit en proposer le financement par une aide non remboursable, soit retirer le projet.

6. La Commission instruit les demandes d'avances présentées dans les conditions prévues à l'article 11 paragraphe 1 du Protocole n° 6 et aux dispositions correspondantes de la décision. Elle élabore pour ces avances des propositions de financement, qui sont examinées par la voie de la procédure accélérée prévue à l'article 16.

Article 11

La Commission, par son bureau de liaison, et la Banque se tiennent mutuellement informés des progrès de l'instruction des demandes de financement.

Ce bureau donne et recueille toutes informations de caractère général servant à favoriser l'harmonisation des procédures de gestion et l'appréciation des demandes.

Il intervient notamment dans les procédures prévues à l'article 9 paragraphes 1 et 2 et à l'article 10 paragraphe 4.

Article 12

1. Sans préjudice des mandats à la Banque visés au paragraphe 2, la Commission assure, pour le compte de la Communauté, l'exécution financière des projets ou programmes financés par le Fonds, alimenté conformément à l'article 1, et effectue les paiements conformément aux dispositions du règlement financier visé à l'article 23.

2. La Banque gère, pour le compte de la Communauté, les prêts à des conditions spéciales et les contributions à la formation de capitaux à risques, sur la base des dispositions de la Convention, de la décision, du présent Accord et du règlement financier visé à l'article 23, et en vertu d'un mandat qui lui est conféré pour chaque projet par la Communauté sur proposition de la Commission et après avis du Comité prévu à l'article 13. Ces opérations sont effectuées au nom et aux risques de la Communauté. Celle-ci est titulaire de tous les droits qui en découlent, notamment à titre de créancier ou de propriétaire.

3. Les sommes perçues par la Banque, soit en remboursement, intérêts et accessoires des prêts à des conditions spéciales, soit en revenus, remboursement ou cession de contributions à la formation de capitaux à risques ou en rémunération de l'exercice des droits sociaux qui sont attachés à celles-ci, déduction faite des commissions dues à la Banque, restent acquises à la Communauté tant qu'il n'en est pas disposé selon les dispositions prévues à l'article 19.

Article 13

1. Il est institué un Comité du Fonds composé de Représentants des Gouvernements des Etats membres, ci-après dénommé le Comité.

mento. La Commissione elabora una proposta di finanziamento e la presenta al Comitato previsto all'articolo 13, corredata del parere e del piano di finanziamento della Banca.

Se la Banca ritiene che il progetto non possa essere oggetto di un tale prestito, ne avvisa la Commissione che può mantenere questo modo di finanziamento, ovvero proporre il finanziamento mediante un aiuto non rimborsabile, oppure ritirare il progetto.

6. La Commissione istruisce le domande di anticipazioni presentate alle condizioni previste dall'articolo 11, paragrafo 1, del Protocollo n° 6 e dalle corrispondenti disposizioni della decisione. Essa elabora le proposte di finanziamento per tali anticipazioni che sono esaminate secondo la procedura accelerata prevista all'articolo 16.

Articolo 11

La Commissione — tramite il suo ufficio di collegamento — e la Banca si tengono reciprocamente informate dei progressi dell'istruzione delle domande di finanziamento.

Detto ufficio dà e raccoglie tutte le informazioni di carattere generale atte a favorire l'armonizzazione delle procedure di gestione e la valutazione delle domande.

Esso interviene in particolare nelle procedure previste all'articolo 9, paragrafi 1 e 2, ed all'articolo 10, paragrafo 4.

Articolo 12

1. Fatti salvi i mandati conferiti alla Banca, ai sensi del paragrafo 2, la Commissione provvede per conto della Comunità all'esecuzione finanziaria dei progetti o programmi finanziati dal Fondo alimentato conformemente alle disposizioni dell'articolo 1 ed effettua i pagamenti, in conformità delle disposizioni del regolamento finanziario di cui all'articolo 23.

2. La Banca gestisce per conto della Comunità i prestiti a condizioni speciali ed i contributi alla formazione di capitali a rischio, in base alle disposizioni della Convenzione, della decisione, del presente Accordo e del regolamento finanziario di cui all'articolo 23, nonché in virtù di un mandato ad essa conferito dalla Comunità per ciascun progetto, su proposta della Commissione e previo parere del Comitato previsto all'articolo 13. Queste operazioni sono effettuate a nome ed a rischio della Comunità. Quest'ultima è titolare di tutti i diritti che ne derivano, segnatamente a titolo di creditore o di proprietario.

3. Le somme riscosse dalla Banca quali rimborsi, interessi ed accessori dei prestiti a condizioni speciali, o quali redditi, rimborsi o cessioni di contributi alla formazione di capitali a rischio o remunerazione dell'esercizio dei diritti sociali connessi a tali contributi, dedotte le commissioni dovute alla Banca, restano acquisite alla Comunità fino a quando non se ne disponga secondo le disposizioni previste all'articolo 19.

Articolo 13

1. È istituito un Comitato del Fondo composto di rappresentanti dei Governi degli Stati membri, in appresso denominato il Comitato.

missie voor. De Commissie stelt een financieringsvoorstel op dat zij te zamen met het advies en het financieringsplan van de Bank voorlegt aan het in artikel 13 bedoelde Comité.

Indien de Bank meent dat het project niet voor een dergelijke lening in aanmerking kan komen stelt zij de Commissie hiervan op de hoogte, die deze wijze van financiering kan handhaven, financiering ervan door middel van een gift kan voorstellen of het project kan intrekken.

6. De Commissie neemt de aanvragen om voorschotten, ingediend overeenkomstig artikel 11, lid 1, van Protocol No. 6 en de overeenkomstige bepalingen van het Besluit in behandeling. Zij stelt met betrekking tot deze voorschotten financieringsvoorstellen op, die worden bestudeerd middels de versnelde procedure, bedoeld in artikel 16.

Artikel 11

De Commissie — middels haar contactbureau — en de Bank houden elkaar wederzijds op de hoogte van het verloop van de behandeling van de aanvragen om financiering.

Dit bureau geeft en vergaart alle algemene inlichtingen die ertoe bijdragen, de harmonisatie van de beheersprocedures en de beoordeling van de aanvragen te vergemakkelijken.

Het wordt met name ingeschakeld in de procedures, bedoeld in artikel 9, leden 1 en 2, en artikel 10, lid 4.

Artikel 12

1. Onverminderd de in lid 2 bedoelde opdrachten aan de Bank, draagt de Commissie, voor rekening van de Gemeenschap, zorg voor de financiële uitvoering van de projecten of programma's welke worden gefinancierd door het Fonds dat overeenkomstig artikel 1 van middenlenen wordt voorzien, en verricht zij de betalingen, overeenkomstig het in artikel 23 bedoelde financiële reglement.

2. De Bank beheert, voor rekening van de Gemeenschap, de leningen tegen speciale voorwaarden en de bijdragen in de vorming van risicodragend kapitaal, op de grondslag van de bepalingen van de Overeenkomst, van het Besluit, van dit Akkoord en van het in artikel 23 bedoelde financiële reglement, alsmede krachtens een opdracht die haar voor ieder project afzonderlijk door de Gemeenschap wordt verstrekt op voorstel van de Commissie en na advies van het in artikel 13 genoemde Comité. Deze verrichtingen geschieden op naam van en voor risico van de Gemeenschap. Deze bezit alle daaruit voortvloeiende rechten, met name die van schuldeiser of eigenaar.

3. De door de Bank, hetzij als aflossing, rente en bijkomende kosten van de leningen tegen speciale voorwaarden, hetzij als inkomsten uit, terugbetaling of overdracht van de bijdragen in de vorming van risicodragend kapitaal of als vergoeding voor de uitoefening van de hieraan verbonden vennootschappelijke rechten ontvangen sommen, blijven, na aftrek van de aan de Bank verschuldigde commissies, in het bezit van de Gemeenschap, zolang hierover niet wordt beschikt volgens de bepalingen van artikel 19.

Artikel 13

1. Er wordt een Comité van het Fonds ingesteld, dat uit Vertegenwoordigers van de Regeringen van de Lid-Staten bestaat, hierna te noemen „het Comité”.

Den Vorsitz in diesem Ausschuß führt ein Vertreter der Kommission. Ein Vertreter der Bank nimmt an den Arbeiten teil.

(2) Der Rat legt einstimmig die Geschäftsordnung des Ausschusses fest.

Die Sekretariatsgeschäfte des Ausschusses werden von der Kommission wahrgenommen.

(3) Die Stimmen der Mitgliedstaaten werden im Ausschuß wie folgt gewogen:

Belgien	9
Bundesrepublik Deutschland	33
Frankreich	33
Italien	15
Luxemburg	1
Niederlande	9

Der Ausschuß gibt seine Stellungnahme mit einer qualifizierten Mehrheit von 67 Stimmen ab.

Artikel 14

(1) Der Ausschuß gibt seine Stellungnahme zu den Finanzierungsvorschlägen ab, die ihm nach Artikel 10 vorgelegt werden.

(2) Diese Finanzierungsvorschläge geben insbesondere Auskunft über den Zusammenhang zwischen dem oder den Vorhaben und den Entwicklungsaussichten des oder der betreffenden assoziierten Länder; sie enthalten ferner Angaben über die Verwendung der früheren Hilfen der Gemeinschaft in diesen Ländern.

Der Ausschuß wird ferner, soweit möglich, von der Kommission über die anderen gewährten oder geplanten bilateralen und multilateralen Hilfen zugunsten der betreffenden assoziierten Länder unterrichtet.

(3) Der Ausschuß nimmt ferner gegebenenfalls zu folgendem Stellung:

- a) zu den Anträgen auf Zinsvergütungen; er ist jedoch nicht befugt, zur Änderung des Satzes der gemäß Artikel 7 Absatz 1 pauschal festgesetzten Zinsvergütungen Stellung zu nehmen;
- b) zu den Verwaltungsaufträgen, die der Bank für Finanzierungsvorschläge erteilt werden, in denen ein Darlehen zu Sonderbedingungen oder ein Beitrag zur Bildung von haftendem Kapital vorgesehen ist;
- c) zur Anwendung des Artikels 26 des Assoziierungsabkommens und der entsprechenden Bestimmungen des Beschlusses auf das betreffende Vorhaben oder Programm.

(4) Nach seinen Beratungen über einen Finanzierungsvorschlag kann der Ausschuß beantragen, daß der Vorschlag ohne weitere Aussprache geändert oder die Prüfung bestimmter Punkte fortgesetzt wird.

In diesem Fall wird der überprüfte oder ergänzte Finanzierungsvorschlag dem Ausschuß auf einer späteren Tagung erneut vorgelegt.

Artikel 15

(1) Die Finanzierungsvorschläge werden der Kommission zusammen mit der Stellungnahme des Ausschusses zur Beschlußfassung vorgelegt.

(2) Beschließt die Kommission, von der Stellungnahme des Ausschusses abzuweichen, oder hat der Ausschuß

Ce Comité est présidé par un représentant de la Commission. Un représentant de la Banque participe à ses travaux.

2. Le Conseil, statuant à l'unanimité, arrête le règlement intérieur du Comité.

Le secrétariat du Comité est assuré par la Commission.

3. Au sein de ce Comité, les voix des Etats membres sont affectées de la pondération suivante:

Belgique	9
République Fédérale d'Allemagne	33
France	33
Italie	15
Luxembourg	1
Pays-Bas	9

Le Comité se prononce à la majorité qualifiée de 67 voix.

Article 14

1. Le Comité donne son avis sur les propositions de financement qui lui sont soumises conformément à l'article 10.

2. Ces propositions de financement exposent notamment la situation du ou des projets dans le cadre des perspectives de développement du ou des pays associés intéressés; elles indiquent également l'utilisation qui est faite, dans ces pays, des aides antérieures de la Communauté.

En outre, le Comité est tenu informé, dans la mesure du possible, par la Commission des autres aides bilatérales et multilatérales accordées ou envisagées en faveur des pays associés intéressés.

3. En outre, le Comité donne son avis, le cas échéant, sur:

- a) les demandes de bonifications d'intérêts, étant entendu qu'il n'est pas autorisé à se prononcer sur une modification du taux des bonifications fixées forfaitairement conformément à l'article 7 paragraphe 1;
- b) le mandat de gestion à la Banque pour les propositions de financement comportant un prêt à des conditions spéciales ou une contribution à la formation de capitaux à risques;
- c) l'application au projet ou programme considéré des dispositions de l'article 26 de la Convention et des dispositions correspondantes de la décision.

4. Le Comité, après avoir délibéré sur une proposition de financement, peut demander soit l'amendement de la proposition sans nouveau débat, soit la reprise de l'instruction sur certains points déterminés.

Dans un tel cas, la proposition de financement revue ou complétée, est soumise à nouveau au Comité lors d'une de ses réunions ultérieures.

Article 15

1. Les propositions de financement accompagnées de l'avis du Comité sont soumises pour décision à la Commission.

2. Si la Commission décide de s'écarter de l'avis exprimé par le Comité ou en l'absence d'un avis favorable de

Il Comitato è presieduto da un rappresentante della Commissione. Un rappresentante della Banca partecipa ai lavori.

2. Il Consiglio, deliberando all'unanimità, stabilisce il regolamento interno del Comitato.

Il segretariato del Comitato è assicurato dalla Commissione.

3. In seno al Comitato, ai voti degli Stati membri è attribuita la ponderazione seguente:

Belgio	9
Repubblica Federale di Germania	33
Francia	33
Italia	15
Lussemburgo	1
Paesi Bassi	9

Il Comitato si pronuncia alla maggioranza qualificata di 67 voti.

Articolo 14

1. Il Comitato emette il proprio parere in merito alle proposte di finanziamento sottopostegli in conformità dell'articolo 10.

2. Tali proposte di finanziamento espongono in particolare la posizione del progetto o dei progetti nel contesto delle prospettive di sviluppo del paese o dei paesi associati interessati; esse indicano inoltre l'utilizzazione dei precedenti aiuti della Comunità fatta in tali paesi.

Inoltre il Comitato è tenuto informato dalla Commissione, per quanto possibile, sugli altri aiuti bilaterali e multilaterali concessi o previsti a favore dei paesi associati interessati.

3. Il Comitato, ove occorra, emette inoltre il proprio parere in merito:

- alle richieste di abbuoni d'interessi, restando inteso che non è autorizzato a pronunciarsi su una modificazione del tasso degli abbuoni fissati forfettariamente in conformità dell'articolo 7, paragrafo 1;
- al mandato di gestione conferito alla Banca per le proposte di finanziamento che comportano un prestito a condizioni speciali o un contributo alla formazione di capitali a rischio;
- all'applicazione al progetto o programma considerato delle disposizioni dell'articolo 26 della Convenzione e delle corrispondenti disposizioni della decisione.

4. Il Comitato, dopo aver deliberato in merito ad una proposta di finanziamento, può chiedere l'emendamento della proposta senza nuova discussione, oppure la ripresa dell'istruzione su taluni punti determinati.

In questo caso, la proposta di finanziamento riveduta o completata è sottoposta nuovamente al Comitato in una delle sue successive riunioni.

Articolo 15

1. Le proposte di finanziamento corredate del parere del Comitato sono sottoposte per decisione alla Commissione.

2. La Commissione, qualora decida di scostarsi dal parere espresso dal Comitato o in mancanza di un parere

Dit Comité staat onder voorzitterschap van een vertegenwoordiger van de Commissie. Een vertegenwoordiger van de Bank neemt deel aan de werkzaamheden van het Comité.

2. De Raad stelt met eenparigheid van stemmen het reglement van orde van het Comité vast.

Het secretariaat van het Comité wordt waargenomen door de Commissie.

3. In het Comité worden de stemmen van de Lid-Staten als volgt gewogen:

België	9
Bondsrepubliek Duitsland	33
Frankrijk	33
Italië	15
Luxemburg	1
Nederland	9

Het Comité spreekt zich uit met een gekwalificeerde meerderheid van 67 stemmen.

Artikel 14

1. Het Comité geeft advies over de financieringsvoorstellen die overeenkomstig artikel 10 aan dit Comité worden voorgelegd.

2. In deze financieringsvoorstellen wordt met name een uiteenzetting gegeven van de plaats die het project of de projecten innemen in het kader van de vooruitzichten voor de ontwikkeling van het betrokken geassocieerde land of de betrokken geassocieerde landen; daarin wordt tevens aangegeven op welke wijze in deze landen vroegere steun van de Gemeenschap is aangewend.

Bovendien wordt het Comité, voor zover mogelijk, door de Commissie op de hoogte gehouden van de andere verleende of overwogen bilaterale of multilaterale steunmaatregelen ten gunste van de betrokken geassocieerde landen.

3. Bovendien geeft het Comité, in voorkomend geval, advies over:

- de aanvragen om rentesubsidies, met dien verstande dat het niet is gemachtigd, zich uit te spreken over een wijziging van het percentage van de overeenkomstig artikel 7, lid 1, forfaitair vastgestelde rentesubsidies;
- de beheersopdracht aan de Bank voor de financieringsvoorstellen welke strekken tot toekenning van een lening tegen speciale voorwaarden of een bijdrage in de vorming van risicodragend kapitaal;
- de toepassing op het betreffende project of programma van het bepaalde in artikel 26 van de Overeenkomst en van de overeenkomstige bepalingen van het Besluit.

4. Het Comité kan, na beraadslaging over een financieringsvoorstel, hetzij om wijziging van het voorstel zonder hernieuwd debat verzoeken, hetzij om hervatting van de behandeling op bepaalde punten.

In een dergelijk geval wordt het herziene of aangevulde financieringsvoorstel opnieuw aan het Comité voorgelegd tijdens een van zijn latere vergaderingen.

Artikel 15

1. De financieringsvoorstellen, vergezeld van het advies van het Comité, worden aan de Commissie ter beslissing voorgelegd.

2. Indien de Commissie besluit af te wijken van het advies van het Comité of indien het Comité geen

einen Finanzierungsvorschlag nicht befürwortet, so kann sie diesen Vorschlag zurückziehen oder dem Rat vorlegen, der unter den gleichen Abstimmungsbedingungen wie der Ausschuß beschließt.

Artikel 16

Für die Gewährung der Hilfe und der Vorschüsse durch die Gemeinschaft gemäß Artikel 20 bzw. 21 des Assoziierungsabkommens und gemäß den entsprechenden Artikeln des Beschlusses sowie gegebenenfalls für Vorhaben oder Programme mit Dringlichkeitscharakter sehen die Finanzregelung nach Artikel 23 und die Geschäftsordnung des Ausschusses ein beschleunigtes Verfahren vor.

Artikel 17

Zur Unterrichtung nach Artikel 14 Absatz 2 sowie zur Information der Mitgliedstaaten sammelt die Kommission alle zweckdienlichen Auskünfte über die Hilfe an die assoziierten Staaten, Länder und Gebiete und an die französischen überseeischen Departements, die von den Mitgliedstaaten, den internationalen Institutionen oder von anderer Seite geplant oder gewährt werden. Jeder Mitgliedstaat übermittelt der Kommission regelmäßig die erforderlichen Angaben.

Kapitel III

Artikel 18

Unbeschadet der in Artikel 12 Absatz 2 genannten Aufträge an die Bank sorgt die Kommission nach Maßgabe der in Artikel 23 vorgesehenen Finanzregelung für die finanzielle Durchführung der vom Fonds finanzierten Vorhaben oder Programme und leistet die entsprechenden Zahlungen.

Artikel 19

(1) Während der Geltungsdauer dieses Abkommens werden die an die Bank überwiesenen Zahlungen der Empfänger von Darlehen zu Sonderbedingungen, die den assoziierten Staaten bzw. den Ländern und Gebieten nach dem 1. Juni 1964 gewährt worden sind, dem Fonds gutgeschrieben, und zwar abzüglich der Provisionen, die der Bank für die Verwaltung der aus Mitteln des Fonds finanzierten Darlehen zu Sonderbedingungen und Beiträge zur Bildung von haftendem Kapital zustehen. Diese Zahlungen erhöhen die Beträge, die in Artikel 18 Buchstabe a zweiter Gedankenstrich des Assoziierungsabkommens und im entsprechenden Artikel des Beschlusses festgelegt sind.

(2) Die Beiträge zur Bildung von haftendem Kapital sind zeitweiliger Natur. Sobald es die Lage des Empfängers ermöglicht, werden sie innerhalb der günstigsten Fristen und zu den besten Bedingungen zurückgezogen.

Abtretungserlöse und Einkünfte aus solchen Beiträgen werden während der Geltungsdauer dieses Abkommens dem Fonds gutgeschrieben; sie erhöhen die Beträge, die in Artikel 18 Buchstabe a zweiter Gedankenstrich des Assoziierungsabkommens und im entsprechenden Artikel des Beschlusses festgelegt sind.

(3) Nach Ablauf der Geltungsdauer dieses Abkommens werden die in den Absätzen 1 und 2 genannten Beträge abzüglich der in Absatz 1 genannten Provisionen den Mitgliedstaaten entsprechend ihrer Beitragsleistung an

ce dernier, elle peut retirer sa proposition de financement ou saisir le Conseil, qui décide dans les mêmes conditions de vote que le Comité.

Article 16

Pour l'octroi par la Communauté des aides prévues à l'article 20 de la Convention et des avances prévues à l'article 21 de la Convention et aux articles correspondants de la décision ainsi que, éventuellement, pour des projets ou programmes présentant un caractère d'urgence, une procédure accélérée est instituée par le règlement financier visé à l'article 23 et par le règlement intérieur du Comité.

Article 17

En vue de l'information prévue à l'article 14 paragraphe 2 ainsi que pour permettre la documentation des Etats membres, la Commission recueille tous renseignements utiles sur les aides aux Etats, Pays et Territoires associés et aux Départements français d'Outre-mer qui sont envisagées ou accordées tant par les Etats membres que par les Institutions internationales ou d'autres sources d'aides. Chaque Etat membre transmet les données nécessaires de manière régulière à la Commission.

Chapitre III

Article 18

Sans préjudice des mandats à la Banque visés à l'article 12 paragraphe 2, la Commission assure l'exécution financière des projets ou programmes financés par le Fonds et effectue les paiements conformément aux dispositions du règlement financier visé à l'article 23.

Article 19

1. Pendant la durée du présent Accord, les sommes versées à la Banque au titre des paiements effectués par les bénéficiaires de prêts à des conditions spéciales accordés respectivement aux Etats associés et aux Pays et Territoires postérieurement au 1^{er} juin 1964 sont portées au crédit du Fonds, déduction faite des commissions dues à la Banque pour la gestion des prêts à des conditions spéciales et des contributions à la formation de capitaux à risques, financés sur les moyens du Fonds. Elles s'ajoutent respectivement aux montants fixés à l'article 18 sous a) deuxième tiret de la Convention et à l'article correspondant de la décision.

2. Les opérations de contribution à la formation de capitaux à risques sont temporaires. Dès que la situation de leur bénéficiaire le permet elles sont dénouées dans les délais et aux conditions les meilleurs.

Les produits de cession et les revenus provenant de ces opérations sont, pendant la durée du présent Accord, portés au crédit du Fonds et s'ajoutent respectivement aux montants fixés à l'article 18 sous a) deuxième tiret de la Convention et à l'article correspondant de la décision.

3. Après la fin du présent Accord, les sommes visées aux paragraphes 1 et 2, déduction faite des commissions visées au paragraphe 1, sont versées aux Etats membres au prorata de leurs contributions dans le Fonds sur les

favorevole di quest'ultimo, può ritirare la proposta di finanziamento ovvero adire il Consiglio che decide secondo le stesse modalità di voto del Comitato.

Articolo 16

Per la concessione da parte della Comunità degli aiuti previsti all'articolo 20 della Convenzione e delle anticipazioni previste all'articolo 21 della Convenzione e ai corrispondenti articoli della decisione nonché, eventualmente, per progetti o programmi che presentano un carattere d'urgenza, è istituita dal regolamento finanziario di cui all'articolo 23 e dal regolamento interno del Comitato una procedura accelerata.

Articolo 17

Ai fini dell'informazione prevista all'articolo 14, paragrafo 2, nonché per permettere la documentazione degli Stati membri, la Commissione raccoglie ogni utile informazione sugli aiuti agli Stati, paesi e territori associati e ai dipartimenti francesi d'oltremare, previsti o concessi sia dagli Stati membri, sia dalle Istituzioni internazionali o da altri fondi d'aiuto. Ciascuno Stato membro trasmette regolarmente alla Commissione i dati necessari.

Capitolo III

Articolo 18

Fatti salvi i mandati conferiti alla Banca, ai sensi dell'articolo 12, paragrafo 2, la Commissione provvede all'esecuzione finanziaria dei progetti o programmi finanziati dal Fondo ed effettua i pagamenti, in conformità delle disposizioni del regolamento finanziario di cui all'articolo 23.

Articolo 19

1. Per la durata del presente Accordo, le somme versate alla Banca a titolo di pagamenti effettuati dai beneficiari di prestiti a condizioni speciali concesse rispettivamente agli Stati associati e ai paesi e territori successivamente al 1° giugno 1964 sono accreditate al Fondo, previa deduzione delle provvigioni dovute alla Banca per la gestione dei prestiti a condizioni speciali e dei contributi alla formazione di capitali a rischio finanziati con i mezzi del Fondo. Dette somme si aggiungono rispettivamente agli importi stabiliti all'articolo 18, lettera a), secondo trattino, della Convenzione e al corrispondente articolo della decisione.

2. Le operazioni di contributo alla formazione di capitali a rischio sono temporanee. Non appena la situazione del beneficiario di dette operazioni lo consenta, esse sono risolte quanto prima e alle migliori condizioni possibili.

I ricavi della cessione e i redditi derivanti da queste operazioni sono accreditati al Fondo, per la durata del presente Accordo, e si aggiungono rispettivamente agli importi di cui all'articolo 18, lettera a), secondo trattino, della Convenzione e al corrispondente articolo della decisione.

3. Dopo la scadenza del presente Accordo, le somme di cui ai paragrafi 1 e 2, previa deduzione delle provvigioni di cui al paragrafo 1, sono versate agli Stati membri in proporzione ai loro contributi al Fondo con i cui

gunstig advies heeft uitgebracht, kan zij haar financieringsvoorstel intrekken of de aangelegenheid aan de Raad voorleggen, die beslist volgens dezelfde stemprocedure als het Comité.

Artikel 16

Bij het financieel reglement bedoeld in artikel 23 en bij het Reglement van Orde van het Comité wordt een versnelde procedure ingesteld voor de toekenning door de Gemeenschap van de steun, bedoeld in artikel 20 van de Overeenkomst, en van de voorschotten, bedoeld in artikel 21 van de Overeenkomst en in de overeenkomstige artikelen van het Besluit alsmede eventueel voor projecten of programma's met een urgent karakter.

Artikel 17

Met het oog op het verstrekken van de in artikel 14, lid 2, bedoelde inlichtingen en ten einde de Lid-Staten in staat te stellen zich te documenteren, verzamelt de Commissie alle dienstige gegevens over de steun aan de geassocieerde Staten, landen en gebieden en aan de Franse overzeese departementen, welke zowel door de Lid-Staten als door internationale Instellingen of uit andere bronnen wordt overwogen of toegekend. Iedere Lid-Staat zendt regelmatig de nodige gegevens aan de Commissie.

Hoofdstuk III

Artikel 18

Onverminderd de in artikel 12, lid 2, bedoelde opdrachten aan de Bank, draagt de Commissie zorg voor de financiële uitvoering van de door het Fonds gefinancierde projecten of programma's en verricht zij de betalingen, overeenkomstig het in artikel 23 bedoelde financiële reglement.

Artikel 19

1. Tijdens de duur van dit Akkoord worden de bedragen die bij de Bank worden gestort uit hoofde van betalingen door de begunstigde van leningen tegen speciale voorwaarden welke na 1 juni 1964 respectievelijk aan de geassocieerde Staten en aan de landen en gebieden werden toegekend, op het credit van het Fonds gestort onder aftrek van de commissies die aan de Bank verschuldigd zijn voor het beheer van de leningen tegen speciale voorwaarden en van de bijdragen in de vorming van risicodragend kapitaal, welke uit middelen van het Fonds worden gefinancierd. Deze bedragen worden gevoegd bij de in artikel 18, sub a) tweede streepje, van de Overeenkomst vastgestelde bedragen, respectievelijk bij de bedragen vastgesteld in het dienovereenkomstige artikel van het Besluit.

2. De bijdragen in de vorming van risicodragend kapitaal hebben een tijdelijk karakter. Zodra de situatie van de begunstigde dit mogelijk maakt, worden zij ten spoedigste en onder de meest gunstige voorwaarden teruggetrokken.

De opbrengst voortkomend uit overdracht en de inkomsten uit deze bijdragen worden tijdens de duur van dit Akkoord op het credit van het Fonds gestort en worden gevoegd bij de in artikel 18, sub a) tweede streepje, van de Overeenkomst vastgestelde bedragen, respectievelijk bij de bedragen vastgesteld in het dienovereenkomstige artikel van het Besluit.

3. Nadat dit Akkoord is verstreken, worden de in de leden 1 en 2 bedoelde bedragen, onder aftrek van de in lid 1 bedoelde commissies, aan de Lid-Staten uitgekeerd naar evenredigheid van hun bijdragen in het Fonds

den Fonds aus den Mitteln zurückgezahlt, aus denen die entsprechenden Vorhaben finanziert worden sind, sofern der Rat nicht einstimmig ihre anderweitige Verwendung beschließt.

Artikel 20

In der in Artikel 23 vorgesehenen Finanzregelung wird festgelegt, wie etwaige andere als die in Artikel 19 genannten Einnahmen des Fonds zu verwenden sind.

Artikel 21

(1) Die Kommission vergewissert sich, in welcher Weise die vom Fonds finanzierten Hilfen der Gemeinschaft von den assoziierten Staaten, den Ländern und Gebieten oder von etwaigen sonstigen Begünstigten verwendet werden.

(2) Die Kommission vergewissert sich ferner, in welcher Weise die durch den Fonds finanzierten Vorhaben von den Begünstigten verwendet werden.

(3) Die Kommission unterrichtet den Rat mindestens einmal im Jahr über die Ergebnisse der Prüfungen nach den Absätzen 1 und 2. Der Rat faßt alle erforderlichen Beschlüsse mit der in Artikel 13 festgelegten qualifizierten Mehrheit.

Artikel 22

(1) Bei Ablauf jedes Haushaltsjahres stellt die Kommission die Rechnung des betreffenden Haushaltsjahres sowie die Übersicht über das Vermögen und die Schulden des Fonds auf.

(2) Der in Artikel 206 des Vertrages vorgesehene Kontrollausschuß übt seine Befugnisse auch in bezug auf die Geschäfte des Fonds aus. Die Art und Weise, in der dieser Ausschuß seine Befugnisse ausübt, werden in der in Artikel 23 vorgesehenen Finanzregelung festgelegt.

(3) Der Rat erteilt der Kommission hinsichtlich der Finanzverwaltung des Fonds mit der in Artikel 13 festgelegten qualifizierten Mehrheit Entlastung.

Kapitel IV

Artikel 23

Die Durchführungsbestimmungen zu diesem Abkommen werden in einer Finanzregelung festgelegt, die der Rat bei Inkrafttreten des Assoziierungsabkommens mit der in Artikel 13 festgelegten qualifizierten Mehrheit anhand eines Entwurfs der Kommission und nach Anhörung der Bank zu den sie betreffenden Vorschriften erläßt.

Artikel 24

(1) Der Restbetrag des durch das Durchführungsabkommen im Anhang zum Vertrag geschaffenen Entwicklungsfonds für die überseeischen Länder und Hoheitsgebiete wird weiterhin — soweit in dem am 29. Juli 1969 in Jaunde unterzeichneten Assoziierungsabkommen keine Ausnahme vorgesehen ist — nach Maßgabe des genannten Durchführungsabkommens sowie der am 31. Dezember 1962 geltenden Regelung verwaltet.

Der Restbetrag des Fonds, der durch das am 20. Juli 1963 in Jaunde unterzeichnete interne Abkommen über die Finanzierung und Verwaltung der Hilfe der Gemeinschaft geschaffen wurde, wird weiterhin — soweit in dem am 29. Juli 1969 in Jaunde unterzeichneten Assoziierungsabkommen keine Ausnahme vorgesehen ist — nach Maßgabe des genannten internen Abkommens sowie der am 31. Mai 1969 geltenden Regelung verwaltet.

(2) Gefährdet nach vollständiger Verwendung des Restbetrags das Fehlen von Mitteln die ordnungsgemäße

moyens duquel les projets correspondants ont été financés, à moins que le Conseil ne décide à l'unanimité de les affecter à d'autres opérations.

Article 20

Le règlement financier visé à l'article 23 précise les conditions dans lesquelles seront affectées les recettes éventuelles du Fonds autres que celles visées à l'article 19.

Article 21

1. La Commission s'assure des conditions dans lesquelles les aidés de la Communauté financées par le Fonds sont mises en œuvre par les Etats associés, par les Pays et Territoires ou par les autres bénéficiaires éventuels.

2. La Commission s'assure également des conditions dans lesquelles les réalisations qui ont été financées par le Fonds sont utilisées par les bénéficiaires.

3. La Commission informe le Conseil, au moins une fois par an, des conditions visées aux paragraphes 1 et 2. Le Conseil, statuant à la majorité qualifiée fixée à l'article 13, prend toute décision nécessaire.

Article 22

1. A la clôture de chaque exercice, la Commission arrête le compte de la gestion écoulée ainsi que le bilan du Fonds.

2. La commission de contrôle prévue à l'article 206 du Traité exerce également ses pouvoirs à l'égard des opérations du Fonds. Les conditions dans lesquelles cette commission exerce ses pouvoirs sont arrêtées dans le règlement financier visé à l'article 23.

3. Le Conseil, statuant à la majorité qualifiée fixée à l'article 13, donne à la Commission décharge de la gestion financière du Fonds.

Chapitre IV

Article 23

Les dispositions d'application du présent Accord font l'objet d'un règlement financier arrêté dès l'entrée en vigueur de la Convention par le Conseil, statuant à la majorité qualifiée fixée à l'article 13, sur la base d'un projet de la Commission et après avis de la Banque en ce qui concerne les dispositions qui intéressent celle-ci.

Article 24

1. Le reliquat du Fonds de développement pour les Pays et Territoires d'Outre-mer institué par la Convention d'application annexée au Traité continuera, sauf exception prévue par la Convention d'Association signée à Yaoundé le 29 juillet 1969, à être administré dans les conditions prévues à ladite Convention d'application ainsi que par la réglementation en vigueur au 31 décembre 1962.

Le reliquat du Fonds institué par l'Accord interne relatif au financement et à la gestion des aides de la Communauté signé à Yaoundé le 20 juillet 1963 continuera, sauf exception prévue par la Convention d'Association signée à Yaoundé le 29 juillet 1969, à être administré dans les conditions prévues audit Accord interne ainsi que par la réglementation en vigueur au 31 mai 1969.

2. Dans le cas où un manque de ressources dû à l'épuisement du reliquat compromettrait le bon achèvement

mezzi sono stati finanziati i relativi progetti, a meno che il Consiglio non decida all'unanimità di destinarle ad altre operazioni.

Articolo 20

Il regolamento finanziario di cui all'articolo 23 precisa le modalità di assegnazione degli eventuali introiti del Fondo diversi da quelli di cui all'articolo 19.

Articolo 21

1. La Commissione si accerta delle condizioni alle quali gli aiuti della Comunità finanziati dal Fondo sono posti in atto dagli Stati associati, dai paesi e territori o dagli altri eventuali beneficiari.

2. La Commissione si accerta del pari delle condizioni alle quali le realizzazioni finanziate dal Fondo sono utilizzate dai beneficiari.

3. La Commissione informa il Consiglio, almeno una volta all'anno, in merito alle condizioni di cui ai paragrafi 1 e 2. Il Consiglio, deliberando alla maggioranza qualificata di cui all'articolo 13, prende le necessarie decisioni.

Articolo 22

1. Al termine di ciascun esercizio, la Commissione chiude il conto della gestione trascorsa nonché il bilancio del Fondo.

2. La commissione di controllo prevista all'articolo 206 del Trattato esercita i propri poteri anche nei confronti delle operazioni del Fondo. Le condizioni in cui detta commissione esercita i propri poteri sono fissate dal regolamento finanziario di cui all'articolo 23.

3. Il Consiglio, deliberando alla maggioranza qualificata di cui all'articolo 13, dà atto alla Commissione della gestione finanziaria del Fondo.

Capitolo IV

Articolo 23

Le disposizioni di applicazione del presente Accordo formano oggetto di un regolamento finanziario adottato, sin dall'entrata in vigore della Convenzione, dal Consiglio che delibera alla maggioranza qualificata di cui all'articolo 13, in base ad un progetto della Commissione e previo parere della Banca per quanto riguarda le disposizioni che interessano quest'ultima.

Articolo 24

1. Le rimanenze del Fondo per lo sviluppo dei paesi e territori d'oltremare, istituito dalla Convenzione di applicazione allegata al Trattato, continueranno, salvo eccezioni previste dalla Convenzione di Associazione firmata a Yaoundé il 29 luglio 1969, ad essere amministrate alle condizioni previste da detta Convenzione di applicazione nonché dalla regolamentazione in vigore il 31 dicembre 1962.

Le rimanenze del Fondo istituito dall'Accordo interno relativo al finanziamento ed alla gestione degli aiuti della Comunità firmato a Yaoundé il 20 luglio 1963 continueranno, salvo eccezioni previste dalla Convenzione di Associazione firmata a Yaoundé il 29 luglio 1969, ad essere amministrate alle condizioni previste da detto Accordo interno nonché dalla regolamentazione in vigore il 31 maggio 1969.

2. Qualora per mancanza di mezzi dovuta all'esaurimento delle rimanenze fosse compromessa la soddisfa-

waaruit de desbetreffende projecten werden gefinancierd, tenzij de Raad met eenparigheid van stemmen beslist, deze bedragen voor andere doeleinden aan te wenden.

Artikel 20

Het in artikel 23 bedoelde financiële reglement bepaalt op welke wijze eventuele andere dan in het vorige artikel bedoelde ontvangsten van het Fonds worden aangewend.

Artikel 21

1. De Commissie vergewist zich van de wijze waarop de door het Fonds gefinancierde steun van de Gemeenschap door de geassocieerde Staten, door de landen en gebieden of door de eventuele andere begunstigten wordt aangewend.

2. De Commissie vergewist zich tevens van de wijze waarop de met gelden van het Fonds uitgevoerde projecten door de begunstigten worden aangewend.

3. Ten minste eenmaal per jaar brengt de Commissie de Raad op de hoogte van de in de leden 1 en 2 bedoelde wijze van aanwending. De Raad neemt met de in artikel 13 vastgestelde gekwalificeerde meerderheid van stemmen ieder besluit dat noodzakelijk mocht zijn.

Artikel 22

1. Bij de afsluiting van elk begrotingsjaar stelt de Commissie de jaarrekening en de balans van het Fonds vast.

2. De in artikel 206 van het Verdrag bedoelde controlecommissie oefent eveneens ten aanzien van de verrichtingen van het Fonds haar bevoegdheden uit. De wijze waarop dit plaatsvindt, wordt in het in artikel 23 bedoelde financiële reglement bepaald.

3. De Raad verleent met de in artikel 13 vastgestelde gekwalificeerde meerderheid van stemmen aan de Commissie kwijting voor het financiële beheer van het Fonds.

Hoofdstuk IV

Artikel 23

De uitvoeringsbepalingen van dit Akkoord worden neergelegd in een financieel reglement, dat bij de inwerkingtreding van de Overeenkomst door de Raad wordt vastgesteld met de in artikel 13 vastgestelde gekwalificeerde meerderheid van stemmen, op de grondslag van een ontwerp van de Commissie en na advies van de Bank inzake de bepalingen die haar aangaan.

Artikel 24

1. De overgebleven middelen van het Fonds voor de ontwikkeling van de landen en gebieden overzee, dat bij de aan het Verdrag gehechte Toepassingsovereenkomst is ingesteld, worden, tenzij in de op 29 juli 1969 te Jaounde ondertekende Associatieovereenkomst anders is bepaald, ook verder beheerd op de in die Overeenkomst vastgestelde wijze alsmede volgens de op 31 december 1962 geldende regeling.

De overgebleven middelen van het Fonds dat is ingesteld bij het op 20 juli 1963 te Jaounde ondertekende Interne Akkoord betreffende de financiering en het beheer van de steun van de Gemeenschap, worden, tenzij in de op 29 juli 1969 te Jaounde ondertekende Associatieovereenkomst anders is bepaald, ook verder beheerd op de in dat Interne Akkoord vastgestelde wijze, alsmede volgens de op 31 mei 1969 geldende regeling.

2. Indien een gebrek aan middelen tengevolge van het uitgeput raken van de vorenbedoelde overgebleven

Durchführung von Vorhaben, die im Rahmen der in Absatz 1 genannten Fonds finanziert werden, so kann die Kommission nach Maßgabe des Artikels 13 zusätzliche Finanzierungsvorschläge unterbreiten.

Artikel 25

Dieses Abkommen wird von den einzelnen Mitgliedstaaten nach Maßgabe ihrer verfassungsrechtlichen Vorschriften genehmigt. Die Regierungen der einzelnen Mitgliedstaaten notifizieren dem Sekretariat des Rates der Europäischen Gemeinschaften, daß die für das Inkrafttreten dieses Abkommens erforderlichen Verfahren abgeschlossen sind.

Dieses Abkommen wird für dieselbe Dauer geschlossen wie das Assoziierungsabkommen. Es bleibt jedoch so lange anwendbar, bis die vom Fonds durchgeführten Finanzierungen vollständig abgewickelt sind.

Artikel 26

Dieses Abkommen ist in einer Urschrift in deutscher, französischer, italienischer und niederländischer Sprache abgefaßt, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist; es wird im Archiv des Sekretariats des Rates der Europäischen Gemeinschaften hinterlegt; dieses übermittelt der Regierung jedes Unterzeichnerstaates eine beglaubigte Abschrift.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten Bevollmächtigten ihre Unterschriften unter dieses Abkommen gesetzt.

GESCHEHEN zu Jaunde, am neunundzwanzigsten Juli neunzehnhundertneunundsechzig.

des projets financés dans le cadre des Fonds visés au paragraphe 1, des propositions de financement supplémentaires pourraient être présentées par la Commission dans les conditions prévues à l'article 13.

Article 25

Le présent Accord est approuvé par chaque Etat membre conformément aux règles constitutionnelles qui lui sont propres. Le Gouvernement de chaque Etat membre notifie au Secrétariat du Conseil des Communautés Européennes l'accomplissement des procédures requises pour son entrée en vigueur.

Le présent Accord est conclu pour la même durée que la Convention. Toutefois il restera en vigueur dans la mesure nécessaire à l'exécution intégrale de toutes les opérations financées au titre du Fonds.

Article 26

Le présent Accord, rédigé en un exemplaire unique en langues allemande, française, italienne et néerlandaise, les quatre textes faisant également foi, sera déposé dans les archives du Secrétariat du Conseil des Communautés Européennes qui en remettra une copie certifiée conforme à chacun des Gouvernements des Etats signataires.

EN FOI DE QUOI, les plénipotentiaires soussignés ont apposé leurs signatures au bas du présent Accord.

FAIT à Yaoundé, le vingt-neuf juillet mil neuf cent soixante-neuf.

Joseph M. A. H. Luns

Charles Hanin

Gerhard Jahn

Yvon Bourges

Mario Pedini

Albert Borschette

cente realizzazione di progetti finanziati nel quadro dei Fondi di cui al paragrafo 1, la Commissione potrà presentare proposte supplementari di finanziamento alle condizioni stabilite all'articolo 13.

Articolo 25

Il presente Accordo è approvato da ciascuno Stato membro conformemente alle proprie norme costituzionali. Il Governo di ciascuno Stato membro notifica al Segretariato del Consiglio delle Comunità Europee l'adempimento delle procedure richieste per la relativa entrata in vigore.

Il presente Accordo è concluso per la stessa durata della Convenzione. Tuttavia esso resterà in vigore nella misura necessaria per l'esecuzione integrale di tutte le operazioni finanziate a titolo del Fondo.

Articolo 26

Il presente Accordo, redatto in unico esemplare in lingua tedesca, francese, italiana e olandese, i quattro testi facenti tutti ugualmente fede, sarà depositato negli archivi del Segretariato del Consiglio delle Comunità Europee che provvederà a rimetterne copia certificata conforme a ciascuno dei Governi degli Stati firmatari.

IN FEDE DI CHE, i plenipotenziari sottoscritti hanno apposto le loro firme in calce al presente Accordo.

FATTO a Yaoundé, il ventinove luglio millenovecento sessantanove.

middelen de voltooiing in gevaar brengt van de projecten die in het kader van de in lid 1 bedoelde Fondsen worden gefinancierd, kan de Commissie aanvullende financieringsvoorstellen indienen overeenkomstig artikel 13.

Artikel 25

Dit Akkoord wordt door elke Lid-Staat goedgekeurd overeenkomstig zijn eigen grondwettelijke voorschriften. De Regering van elke Lid-Staat stelt het Secretariaat van de Raad der Europese Gemeenschappen in kennis van de beëindiging der procedures die voor het in werking treden van dit Akkoord zijn vereist.

Dit Akkoord wordt gesloten voor dezelfde duur als de Overeenkomst. Het zal echter van kracht blijven voor zover dit nodig is voor de volledige uitvoering van alle uit hoofde van het Fonds gefinancierde verrichtingen.

Artikel 26

Dit Akkoord, opgesteld in één exemplaar in de Duitse, de Franse, de Italiaanse en de Nederlandse taal, zijnde de vier teksten gelijkelijk authentiek, zal worden nedergelegd in het archief van het Secretariaat van de Raad der Europese Gemeenschappen, dat een voor eensluidend gewaarmerkt afschrift daarvan toezendt aan de Regering van elk der ondertekenende Staten.

TEN BLIJKE WAARVAN de ondergetekende gevolmachtigden hun handtekening onder deze Overeenkomst hebben gesteld.

GEDAAN te Yaoundé, de negenentwintigste juli negentienhonderd negenenzestig.

Joseph M. A. H. Luns

Charles Hanin

Gerhard Jahn

Yvon Bourges

Mario Pedini

Albert Borschette

Denkschrift zu dem Abkommen

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	11. Durchführung der im Assoziationsabkommen über die Konsultationen des Assoziationsrates vorgesehenen Bestimmungen innerhalb der Gemeinschaft
Teil I Einleitung	
1. Vorgeschichte	
2. Verlauf der Verhandlungen	
Teil II Erläuterung des Abkommens	
I. Grundsätze	
II. Die einzelnen Bestimmungen	
Titel I Warenverkehr	
1. Vom Assoziationsabkommen erfaßte Erzeugnisse	
2. Zollregelung	
3. Kontingentsregelung	
4. EGKS-Erzeugnisse	
5. Bestimmungen für bestimmte Agrarerzeugnisse	
6. Einfuhrbeschränkungen für Bananen	
7. Steuervorschriften	
8. Meistbegünstigungsklausel; Zollunionen, Freihandelszonen und Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit mit anderen afrikanischen Ländern	
9. Handelspolitische Bestimmungen	
10. Schutzklauseln	
	Titel II Finanzielle und technische Zusammenarbeit
	1. Änderungen in der Ausrichtung der Gemeinschaftshilfe
	2. Gesamtbetrag der Finanzhilfe der Gemeinschaft
	3. Beiträge der Mitgliedstaaten
	4. Form der Hilfe der Gemeinschaft
	5. Maßnahmen der Gemeinschaft
	6. Besondere Finanzierungsmodalitäten
	7. Verfahren für die Gewährung der Hilfe der Gemeinschaft
	8. Verwendung der Gemeinschaftshilfe im einzelnen
	Titel III Niederlassungsrecht, Dienstleistungen, Zahlungs- und Kapitalverkehr
	1. Niederlassungsrecht und Dienstleistungen
	2. Zahlungs- und Kapitalverkehr
	Titel IV Die Organe der Assoziation
	Titel V Allgemeine und Schlußbestimmungen

In der Denkschrift verwandte Abkürzungen

AASM	assoziierte afrikanische Staaten und Madagaskar (Burundi, Dahome, Elfenbeinküste, Gabun, Kamerun, Demokratische Republik Kongo (Kinshasa), Volksrepublik Kongo (Brazzaville), Madagaskar, Mali, Mauretanien, Niger, Obervolta, Rwanda, Senegal, Somalia, Togo, Tschad, Zentralafrikanische Republik)	EIB	Europäische Investitionsbank
Französische überseeische Departements	Guadeloupe, Franz.-Guayana, Martinique, Reunion	RE	Rechnungseinheit (0,88867088 Gramm Feingold)
EEF	Europäischer Entwicklungsfonds	ULG	Überseeische Länder und Gebiete, die besondere Beziehungen zu Frankreich und den Niederlanden unterhalten (Saint Pierre und Miquelon, französisches Territorium der Afar und Issa, Komoren-Archipel, Neukaledonien und dazugehörige Gebiete, französische Niederlassungen in Ozeanien, die australen und antarktischen Gebiete; Surinam und niederländische Antillen)
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl vom 18. April 1951		

Vorbemerkung

Der Text der Denkschrift zum Abkommen zur Erneuerung einer Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskar wurde auf der Grundlage eines Entwurfs des Generalsekretariats des Rates erarbeitet.

Hieraus ergeben sich Abweichungen im Aufbau und in der Darstellung des Textes gegenüber der sonst von der Bundesregierung in der Abfassung von Denkschriften zu internationalen Verträgen und Abkommen verwandten Form.

Teil I**Einleitung****1. Vorgeschichte**

Durch den am 25. März 1957 unterzeichneten Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG-Vertrag) wurden die im Anhang IV zu diesem Vertrag aufgeführten außereuropäischen Länder und Hoheitsgebiete, die seinerzeit sämtlich noch besondere Beziehungen zu Belgien, Frankreich, Italien oder den Niederlanden unterhielten und von diesen EWG-Mitgliedstaaten jeweils völkerrechtlich vertreten wurden, mit der Gemeinschaft assoziiert. Die Assoziation, deren Grundzüge insbesondere im Vierten Teil des EWG-Vertrages (Artikel 131 bis 136) festgelegt sind, war für einen ersten Zeitabschnitt von 5 Jahren gemäß dem dem EWG-Vertrag als Anhang beigefügten Durchführungsabkommen näher geregelt worden. Dieses Durchführungsabkommen sollte nach Beendigung seiner Geltungsdauer, also Ende des Jahres 1962, gemäß Artikel 136 des EWG-Vertrages durch Beschluß des Rates der EWG für einen weiteren Zeitabschnitt erneuert werden.

In dem Zeitraum bis zur Beendigung des Durchführungsabkommens wurden jedoch die meisten der assoziierten Länder und Hoheitsgebiete unabhängige, souveräne Staaten.

Das im EWG-Vertrag (Artikel 136 Absatz 2) für die Fortsetzung der Assoziation nach Ablauf des bisherigen Durchführungsabkommens vorgesehene Verfahren — Festlegung der Bestimmungen für einen neuen Zeitabschnitt durch Beschluß des Rates — konnte für die Neuregelung der Assoziation der überseeischen souveränen Staaten nicht mehr angewandt werden, da ein Beschluß des Rates die unabhängig gewordenen Länder nicht rechtlich binden konnte. Statt dessen war es erforderlich, die neuen Assoziationsbedingungen mit den überseeischen Staaten als nunmehr selbständigen Völkerrechtssubjekten auszuhandeln und ein entsprechendes Abkommen mit ihnen in der Form eines völkerrechtlichen Vertrages abzuschließen.

Die Verhandlungen zwischen der Gemeinschaft und den assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskar (AASM) wurden am 6./7. Dezember 1961 in Paris aufgenommen. Am 20. Dezember 1962 wurden die Texte des neuen Assoziierungs-

abkommens von der Gemeinschaft und den Mitgliedstaaten einerseits und den AASM andererseits paraphiert. Sie wurden am 20. Juli 1963 in Jaunde von den Vertragsparteien unterzeichnet.

Das Vertragswerk bestand aus folgenden Texten:

- dem Assoziierungsabkommen mit 64 Artikeln und einem Anhang,
- sieben Protokollen im Anhang zum Assoziierungsabkommen,
- einem Abkommen über die Erzeugnisse, die unter die Zuständigkeit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) fallen,
- elf in der Schlußakte zusammengefaßten Beschlüssen oder Erklärungen.

Um die Anwendung des Abkommens durch die Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten sowie die Finanzierung der Hilfe der Gemeinschaft zu regeln, schlossen die Mitgliedstaaten untereinander zwei interne Abkommen ab, die sie ebenfalls in Jaunde unterzeichneten:

- das Interne Abkommen über die zur Durchführung des Abkommens über die Assoziation zwischen der EWG und den assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskar zu treffenden Maßnahmen und die dabei anzuwendenden Verfahren,
- das Interne Abkommen über die Finanzierung und Verwaltung der Hilfe der Gemeinschaft.

Die im Rat vereinigten Vertreter der Mitgliedstaaten gaben ferner eine Absichtserklärung zugunsten derjenigen dritten Länder ab, die hinsichtlich ihrer Wirtschaftsstruktur und Produktion mit den assoziierten Staaten vergleichbar sind. Darin wird die Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, auf Wunsch dieser Länder Verhandlungen über den Beitritt zu diesem Assoziierungsabkommen, über ein selbständiges Assoziierungsabkommen oder auch über ein Handelsabkommen zu führen.

Das Abkommen vom 20. Juli 1963, abgedruckt im Bundesgesetzblatt, Teil II, 1964, Seite 289 ff., trat am 1. Juni 1964 in Kraft; es galt gemäß seinem Artikel 59 bis zum 31. Mai 1969.

Die Bedingungen für die Fortsetzung der Assoziation mit denjenigen überseeischen Ländern und Gebieten, die nach wie vor besondere Beziehungen zu Frankreich und den Niederlanden unterhalten (ULG), legte der Rat gemäß Artikel 136 EWG-Vertrag durch einen besonderen Beschluß fest, dessen Bestimmungen denjenigen des Assoziierungsabkommens sachlich weitgehend entsprachen. Die für die ULG vorgesehene finanzielle Hilfe wurde — zusammen mit der finanziellen Hilfe für die assoziierten Staaten und der Hilfe für die französischen überseeischen Departements — im Internen Finanzabkommen geregelt.

2. Verlauf der Verhandlungen

Ausgangspunkt der Verhandlungen über ein neues Abkommen war Artikel 60 Absatz 1 des Abkommens von 1963. Hiernach sollten die Ver-

tragsparteien ein Jahr vor Ablauf dieses Abkommens die Bestimmungen prüfen, die für einen weiteren Zeitraum vorgesehen werden könnten.

Die Frage der Erneuerung des Abkommens war deshalb wichtigster Punkt der Tagesordnung der sechsten Tagung des Assoziationsrates, die am 23. Juli 1968 in Kinshasa stattfand. Auf dieser Tagung wurde vom Assoziationsrat eine Entscheidung gefaßt, wonach die Vertragsparteien ihre Stellungnahmen zur Erneuerung des Abkommens bis zum Dezember 1968 vorbereiten sollten.

Die Vertragsparteien traten viermal auf Ministerienebene (19. Dezember 1968, 26. März, 29. Mai und 27./28. Juni 1969) zusammen, um sich über die z. T. recht schwierigen Fragen der Erneuerung des Abkommens zu einigen. Nachdem im Verlaufe dieser Verhandlungen klar wurde, daß das neue Abkommen nicht unmittelbar nach Ablauf der Geltungsdauer des vorangegangenen Abkommens in Kraft treten konnte, erließ der Assoziationsrat auf seiner Tagung am 29. Mai 1969 einen Beschluß gemäß Artikel 60 Absatz 2 des Abkommens von 1963, wonach der Assoziationsrat die bis zum Inkrafttreten des neuen Abkommens erforderlichen Übergangsmaßnahmen treffen kann. Die durch den Beschluß getroffenen Übergangsmaßnahmen verlieren spätestens am 30. Juni 1970 ihre Gültigkeit. Das neue Abkommen wurde dann am 29. Juli 1969 von den Vertragsparteien in Jaunde unterzeichnet.

Das Vertragswerk besteht aus folgenden Texten:

- dem Assoziierungsabkommen, bestehend aus 5 Titeln und 66 Artikeln,
- 10 Protokollen,
- einem Abkommen über die Erzeugnisse, die unter die Zuständigkeit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl fallen,
- 14 in der Schlußakte zusammengefaßten Erklärungen.

Um die Anwendung des Abkommens durch die Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten sowie die Finanzierung der Hilfe der Gemeinschaft zu regeln, haben die Mitgliedstaaten untereinander wieder zwei interne Abkommen geschlossen, die sie ebenfalls in Jaunde unterzeichnet haben und die zur gleichen Zeit wie das Abkommen in Kraft treten werden:

- Internes Abkommen über die zur Durchführung des Abkommens über die Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den mit dieser Gemeinschaft assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskar zu treffenden Maßnahmen und die dabei anzuwendenden Verfahren (INTERNES DURCHFÜHRUNGSABKOMMEN),
- Internes Abkommen über die Finanzierung und die Verwaltung der Hilfe der Gemeinschaft (INTERNES FINANZABKOMMEN).

Das neue Assoziierungsabkommen tritt in Kraft, sobald es von den Mitgliedstaaten und mindestens 15 assoziierten Staaten ratifiziert worden ist (Artikel 59 Absatz 1).

Die Assoziation mit den ULG wird durch besonderen Beschluß des Rates der Europäischen Gemeinschaften erneuert. Die Bestimmungen dieses Beschlusses entsprechen wiederum weitgehend denjenigen des neuen Abkommens.

Die Finanzhilfe für die ULG wird — zusammen mit der Hilfe für die AASM und der Hilfe für die französischen überseeischen Departements — wie bisher im Internen Finanzabkommen geregelt.

Teil II

Erläuterung des Abkommens

Das vorliegende Abkommen ähnelt weitgehend dem früheren. Es hat dieselbe Titelfolge und eine ähnliche, wenn auch erweiterte Folge von Anhängen. Aus dem alten Abkommen sind mehr Artikel unverändert als in veränderter Form übernommen worden; die Organe sind die gleichen und die eingeführten Mechanismen ähnlich. Gleichwohl enthält der neue Text Verbesserungen und Neuerungen gegenüber dem früheren. Auf Grund der gesammelten Erfahrungen wurde die Assoziation auch in mancher Hinsicht elastischer gestaltet.

I. Grundsätze

Die Grundsätze des vorangegangenen Abkommens sind unverändert in die Präambel des neuen Assoziierungsabkommens übernommen worden. Sie werden darüber hinaus in Artikel 1 wiederholt. Damit sind sie unmittelbar Bestandteil des Abkommens. Nach Artikel 1 soll die Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien in dem Bestreben gefördert werden, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der AASM durch Erweiterung des Handelsverkehrs sowie durch finanzielle Maßnahmen und technische Zusammenarbeit zu begünstigen. Die Vertragsparteien wollen ferner ihre wirtschaftlichen Beziehungen entwickeln, die Wirtschaftsstruktur und die wirtschaftliche Unabhängigkeit der AASM verstärken, die Industrialisierung dieser Staaten fördern, die regionale Zusammenarbeit in Afrika begünstigen und zur weiteren Entwicklung des Welthandels beitragen.

In diesem Zusammenhang ist die Vereinbarung der Vertragsparteien von Bedeutung, daß dieses Abkommen der Verwirklichung eines allgemeinen Präferenzsystems zugunsten aller Entwicklungsländer und der Teilnahme der AASM an einem solchen System nicht entgegensteht (Protokoll Nr. 4).

Die Mitgliedstaaten haben sich erneut bereit erklärt, im Wege von Verhandlungen mit den dritten Ländern, die einen entsprechenden Antrag stellen und hinsichtlich ihrer Wirtschaftsstruktur und Produktion mit den AASM vergleichbar sind, den Abschluß von Abkommen anzustreben, die zu einer der folgenden Lösungen führen können: Beitritt zu diesem Abkommen; Assoziierungsabkommen mit gegenseitigen Rechten und Pflichten, insbesondere auf dem Gebiet des Warenverkehrs; Handelsabkommen zur Erleichterung und

Förderung des Handels zwischen der Gemeinschaft und diesen Ländern. Durch diese Erklärung wird der offene Charakter der Assoziationspolitik betont.

Die Bemühung der Gemeinschaft, die nachteiligen Auswirkungen der den AASM gewährten Präferenzen auf dritte Entwicklungsländer zu verringern, fand in der Absicht Ausdruck, die Sätze des Gemeinsamen Zolltarifs für tropische Erzeugnisse bei Inkrafttreten des Assoziationsabkommens erneut zu senken.

Auf dem Gebiet der finanziellen und technischen Zusammenarbeit werden die Mitgliedstaaten ihre Leistungen um annähernd ein Viertel erhöhen. Die Gemeinschaft wird sich verstärkt darum bemühen, die Industrialisierung in den AASM zu fördern und die Hilfe möglichst wirksam zu gestalten.

II. Die einzelnen Bestimmungen

Titel I

Warenverkehr

1. Vom Assoziierungsabkommen erfaßte Erzeugnisse

Die den Warenverkehr betreffenden Bestimmungen des Assoziierungsabkommens gelten für alle Erzeugnisse mit Ursprung in den Mitgliedstaaten und den AASM. Für den Handel mit diesen Erzeugnissen gilt grundsätzlich Zollfreiheit und Befreiung von mengenmäßigen Beschränkungen. Für Erzeugnisse, die einer gemeinsamen Agrarmarktordnung unterliegen, wird die Gemeinschaft jedoch eine Sonderregelung festlegen.

Die den Warenverkehr betreffenden Bestimmungen des Assoziierungsabkommens sind auch

auf Kernerzeugnisse anwendbar (Anhang X der Schlußakte). Für EGKS-Erzeugnisse gilt eine besondere Regelung (Abkommen über Erzeugnisse, die unter die Zuständigkeit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl fallen). Für den Fall der Einführung einer gemeinsamen Politik für Erdölerzeugnisse hat sich die Gemeinschaft vorbehalten, die erforderlichen Anpassungen des Abkommens vorzunehmen (Anhang II der Schlußakte).

Artikel 10 und Anhang I

Um die Bestimmungen über den Warenverkehr anwenden zu können, ist eine Bestimmung des Begriffs „Ursprungserzeugnisse“ erforderlich. Dieser Begriff wurde bereits im Rahmen des Assoziierungsabkommens von 1963 festgelegt. Artikel 10 stellt fest, daß diese Regelung weiter in Kraft bleibt, also insbesondere die Beschlüsse Nr. 5/66 und 6/66 des Assoziationsrates. Der Assoziationsrat kann jedoch erforderliche Änderungen vornehmen (Artikel 10 des Assoziierungsabkommens und Anhang I der Schlußakte).

2. Zollregelung

Artikel 2 und 3

Die für den Warenverkehr zwischen der Gemeinschaft und den assoziierten Staaten wichtigste Bestimmung besteht darin, daß Erzeugnisse mit Ursprung in den Unterzeichnerstaaten zollfrei eingeführt werden können.

In dem Bestreben, die nachteiligen Auswirkungen der den assoziierten Staaten gewährten Zollvorteile auf dritte Entwicklungsländer zu verringern, haben die Mitgliedstaaten der Gemeinschaft beschlossen, die Sätze des Gemeinsamen Zolltarifs wie folgt zu senken:

Tarifnummer	Warenbezeichnung	Zollsätze		Anpassungsgrund
		derzeitig	neu	
ex 07.06 – C	Süße Kartoffeln	6	3	Aussetzung
08.01 – E – I	Getrocknete Schnitzel von Kokosnüssen	4	2	Senkung
– E – II	Kokosnüsse	2,5	2	Senkung
ex 08.01 – G	Mangofrüchte, Mangostanfrüchte, Guaven	9,6	6	Vorzeitige Verwirklichung der Kennedy-Runde
08.08 – E	Papayafrüchte	9,6	3	Aussetzung
08.12 – E	Papayafrüchte	6,4	3	Senkung
09.01 – A – I – a	Rohkaffee	9,6	7 ¹⁾	Aussetzung
09.02 – A	Tee, in Umschließungen bis 3 kg Inhalt	5 ²⁾	5	Verlängerung der Aussetzung
– B	— in anderen Umschließungen	0 ²⁾	0	Verlängerung der Aussetzung
09.04 – A – I	ganzer Pfeffer „Piper“ — zum industriellen Herstellen von ätherischen Ölen	0 ³⁾	0	Umwandlung der Aussetzung in eine Senkung

Tarifnummer	Warenbezeichnung	Zollsätze		Anpassungsgrund
		derzeitig	neu	
	— anderer	10 ³⁾	10	Umwandlung der Aussetzung in eine Senkung
09.06 – A	Zimt und Zimtblüten, ganz	10	7	Aussetzung
– B	— gemahlen oder sonst zerkleinert	20,2	9	Aussetzung
09.08 – A – II – a	Ganze Muskatnüsse, nicht zum Herstellen von ätherischen Ölen	15	10	Aussetzung
– B	— gemahlen oder sonst zerkleinert			
– I	— Muskatnüsse	18	12	Aussetzung
– II	— Muskatblüte	12,5	8	Aussetzung
– III	— Kardamomen	0 ⁴⁾	0	Verlängerung der Aussetzung
09.10 – D – I – b	Ingwer, nicht zum Herstellen von ätherischen Ölen	0 ⁴⁾	0	Verlängerung der Aussetzung
12.02 – B	Mehl von Ölsaaten oder ölhaltigen Früchten, ausgenommen Senfmehl und Sojabohnenmehl	5	0	Senkung
12.07	Pflanzen, Pflanzenteile usw. zur Riechmittelherstellung usw.			
– D	— Quassiaholz	1	0	Senkung
– E	— Tonkabohnen	8	3	Senkung
ex 13.02 – A – II	Stocklack, Körnerlack, Schellack und dgl., gebleicht	0 ⁴⁾	0	Umwandlung der Aussetzung in eine Senkung
14.01	Pflanzliche Stoffe zur Korb- und Flechtwarenherstellung			
– B – II	— Bambus, Schilf und dgl.	1,5	0	Senkung
– C – II	— Stuhlrohr, Binsen und dgl.	1,5	0	Senkung
14.02	Pflanzliche Stoffe zu Polsterzwecken			
– A	— auf Unterlagen	1,5	0	Senkung
– B – I	— Pflanzenhaar	0 ⁵⁾	0	Umwandlung der Aussetzung in eine Senkung
– B – II – b	— Kapok	1	0	Senkung
14.05 – A	Andere Waren pflanzlichen Ursprungs, auf Unterlagen	1,5	0	Senkung
15.07	Fette, pflanzliche Öle usw.			
– B	— Holzöl (Chinaöl, Tungöl, Abrasiuöl, Elaeococcaöl), Oiticicaöl; Myrtenwachs und Japanwachs	3	0	Senkung
– C – II – a – 1	— Palmöl, roh	9	6	Aussetzung
18.01	Kakaobohnen	5,4	4	Aussetzung

¹⁾ Die Aussetzung ist mit dem Bestehen und dem reibungslosen Funktionieren des Internationalen Kaffee-Einkommens verknüpft.

²⁾ Ausgesetzt auf die angegebene Höhe durch Verordnung (EWG) Nr. 1258/69 vom 30. Juni 1969 auf Grund des Beschlusses des EG-Rates vom 30. Juni 1969 über den Abschluß einer Vereinbarung zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Vereinigten Königreich.

³⁾ Ausgesetzt auf die angegebene Höhe bis 30. Juni 1970 durch Verordnung (EWG) Nr. 1226/69 vom 30. Juni 1969.

⁴⁾ Ausgesetzt auf die angegebene Höhe bis 30. Juni 1971 durch Verordnung (EWG) Nr. 1259/69 vom 30. Juni 1969.

⁵⁾ Ausgesetzt auf die angegebene Höhe bis 31. Dezember 1969 durch Verordnung (EWG) Nr. 2093/68 vom 20. Dezember 1968. Verlängerung der Aussetzung ist vorgesehen.

Artikel 3 und Protokoll Nr. 2

Die Verpflichtung, Zollfreiheit zu gewähren, gilt für die AASM nur insoweit, als dadurch kein volkswirtschaftlicher Schaden entsteht. Diese Staaten können deshalb Zölle oder Abgaben mit gleicher Wirkung beibehalten oder einführen, wenn die wirtschaftliche Entwicklung oder die Finanzierung des Haushalts dies erforderlich machen. Diese Maßnahmen dürfen jedoch nicht zu einer unterschiedlichen Behandlung der Mitgliedstaaten führen (Artikel 3 Absatz 3).

Die „Erfordernisse der Entwicklung der assoziierten Staaten“ ergeben sich gemäß Protokoll Nr. 2 u. a. aus:

- der Durchführung der auf die Anhebung des allgemeinen Lebensstandards dieser Länder ausgerichteten Programme zur wirtschaftlichen Entwicklung;
- der Schaffung von Produktionszweigen, die zur Anhebung des allgemeinen Lebensstandards gefördert werden sollten;
- der Notwendigkeit, die Zahlungsbilanz auszugleichen und die Schwierigkeiten zu beheben, die sich aus der Unbeständigkeit der Austauschrelationen ergeben.

In diesem Protokoll werden außerdem die verfahrensmäßigen Bedingungen genannt, die bei einem Antrag auf Einführung oder Beibehaltung von Zöllen zu beachten sind. Hierzu gehört eine umfassende Unterrichtung über wirtschaftliche und finanzielle Vorgänge, die es ermöglicht, die Notwendigkeit der geplanten Zollmaßnahmen nachzuprüfen.

In der Praxis haben diese Bestimmungen in den AASM zur Einführung eines sogenannten Zweispalten-Zolltarifs (Handelszoll und Fiskalzoll) geführt. Die der Gemeinschaft gewährte Zollfreiheit bezieht sich nur auf den Handelszoll. Der Fiskalzoll, der auch bei Einfuhren aus der Gemeinschaft erhoben wird, ist im allgemeinen wesentlich höher als der Handelszoll.

Einige assoziierte Staaten, z. B. Kongo-Kinshasa, gewähren der Gemeinschaft keine Zollfreiheit. Sie berufen sich auf internationale Verpflichtungen, die schon vor Inkrafttreten des vorangegangenen Abkommens galten und diese Staaten einer besonderen Zollregelung unterwerfen (Verpflichtung zur Meistbegünstigung). Die Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten haben jedoch ungeachtet der fehlenden Gegenseitigkeit auch diesen assoziierten Staaten die im Abkommen vorgesehenen Handelsvorteile eingeräumt (Artikel 63).

Artikel 4

Der Grundsatz der Gleichbehandlung zwischen Mitgliedstaaten gilt auch für Zölle, welche die AASM bei der Ausfuhr erheben.

Artikel 2 Absatz 3 und 4; Artikel 4 Absatz 2
Zur Durchführung der Zollbestimmungen können auf Antrag eines assoziierten Staates oder der Gemeinschaft im Assoziationsrat Konsultationen stattfinden.

3. Kontingentsregelung

Artikel 6

Die Gemeinschaft wendet bei der Einfuhr von Erzeugnissen mit Ursprung in den AASM keine anderen mengenmäßigen Beschränkungen oder Maßnahmen gleicher Wirkung an als jene, die die Mitgliedstaaten untereinander anwenden.

Artikel 7, Protokoll Nr. 3

Zur Wahrung der Gegenseitigkeit wenden die AASM bei der Einfuhr von Erzeugnissen mit Ursprung in den Mitgliedstaaten ebenfalls keine mengenmäßigen Beschränkungen an (Artikel 7 Absatz 1). Jeder assoziierte Staat kann jedoch gemäß Artikel 7 Absatz 2 im Hinblick auf die Erfordernisse seiner Entwicklung (die Definition „Erfordernisse der Entwicklung“ ist die gleiche wie auf dem Zollsektor, vgl. Protokoll Nr. 2) oder bei Auftreten von Zahlungsbilanzschwierigkeiten mengenmäßige Beschränkungen oder Maßnahmen gleicher Wirkung beibehalten oder einführen. Die Beibehaltung oder Einführung von Beschränkungen ist grundsätzlich nur auf Antrag und nach vorherigen Konsultationen möglich. Die Einfuhrbeschränkungen dürfen weder zu einem völligen Einfuhrverbot noch zu einer Diskriminierung der Mitgliedstaaten führen (Protokoll Nr. 3 Artikel 3). Bei Agrarerzeugnissen kann in Dringlichkeitsfällen von dem Grundsatz der vorherigen Konsultation, bei gewerblichen Erzeugnissen unter bestimmten Voraussetzungen von der Unzulässigkeit des Einfuhrverbots abgewichen werden (Protokoll Nr. 3 Artikel 2 Absatz 2 und Artikel 4). Sofern in den AASM Handelsmonopole bestehen oder es eine öffentliche Stelle gibt, durch die die Einfuhr begrenzt wird, so darf dies weder eine unterschiedliche Behandlung der Mitgliedstaaten zur Folge haben noch die Erreichung der im Abkommen auf dem Gebiete des Warenverkehrs gesteckten Ziele behindern (Artikel 7 Absatz 4).

Artikel 8 und 9

Die Bestimmungen über mengenmäßige Beschränkungen stehen den Verboten oder Beschränkungen, die sich aus weltweiten Übereinkommen über bestimmte Erzeugnisse (Artikel 8) oder aus Gründen des allgemeinen Staatswohls ergeben, nicht entgegen, vorausgesetzt, daß damit keine Diskriminierungen verbunden sind (Artikel 9).

4. EGKS-Erzeugnisse

Für Erzeugnisse, die unter die Zuständigkeit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl fallen, gilt auf Grund des gleichzeitig mit dem Assoziierungsabkommen unterzeichneten Abkommens für EGKS-Erzeugnisse eine den beiden vorstehenden Abschnitten entsprechende Regelung. Für die EGKS-Erzeugnisse konnten auf Grund des EWG-Vertrages keine Verpflichtungen übernommen werden, weil der Vertrag

über die Gründung der EGKS eine Regelung für diese Erzeugnisse enthält. Es bedurfte daher eines besonderen Abkommens.

EGKS-Abkommen Artikel 1 und 2

Artikel 1 und 2 sehen für die EGKS-Erzeugnisse mit Ursprung in den Mitgliedstaaten und den AASM die gleiche vollständige Befreiung von Zöllen und Abgaben gleicher Wirkung vor. Etwaige handelspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten auf Grund des Kapitels X des EGKS-Vertrags bleiben hiervon unberührt.

EGKS-Abkommen, Artikel 3

Zur Durchführung dieses Abkommens ist ein Konsultationsverfahren vorgesehen.

5. Bestimmungen für einzelne Agrarerzeugnisse

Artikel 2 Absatz 2 und Protokoll Nr. 1

Ein Sonderproblem besteht bei der Einfuhrregelung für Agrarerzeugnisse mit Ursprung in den AASM, insbesondere bei denjenigen Erzeugnissen, für die bereits die gemeinsame Agrarpolitik der Gemeinschaft gilt. Dies ist z. B. bei Reis, Rohrzucker, Manihot, Rindfleisch und Olsaaten der Fall. Hierzu kommen noch die entsprechenden landwirtschaftlichen Verarbeitungserzeugnisse, z. B. Schokolade und Sago. Die Gemeinschaft hat sich verpflichtet, für derartige Erzeugnisse Fall für Fall Einfuhrregelungen zu treffen, die günstiger sind als die gegenüber Drittländern geltenden Regelungen, soweit die AASM ein wirtschaftliches Interesse an der Ausfuhr dieser Erzeugnisse nach der Gemeinschaft haben (Protokoll Nr. 1 Artikel 1).

Diese Sonderregelungen sind für die gesamte Geltungsdauer des Abkommens festzulegen. Für den Fall einer Änderung der gemeinschaftlichen Agrarmarktorganisation hat sich die Gemeinschaft vorbehalten, auch die gegenüber den AASM geltende Regelung zu ändern; sie hat aber erklärt, daß eine neue Regelung hinsichtlich ihrer Vorteile der bisherigen Regelung vergleichbar sein wird (Protokoll Nr. 1 Artikel 3). Schließlich kann die Gemeinschaft ausnahmsweise von der betreffenden Sonderregelung absehen, wenn bei einem bestimmten Erzeugnis die wirtschaftliche Lage in der Gemeinschaft dies rechtfertigt (Protokoll Nr. 1 Artikel 1).

Bei Agrarerzeugnissen, die nur einer Zollregelung unterliegen, gilt Artikel 2 des Abkommens entsprechend. Die Gemeinschaft gewährt also grundsätzlich Zollfreiheit (Protokoll Nr. 1 Artikel 2).

6. Einfuhrbeschränkungen für Bananen

Anhang XI der Schlußakte

Auf Grund eines Protokolls, das 1957 gleichzeitig mit dem EWG-Vertrag unterzeichnet wurde, war der Bundesrepublik Deutschland zur Sicherung ihrer Versorgung ein zollfreies Zollkontingent gewährt worden.

Dieses Protokoll bleibt weiterhin gültig. Auf Grund einer dem Abkommen als Anhang beigefügten Erklärung der Mitgliedstaaten darf bei steigender Nachfrage in der Bundesrepublik Deutschland eine Aufstockung des Kontingents erst nach Konsultierung der assoziierten Ausfuhrländer vorgenommen werden.

7. Steuervorschriften

Artikel 5

Nach Artikel 5 nehmen die Vertragsparteien Abstand von jeder unmittelbaren oder mittelbaren steuerlichen Diskriminierung von Ursprungserzeugnissen ihrer Vertragspartner im Verhältnis zu ihren eigenen Erzeugnissen.

8. Meistbegünstigungsklausel; Zollunionen, Freihandelszonen und Abkommen über die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit anderen afrikanischen Ländern

Artikel 11—14

Vorbehaltlich der Vergünstigung im kleinen Grenzverkehr räumen die AASM den Mitgliedstaaten bei allen den Warenverkehr betreffenden Bestimmungen die Meistbegünstigung ein (Artikel 11).

Die Verpflichtung zur Meistbegünstigung erstreckt sich ferner nicht auf diejenigen Vergünstigungen, die sich die AASM untereinander oder dritten afrikanischen Ländern mit vergleichbarem Entwicklungsstand im Rahmen von Freihandelszonen, Zollunionen oder Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit gewähren (Artikel 12 und 13). Das neue Abkommen ist insofern gegenüber regionalen Abkommen in Afrika liberaler als das bisherige Abkommen. Es sind demnach Abkommen mit drei Gruppen von Partnern möglich:

- Abkommen zwischen assoziierten Staaten,
- Abkommen eines oder mehrerer assoziierter Staaten mit einem oder mehreren afrikanischen Drittländern mit vergleichbarem Entwicklungsstand,
- Abkommen mit anderen Drittländern.

Nur Abkommen mit anderen Drittländern dürfen nicht zu einer günstigeren Regelung führen, als sie gegenüber der Gemeinschaft angewandt wird. Für die im Rahmen derartiger Abkommen gewährten Vorteile gilt also die Meistbegünstigungsklausel (Artikel 14). Bei allen drei Abkommenstypen wird die Gemeinschaft laufend unterrichtet. Bei Abkommen mit dritten afrikanischen Ländern gleicher Wirtschaftsstruktur (Artikel 13) und bei Abkommen mit anderen Drittländern (Artikel 14) finden auf Antrag der Gemeinschaft im Assoziationsrat Konsultationen statt.

9. Handelspolitische Bestimmungen

Artikel 15

Im Interesse einer reibungslosen Durchführung des Abkommens unterrichten und konsultieren

sich die Vertragsparteien über ihre Handelspolitik. Diese Konsultationen erstrecken sich auf die den Handelsverkehr mit Drittländern betreffenden Maßnahmen (insbesondere auf dem Gebiet der Zölle oder mengenmäßigen Beschränkungen), soweit diese die Interessen der Mitgliedstaaten oder der AASM beeinträchtigen können.

Spezielle in Protokoll Nr. 5 vorgesehene Konsultationen dienen dem Ziel, vor allem bei tropischen Erzeugnissen die Interessen der Vertragsparteien auf internationaler Ebene besser zu vertreten.

10. Schutzklauseln

Artikel 16

Ebenso wie der EWG-Vertrag sieht auch das Assoziierungsabkommen Schutzklauseln vor, um den Vertragsparteien die Möglichkeit zur Behebung von wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu geben. Jeder assoziierte Staat kann die erforderlichen Schutzmaßnahmen treffen, um ernste Störungen zu beheben, die in einem Wirtschaftsbereich auftreten oder die die Stabilität der Staatsfinanzen gegenüber dem Ausland beeinträchtigen (Artikel 16 Absatz 1).

Auch die Gemeinschaft kann Schutzmaßnahmen treffen. Voraussetzung sind ernste Störungen, die in einem ihrer Wirtschaftsbereiche oder in einem Wirtschaftsbereich eines oder mehrerer Mitgliedstaaten auftreten oder die ihre äußere finanzielle Stabilität beeinträchtigen. Die Gemeinschaft trifft diese Maßnahmen selbst oder ermächtigt den oder die betreffenden Mitgliedstaaten hierzu; gleiches gilt für Schwierigkeiten, welche die wirtschaftliche Lage eines bestimmten Gebietes verschlechtern (Artikel 16 Absatz 2).

Internes Durchführungsabkommen Artikel 5

In der Regel erfolgt die Einführung von Schutzmaßnahmen zugunsten eines Mitgliedstaates auf Grund einer Ermächtigung, die dem betreffenden Mitgliedstaat von der Kommission erteilt wird, vom Rat auf Antrag des betreffenden Mitgliedstaates jedoch geändert werden kann (Artikel 5 Absatz 1 und 2). In dringenden Fällen kann der betreffende Mitgliedstaat die erforderlichen Schutzmaßnahmen selbst treffen, wobei die Kontrolle durch Kommission und Rat erst nachträglich erfolgt (Artikel 5 Absatz 3). Bei ernststen Zahlungsbilanzschwierigkeiten kann ein Mitgliedstaat die erforderlichen Maßnahmen nach Artikel 108 und 109 des EWG-Vertrags treffen (Artikel 5 Absatz 4). Die Schutzmaßnahmen werden dem Assoziationsrat von der Kommission bekanntgegeben (Artikel 5 Absatz 6).

Artikel 16 Absatz 3 und 4

Alle Schutzmaßnahmen sind so auszuwählen und anzuwenden, daß sie das Funktionieren der Assoziation so wenig wie möglich stören

(Artikel 16 Absatz 3).

Die Gemeinschaft und jeder assoziierte Staat können verlangen, daß über die Schutzmaßnahmen Konsultationen im Assoziationsrat stattfinden (Artikel 16 Absatz 4).

11. Durchführung der im Assoziierungsabkommen über die Konsultationen des Assoziationsrates vorgesehenen Bestimmungen innerhalb der Gemeinschaft

Internes Durchführungsabkommen Artikel 3

Die Art und Weise, wie die verschiedenen Konsultationen im Rahmen der Gemeinschaft vorzubereiten sind, wird im „Internen Durchführungsabkommen“ bestimmt. Der Rat der Gemeinschaft berät automatisch über jeden Konsultationsantrag eines Mitgliedstaates oder der Kommission, um die gemeinsame Haltung der Gemeinschaft festzulegen (Artikel 3 Buchstabe a). Grundsätzlich entspricht die gemeinsame Haltung der Gemeinschaft der Haltung des antragstellenden Mitgliedstaates oder der Kommission, es sei denn, der Rat beschließt mit qualifizierter Mehrheit etwas anderes; aber auch dann kann der Mitgliedstaat ausnahmsweise ermächtigt werden, dem Assoziationsrat die Gründe für seinen Konsultationsantrag selbst vorzutragen (Artikel 3 Buchstabe b). Der Antrag der Gemeinschaft wird dem Assoziationsrat vom Präsidenten des Rates übermittelt (Artikel 3 Buchstabe c).

Titel II

Finanzielle und technische Zusammenarbeit

1. Änderungen in der Ausrichtung der Gemeinschaftshilfe

Bei der Durchführung der finanziellen und technischen Zusammenarbeit sind vier neue Akzente aufzuzeigen.

Ausdrücklich wird ein neues Verwendungsgebiet, die Industrialisierung, erwähnt. Das Assoziierungsabkommen von 1963 schloß schon die Möglichkeit ein, Beträge auf „dem Gebiet der Investitionen für produktive Vorhaben mit üblicher finanzieller Rentabilität“ zu verwenden (Abkommen von 1963 Artikel 17 Absatz 1). In dem neuen Text wird nunmehr ein stärkeres Gewicht auf die Industrialisierung gelegt. Dies ergibt sich unter anderem aus den Erwägungsgründen der Präambel, den Zielen des Abkommens (Artikel 1) sowie den in Artikel 19 vorgesehenen Maßnahmen. Ferner sind die industriellen Investitionen in Protokoll Nr. 6 über die Verwaltung der Hilfe der Gemeinschaft an erster Stelle genannt. Während Privatunternehmen nach dem vorausgegangenen Abkommen eine Hilfe der Gemeinschaft nur ausnahmsweise und auf Grund eines besonderen Beschlusses der Gemeinschaft erhalten konnten, kommen nach dem neuen Abkommen bei bestimmten Maßnahmen als Empfänger auch die „nach industriellen und kaufmännischen Methoden geführten Unternehmen“ in Betracht.

Darüber hinaus werden neue Mittel geschaffen, um Maßnahmen im industriellen Bereich durchzuführen. 1963 war als einzige besondere Erleichterung die Zinsvergütung bei Darlehen der Bank vorgesehen. Nunmehr behandeln zahlreiche Bestimmungen die Industrialisierung:

- Hilfe im Bereich der Infrastruktur, die der Ansiedlung von Industriebetrieben und handwerklichen Betrieben dient (Protokoll Nr. 6 Artikel 1 Buchstabe c);
- Beiträge der Gemeinschaft zur Bildung von haftendem Kapital der Unternehmen, indem die Gemeinschaft durch Übernahme von Minderheitsbeteiligungen oder andere geeignete Maßnahmen die Eigenmittel der Unternehmen verstärkt (Protokoll Nr. 6 Artikel 9);
- Gewährung von Darlehen an Begünstigte über zwischengeschaltete nationale und multinationale Einrichtungen, insbesondere Entwicklungsbanken, um wirtschaftliche Investitionsvorhaben in einem assoziierten Staat zu finanzieren;

Diese Einrichtungen übernehmen die Aufgabe eines Finanzvermittlers und erleichtern die Finanzierung kleiner einheimischer Industriebetriebe (Protokoll Nr. 6 Artikel 6);

- Zinsvergütungen bei Darlehen der Europäischen Investitionsbank (EIB) für Industrialisierungszwecke (Internes Finanzabkommen Artikel 7);
 - Betrauung der EIB mit der Aufgabe, Vorhaben auf dem gewerblichen Sektor durch vorherige Kontaktaufnahme zu prüfen (Internes Finanzabkommen Artikel 10 Absatz 3).
- Dem Ziel, die Gemeinschaftshilfe wirksamer zu gestalten, wird wie folgt Rechnung getragen:

- Die AASM unterrichten die Kommission nach Möglichkeit bei Inkrafttreten des Assoziierungsabkommens über ihre Entwicklungspläne und -programme, ferner über die Maßnahmen, für die sie eine finanzielle Unterstützung durch die Gemeinschaft beantragen wollen (Artikel 22).
- Bei der Beschlußfassung über die Finanzierung berücksichtigt die Gemeinschaft die naturbedingten Entwicklungsschwierigkeiten der einzelnen assoziierten Staaten sowie die besonderen Probleme der am stärksten benachteiligten Staaten (Artikel 19 Absatz 2 zweiter Gedankenstrich und Artikel 23; Internes Finanzabkommen Artikel 14 Absatz 2 und Artikel 17).
- Die Gemeinschaft erwägt die Möglichkeit einer Mitfinanzierung unter Beteiligung anderer Staaten oder Finanzorgane (Artikel 24).
- Die Gemeinschaft prüft die Zweckmäßigkeit, integrierte Vorhaben durch gleichzeitige Anwendung verschiedenartiger Hilfsmaßnahmen zu verwirklichen (Artikel 19 Absatz 2).

- Sie achtet darauf, daß die regionale Zusammenarbeit gefördert wird (Artikel 19 Absatz 2).

In dem neuen Assoziierungsabkommen wird der Durchführung von Ausschreibungen, die auf Grund von Maßnahmen des Fonds erfolgen, erhöhte Bedeutung beigemessen. Einmal sollen alle natürlichen und juristischen Personen der Mitgliedstaaten und der AASM zu gleichen Bedingungen an allen Ausschreibungen, Aufträgen und Verträgen teilnehmen können (Artikel 26 Absatz 1). Zum anderen soll die Industrialisierung der AASM gefördert werden, indem die Beteiligung von einheimischen Bauunternehmen, Industrieunternehmen oder handwerklichen Betrieben begünstigt wird, und zwar durch Beteiligung an der Ausführung von Bauaufträgen begrenzten Umfangs oder von Lieferaufträgen für Erzeugnisse, bei denen es eine einheimische Produktion gibt (Artikel 26 Absatz 2).

Die im vorangegangenen Abkommen vorgesehene Produktionshilfe, die darauf abzielte, durch Gewährung von Subventionen überhöhte Erzeugerpreise auf Weltmarktniveau herabzuschleusen, entfällt nach dem neuen Abkommen.

Eine neue Form von Gemeinschaftshilfe stellt die Unterstützung der AASM bei der Überwindung von bestimmten Ausnahmesituationen dar, für die ein Betrag von 65 Millionen Rechnungseinheiten (RE) vorgesehen ist, der gegebenenfalls auf 80 Millionen RE erhöht werden kann (Artikel 20). Sie greift bei einem plötzlichen Sturz der Weltmarktpreise oder bei Naturkatastrophen ein. Voraussetzung ist dabei, daß durch eine solche Situation für den betreffenden Staat besondere und außergewöhnliche Schwierigkeiten und schwerwiegende Auswirkungen auf sein Wirtschaftspotential entstanden sind. Bei der Verwendung dieser Hilfe im Falle eines Preissturzes sind die Bedeutung des oder der betreffenden Erzeugnisse für die Wirtschaft des assoziierten Staates sowie die Wirtschaftslage dieses Staates zu berücksichtigen (Protokoll Nr. 6 Artikel 10).

2. Gesamtbetrag der Finanzhilfe der Gemeinschaft

Der Gesamtbetrag der Finanzhilfe wird an drei Stellen des Vertragswerkes behandelt:

Die Grundregeln im Titel II des Assoziierungsabkommens, die Verwaltung der Finanzhilfe mit ausführlichen Einzelbestimmungen im Protokoll Nr. 6 und die Einzelheiten über die Aufbringung der Beiträge sowie die Bedingungen der Mitwirkung der Gemeinschaft bei der Gewährung ihrer Hilfe im Internen Finanzabkommen.

Artikel 18

Der Höchstbetrag der Hilfe der Gemeinschaft an die AASM auf dem Gebiet der finanziellen und technischen Zusammenarbeit ist im Assoziierungsabkommen auf 918 Millionen RE festgesetzt worden. Davon bringen die Mitgliedstaaten 828 Millionen RE durch Beiträge auf.

Der Restbetrag wird von der EIB aus Eigenmitteln zur Verfügung gestellt. Eine finanzielle und technische Hilfe in Höhe von 82 Millionen RE erhalten auch die ULG sowie die französischen überseeischen Departements (Internes Finanzabkommen, Artikel 1).

Diese 82 Millionen RE (72 Millionen aus Beiträgen der Mitgliedstaaten und 10 Millionen RE aus Eigenmitteln der EIB) stellen, zusammen mit den für die AASM bestimmten 918 Millionen RE, den Gesamtbetrag der Leistungen der Gemeinschaft in Höhe von 1 Milliarde RE dar (davon werden 900 Millionen RE von den Mitgliedstaaten und 100 Millionen RE von der EIB eingebracht). Um deutlich zu machen, daß die Gemeinschaftshilfe für die AASM einerseits und für die ULG sowie die französischen überseeischen Departements andererseits das gleiche Ziel verfolgt und in ähnlicher Weise verwaltet wird, sind die Bestimmungen über die Aufbringung der Mittel und die Bedingungen für ihre Verwaltung und Verwendung in einem gemeinsamen Vertragstext, dem Internen Finanzabkommen, zusammengefaßt.

Protokoll Nr. 7

Der Wert der Rechnungseinheit wird im Protokoll Nr. 7 im Anhang zum Assoziierungsabkommen wie bisher auf 0,88867088 Gramm Feingold festgesetzt. In genau umrissenen Fällen sieht das Protokoll ausdrücklich die Möglichkeit vor, den Wert der Rechnungseinheit zu ändern.

Die erneute Erhöhung des Gesamtbetrages der Finanzhilfe (1957: 581,25 Millionen RE, 1963: 800 Millionen RE, 1969: 1 Milliarde RE) unterstreicht die Bemühungen der Mitgliedstaaten um eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Assoziierten.

Für den Umfang der Erhöhung waren einerseits der gestiegene Bedarf der AASM, andererseits die finanziellen Möglichkeiten der Mitgliedstaaten zu berücksichtigen, die den Entwicklungsländern zumeist noch eine umfangreiche bilaterale Hilfe gewähren.

Artikel 30

Wird das Assoziierungsabkommen von einem assoziierten Staat nicht ratifiziert oder später gekündigt, so haben die Vertragsparteien nach Artikel 30 die Verpflichtung, den für die AASM bestimmten Betrag der Finanzhilfe entsprechend anzupassen.

3. Beiträge der Mitgliedstaaten

Internes Finanzabkommen Artikel 1

Die Mitgliedstaaten stellen der Kommission der Europäischen Gemeinschaften für den Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) zugunsten der AASM sowie für die ULG und die französischen überseeischen Departements einen Betrag von 900 Millionen Rechnungseinheiten zur Verfügung.

Die Aufbringung des Betrages verteilt sich wie folgt:

	Zum Vergleich:		
	1963	1963	1957
	— Millionen Rechnungseinheiten —		
Belgien	80	69	70
Bundesrepublik Deutschland	298,4	246,5	200
Frankreich	298,4	246,5	200
Italien	140,6	100	40
Luxemburg	2,4	2	1,25
Niederlande	80	66	70

Im Verhältnis zu dem im Internen Finanzabkommen von 1963 vorgesehenen Betrag weist der neue Gesamtbeitrag der Mitgliedstaaten eine Erhöhung von rund 2,4 % auf. Prozentual betrachtet bleibt der Anteil der Bundesrepublik Deutschland und Frankreichs praktisch unverändert (Verringerung von 33,8 % auf 33,16 %), während sich der Anteil Belgiens und der Niederlande etwas verringert (von 9,45 % und 9,04 % auf 8,89 %), ebenso der Anteil Luxemburgs (von 0,27 % auf 0,26 %). Dagegen erhöht sich der Anteil Italiens von 13,7 % auf 15,62 %.

Der Aufbringungsschlüssel für die Finanzbeiträge der Mitgliedstaaten entspricht keinem der im EWG-Vertrag vorgesehenen Schlüssel, sondern ist das Ergebnis eines Kompromisses zwischen den Mitgliedstaaten. Er kann daher nicht als Präzedenzfall betrachtet werden.

Internes Finanzabkommen Artikel 3

Für die Zahlung der Beiträge durch die Mitgliedstaaten wird das im Internen Finanzabkommen von 1963 festgelegte Verfahren übernommen. Danach kann der Rat alljährlich eine Entscheidung über den Abruf der Mittel nach den Regeln einer wirtschaftlichen Haushaltsführung treffen.

Die Erfahrung der ersten Jahre der Assoziation hat gezeigt, daß ein genau einzuhaltender Fälligkeitsplan, wie er 1957 bestand, unter Umständen zu einer erheblichen Ansammlung flüssiger Mittel führt, für die die Kommission als Verwaltungsorgan des EEF gegebenenfalls erst nach mehreren Jahren Verwendung hat. Nunmehr werden die Beiträge entsprechend den voraussichtlich erforderlichen Zahlungen in den einzelnen Rechnungsjahren abgerufen. Dabei findet der Restbetrag der vorher gezahlten Beiträge Berücksichtigung. Das Interne Finanzabkommen (Artikel 3 Absatz 1 und 2) sieht vor, daß der Rat alljährlich auf Vorschlag der Kommission einen Fälligkeitsplan für den Abruf der Beiträge und gegebenenfalls auch für weitere Beiträge aufstellt.

Durch eine Bestimmung, die derjenigen von 1963 entspricht, sind die Bedingungen für die Hinterlegung der Beiträge der Mitgliedstaaten auf den von ihnen für die Kommission eröffneten Sonderkonten festgelegt worden (Artikel 33 Absatz 3 und 4).

4. Form der Hilfe der Gemeinschaft

Artikel 18; Internes Finanzabkommen Artikel 1 Absatz 3

Die Gemeinschaft stellt den AASM auf Grund des neuen Assoziierungsabkommens 918 Millionen RE zur Verfügung, zum größten Teil in Form von nichtrückzahlbaren Zuschüssen, zu einem nicht unbedeutenden Teil in Form von Darlehen.

Für die Hilfe der Gemeinschaft sind folgende Formen vorgesehen (Artikel 18):

- Nichtrückzahlbare Zuschüsse bis zu 748 Millionen RE aus dem EEF. Auf diesen Betrag werden die 65 (gegebenenfalls 80) Millionen RE angerechnet, die für die Hilfe im Falle außergewöhnlicher Umstände vorgesehen sind (Artikel 20 Absatz 1 und 2);
- Darlehen zu Sonderbedingungen, bei denen die betreffenden Beträge ebenfalls dem EEF entnommen werden, und zwar bis zu 80 Millionen RE. Hinzu kommen die von den AASM geleisteten Rückzahlungen an Kapital und Zinsen aus den seit 1964 gewährten Darlehen zu Sonderbedingungen.

Protokoll Nr. 6 Artikel 7

Die Darlehen zu Sonderbedingungen können für höchstens 40 Jahre gewährt und während der ersten 10 Jahre von der Tilgung befreit werden. Es werden günstige Zinsbedingungen gewährt. Die Gemeinschaft legt die Darlehensbedingungen (Gewährung, Abwicklung und Rückzahlung) fest und berücksichtigt dabei die Rentabilität des Vorhabens sowie die Verschuldungsfähigkeit des betreffenden assoziierten Staates.

Artikel 18 Buchstabe a

Der Betrag von 80 Millionen RE kann zugunsten von Unternehmen in den AASM auch als Beitrag zur Bildung von haftendem Kapital verwendet werden, z. B. in Form einer Kapitalbeteiligung unter Bedingungen, die weiter unten genannt sind (vgl. Ziffer 6);

Artikel 18; Protokoll Nr. 6 Artikel 8;

Internes Finanzabkommen Artikel 7

Bei Darlehen der EIB besteht die Möglichkeit, eine pauschale Zinsvergütung in Höhe von 2 v. H. bis 3 v. H. des Darlehensbetrages aus den Mitteln für die nichtrückzahlbaren Zuschüsse des Fonds zu gewähren. Die pauschale Festsetzung des Satzes der Zinsvergütung soll die Inanspruchnahme von Darlehen der Bank erleichtern. Die Darlehen können auf 25 Jahre gewährt werden. Die Modalitäten ihrer Gewährung sowie Tilgungsdauer und Tilgungsbedingungen werden von der EIB gemäß ihrer Satzung festgelegt. Die Verschuldungsfähigkeit des betreffenden Staates wird berücksichtigt.

Artikel 21; Protokoll Nr. 6 Artikel 11;

Internes Finanzabkommen Artikel 16

Aus dem EEF können bis zum Betrag von 50 Millionen RE an Stabilisierungskassen kurzfristige

Vorschüsse (für höchstens drei Jahre) zinslos gewährt werden. Damit soll zum Ausgleich zeitweiliger Schwankungen der Weltmarktpreise für Agrarausfuhrungsgüter der AASM beigetragen werden.

5. Maßnahmen der Gemeinschaft

Artikel 19 Absatz 1, Artikel 20 Absatz 1 und Artikel 21

Es sind folgende fünf Arten von Maßnahmen der Gemeinschaft vorgesehen:

- Investitionen zur Entwicklung der Erzeugung und der wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur, vor allem zur Gewährleistung der Diversifizierung der Wirtschaft und insbesondere zur Förderung der Industrialisierung und zur Entwicklung der Landwirtschaft;
- Maßnahmen auf dem Gebiet der technischen Zusammenarbeit im allgemeinen und im Zusammenhang mit Investitionen;
- Maßnahmen, durch die die Vermarktung und die Förderung des Verkaufs der von den AASM ausgeführten Erzeugnisse erleichtert werden;
- Maßnahmen zur Unterstützung eines assoziierten Staates in Ausnahmesituationen, die eine ernste Auswirkung auf seine Wirtschaft haben;
- Vorschüsse zur Preisregulierung.

Protokoll Nr. 6 Artikel 5

Die erste Art von Maßnahmen wird mit Hilfe von nichtrückzahlbaren Zuschüssen oder Darlehen (Darlehen zu Sonderbedingungen oder Darlehen der EIB) bzw. gleichzeitig mit Hilfe mehrerer dieser Mittel durchgeführt. Dazu können Unternehmen in den AASM Beiträge zur Bildung ihres haftenden Kapitals erhalten. Für die drei weiteren Maßnahmen werden ausschließlich nichtrückzahlbare Zuschüsse verwendet. Für die letztgenannte Art von Maßnahmen werden nur kurzfristige Kassenvorschüsse bereitgestellt.

Artikel 19; Protokoll Nr. 6 Artikel 1

Bei den Investitionen sind drei Arten von Maßnahmen vorgesehen: unmittelbar produktive Investitionen, Maßnahmen für die ländliche Wirtschaft und Investitionen im Bereich der Infrastruktur. In diesem Zusammenhang ist auf die Entwicklung der Hilfe der Gemeinschaft hinzuweisen. Sie erstreckte sich 1958 auf Investitionen im Bereich der Infrastruktur. 1963 kamen Maßnahmen zur Diversifizierung und strukturellen Verbesserung der Landwirtschaft hinzu. Das Abkommen von 1969 räumt unmittelbar produktiven Investitionen auf industriellem Gebiet größeren Raum ein.

Protokoll Nr. 6 Artikel 2, 3 und 4

Die Artikel 2 und 3 zählen die Möglichkeiten auf, die auf dem Gebiete der technischen Zusammenarbeit im allgemeinen und im Zusammenhang mit Investitionen vorgesehen sind. Es wird eine wirk-

same Hilfe erstrebt. So ist z. B. bei der technischen Zusammenarbeit im Zusammenhang mit Investitionen die vorübergehende Hilfe bei der Erstellung, der Inbetriebnahme und dem Betrieb eines bestimmten Investitionsvorhabens bzw. die Hilfe bei der Zusammenstellung der Unterlagen vorgesehen. In Artikel 4 werden die Ziele der zur Vermarktung und Absatzförderung vorgesehenen Hilfe aufgeführt.

Artikel 20 Absatz 1 Unterabsatz 2; Protokoll Nr. 6 Artikel 10

Zur Unterstützung in Ausnahmesituationen kann die Gemeinschaft Hilfe in Form von Geld- oder Sachleistungen gewähren. Eine Ausnahmesituation ist nur gegeben, wenn außergewöhnliche Schwierigkeiten auftreten, die schwerwiegende Auswirkungen auf das Wirtschaftspotential des betroffenen Staates haben und die auf einen Sturz der Weltmarktpreise oder Naturkatastrophen zurückzuführen sind. Zur sachgerechten Beurteilung sind den Anträgen auf Hilfe der Gemeinschaft alle dienlichen wirtschaftlichen und finanziellen Angaben beizufügen (Protokoll Nr. 6 Artikel 10).

6. Besondere Finanzierungsmodalitäten

Einige Bemerkungen sind noch zu den Darlehen (Darlehen zu Sonderbedingungen und Darlehen der EIB), den Beiträgen der Gemeinschaft zur Bildung von haftendem Kapital sowie zu der einem assoziierten Staat in Ausnahmesituationen zu gewährenden Hilfe zu machen.

Protokoll Nr. 6 Artikel 6 und 8;

Internes Finanzabkommen Artikel 6 und 7

Die Finanzierung durch Darlehen war schon im Rahmen des Assoziierungsabkommens von 1963 vorgesehen. Die neuen Modalitäten sollen die Verwendung von Darlehen erleichtern. Man wollte versuchsweise die Gewährung von zweistufigen Darlehen fördern. Hierbei handelt es sich um Darlehen, die entweder durch Vermittlung des betreffenden assoziierten Staates oder einer nationalen bzw. multinationalen Finanzierungseinrichtung gewährt werden (Protokoll Nr. 6 Artikel 6). Auf die Darlehen wird der von der EIB zur Zeit der Unterzeichnung des Darlehensvertrages berechnete Zinssatz angewandt. Die Möglichkeit von Zinsvergütungen ist systematisiert worden; der vom Begünstigten zu zahlende Zinssatz darf jedoch nicht unter 3 v. H. liegen. Die Zinsvergütung wird bei bestimmten Maßnahmen (Internes Finanzabkommen Artikel 7 Absatz 1) pauschal berechnet (2 v. H. oder 3 v. H.); sie kann bei anderen Maßnahmen auch von Fall zu Fall beschlossen werden (Internes Finanzabkommen Artikel 7 Absatz 2). In dem Sonderfall eines zweistufigen Darlehens der EIB kann ferner die zwischengeschaltete Finanzierungseinrichtung neben der Zinsvergütung für den Endempfänger eine besondere Vergütung erhalten (Internes Finanzabkommen Artikel 7 Absatz 3; vgl. auch Protokoll Nr. 6 Artikel 8 Absatz 3 Satz 3). Die Mitgliedstaaten haben gegenüber der EIB eine

selbstschuldnerische Bürgschaft für die im Rahmen des Assoziierungsabkommens von der Bank gewährten Darlehen für den Fall übernommen, daß der Gesamtbetrag der Darlehen 70 Millionen RE übersteigt (Internes Finanzabkommen Artikel 6). Hiermit sollen auch für den die 70 Millionen RE übersteigenden Darlehensbetrag der Bank die nach ihrer Satzung geforderten ausreichenden Garantien bereitgestellt werden. Nach Protokoll Nr. 6 Artikel 8 Absatz 4 ist der Gesamtbetrag der Zinsvergütungen für das jeweilige Darlehen in einer Summe an die Bank zu überweisen, d. h. die Zinsvergütung wird kapitalisiert und damit auf den Barwert abgezinst.

Protokoll Nr. 6 Artikel 9

Die andere besondere Finanzierungsmodalität betrifft den Beitrag der Gemeinschaft zur Bildung von haftendem Kapital bei Unternehmen. Insbesondere ist eine Minderheitsbeteiligung der Gemeinschaft an dem Kapital eines Unternehmens in einem assoziierten Staat möglich (vgl. auch das Interne Finanzabkommen Artikel 12 Absatz 2 und 3 und Artikel 19 Absatz 2 sowie Anhang XII der Schlußakte). Man hat sich dabei von dem Bestreben leiten lassen, die Hilfe der Gemeinschaft zu diversifizieren. Dieses Verfahren wird u. a. bereits bei der Deutschen Entwicklungsgesellschaft (DEG) und bei der International Finance Corporation angewandt.

7. Verfahren für die Gewährung der Hilfe der Gemeinschaft

Artikel 22, 23, 29; Protokoll Nr. 6 Artikel 15

Die AASM nehmen an der finanziellen und technischen Zusammenarbeit aktiv teil. Der Gewährung einer Hilfe durch die Gemeinschaft liegt stets ein Antrag der assoziierten Staaten zugrunde. Bei Darlehen zugunsten eines Unternehmens oder einer zwischenstaatlichen regionalen Einrichtung reichen diese mit Zustimmung des betreffenden assoziierten Staates den Antrag ein. Die Gemeinschaft kann mit Zustimmung des betreffenden assoziierten Staates Vorhaben oder Programme auf dem Gebiet der technischen Zusammenarbeit vorschlagen (Artikel 22). Bei der Prüfung der Vorhaben ist die Beteiligung der assoziierten Staaten vorgesehen (Artikel 23). Diese Beteiligung erstreckt sich auch auf die Durchführungsphase (Protokoll Nr. 6 Artikel 15). Schließlich hat der Assoziationsrat jedes Jahr die allgemeine Ausrichtung der finanziellen und technischen Zusammenarbeit auf Grund eines Berichts der Kommission zu prüfen (Artikel 29; vgl. ferner Anhang IV der Schlußakte).

Protokoll Nr. 6 Artikel 12;

Internes Finanzabkommen Artikel 9

Normalerweise werden die Antragsunterlagen der Kommission übermittelt; Anträge auf ein Darlehen der EIB oder einen Beitrag zur Bildung von haftendem Kapital werden jedoch der EIB vorgelegt (Protokoll Nr. 6 Artikel 12).

Die Kommission und die EIB übermitteln einander die Unterlagen, die sie erhalten haben. Sie unterrichten einander auch über aufgenommene Kontakte, um auf diese Weise die günstigste Finanzierung festlegen zu können (Internes Finanzabkommen Artikel 9).

Internes Finanzabkommen Artikel 10 und 11

Die Kommission und die EIB prüfen jeweils für ihren Bereich die vorgelegten Vorhaben. Die Kommission ist für die Prüfung der Anträge auf nichtrückzahlbare Zuschüsse zuständig, während die EIB die kommerziellen Vorhaben prüft. Beide Organe arbeiten bei der Ausarbeitung des Finanzierungsvorschlags zusammen.

Internes Finanzabkommen Artikel 13, 14, 15, 16

Für den EEF wird ein Ausschuß aus Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten eingesetzt, der zu den Finanzierungsvorschlägen Stellung nimmt.

In diesem Ausschuß verfügen die Vertreter der Mitgliedstaaten über folgende Stimmen:

Belgien: 9 Stimmen,
Bundesrepublik Deutschland: 33 Stimmen,
Frankreich: 33 Stimmen,
Italien: 15 Stimmen,
Luxemburg: 1 Stimme,
Niederlande: 9 Stimmen.

Es gilt das Mehrheitsprinzip. Die erforderliche Mehrheit beträgt 67 Stimmen, ausgenommen sind jedoch Finanzierungen, die die EIB aus eigenen Mitteln gewährt und die von ihren eigenen Organen und nach ihren eigenen Verfahren beschlossen werden. Herrscht Einvernehmen zwischen dem Ausschuß und der Kommission, so faßt die Kommission ihren entsprechenden Beschluß. Beabsichtigt die Kommission dagegen, von der Stellungnahme des Ausschusses abzuweichen, oder hat der Ausschuß einen Finanzierungsvorschlag nicht befürwortet, so kann sie diesen Vorschlag zurückziehen oder dem Rat vorlegen, der unter den gleichen Abstimmungsbedingungen beschließt, wie sie für den Ausschuß vorgesehen sind.

8. Verwendung der Gemeinschaftshilfe im einzelnen

Die Gemeinschaftshilfe muß nach Vorschriften verwendet werden, die im Assoziierungsabkommen, in Protokoll Nr. 6 und im Internen Finanzabkommen enthalten sind. Die Kommission sorgt für die Durchführung der Hilfe (Internes Finanzabkommen Artikel 18).

Artikel 25

Als Empfänger der Hilfe sind vorgesehen:

- Bei den Investitionen und Maßnahmen zur Förderung des Absatzes: die einzelnen assoziierten Staaten; die juristischen Personen in den Mitgliedstaaten oder den assoziierten Staaten, die nicht in erster Linie einen Er-

werbszweck verfolgen und die der Aufsicht der öffentlichen Hand unterliegen; Erzeugerverbände oder gleichartige Einrichtungen, ausnahmsweise auch die Erzeuger selbst; regionale und zwischenstaatliche Einrichtungen, denen assoziierte Staaten angehören (Artikel 25 Absatz 1 Unterabsatz 1).

- Bei der allgemeinen technischen Zusammenarbeit zusätzlich: Fachinstitute und Facheinrichtungen sowie Stipendiaten, Praktikanten oder Teilnehmer an Ausbildungslehrgängen (Artikel 25 Absatz 1 Buchstabe a).

Die Darlehen (Darlehen der EIB und Darlehen zu Sonderbedingungen) und die Beteiligungen an der Bildung von haftendem Kapital sind für kommerzielle Unternehmen bestimmt (Artikel 25 Absatz 1 Buchstabe b).

Als Empfänger der Hilfe bei Ausnahmesituationen (Artikel 20) kommen nur die Regierungen der AASM in Betracht (Artikel 25 Absatz 2).

Weitere Vorschriften für die Verwendung

Die Finanzhilfe darf nicht zur Deckung laufender Verwaltungs-, Unterhaltungs- und Betriebskosten verwandt werden (Protokoll Nr. 6 Artikel 13 Absatz 2). Die Vorschriften über Monopole und mengenmäßige Beschränkungen sind auf die aus Mitteln der Gemeinschaftshilfe finanzierte Einfuhr nicht anzuwenden. (Protokoll Nr. 6 Artikel 14). Die Steuer- und Zollvorschriften für die von der Gemeinschaft finanzierten Aufträge werden durch Beschluß des Assoziationsrates festgelegt (Artikel 27 und Anhang III der Schlußakte). Für die Vergabe und die Durchführung der von der Gemeinschaft finanzierten Aufträge werden einheitliche Bedingungen ausgearbeitet (Protokoll Nr. 6 Artikel 16). Abgesehen von gewissen Ausnahmen zugunsten von Unternehmen in den AASM gilt bei Ausschreibungen das Diskriminierungsverbot (Artikel 26).

Die Gemeinschaft kontrolliert die Verwendung der zugewiesenen Beträge (Artikel 28; Internes Finanzabkommen Artikel 21, 22; Protokoll Nr. 6 Artikel 15 ff.).

Titel III

Niederlassungsrecht, Dienstleistungen, Zahlungs- und Kapitalverkehr

1. Niederlassungsrecht und Dienstleistungen

Das Assoziierungsabkommen von 1963 schrieb vor, daß die Staatsangehörigen und Gesellschaften der Mitgliedstaaten schrittweise, spätestens aber drei Jahre nach Inkrafttreten dieses Abkommens (1. Juni 1967) in den AASM einander völlig gleichzustellen sind; auf Grund der Gegenseitigkeitsklausel konnte diese Gleichstellung in einem assoziierten Staat für eine bestimmte Tätigkeit jedoch nur dann für Staatsangehörige und Gesellschaften eines Mitgliedstaates beansprucht werden, wenn die Staatsangehörigen und Gesell-

schaften des assoziierten Staates für diese Tätigkeit ebenfalls entsprechende Vergünstigungen in dem Mitgliedstaat erhielten (Artikel 29 Absatz 3 des Abkommens von 1963).

Artikel 31

Die bisherige Regelung ist auch in das neue Assoziierungsabkommen übernommen worden: Die Staatsangehörigen und Gesellschaften der Mitgliedstaaten dürfen weder rechtlich noch tatsächlich unterschiedlich behandelt werden (Artikel 31 Absatz 1). Dieses Recht der Staatsangehörigen und Gesellschaften der Mitgliedstaaten auf Gleichbehandlung unterliegt wie bisher der Gegenseitigkeitsklausel (Artikel 31 Absatz 2).

Artikel 32

Zugunsten der Mitgliedstaaten gilt das Prinzip der Meistbegünstigung: Werden in einem assoziierten Staat die Staatsangehörigen und Gesellschaften eines dritten Staates günstiger behandelt als diejenigen des Mitgliedstaates, so haben deren Staatsangehörige Anspruch auf die gleiche Behandlung, es sei denn, es handelt sich um die Behandlung nach einem regionalen Abkommen. Mit dieser Einschränkung wird vermieden, daß der Abschluß innerafrikanischer Niederlassungsabkommen erschwert wird.

Artikel 33—36

In weiteren Bestimmungen werden in Anlehnung an entsprechende Bestimmungen im EWG-Vertrag das Niederlassungsrecht und die Begriffe „Dienstleistungen“ und „Gesellschaften“ definiert (Artikel 33, 34, 35). Artikel 36 sieht ein Konsultationsverfahren sowie die Befugnis des Assoziationsrates, Beschlüsse zu fassen und Empfehlungen auszusprechen, vor.

2. Zahlungs- und Kapitalverkehr

Die übrigen Bestimmungen des Titels III (Artikel 37—40) betreffen den Zahlungs- und Kapitalverkehr. Sie liegen auf der Linie des alten Abkommens.

Artikel 37 betrifft die laufenden Zahlungen. Die Unterzeichnerstaaten verpflichten sich, diese Zahlungen im gleichen Maße zu liberalisieren, wie der diese Zahlungen auslösende Waren-, Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehr liberalisiert ist. Sie haben sich außerdem verpflichtet, sich um eine weitergehende Liberalisierung dieser Zahlungen zu bemühen, soweit ihre Wirtschaftslage und der Stand ihrer Zahlungsbilanz dies zulassen (Anhang V der Schlußakte). Für die Investitionen und die laufenden Zahlungen im Zusammenhang mit dem sich daraus ergebenden Kapitalverkehr werden sich die AASM bemühen, eine liberale Devisenregelung anzuwenden (Artikel 39 Absatz 1). Für die Mitgliedstaaten könnten sich hieraus und aus der Verpflichtung zur Gleichbehandlung (Artikel 39 Absatz 2) einige Rechte

ergeben. Frankreich genießt jedoch im Rahmen der Franc-Zone eine Vorzugsregelung (Anhang VI der Schlußakte).

Titel IV

Die Organe der Assoziation

Das neue Assoziierungsabkommen übernimmt unverändert das System von 1963, das sich bewährt hat (Artikel 41—55):

Der Assoziationsrat, bestehend aus den Mitgliedern des Rates der Europäischen Gemeinschaften, Mitgliedern der Kommission und je einem Regierungsmitglied der assoziierten Staaten, tritt mindestens einmal jährlich zusammen. Der Vorsitz alterniert zwischen dem Rat der Europäischen Gemeinschaften und den AASM. In bestimmten im Abkommen geregelten Fällen kann der Assoziationsrat Beschlüsse fassen, die für die Vertragsparteien verbindlich sind. Der Assoziationsrat wird durch einen Assoziationsausschuß unterstützt, der in der Regel auf Botschafterebene tagt. Über die Aufgaben des Ausschusses befindet der Assoziationsrat in seiner Geschäftsordnung. Auf den Tagungen des Assoziationsrates oder des Assoziationsausschusses ist ein Vertreter der EIB anwesend, wenn die Tagesordnungspunkte den Zuständigkeitsbereich der EIB berühren.

Die Parlamentarische Konferenz der Assoziation, die sich paritätisch aus Mitgliedern des Europäischen Parlaments und Mitgliedern der Parlamente der AASM zusammensetzt, tritt einmal jährlich zusammen. Der Assoziationsrat legt ihr alljährlich einen Tätigkeitsbericht vor. Die Konferenz kann Entschlüsse verabschieden, die jedoch keine verbindliche Wirkung haben.

Dem Schiedsgericht werden Streitfälle über Auslegung oder Anwendung des Abkommens vorgelegt, über die auch im Assoziationsrat keine Einigung herbeigeführt werden kann. Seine Schiedssprüche sind für die am Streit beteiligten Parteien verbindlich. Je zwei Richter werden auf Vorschlag des Rates der Europäischen Gemeinschaften und der AASM, der fünfte (Präsident) vom Assoziationsrat bestellt. Die Satzung ist nunmehr im Anhang zum Assoziationsabkommen (Protokoll Nr. 8) enthalten. Das Schiedsgericht wurde während der Geltungsdauer des vorangegangenen Abkommens nicht in Anspruch genommen.

Hervorzuheben ist die durch die paritätische Zusammensetzung der drei Assoziationsorgane sowie des Assoziationsausschusses zum Ausdruck kommende Gleichberechtigung aller Vertragsparteien.

Neu ist das Protokoll über Vorrechte und Befreiungen (Protokoll Nr. 9). Mit diesem Protokoll werden die Rechte derjenigen Personen, die an Arbeiten der Assoziation — vornehmlich Tagungen der Assoziationsorgane — teilnehmen, festgelegt. Das Protokoll enthält darüber hinaus auch Bestimmungen über Vermögensgegenstände, Liegenschaften und Guthaben des Koordinierungsrates und dessen Personal.

Titel V

Allgemeine und Schlußbestimmungen

Die Bestimmungen dieses Titels entsprechen fast vollständig den betreffenden Bestimmungen von 1963. Es werden daher hier nur die beiden wichtigsten Bestimmungen erwähnt:

Artikel 61

Die Geltungsdauer des Abkommens ist bis zum 31. Januar 1975 befristet. Die im ersten Halbsatz des Artikels genannte Laufzeit von fünf Jahren wird somit nicht erreicht. Das neue Abkommen kann wegen der noch ausstehenden Zustimmung der na-

tionalen Parlamente voraussichtlich erst Mitte 1970 in Kraft treten und schließt damit zeitlich nicht an das am 31. Mai 1969 abgelaufene Abkommen von 1963 an. Bei einer Laufzeit ohne Befristung hätte sich die Finanzhilfe auf einen Zeitraum von mehr als fünf Jahren verteilt, was einer relativen Kürzung gleichgekommen wäre.

Artikel 62

Um im Jahre 1975 das auslaufende Abkommen so schnell wie möglich durch ein neues ersetzen zu können, sollen bereits achtzehn Monate vor Ablauf des Abkommens Verhandlungen eröffnet werden.